

Beilage zu № 35 der Braunschweigischen Anzeigen.

1886.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 11 de 1886
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. Januar 1886.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.
Wahl der außerordentlichen Mitglieder der Ersatzcommission.

Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Wahl der Vorsitzenden.
- II. Vertrag mit der Landes-Eisenbahngesellschaft.
- III. Anstellung eines Oberheizers für die städtischen Schulen.
- IV. Anstellung von Lehrern und Bewilligung von Kosten für Lehrmittel.
- V. Vermehrung von Straßenlaternen.
- VI. Erweiterung des Bürgerschulgebäudes an der Wilhelmstraße.
- VII. Erwerb des vormaligen zweiten Predigerhauses zu St. Martini.
- VIII. Abtretung von Straßenterrain an der Wendenstraße.

Vertraulich:

- 1) Erlaß von Testamentsabgaben.
- 2) Anstellung eines Pflegehauseaufsehers.
- 3) Wahl von Armenpflegern.
- 4) Steuerreklamation.
- 5) Wahl des Protokollführers und dessen Stellvertreters.

In

gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten
theilt der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Rittmeyer, der Versammlung zunächst mit, daß der Magistrat im Einverständniß mit dem Herrn Vorsitzenden der Stadtverordneten Sr. Majestät dem Kaiser zu seinem 25 jährigen Regierungs-

jubiläum als König von Preußen eine Glückwunschadresse, unterschrieben von dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats und dem Vorsitzenden der Stadtverordneten, überhandt habe, und daß hierauf heute mittag 1 Uhr von Sr. Majestät ein an den Stadtmagistrat und die Stadtverordneten gerichtetes, vom gestrigen Tage datirtes, Antwortschreiben eingegangen sei.

Letzteres wird vom Herrn Vorsitzenden verlesen; es lautet folgendermaßen:

„Ich habe die in geschmackvoller äußerer Ausstattung eingereichte Adresse des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten zur Feier des fünfundzwanzigsten Jahrestages Meiner Thronbesteigung mit besonderem Wohlgefallen empfangen und danke Ihnen aufrichtig für die Mir darin ausgesprochenen Glückwünsche. Das Vertrauen, welches Mir die Bewohner der Residenzstadt bei dieser Gelegenheit von Neuem bekunden, erfüllt Mich mit lebhafter Freude, welcher Ich gern mit dem Wunsche Ausdruck gebe, daß die gegenwärtige Regierung des Herzogthums dem Lande zum Heil und Segen gereichen möge.“

Die Versammlung hörte die Verlesung des Schreibens stehend an.

Der Tagesordnung gemäß

wird alsdann die Wahl der außerordentlichen Mitglieder der Erfahrcommission vorgenommen.

Es werden die Herren Stadtrath Ketemeyer und Particulier Otto Zellmann zu Mitgliedern, die Herren Particulier Wilh. Hasenbalg und Stadtverordneter Ding zu Erfahrmännern wiedergewählt.

Sitzung der Stadtverordneten.

Entschuldigt sind die Herren Natalis, Wilke und Wolff. Am Magistratsstische Herr Bürgermeister Rittmeyer sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Die Versammlung schreitet unter dem Vorfige des Alterspräsidenten, Herrn Schwarzenberg, zur Wahl ihrer Vorsitzenden für das laufende Jahr.

Zum ersten Vorsitzenden wird wiedergewählt: Herr Semler, mit 18 von 21 Stimmen; (2 Zettel sind unbeschrieben, 1 lautet auf Herrn Heymann);

zum zweiten Vorsitzenden: Herr Lüderßen, ebenfalls mit 18 von 21 Stimmen; (2 Zettel sind leer, 1 lautet auf Herrn Heymann.)

Beide Herren nehmen die Wahl dankend an.

Herr Semler, den Vorfig übernehmend, erstattet sodann Bericht über die Thätigkeit der Versammlung im verfloffenen Jahre.

Eingegangen sind 134 Nummern gegen 145 im Jahre 1884. Darunter sind 116 Magistratsvorlagen, 11 selbstständige Anträge aus der Versammlung, 3 Gesuche und 4 Vorlagen der Steuereinschätzungscommissionen, Reklamationen betreffend. Erledigt sind 132 Sachen, so daß als Rest in 1885 übergegangen sind 2 Sachen, nämlich: Vertrag mit der Landeseisenbahn und Erlaßgesuche wegen Testamenten-abgaben. Beide Sachen finden heute ihre Erledigung.

Es haben 11 öffentliche Sitzungen stattgefunden und haben sich denselben in der Regel auch vertrauliche angeschlossen.

Von den 116 Magistratsanträgen hob Redner folgende hervor: Haushaltsplan für 1886, Ermäßigung des Gaspreises, Uebernahme der Gauß- und Jerusalemstraße seitens der Stadt, Erweiterung der Bürgerschulen um 7 Classen, Einrichtung einer Parallellasse V für die städtische Mädchenschule, Anlegung von Blichableitern an städtische Gebäude, Instandsetzung der verlängerten Husarenstraße, Instillirung einer Commission für das Rothe-Röckner'sche Verfahren, Verbesserung der Straßenbeleuchtung, Ausdehnung des Canalnetzes, Einführung der Wassermesser.

Die Anträge waren u. A. folgende: Errichtung einer städtischen Sparcasse, Beförderung des Baues kleiner Wohnungen, Bau einer Brücke am Röhengarten, Erhaltung der Bürgersteige auf Staatskosten, Steuerbefreiung bei einem Einkommen bis 500 M., Einrichtung einer animalen Lymphanstalt, Verbesserung des Stadtparkgebäudes.

Gesuche gingen ein wegen Canalisirung des südlichen Theils der Schöppensiedter Straße und wegen des Baues der Brücke an der Ferdinandstraße.

Von den erledigten 132 Sachen sind 123 in Commissionen vorberathen, 7 sind ohne solche Vorberathung erledigt, 2 ohne Weiteres durch Zurückziehung der bezüglichen Anträge.

Von den 123 in den Commissionen vorberathenen Gegenständen haben bearbeitet: die Finanzcommission 50, die Statutencommission 35, Statuten- und Finanzcommission zusammen 2, die Baucommission 27, die Schulcommission 9.

Statuten sind berathen: über die gewerbsmäßige Unzucht, über die Wassermesser, ferner ist das Verwaltungsregulativ für die Gas- und Wasserwerke geändert.

Proceßsachen sind 2 berathen.

Mit dem Stadtpark hat sich die Versammlung 3 mal beschäftigt.

Steuerreklamationen sind in 5 Sitzungen behandelt.

An Schulsachen hebt Redner hervor: Uebernahme der Lüttge-Harder'schen Schule, Einrichtung von Schulclassen für schwachbefähigte und sprachfranke Kinder.

Von den Baufragen ist zu bemerken, daß die Instandsetzung der Campestraße endlich zur Ruhe kommen wird, daß das Feuerlöschgebäude im vorigen Jahre nur

die Mittel zur Herstellung einer Einfriedigung gefordert hat, daß das Bauprogramm für das neue Zukunfts-Stadthaus im Allgemeinen festgestellt, und das alte Polytechnikum angekauft ist.

Im neuen Jahre werden hoffentlich zur Erledigung kommen: die Gesamt-Canalisation und die Angelegenheit über die Burg Dankwarderode.

Schließlich theilt der Herr Vorsitzende noch mit, daß ihm der Verein „Sängerfried“ einen Geschäftsbericht für das Jahr 1884/85 mitgetheilt habe, den er zur Einsichtnahme seitens der sich dafür Interessirenden circuliren lassen werde.

Darauf

II. nimmt Herr Reuter das Wort, um namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 8. v. Mts., Vertrag mit der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft betreffend, zu berichten.

Der Stadtmagistrat hat sich im Jahre 1884 der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft gegenüber bereit erklärt, der Stadtverordneten-Versammlung zu geeigneter Zeit nachstehende Anträge zur Genehmigung vorzulegen:

- 1) Für den Fall, daß die projectirte Secundärbahn von Braunschweig resp. Wolfenbüttel durch den Amtsbezirk Salder über Verneburg nach Seesen gebaut und mit dem Bahnhofe der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, daß ferner eine Verbindungsbahn von dem vorgedachten Bahnhofe auf der Westseite der hiesigen Stadt und unter Ueberbrückung der Oker an der Langentiefe nach der Nordseite der Stadt hergestellt und daselbst ein Bahnhof nach dem vorgelegten beziehentlich einem annoch zu vereinbarenden Bauplane erbaut sein wird, theiligt sich die hiesige Stadt an dem fragl. Eisenbahn-Unternehmen durch Uebernahme von 75 000 M Stammactien der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft zum Paricourse.
- 2) Für den Fall, daß auch die projectirte Secundär-Eisenbahn von dem vorbezeichneten, im Norden der hiesigen Stadt anzulegenden Bahnhofe ab durch den Amtsbezirk Niddagshausen nach Vorsfelde oder Debisfelde gebaut sein wird, theiligt sich die hiesige Stadt an dem fragl. Eisenbahn-Unternehmen durch Uebernahme fernerweiter 75 000 M Stammactien der genannten Gesellschaft zum Paricourse.

Nachdem die sub 1 gedachte Bahn von den competenten, Königlich Preussischen und Herzoglich Braunschweigischen Behörden festgestellt und genehmigt, auch der Bau derselben in Angriff genommen und bereits soweit fortgeschritten ist, daß auf die Eröffnung des Betriebes auf derselben im kommenden Frühjahr zu rechnen ist, nachdem ferner wegen der sub 2 gedachten Bahn die Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staats-Ministerium und dem Königlich Preussischen Eisen-

bahn-Minister eingeleitet sind und auf die Ausführung auch dieser Bahn mit Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, giebt der Magistrat, einem unlängst an ihn ergangenen Ersuchen der Landes-Eisenbahngesellschaft nachkommend, anheim, die vorstehend gedachten Anträge zu genehmigen.

Zur Motivirung hebt der Magistrat hervor, daß durch die in Aussicht genommenen Bahnen, für welche an der Nord- und Südseite der Stadt je ein besonderer mittelst der Pferde-Eisenbahn mit dem Innern der Stadt in Verbindung zu setzender Bahnhof errichtet werden soll, der Verkehr der an und in der Nähe derselben belegenen, wohlhabenden Ortschaften mit der hiesigen Stadt namhaft gesteigert werden werde, und daß der hiesigen Stadt und ihren Gewerbetreibenden dadurch zweifellos große Vortheile erwachsen werden. Ferner komme in Betracht, daß für die auf der West- und Nordseite der Stadt belegenen, zahlreichen und bedeutenden, industriellen und gewerblichen Etablissements directe Anschlüsse an die an der Westseite der Stadt bis zum Nordbahnhofe führende Ringbahn hergerichtet werden sollen, wodurch nicht allein den betreffenden Etablissements erhebliche Vortheile erwachsen, sondern auch eine Entlastung der vielfach engen Straßen der Innenstadt von dem hemmenden Verkehre der Lastwagen (Kohlen-, Waarenfuhrn etc.) herbeigeführt werden.

Fast die sämmtlichen, an den betreffenden Bahnen belegenen Ortschaften, Grundbesitzer und Fabrik-Inhaber haben sich durch zum Theil sehr namhafte Actienzeichnungen an dem Unternehmen betheiligt und es dürfte daher wohl angezeigt sein, daß auch die Stadt Braunschweig als die bedeutendste der bei dem Unternehmen interessirten Gemeinden durch die Uebernahme von Actien ihre Sympathie für das hochwichtige Unternehmen bekunde.

Die Commission stehe, wie Referent weiter ausführt, den Magistratsanträgen im Großen und Ganzen sympathisch gegenüber. Ueber das Project der Braunschweig-Verneburg-Seesener Bahn habe sich der Magistrat wegen der im Publikum darüber vorhandenen ungünstigen Beurtheilungen bei dem Herzoglichen Eisenbahn-Commissariate genau zu informiren gesucht und habe letzteres denn auch ganz detaillirte Aufschlüsse in der Sache gegeben, aus denen mit Sicherheit zu entnehmen sei, daß das Unternehmen zu irgend welchen Bedenken keine Veranlassung gebe. Das Project der Strecke Braunschweig-Debisfelde stehe indessen noch gar nicht fest, weshalb die Commission für rathsam halte, eine Beschlufsfassung über den hierauf gerichteten Antrag einstweilen noch auszusetzen.

Die Majorität der Commission giebt der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß 75 000 Al. Stammactien der Bahn Braunschweig-Verneburg-Seesen von der Stadt zum Paricourse übernommen werden; die Beschlufsfassung darüber, ob ein gleicher Betrag Stammactien der Bahn Braunschweig-Bejenrode bezw. Vorsfelde oder Debisfelde übernommen werden soll, aber bis dahin auszusetzen, daß die Sachlage specieller übersehen werden kann.

Die Minorität beantragt, der Uebernahme von 75 000 Al Stammactien zum Paricourfe nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß auch die Bahn Braunschweig-Debisfelde zur Ausführung gelangt; die Beschlußfassung darüber, ob ein gleicher Betrag Stammactien der Bahn Braunschweig-Beyenrode bezw. Vorsfelde oder Debisfelde übernommen werden soll, aber bis dahin auszusetzen, daß die Sachlage specieller übersehen werden kann.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Der Magistrat sei bei Einbringung der Vorlage von der Ueberzeugung geleitet worden, daß die projectirten Bahnen für die Stadt wie namentlich aber auch für die in derselben wohnenden Handel- und Gewerbetreibenden von außerordentlichem Nutzen sein werden. Schon seit Jahren sei es der dringendste Wunsch der Braunschweiger Bürger gewesen, eine Verbindung von Braunschweig nach Norden oder Osten im Anschlusse an die Berlin-Lehrter Bahn zu erhalten. Die Hoffnung auf eine staatsseitige Erbauung dieser Bahn sei leider nicht in Erfüllung gegangen; die Stadt würde auch wahrscheinlich sehr große Opfer haben bringen müssen. Wenn sich nun Privatunternehmer finden, welche mit großem Risiko den Bau der projectirten Bahnen zu Gunsten unserer Stadt betreiben wollen, so habe der Magistrat geglaubt, daß die Stadt dies freudig anerkennen und das Unternehmen durch Zeichnen von Actien gern unterstützen würde. Eine große Anzahl von Gemeinden, Fabrikanten und Privatleuten sei in dieser Beziehung bereits mit gutem Beispiele vorangegangen. Redner führt verschiedene Gemeinden an und nennt dabei die von diesen gezeichneten, namhaften Beträge. Unter diesen Umständen sei der Stadtmagistrat der Ansicht gewesen, daß auch die Stadt Braunschweig wohl entschieden das größte Interesse bei Erbauung der gedachten Bahnen habe und ihre Sympathien der Gesellschaft gegenüber durch Zeichnung einer Anzahl Actien zu erkennen geben müsse.

Die vom Herrn Referenten erwähnten, im Publikum bezüglich der Braunschweig-Derneburg-Seesener Bahn obwaltenden Bedenken bezögen sich auf die Höhe des Actiencapitals, auf die Solidität der Ausführung und die Rentabilität des Unternehmens. Um sich ein zutreffendes Urtheil über diese Punkte bilden zu können, habe sich der Magistrat, wie der Herr Referent schon hervorgehoben habe, an diejenige Behörde gewandt, welche die meiste Einsicht in der Sache habe und vollständig unpartheißch urtheilen könne, das Herzogliche Eisenbahn-Commissariat. Dieses habe denn auch den Magistrat mit einer Auskunft versehen, die nach allen Seiten hin befriedige und jeden Zweifel beseitige. Was die Form der Subvention anlange, so sei in der Commission auch vorgeschlagen worden, sich nicht mit der Uebernahme von Actien zu befassen, sondern eine entsprechende Summe à fonds perdu zu zahlen. Der Magistrat sei aber der Meinung gewesen, daß dieser Modus der Subvention weder für die Stadt noch für die Gesellschaft geeignet sei. Letzterer müsse vor allen Dingen daran gelegen sein, daß eine Stadt wie Braunschweig dem

Unternehmen Sympathien zeige, damit die übrigen Gemeinden in ihrem Vertrauen zur Sache gestärkt werden.

Wenn der Magistrat sich nun auch für die stadtseitige Uebernahme von 75 000 M Stammactien der Schunterbahn ausgesprochen habe, so sei dies in der Ueberzeugung geschehen, daß auch diese Bahn mit derselben Solidität wie die Braunschweig-Derneburg-Seesener Bahn werde ausgeführt werden. Sollte aber die Meinung in der Versammlung vorherrschen, daß es besser sei, diesen Punkt einstweilen noch zurückzustellen, dann sei auch der Magistrat damit einverstanden. Redner giebt schließlich anheim, die erstgedachten 75 000 M dem Antrage der Mehrheit der Commission entsprechend bedingungslos zu verwilligen, dagegen die Bereitwilligkeit der Verwilligung der 75 000 M für die Schunterbahn für den Fall in Aussicht zu stellen, daß diese Bahn wirklich zu Stande komme.

Herr Günther kann sich mit der beabsichtigten Uebernahme von Actien nicht einverstanden erklären. Für die Stadt Braunschweig sei die Bahnanlage weniger von Vortheil als für die betreffenden Ortschaften, denen sehr viel daran liegen müsse, mit der Hauptstadt in Verbindung gesetzt zu werden. Wenn die Stadt auch wirklich Vortheile durch die Bahnen haben würde, so könne er doch seine Zustimmung nicht dazu geben, daß man ein Actienunternehmen unterstütze. Der Staat sollte doch ein größeres Interesse haben, derartige Bahnen zu bauen.

Herr Schwarzenberg, welcher der Minorität der Commission angehört, führt die Gründe an, welche für dieselbe bei Einbringung ihres Antrags maßgebend gewesen sind. Daß die Bahn Braunschweig-Derneburg-Seesen gebaut werde, stehe zweifellos fest, die betreffende Verordnung sei bereits erlassen; dies Unternehmen bedürfe also gar keiner Subvention seitens der Stadt mehr. Viel wichtiger aber als die gedachte Bahn sei diejenige Braunschweig-Debisfelde, welche die nördlichen Ortschaften des Herzogthums mit der Hauptstadt verbinde, weshalb die Minorität die Fertigstellung dieser Bahn, zu deren Erbauung die Concession noch nicht ertheilt sei, bei Verwilligung der ersten 75 000 M als Bedingung hingestellt habe. Im Uebrigen verkenne er nicht, daß die bereits im Bau begriffene Bahn Braunschweig-Derneburg-Seesen für die Stadt von großem Nutzen sein werde. Daraus, daß die Gesellschaft die Stadt nicht schon vor der Erbauung um eine Subvention angegangen sei, gehe aber wohl hervor, daß man auf eine Beihülfe Braunschweigs weniger gerechnet habe.

Herr Stadtrath Schöttler hält es für seine Pflicht, einige Worte zu sagen, weil er mehr oder weniger Schuld daran sei, daß die Bahnanlage der Gesellschaft theurer zu stehen komme, als ursprünglich angenommen sei. Ein Antrag auf Unterstützung des Unternehmens durch Uebernahme von Actien gelange deshalb erst jetzt an die Versammlung, weil die ursprüngliche projectirte Bahnlinie, welche sich über die Kreuzung der Neben- und Hamburgerstraße, die von der Stadt bei

der Masch zu erbauende Brücke und einen Theil der Ringstraße bewegte, auf seine (Redners) im Magistrate wegen des an den genannten Punkten vorhandenen und hoffentlich noch bedeutend wachsenden Verkehrs erhobene Vorstellung weiter hinausgeschoben worden sei. Bei den hierüber gepflogenen Verhandlungen habe die Landes-Eisenbahn-Gesellschaft den Wunsch geäußert, daß ihr für die verloren gegangene Hoffnung, die Bahn 100—150 000 M billiger bauen zu können, eine Entschädigung gezahlt werden möchte. Hierauf habe sich aber der Magistrat nicht eingelassen, sondern den Unternehmern als Revanche eine Betheiligung in Actien in Aussicht gestellt. Der Magistrat habe nun damals nicht für rathsam gehalten, mit einer unfertigen Sache vor die Versammlung zu treten, er habe vielmehr eine Fertigstellung der Bahn abwarten zu müssen geglaubt. Er (Redner) sei von vornherein der Ansicht gewesen, und auch heute noch der Ueberzeugung, daß eine Betheiligung am Unternehmen durchaus kein Risiko in sich schließe, die Actien vielmehr binnen wenigen Jahren einen angemessenen Zinsertrag abwerfen würden. Den Antrag der Minorität der Commission kann Redner nicht empfehlen. Es entspreche nur der Billigkeit, wenn die Stadt, auf deren Veranlassung der Bahnbau um 100—150 000 M vertheuert worden sei, und die das größte Interesse am Unternehmen habe, letzteres durch Uebernahme von Actien zu kräftigen suche. Wenn die Stadt, wie erwähnt sei, sich überhaupt an keinem Privatunternehmen durch Uebernahme von Actien betheiligen solle, dann dürfe dieselbe auch kein Capital zur Erbauung von Häusern mit kleinen Wohnungen hergeben, wie solches neuerdings in ziemlich hohem Betrage und zu einem verhältnißmäßig niedrigen Zinsfuße geschehen sei. Die Stadt habe seines Erachtens die Pflicht, nach Kräften Verkehr heranzuziehen, damit unserer Arbeiterbevölkerung immer mehr Gelegenheit zum Erwerb gegeben werde. Er bitte deshalb, den Vorschlag der Minorität nicht anzunehmen, sondern eine Uebernahme von 75 000 M Stammactien der Braunschweig-Verneburg-Seesenener Bahn ohne Bedingung zu beschließen. Was die Betheiligung bei dem anderen Bahnbau anlange, so erblicke er keine Gefahr darin, wenn hierüber heute ein Beschluß noch nicht gefaßt werde.

Herr Nieß hält eine Betheiligung der Stadt am Unternehmen durch Uebernahme von Actien schon deshalb für wünschenswerth, weil sie damit das Recht erlangt, bei der Leitung des Unternehmens ihre Stimme mit in die Waagschale zu legen, und dadurch event. verhindern könne, was ihre Interessen verletze. Er würde auch nicht dagegen sein, wenn in irgend einer Form zum Ausdruck gebracht würde, daß die städtischen Behörden geneigt wären, auch 75 000 M für die Bahn Braunschweig-Verneburg bei deren Zustandekommen zu zeichnen, um dadurch das Interesse an den Tag zu legen, welches die Stadt entschieden an der Herstellung auch dieser Bahn haben müsse. Vielleicht werde dadurch erreicht, daß von maßgebender Stelle aus ein gewichtiges Wort gesprochen werde, welches die Erfüllung des Wunsches

der Braunschweiger veranlassen würde. Großes Entgegenkommen werde man wohl bei dem preussischen Eisenbahn-Minister bezüglich dieser Bahn nicht finden, weil dieselbe eine Concurrenzlinie zur Berlin-Lehrter Bahn bilde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt Herrn Günther gegenüber, daß derselbe doch nicht den richtigen Standpunkt einnehme, wenn er sich allen Actienunternehmungen feindlich gegenüberstelle. Man brauche nicht immer die vielfach vorgekommenen nachtheiligen Gründungen im Auge zu haben; es gebe auch sehr segensreiche Gründungen, und diese zu unterstützen, sei durchaus gerechtfertigt; es gebe auch Anlagen, die vom Staate nicht betrieben werden könnten, die von Privatunternehmern in die Hand genommen werden müßten. Wie würde es mit den Eisenbahnen Deutschlands stehen, wenn nicht das Privatunternehmen dabei eine Hauptrolle gespielt hätte? Bezüglich der Aenderung des ursprünglichen Project's stimmt Redner den Ausführungen des Herrn Stadtrath Schöttler zu. Nach gründlicher Prüfung dieses Project's und nachdem der Architekten- und Ingenieur-Verein in dankenswerther Weise die nöthigen Aufschlüsse gegeben habe, sei man davon zurückgetreten und habe eine weiter hinausgehende, im Anschlage nicht vorgesehene Linie zur Ausführung bringen müssen. Eine Betheiligung der Stadt am Unternehmen durch Uebernahme von Actien habe auch Vortheile für die Stadt, zahle man aber eine Summe à fonds perdu, dann sei man dieselbe ein für alle Mal los. Er bitte deshalb nochmals, dem Magistratsantrage mit der Aenderung zuzustimmen, daß man die Subvention für die Schunterbahn nur in Aussicht stellen wolle.

Referent theilt die Gründe mit, weshalb man in der Commission von der vorgeschlagenen Zahlung einer Summe à fonds perdu abgekommen sei, und verliest alsdann einige Stellen aus dem Schreiben des Herzoglichen Eisenbahncommissariats, welche über die zu erwartende Rentabilität des Unternehmens Aufschluß geben und dieselbe als eine günstige bezeichnen. Ferner stellt Redner eine Berechnung auf, wonach die im preussischen Staate im Jahre 1884 erbauten Secundärbahnen durchschnittlich pro Kilometer 83 452 M gekostet haben, die Bahn Braunschweig-Verneburg-Seesen aber nur 74 000 M pro Kilometer zu stehen kommen werde. Die Verhältnisse, fügt Redner hinzu, lägen aber bei der letztgedachten Bahn im Durchschnitt besser als bei den preussischen Bahnen, weshalb denn auch das Herzogliche Eisenbahn-Commissariat mit großer Wahrscheinlichkeit in Aussicht stelle, daß die Verzinsung des Unternehmens eine sehr angemessene werden werde. Wenn in der Commission insofern keine Einstimmigkeit geherrscht habe, als die Minorität die Sicherung der Bahn Braunschweig-Debisfelde zur Bedingung stelle, so gehe daraus hervor, daß die Stadt Braunschweig an Herstellung auch dieser Bahnlinie ein eminentes Interesse habe. Er wünsche selbst, daß in dieser Beziehung ein Druck ausgeübt würde, glaube aber kaum, daß es etwas nützen werde, und er bitte deshalb, sich für unbe-

dingte Uebernahme von 75 000 M Stammactien der Braunschweig-Verneburg-Seefener Bahn zu entscheiden.

Herr Lösekrug spricht sich für unveränderte Annahme der Magistratsvorlage aus. Wenn die Bahn Braunschweig-Debsfelde nicht zur Ausführung komme, dann brauche auch das Geld nicht ausgegeben zu werden, da es ja nur in Aussicht gestellt werden solle. Mit der Zunahme der Bevölkerung haben auch die Geschäfte in Braunschweig zugenommen, der Fremdenverkehr habe aber abgenommen, und es sei schon mancher Versuch gemacht, bessere Bahnanschlüsse zu bekommen. Für die Stadt Braunschweig seien neue Bahnanlagen von weit größerem Interesse als für die umliegenden Ortschaften, deren Bewohnern heute Gelegenheit gegeben sei, leicht nach allen Richtungen hinzukommen. Braunschweig sei ja gänzlich aus dem Verkehr herausgeworfen. Er glaube indeß, daß auch die Bahn Braunschweig-Debsfelde zu Stande kommen werde und derselben nicht die von Herrn Nieß befürchteten Schwierigkeiten von preussischer Seite entgegengestellt werden würden.

Herr Niese: Daß die Verkehrsverhältnisse in Braunschweig zurückgekommen, sei allein Schuld der Braunschweigischen Regierung. Wenn diese von vornherein mehr Interesse dafür gehabt hätte, die Verkehrsverhältnisse zu bessern, dann hätte Braunschweig schon jahrelang die nothwendigen Bahnverbindungen und die Berlin-Lehrter Bahn wäre nicht gebaut worden. Privatspeculanten bauten keine Bahnen aus purem Wohlwollen gegen die Braunschweiger; sie wußten eben, daß aus Braunschweig noch etwas zu holen sei und auf derartigen Principien beruhten alle Actienunternehmen. Daß der Stadt Braunschweig und den umliegenden Ortschaften aus den projectirten Bahnanlagen Nutzen erwachse, wolle er nicht bestreiten, aber in erster Linie kommen solche Unternehmen dem Capital zu Gute; die Arbeiter hätten keinen Vortheil davon, sie würden im Gegentheil noch immer mehr dadurch gedrückt. Er sei deshalb principiell gegen alle Actienunternehmen. Im Interesse der Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden liege es allerdings, wenn die in Rede stehende Bahn gebaut werde, denn die Geschäftswelt sei in Braunschweig ziemlich todt. Wenn Herr Stadtrath Schöttler meine, daß man bei Bewilligung eines namhaften Hypothekendarlehns an den Tischlermeister Jung zur Erbauung kleinerer Wohnungen das Wohl der arbeitenden Classen im Auge gehabt habe, so sei er (Redner) entschieden anderer Ansicht. Arbeiter-Wohnungen seien das nicht, die Jung erbaut habe, denn ein Arbeiter mit 600 M Einnahme könne keine Wohnung bezahlen, die 200—300 M koste. Dieser Fall stehe denn auch einzig in seiner Art da und werde sich nicht wiederholen. Bezüglich der projectirten Bahnanlage bemerkt Redner noch, daß allerdings, wie schon richtig hervorgehoben sei, die Bewilligung der geforderten Subvention insofern im Interesse Braunschweigs liege, als dann das Unternehmen von Braunschweigischen Beamten überwacht werden würde. Für die Rentabilität des Unternehmens könne aber niemand Gewähr leisten.

Herr Günt her würde mit Freuden der Bewilligung einer Subvention zustimmen, wenn der Staat den Bahnbau in die Hand nehme, aber nicht im vorliegenden Falle, wo es sich um Unterstützung eines Privatunternehmens handle. Soviel stehe fest, Privatunternehmen würden nicht im Interesse der Arbeiter ins Werk gesetzt, und daß man seiner Zeit dem Tischlermeister Jung ein Darlehn gewährt habe, habe seinen (Redners) Absichten durchaus nicht entsprochen. Er hätte sich auch entschieden dagegen ausgesprochen, wenn er die betreffende Magistratsvorlage besser gekannt hätte. Man sei aber häufig vollständig unbekannt mit den Sachen und müsse sich entweder der Abstimmung enthalten, oder direct gegen die Anträge stimmen.

Herr Nie ß schließt sich den Ausführungen des Herrn Vbskrug im Großen und Ganzen an, ist denselben jedoch insofern entgegen, als er glaubt, daß man sich preußischerseits nicht so ohne Weiteres dem Bau der Bahn Braunschweig-Debissfelde geneigt zeigen werde. Man möge nur an die Erledigung der Frage bezüglich der Braunschweig-Hildesheimer Bahn denken. Auch hierbei sei auf preußischer Seite keine Neigung vorhanden gewesen, Braunschweigs Bestrebungen nach besseren Bahnanschlüssen zu unterstützen.

Bei der nun erfolgenden Abstimmung wird der Antrag der Mehrheit der Commission mit großer Majorität angenommen.

Referent wendet sich sodann zu dem im oben erwähnten Magistratsantrage ferner enthaltenen Antrage.

Wegen Herstellung eines befestigten Zugangsweges zu dem projectirten Nordbahnhofe hat der Magistrat mit der Landes-Eisenbahngesellschaft eine notarielle Vereinbarung getroffen, zufolge welcher die hiesige Stadt verpflichtet sein würde, entweder diejenige Straße, welche an Stelle des jetzigen Mittelweges von der Nebenstraße aus nach Norden zu projectirt ist, oder die Straße in der Fortsetzung der Neuen Promenade baldthunlichst vollständig in Stand setzen zu lassen, wogegen die Landes-Eisenbahn-Gesellschaft die gesammten Kosten dieser Straßenanlage einschließlich des Terrainerverbes, der Canalisirung, Chaussirung und Belegung mit Gas- und Wasserröhren zu bestreiten und in Gemäßheit der aufzustellenden Voranschläge vor Beginn der Herrichtungsarbeiten an die städtische Wegebau-Casse resp. die Casse der Gas- und Wasserwerke einzuzahlen haben würde. Die Stadt würde sodann auf Grund des Ortsbaustatuts die Kosten der Straßenanlage von denjenigen Personen einzuziehen haben, welche demnächst Gebäude an der fragl. Straße errichten, und die eingezogenen Beiträge an die Eisenbahn-Gesellschaft abführen müssen, auch würden der Letzteren die Auslagen für Canalisirung und Belegung mit Gas- und Wasserröhren in Gemäßheit der statutarischen Bestimmungen demnächst zu erstatten sein. Der Magistrat ersucht die Versammlung, diese dem Interesse der Stadt entsprechende Vereinbarung zu genehmigen, auch sich für den

Ausbau der in der Fortsetzung der neuen Promenade im Ortsbauplane projectirten Straße zu entscheiden.

Referent verliest den Vertrag und bemerkt darauf, daß derselbe die nämlichen Bedingungen enthalte, wie sie auch in anderen Fällen den Unternehmern bei Herstellung neuer Straßen auferlegt würden. Der schwere Fuhrwerks-Verkehr werde sich über die Nebenstraße, Hamburgerstraße nach dem Wendenthore zu bewegen, während der Personen- und leichte Fuhrverkehr den Weg über den Exercierplatz und die Neue Promenade nach der Stadt nehmen könne. Der Verkehr werde dadurch zweckmäßig vertheilt werden.

Die Commission empfiehlt einstimmig die Annahme des Magistratsantrags.

Nachdem auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Reiche seitens des Herrn Bürgermeister Rittmeyer noch mitgetheilt worden ist, daß das Project der Brücke zwischen der Petri- und Wendenmaisch nahezu fertig gestellt und Hoffnung vorhanden sei, daß nach Erledigung der von Herzoglicher Baudirection neuerdings wegen Uebernahme der Kosten zu der an der betreffenden Stelle erforderlichen Oeferverbreiterung aufgeworfenen Frage die gedachte Brücke noch in diesem Sommer zur Ausführung kommen werde,

beschließt die Versammlung dem Magistratsantrage gemäß.

Danach

III. berichtet Herr Blasius namens der Schulcommission über die Magistratsvorlage vom 28. December v. J., die Anstellung eines Oberheizers für die städtischen Gebäude betr.

Einem Ersuchen der Versammlung gemäß, hat der Magistrat durch die städtische Bauverwaltung Ermittlungen darüber anstellen lassen, ob gegenüber der hier bislang zur Anwendung gebrachten Luftheizung inzwischen eine andere Heizungs-methode sich besser bewährt habe. Es sind in dieser Beziehung von verschiedenen Städten Deutschlands Erkundigungen eingezogen, welche sich kurz dahin zusammenfassen lassen, daß in den Gemeindeschulen anderer Städte außer der Luftheizung auch andere Heizsysteme mit Vortheil zur Anwendung gekommen sind. 4 Städte haben sich für Mantelöfen, 8 für Wasserheizung mit unabhängiger Lüftung und 10 für Feuerluftheizung entschieden. Danach ist es Thatfache, daß verschiedene Heizsysteme im Stande sind, gute reine Luft und gleichmäßige Wärme in den beheizten Räumen zu erzielen. Die städtische Bauverwaltung empfiehlt am Schlusse ihres umfassenden Berichts die Anstellung eines Oberheizers, welcher die sämtlichen städtischen Schulgebäude in Bezug auf ihre Heizung zu controliren hat. Es sei dadurch eine wesentliche Besserung in der Beheizung und Ventilation der Schulräume und somit in hygienischer Beziehung ein Vortheil für die Schulkinder zu erzielen, dessen Werth weit höher anzuschlagen sei, als die dafür gebrachten pecu-

niären Opfer. Bei dem nächsten Schulneubau empfiehlt die städtische Bauverwaltung eine Drucklüftungsanlage und eine Warmwasser-Niederdruckheizung veruchsweise zur Ausführung zu bringen.

Der Magistrat ersucht nun die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß der städtischen Bauverwaltung ein besonderer Hilfsbeamter, zunächst in provisorischer Anstellung mit einer Remuneration von 1500—1800 M als Controleur der Heizungsanlagen in sämtlichen städtischen Gebäude mit der Bestimmung beigegeben werde, daß derselbe in dienstfreier Zeit, namentlich im Sommer, als Aufseher bei den städtischen Neubauten oder in ähnlicher Hilfsstellung zu fungiren hat.

Die Commission glaubt diesen Antrag um so mehr empfehlen zu können, als sie der Ansicht ist, daß sich bei einer gehörigen Anlernung und Controlirung der Heizer seitens eines technisch und praktisch vorgebildeten Oberheizers baldigst eine nicht unbedeutende Ersparung an Brennmaterial herausstellen werde.

In der nun folgenden Debatte sprechen sich die Herren Burchard, Halle und Rieke gegen, die Herrn Rieß, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Ramdohr und Stadtrath Schöttler für den Magistratsantrag aus; die ersteren halten die Anstellung eines Oberheizers für überflüssig, die letzteren bekämpfen diese Ansicht.

Nachdem der Herr Referent den vorhin erwähnten Bericht der städtischen Bauverwaltung verlesen und noch besonders auf die Vortheile hingewiesen hat, welche den Schulkindern aus einem unter fachverständiger Controle ausgeübten Betriebe der Heizungs- und Lüftungsanlagen der Schulen in gesundheitlicher Beziehung erwachsen, und nachdem Herr Krahe noch darauf aufmerksam gemacht hat, daß der anzustellende Controleur auch im Sommer durch die Revision und Reinigung der Heizungsanlagen so sehr werde in Anspruch genommen werden, daß er schwerlich Zeit zu anderweiter Beschäftigung erübrigen werde,

befiehlt die Versammlung, wie vom Magistrate beantragt.

IV. wird auf Grund eines von Herrn Schwarzenberg für die Schulcommission erstatteten Berichts dem Magistratschreiben vom 28. v. Mts. entsprechend beschloffen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schulvorstande behuf der auf den 1. Mai c. in Aussicht genommenen Einrichtung von 7 neuen Schulclassen:

- 1) zur Besoldung und event. Remuneration von 7 Lehrern ein Credit von bis zu 5600 M aus dem Dispositionsfonds des Schulcassenstats pro 1886 gewährt,
- 2) zur Beschaffung von Utensilien und Lehrmitteln der Betrag von 160 M extraordinair aus der Schulcasse zur Verfügung gestellt werde.

V. Mittelft Schreibens vom 28. v. Mts. überreicht der Stadtmagistrat ein Verzeichniß über auf Vorschlag der Verwaltungsdeputation der städtischen Gaswerke neu aufzustellende Straßenlaternen. Es sollen danach Candelaber errichtet werden: auf der Münzstraße 2, Friedrich-Wilhelmstraße 5, Rosenhagen 1, Monumentplatz 6, Augustthorpromenade 1, Ottmerstraße 2, Verlängerte Leonhardstraße 7, Steinthorpromenade und am Steinthore 2, Fällersleberthorwette 1, Spielmannstraße 5, Petriithorpromenade 3, Bruchthorstraße 2, Landstraße 2, Martha- und Körnerstraße 5, Helmstedterstraße 6, Jägerstraße 2, Marienstraße 2, Willierstraße 1, Sandweg 1, am Fällersleberthore 1, Fällersleberthorpromenade 1, Am Wendenthore 2, Petriithorpromenade 1, Eichthalstraße 2 (Petroleum), Brüdernfischhof 1, Louisenstraße 2, Pawelstraße 1, Cellerstraße 3, Am Gausberge 1, Theaterpromenade 3, Hufarenstraße 5, Hagenstraße 3 (Petroleum), Heinrichstraße 2 (dito), Biegwegstraße 3 (dito); Wandlaternen auf der Autorstraße 1, Rosenstraße 1, Maschstraße 2, Riefelnkulk 1, Auguststraße 2, Salzbadlumerstraße 1, Sonnenstraße 1, Johannishof 1. Die Herzogliche Polizeidirection ist diesen Vorschlägen beigetreten, wünscht aber, daß außerdem je 1 Candelaber vor dem Reichspostgebäude auf der Friedrich-Wilhelmstraße und vor dem Lange'schen Hause an der Frankfurterstraße aufgestellt werde.

Die Kosten der Anlage dieser 99 neuen Laternen sind auf 16 292,45 M veranschlagt, die jährliche Ausgabe für Unterhaltung beträgt, pro Laterne 60 M gerechnet, insgesammt 5940 M, und beantragt der Magistrat die Anlagelkosten aus dem Reservefonds des Gaswerks und die Betriebskosten, vorbehaltlich der Beitragspflicht des Fiskus, aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Herr Günther wirft die Frage auf, weshalb nicht auf eine bessere Beleuchtung des Theaterplatzes Bedacht genommen werde; derselbe mache nach Schluß des Theaters und an solchen Abenden, wo kein Theater stattfinde, wirklich eine unheimlichen Eindruck, bedürfe aber einer guten Beleuchtung am allernöthigsten, weil er Nachts von allerlei umhertreibendem Gesindel besucht werde.

Herr Reuter bemerkt hierzu, daß die Beleuchtung des Theaters auf einem besondern Abkommen zwischen der Herzoglichen Kreisdirection und der Herzoglichen Hoftheater-Intendantur beruhe und daß, wenn in dieser Beziehung etwas geschehen solle, mit den betreffenden Behörden in Verhandlung getreten werden müsse.

Herr Günther stellt darauf den Antrag, den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit der Herzoglichen Hoftheater-Intendantur ein Abkommen dahin zu treffen, daß die Candelaber vor dem Theater auch außer der Theaterzeit erleuchtet werden.

Herr Reiche beantragt zu beschließen, daß statt der vom Magistrate für die Eichthalstraße vorgeschlagenen Petroleumlaternen Gaslaternen errichtet werden.

Ferner beantragt Redner, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die in der Gartenstraße und Fuchstwete vorhandenen Petroleumlaternen durch Gaslaternen ersetzen zu lassen. In diesen Straßen, wo des starken und dabei eigenartigen Verkehrs wegen allabendlich polizeiliche Controlle zur Aufrechterhaltung der Ordnung nöthig sei, verlange die öffentliche Sicherheit dringend eine bessere Beleuchtung als sie durch Petroleumlaternen geboten werde. Auch polizeiseitig würde ein derartiger Fortschritt mit großer Freude begrüßt werden. In der Fuchstwete und Gartenstraße lasse sich eine Gasbeleuchtung leicht herrichten, da ein Anschluß an die in nächster Nähe befindliche Röhrenleitung mit geringen Kosten zu bewerkstelligen sei. Redner bittet, seinem Antrage zuzustimmen, und mit einer besseren Beleuchtung jener Gegend nicht solange zu warten, bis erst einmal ein größeres Unheil dort passirt sei.

Herr Rieke beantragt, in der verlängerten Husarenstraße, welche diesen Sommer vollständig bebaut werden werde, an Stelle der vom Magistrate vorgeschlagenen Petroleumlaternen Gaslaternen aufzustellen.

Herr Till begrüßt eine Vermehrung des Gaslaternen mit Freuden, empfiehlt aber, um bei Bedürfnisfragen in dieser Beziehung schneller zum Ziele kommen zu können, den Stadtmagistrat zu ersuchen, jährlich eine angemessene Summe in den Etat einzustellen, über welche die Direction der Gas- und Wasserwerke in Gemeinschaft mit der Wasserwerksdeputation zur Errichtung von nothwendigen Gaslaternen verfügen könne, und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Herr Reuter bemerkt, daß die Gasbeleuchtung in den von Herrn Reiche erwähnten Straßen, weil dort auf keinen Privatconsum zu rechnen sei, erheblich theurer als Petroleumlaternen zu stehen kommen würde. Man sein gezwungen, sich stellenweise mit Petroleumlaternen zu behelfen; selbst in Berlin finde diese Beleuchtungsart noch vielfach Anwendung. Gegen die Anbringung von Gaslaternen in der verlängerten Husarenstraße habe er nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß dieselbe noch in diesem Sommer bebaut werden werde. Den Antrag des Herrn Till befürwortet Redner.

Herr Blasius empfiehlt dringend den Antrag des Herrn Reiche. Wenn es sich um Berücksichtigung besonderer Umstände handele, dann müsse auch einmal die Stadtclasse eintreten und nicht gewartet werden, bis man sich durch Privatconsum von Gas schadlos halten könne. Die Zustände auf den von Herrn Reiche bezeichneten Straßen seien wirklich höchst unangenehmer Natur. Dem Antrage des Herrn Till stimmt Redner mit Freuden zu.

Herr Till macht noch auf die Gertrudenstraße aufmerksam, deren Anwohner schon längere Zeit den Wunsch nach einer Beleuchtung zu erkennen gegeben haben.

Herr Burchard vermißt in den Vorschlägen noch verschiedene kleinere Straßen, so Grünstraße, Hopfengarten. Redner äußert dann den Wunsch, daß die Straßenlaternen im Winter morgens eine halbe Stunde länger im Brennen erhalten, nachmittags dagegen eine viertel Stunde später angezündet werden möchten. Wenn die Leute morgens 7 Uhr zur Arbeit gehen, sei es gewöhnlich sehr dunkel und nachmittags würden die Laternen meist schon angesteckt, wenn es noch heller Tag sei.

Herr von Seckendorff bittet um unveränderte Annahme der Magistratsvorlage, damit die Ausführung der jetzt projectirten Erweiterung der Straßenbeleuchtung keine Verzögerung erleide. Die gestellten Anträge würden besser als selbstständige behandelt.

Herr Reuter äußert sich im gleichen Sinne und fügt hinzu, daß man die vorgebrachten Wünsche schon deshalb nicht augenblicklich berücksichtigen könne, weil nicht sofort zu übersehen sei, wieviel Mittel verwilligt werden müßten.

Herr Reiche tritt dieser Ansicht entgegen. Er habe volles Vertrauen zur ausführenden Behörde, daß sie nicht mehr Kosten verwenden werde, als wenn ihr die zu verausgabende Summe bis auf den Pfennig vorgeschrieben werde. Wenn der Magistrat die so sehnlichst gewünschten und wirklich äußerst nothwendigen Gaslaternen habe hinstellen lassen, dann benachrichtige er die Versammlung, was es gekostet habe, und diese werde die Verwilligung nachträglich aussprechen.

Herr Burchard stimmt dem Antrage des Herrn Vorredners bei. Es komme nicht darauf an, ob man die Kosten ganz genau kenne oder nicht; man möge eine ungefähr hinreichende Summe bewilligen. Auch bei manchen anderen Sachen werde ja nicht so genau nach dem Kostenpunkte gefragt.

Herr Reuter sucht nochmals nachzuweisen, daß eine Nothwendigkeit zu der beantragten Umwandlung von Petroleumlaternen in Gaslaternen nicht vorliege und daß dazu die Summe des sorgfältig ausgearbeiteten Kostenanschlags bei Weitem nicht ausreichen würde. Der Gaswerksverwaltung sei es viel lieber, wenn überall Gaslaternen angebracht würden, weil die Petroleumlaternen viel Last machten, es sei dies aber in wirtschaftlicher Beziehung nicht immer rathsam.

Herr Heymann bringt darauf den Antrag ein: den Magistratsantrag im vollen Umfange anzunehmen, dabei aber das Ersuchen an den Stadtmagistrat zu richten, die Frage, ob und welche der von demselben vorgeschlagenen Petroleumlaternen etwa durch Gaslaternen ersetzt werden könnten, einer weiteren Prüfung zu unterziehen.

Es folgt die Abstimmung, wobei der Antrag des Herrn Heymann angenommen wird.

Der Antrag des Herrn Reiche bezüglich der Gartenstraße und Fuchstweide, sowie die Anträge der Herren Günther und Tili werden als selbstständige der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

VI. Aus verschiedenen, im Magistratschreiben vom 28. v. Mts. näher bezeichneten Gründen hat der Schulvorstand die Vornahme einer baulichen Erweiterung der mittleren Bürgerschule an der Wilhelmstraße, zu welchem Zwecke vor mehreren Jahren das Poppe'sche Haus in der Abelntarre angekauft ist, beantragt. Das von der städtischen Bauverwaltung über diese Erweiterung ausgearbeitete Project erfordert, einschließlich der Kosten für ein neues Abortgebäude, für sonstige Nebenanlagen und Anschaffung von Mobiliar einen Kostenaufwand von 70 000 M.; Schulvorstand und Magistrat billigen dasselbe. Letzterer giebt anheim, die Ausführung des Projectes zu beschließen und die nöthigen Mittel, von denen im Jahre 1886 eine im Stadthaushaltsetat bereits vorgesehene erste Rate von 60 000 M. zur Verwendung gelangen soll, zu bewilligen.

Der Commissionsreferent, Herr Schwarzenberg, befürwortet diesen Antrag.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Rieke, welcher auf die ungenügende Größe des Spielplatzes der gedachten Schule hinweist, und des Herrn Blasius, welcher betont, daß der Spielplatz allerdings klein sei, daß es sich aber bei der gegenwärtigen Vorlage zunächst um Schaffung heller, gesunder Schulclassen handle, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VII. Ueber die Magistratsvorlage vom 28. v. Mts., den Erwerb des vormaligen zweiten Predigerhauses zu St. Martini betreffend, referirt Herr Krahe im Auftrage der Statutencommission.

Der Magistrat hält eine Verbreiterung des Verbindungsweges zwischen der alten Knochenhauerstraße und dem Eiermarkte unter Hineinziehung eines Theils der Grundfläche des gedachten vormaligen Pfarrhauses für erforderlich; er hat deshalb mit dem Kirchenvorstande im Einverständnisse des Kirchencassen-Collegiums eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der Stadtgemeinde das fragliche Gebäude für den von der städtischen Bauverwaltung ermittelten Preis von 25 000 M. zum 1. Januar 1886 käuflich überlassen werde. Im Stadthause macht sich nämlich ein empfindlicher Raummangel fühlbar, und hat sich der Magistrat schon seit längerer Zeit nach einem geeigneten Locale zur vorläufigen Unterbringung des Standesamtes umgesehen, dessen Verlegung am ehesten thunlich erscheint. Der Magistrat ersucht nun zu beschließen:

- 1) daß zur Verbreiterung des Verbindungsweges zwischen der alten Knochenhauerstraße und dem Eiermarkte die Baulinie h b des vorgelegten Situationsplans festgestellt,

2) daß das vormalige gedachte Pfarrhaus

- a. zum Preise von 25 000 M stadtseitig erworben,
- b. in die Baulinie h b mit einem Kostenaufwande von bis zu 8500 M zurückverlegt und
- c. durch Ausführung der nöthigen Baureparaturen und Anschaffungen in Höhe von 2450 M zur Unterbringung des Standesamtes eingerichtet werde.

Bezüglich der Kostendeckung beantragt der Magistrat zu genehmigen, daß der Kaufpreis von 25 000 M durch Verpfändung von zum Grundcapitalvermögen der Stadt gehörigen Kreisobligationen beschafft, die Kosten des Umbaues und der Einrichtung des Gebäudes zu 10 950 M dagegen aus den etatmäßigen Mitteln des Extraordinariums der Stadtkasse bestritten werden.

Die Statutencommission ist mit den Magistratsanträgen einverstanden und empfiehlt deren Annahme.

Auf eine Anfrage des Herrn Blasius, ob die früher in Aussicht genommene Baulinie, durch welche eine Verbreiterung der Petersilienstraße herbeigeführt und dem Verkehr wirklich Nutzen geschaffen würde, definitiv abgelehnt sei,

erwidert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß die von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagene weitergehende Baulinie, welche einen größeren Theil des gedachten Predigerhauses fortnehme, nicht zur Ausführung kommen werde, weil sie ganz bedeutende Kosten verursachen und der Petersilienstraße doch nicht viel nützen würde.

Herr Burchar d fragt an, wie es mit der Einrichtung eines Gewerbeschiedsgerichts stehe, welches in dem fraglichen Gebäude Aufnahme finden sollte.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß diese Angelegenheit wieder etwas zurückgekommen sei. Im Reichstage sei bekanntlich ein Antrag auf Erlass eines Reichsgesetzes gestellt, wonach jede Gemeinde verpflichtet sein solle, ein Gewerbeschiedsgericht auf Grund allgemeiner Wahlen einzurichten. Unter so bewandten Umständen habe der Magistrat einstweilen von weiteren Schritten Abstand nehmen zu sollen geglaubt. Selbstverständlich werde derselbe die Sache im Auge behalten.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

Nachdem schließlich

VIII. dem vom Referenten der Finanzcommission, Herrn v. Seckendorff, befürworteten Magistratsantrage vom 4. d. Mts. entsprechend beschloffen ist, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Banquier Ebeling das an sein auf der Wendenstraße belegenes Grundstück durch Feststellung der Baulinie für die Ostseite

dieser Straße ange schnittene Straßenterrain von 3 qm zum Preise von 60 M käuflich überlassen werde,
erfolgt Schluß der öffentlichen Sitzung.

Die Versammlung tritt darauf in eine vertrauliche Berathung ein.

In derselben werden

1) in Gemäßheit des Magistratsantrags vom 17. v. Mts. verschiedenen Personen Abgaben erlassen, welche sie wegen abgeschlossener Contracte über Grundstücke bezw. beim Gerichte niedergelegter letztwilliger Verfügung der hiesigen Armen- und Begebesserungs- resp. Kreiscommunalcasse schulden,

2) erklärt sich die Versammlung mit der vom Stadtmagistrate unterm 28. v. Mts vorgeschlagenen definitiven Anstellung des Aufseher's Göhe als Armen- und Pflegehausaufseher unter Zubilligung eines entsprechenden Gehaltsjahres einverstanden,

3) wird die Wahl von Armenpflegern vorgenommen. An Stelle des als Armenpfleger ausscheidenden Cabinetssecretärs Hartwie g, stellvertretenden Vorsitzenden des 13. Bezirks, wird Regierungsassessor Sievers zum Armenpfleger, Factor Morg enst ern zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ferner werden behufs Entlastung des 14. Bezirks noch zu Armenpflegern gewählt: Obergerichtsrath Vorwerk und Kaufmann N a h d e.

4) erfolgt die vorläufige Erledigung einer Steuerreclamation.

5) Besprechung über das bei Erlaß von Adressen der städtischen Behörden zu beobachtende Verfahren,

6) wird der bisherige Protokollführer der Versammlung für das laufende Jahr wiedergewählt; imgleichen der bisherige Stellvertreter desselben.

1886.

(Fortsetzung der Beilage zu Nro. 35 de 1886
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 2.

V e r h a n d l u n g e n
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 1. Februar 1886.

Öffentlich:

- 1) Vorlage des Stadtmagistrats, die Burg Dankwarderode betreffend.
- 2) Desgl., die Kosten der Erweiterung des Wasserwerks betreffend.
- 3) Antrag des Stadtverordneten Reiche, die Straßenbeleuchtung in der Gartenstraße zc. betreffend.
- 4) Antrag des Stadtverordneten Günther, die Beleuchtung des Theaterplatzes betreffend.
- 5) Antrag des Stadtverordneten Till, betreffend Einstellung eines Figurs in den Etat zur Disposition der Gaswerksdeputation behuf Vermehrung der Straßenlaternen.
- 6) Vorlage des Stadtmagistrats, Unterstützung des Kunstgewerbevereins und Deckung eines Deficits desselben betreffend.
- 7) Desgl., Instandsetzung der Salzdhumerstraße betr.

Vertraulich:

- Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.
Heranziehung von Fremden zur Communalsteuer.
Sitzung der Stadtverordneten.
Einschätzung zur Communalsteuer.
-

Entschuldigt die Herren Buchler, Nieß und Reiche. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Zu dem Protokolle N. 11 vom 17. December v. J., welches zur Genehmigung vorliegt, wird bemerkt, daß es auf S. 163 Z. 9 v. u. nicht „Die Sachverständigen im Bundesrathe hätten sich dahin ausgesprochen u. s. w.“ sondern „Die vom Bundesrathe zugezogene Sachverständigen-Commission habe u. s. w.“ heißen muß, daß der

Name des in Z. 13 v. o. auf derselben Seite aufgeführten Referenten in „Lüderßen“ zu berichtigen ist, und daß Herr Günther S. 155, oberste Zeile, nicht von schadhafsten Stellen im Pflaster, sondern von schadhafsten Gassen und Canaleinflüssen gesprochen hat.

Die Ausstellungen werden von der Versammlung als richtig anerkannt, worauf das Protokoll im Uebrigen genehmigt wird.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann namens der vereinigten Statuten- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 22. v. Mts., die Wiederherstellung der Burg Dankwarderode betreffend.

Nach einem kurzen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung dieser Angelegenheit verliest Referent das Magistrats Schreiben, welches folgendermaßen lautet:

„Nachdem die hiesige Stadt der Landesregierung gegenüber sich bereit erklärt hat, den bebauten Theil der vormaligen Burgcaferne mit einer daran stoßenden kleinen Grundfläche dem Staate für den Preis von 50 000 M + 20 000 M = 70 000 M zu verkaufen, wird, dem Vernehmen zufolge, der Landes-Versammlung bei deren nahe bevorstehendem Wiederzusammentritt eine Regierungsvorlage wegen Bewilligung einer Summe von 200 000 M zum Erwerbe dieses Grundstücks und zur Wiederherstellung des Saalbaues der vormaligen Burg Dankwarderode zugehen. Wie auch die Landes-Versammlung zu solcher Vorlage sich stellen möge —, als feststehend darf angenommen werden, daß ein Streben nach Erhaltung der Burg in der Form einer Ruine oder gar nach einer völligen Niederlegung der Baureste die Genehmigung der Landesregierung nicht finden werde; mit anderen Worten: Dafern die Landesversammlung die zum Ankauf und zur Wiederherstellung der Burg anzufordernden Mittel verweigern sollte, wird der gegenwärtige unheilvolle Zustand der früheren Burgcaferne und ihrer Umgebung bis in unabsehbare Ferne fortbauern.

Die Stadt aber hat alle Veranlassung, nicht nur den Eintritt dieser ihr Interesse schwer schädigenden Eventualität abzuwenden, sondern auch, soviel bei ihr steht, dazu beizutragen, daß die Wiederherstellung des Saalbaues, sobald einmal beschlossen, auch gründlich und möglichst würdig ausgeführt werde. Die Landesregierung hat von den zu diesem Zwecke angeforderten 200 000 M, deren Bewilligung Seitens der Landesversammlung vorausgesetzt, zunächst die Kosten des Erwerbes der Burg mit 70 000 M zu bestreiten, daneben auch noch einige Stadtseitig für Abbruchsarbeiten und für Sicherung der Baureste gemachte Aufwendungen zu erstatten, so daß für Restaurirung der Burg, welche in Beibehaltung des Gebäudes in seiner jetzigen Form geplant ist, eine Summe von etwa 125 000 M übrig bleiben würde. Nach Ansicht des Stadtbauraths Winter, welcher bekanntlich, und zwar

als der einzige Fachmann, eine genaue Untersuchung des Baues und im Besonderen der Fundamente desselben vorgenommen hat, reicht diese Summe von 125 000 M. zu einer dauerhaften und würdigen Wiederherstellung des Ganzen, namentlich um deswillen nicht aus, weil fast die ganze westliche Außenmauer, sowie ein Theil des nördlichen Giebels desolat und daherhalb vor Reconstruirung des Gebäudes zunächst niederzulegen seien; während die Landesregierung die Hoffnung der Bau-direction dahin theilt, daß eine Erneuerung von Gebäudetheilen überall nicht oder doch mindestens nicht in dem vom Stadtbaurathe Winter erforderlich erachteten Umfange als nothwendig sich herausstellen werde. Der Stadtbaurath Winter seinerseits hat die Kosten einer Wiederherstellung des Gebäudes in seiner jetzigen Gestalt auf etwa 180 000 M. veranschlagt.

Die Annahme, daß die Landesversammlung zum Zweck des Ankaufs und der Wiederherstellung der Burg eine über den von der Landesregierung als ausgiebig bezeichneten Betrag von 200 000 M. hinausgehende Summe bewilligen möchte, darf als ausgeschlossen betrachtet werden; dahingegen erscheint die Erwartung berechtigt, daß das Land eher geneigt sein werde, der Stadt zur Wiederherstellung der Burg eine einmalige feste Summe von 200 000 M. zu bewilligen, als mit einem gleich hohen Geldopfer eine weniger durchgreifende bezw. dauerhafte Restauration selbst auszuführen und daneben diejenige dauernden Lasten zu tragen, welche mit der ordnungsmäßigen Erhaltung des Gebäudes und mit dessen Einrichtung und Benutzung zu einem, wenn auch wünschenswerthen, so doch nicht nothwendigen Zwecke verbunden sein würden.

Unterm 12. Februar 1883 — zu einer Zeit, wo die Landesregierung zum Erwerbe und zur Wiederherstellung der Burg eine Gesamtsumme von nur 150 000 M. aufzuwenden beabsichtigte — hatten wir den geehrten Herren den Vorschlag unterbreitet, daß die Stadt sich verpflichten möge, die Burg zum Zwecke der Unterbringung des städtischen Archivs und der städtischen Bibliothek nach einem von der Landesregierung genehmigten Bauplane unter der Voraussetzung wieder herzustellen, daß der Stadt zu diesem Ausbau aus Staatsmitteln die Summe von 150 000 M. zur Verfügung gestellt werde. Dieser Vorschlag wurde in der Sitzung der geehrten Herren am 19. desselben Mts., und zwar — wie aus dem Gange der derzeitigen Verhandlung der Sache gefolgert werden darf — vornehmlich wohl in der Erwägung abgelehnt, daß es sich aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit empfehle, das Archiv und die Bibliothek in dem voraussichtlich alsbald nothwendig werdenden Neubau eines Stadthauses unterzubringen. Inzwischen sind wir denn auch, im Einverständniß der geehrten Herren, dem Plane wegen Erbauung eines neuen, zugleich das Archiv und die Bibliothek bergenden Stadthauses näher getreten; im Besonderen haben wir das Raumbedürfniß (wie der verschiedenen übrigen städtischen Dienstzweige, so auch) des Archivs und der Bibliothek unter

Mitwirkung des Stadtarchivars und der Städtischen Bauverwaltung dahin ermittelt, daß für diese beiden Abtheilungen, wie die Anlagen ergeben, die bedeutende Grundfläche von 957 qm erforderlich ist; die Schaffung der nach diesen Anforderungen bemessenen Räume für Archiv und Bibliothek im neuen Stadthause wird nach Ueberschlagung des Stadtbauraths Winter einen Kostenaufwand von etwa 170000 M., außer den antheiligen Kosten des Arealerwerbs, verursachen.

Wenn nun zwar eine örtliche Verbindung des Archivs und der Bibliothek mit den Bureaux des Stadtmagistrats im dienstlichen Interesse wünschenswerth erscheint, so läßt gleichwohl der Kostenpunkt und daneben noch ein anderer Umstand räthlich erscheinen, daß die Stadt eine besonders günstige Möglichkeit, das Archiv und die Bibliothek in einem selbstständigen Bau billiger unterzubringen, nicht unbeachtet vorübergehen lasse. Der erwähnte besondere Umstand ist der, daß das Archiv in feuerfester gewölbten Räumen, also thunlichst zu ebener Erde aufbewahrt werden muß, wodurch eine nach jeder Richtung hin zweckmäßige Vertheilung der übrigen Dienstzweige auf die verschiedenen Stockwerke um deswillen schwer ausführbar sein dürfte, weil es im Interesse des geschäftlichen Verkehrs geboten erscheint, zu ebener Erde auch andere, einen verhältnißmäßig großen Flächenraum erfordernde Dienstzweige (Stadtcaße, Armenverwaltung, Steuerbureaux) unterzubringen.

In dem noch vorhandenen Theile der Burg Dankwarderode, wenn derselbe, etwa nach Anleitung der anliegenden Prospectzeichnung des Stadtbauraths Winter, in seiner jetzigen Form hergestellt und am Süd- und Südost-Giebel mit einem kleinen Anbau versehen wird, ergeben sich zwei große Säle mit je etwa 420 qm Grundfläche, von denen der untere zur Unterbringung des Archivs, der obere zur Aufstellung der Bibliothek sehr geeignet sein würde; in dem Anbau bezw. in den Giebeln lassen sich die erforderlichen Räume für die Verwaltung und eine Hausmanns-Wohnung schaffen. Der Stadtrath Winter überschlägt eine solide Ausführung der Projectzeichnung auf 180 000 M.

Wenn nun die Landesregierung die ihrerseits für den Erwerb und die Wiederherstellung des Saalbaues in Aussicht genommene Summe von 200 000 M der Stadt überwiese und letztere die Restauration planmäßig und unter Aufwendung einer Bausumme von 180 000 M ausführte, so würde die Stadt 20 000 M zum Zwecke einer Verbreiterung der an der Nordseite des Gebäudes hinziehenden Straße verfügbar behalten, mithin zum Zwecke einer geeigneten Unterbringung des Archivs und der Bibliothek, welche, wie oben erwähnt, bei Verlegung dieser Sammlungen in das neue Stadthaus einen Kostenaufwand von mindestens 180 000 M und, zuzüglich der Arealerwerbskosten, von vielleicht 200 000 M erfordern würde — aus städtischen Mitteln lediglich diejenigen 50 000 M verwenden, welche als Kaufpreis für das Gebäude gefordert und geboten worden sind.

Die geehrten Herren ersuchen wir hiernach, Sich gefälligst damit einverstanden erklären zu wollen, daß die Stadt sich dem Herzoglichen Staats-Ministerium gegenüber zur Wiederherstellung der Burg in ihrer jetzigen Form nach einem von der Regierung zu genehmigenden Bauplane und mit Aufwendung einer Bau Summe von höchstens 180 000 M, sowie zur dauernden Erhaltung des wiederhergestellten Gebäudes unter dem Vorbehalte bereit erkläre, daß der Stadt zu diesem Behuf die Summe von 200 000 M aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werde.“

Referent führt dann weiter aus: Wie zu erwarten war, seien in den vereinigten Commissionen, welche die Angelegenheit berathen haben, abermals verschiedene Ansichten zu Tage getreten; das Resultat der Berathungen sei, daß die Commissionen der Versammlung mit 8 gegen 4 Stimmen die Annahme des heutigen Magistratsantrages empfehlen. Dieser Antrag sei nach einer mündlichen Erläuterung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels in der Commission dahin zu verstehen, daß die jetzige und die frühere, von der Gegenpartei bislang nicht angenommene Offerte der Landesregierung zur Auswahl unterbreitet werden sollen.

Die wesentlichsten Gründe, welche die Commissionen zu ihrem Antrage veranlaßt haben, seien folgende:

Bei der jetzigen Sachlage sei mit Grund nicht zu bezweifeln, daß die Landesregierung ihre Genehmigung weder zu dem gänzlichen Abbruche der Burg noch zur Erhaltung derselben als Ruine geben werde, so daß, falls eine Einigung nicht stattfinden sollte, der jetzige unleidliche Zustand wahrscheinlich noch sehr geraume Zeit fortbauern werde. Diesen Uebelstand zu vermeiden, liege speciell deshalb im Interesse der Stadt, weil vor definitiver Regulirung der Angelegenheit die städtischen Behörden nicht in der Lage seien, für den Ruchsäutchenplatz eine neue Baulinie festzustellen und auf diese Weise jetzt schon geraume Zeit hindurch die Baulust an der fraglichen Stelle in unliebsamer Weise gehemmt werde. Auch sei anzuerkennen, daß die jetzige Vorlage des Magistrats möglicherweise dazu beitragen werde, die Angelegenheit ihrem Ende entgegenzuführen. Die Hauptfrage aber sei und bleibe, wie stehe sich die Stadt bei diesem Vorschlage, und hierzu stelle sich wieder die Vorfrage, ob Archiv und Bibliothek überhaupt aus ihren jetzigen Räumen verlegt werden müssen. Die Herren, welche die Vorfrage verneinen, würden ohne Weiteres zu einer Ablehnung des jetzigen Antrages gelangen müssen, was keiner weiteren Ausführung bedürfe; sie würden der Meinung sein, daß der Antrag unnütze Opfer involvire.

Die Commissionen meinen aber, daß die Verlegung von Archiv und Bibliothek nothwendig erscheine. Als Hauptgrund sei dafür anzuführen, daß die jetzigen Räume völlig ungenügend seien, wovon sich Jeder überzeugt haben werde, welcher Gelegenheit genommen habe, diese Räume in letzterer Zeit zu besuchen. Es seien dort viele und sehr wesentliche Acten und Documente in einer Weise aufgestapelt,

daß es geradezu zu den Unmöglichkeiten gehöre, etwas Bestimmtes dazwischen aufzufinden, und dieser Uebelstand werde selbstverständlich immer mehr und mehr vergrößert, da die Sammlungen fortwährend anwachsen müssen. Das sei aber nicht bloß ein Uebelstand, der in wirthschaftlicher Beziehung in Betracht komme, sondern es sei auch ein eminent praktischer Uebelstand, denn es komme alle Augenblick vor, daß der Magistrat sich in der Lage befinde, sich über praktische Fragen schlüssig zu machen und sich Documente vom Archivar vorlegen zu lassen, wozu dieser nicht im Stande sei, weil er nicht finde, was er finden müsse. Dazu komme, daß das betreffende Gebäude meist von engen Straßen umgeben sei, was wegen Feuergefährlichkeit nicht außer Acht zu lassen sei, ferner, daß es in ziemlich weiter Entfernung nicht nur vom jetzigen Stadthause sondern wahrscheinlich auch vom künftigen Stadthause sich befinde, und bei Beseitigung dieser Uebelstände durch Entfernung von Archiv und Bibliothek aus dem Gebäude, würde man noch den Vortheil haben, daß für das städtische Museum mehr Raum gewonnen werde.

Es frage sich nun aber, wenn Archiv und Bibliothek verlegt werden müssen, ob beides unter allen Umständen in das neue Stadthaus verlegt werden sollen? Nach einer Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters in den Commissionen sei eine solche Verlegung in das neue Stadthaus allerdings wünschenswerth aber nicht unbedingt nothwendig; der Hauptübelstand liege jetzt in der zu großen Beschränktheit der Räume, und wenn dieser Uebelstand durch Schaffung genügender Räume beseitigt werde, dann sei die weitere Frage wegen einer directen Verbindung von Archiv und Bibliothek mit dem neuen Stadthause eine verhältnißmäßig untergeordnete. Wenn aber nicht geplant werde, Archiv und Bibliothek im neuen Stadthause unterzubringen, so könne beides sehr wohl in der Burg Platz finden, womit ein im Großen und Ganzen wünschenswerther Zustand an Stelle des jetzigen geschaffen werden würde. Einmal seien in der hergestellten Burg genügend Räume für Archiv und Bibliothek zu schaffen (Redner verweist hier auf die im Sitzungsprotokoll aushängende Zeichnung), das fragliche Gebäude stehe von allen Seiten frei und biete deshalb genügende Garantie gegen Feuergefährlichkeit, und es würde die Unterbringung von Archiv und Bibliothek auch nicht im Widerspruch stehen mit dem eigentlichen Zweck der Restaurierung, indem ein solches Vorgehen nicht als eine Profanation des Gebäudes angesehen werden könne, und endlich befinde sich das Gebäude nicht nur in fast unmittelbarer Nähe des jetzigen, sondern sehr wahrscheinlich auch in unmittelbarer Nähe des künftigen Stadthauses; eine directe Verbindung würde dann vielleicht, was auch noch in der Commission bemerkt sei, mit Anwendung des Telephon hergestellt werden können. Außerdem sei dann allerdings zu berücksichtigen, daß der in der Magistratsvorlage hervorgehobene Nachtheil der Unterbringung von Archiv und Bibliothek im neuen Stadthause nicht weggeleugnet werden könne, der Nachtheil nämlich, daß, wenn man nicht etwa mit noch größeren

Kosten das neue Stadthaus erbauen wolle, man, da das Archiv jedenfalls in die Parterreräume verlegt werden müsse, mehrere andere Geschäftszweige, die auch in Parterre gehörten, vielleicht nicht gut mit dort werde hineinbringen können.

Ferner komme noch in Betracht, daß nach dem jetzigen Projecte die Stadt dieselben Verkehrserleichterungen genießen solle, welche sie bei dem letzten Vorschlage als wiinschenswerth hingestellt habe; auch nach dem jetzigen Projecte bleibe an der Südseite ein 16 Meter breites Terrain zur Straße.

Der Hauptpunkt sei nun aber folgender: Es würde sich auf der einen Seite an den Baukosten für das neue Stadthaus vielleicht etwas sparen lassen. (Redner läßt einen vom Stadtbaurath Winter ausgearbeiteten Plan, der sich auf die Erforschung des Raumbedürfnisses bezieht, circuliren.) Wenn man zu den lichten Räumen die Wände, Corridore u. s. w. hinzurechne, so ergebe sich im Ganzen eine Grundfläche von 1764 qm für Archiv und Bibliothek. Bei Ausmittlung der hierdurch entstehenden Mehrkosten sei nun die Sache nach der Richtung hin ins Auge gefaßt, daß die Räume für Archiv und Bibliothek in 3 Stockwerken erbaut werden sollen und es würden dann also auf jedes der 3 Stockwerke 588 qm entfallen. Die Baukosten seien pro qm mit 300 M. angenommen, und würden sich daraus 176 400 M. ergeben, so daß hiernach die vom Magistrate angenommene Summe keinesfalls zu hoch sein dürfte. Wenn man nun auch annehmen wolle, daß diese Summe etwas reichlich bemessen sei, und man hier und da wohl etwas sparen könne, so daß die Baukosten etwas aber nicht erheblich unter 170 000 M. zu stehen kommen, so müßten auf der anderen Seite vielleicht wieder mehr Kosten für den Erwerb des Areals in Anschlag gebracht werden, wenn man berücksichtige, daß das Stadthaus im Centrum der Stadt, also auf theurem Grunde, erbaut werden werde. Man werde also nicht fehl gehen, wenn man annehme, daß das neue Stadthaus etwa 200 000 M. mehr kosten würde, wenn Archiv und Bibliothek mit hineinkommen.

Auf der anderen Seite werde gesagt, daß die Restauration der Burg 180 000 M. kosten werde. Nun liege in dieser Beziehung allerdings weder ein bestimmter, fest ausgearbeiteter Plan noch Kostenanschlag vor. Redner bemerkt aber, daß der von ihm dieserhalb befragte Stadtbaurath Winter erklärt habe: er habe nicht etwa diese Summe gewissermaßen blindlings gegriffen, er könne allerdings nicht dafür garantiren, daß dieselbe strict innegehalten werde, er sei aber nach gewissenhafter Prüfung der Angelegenheit der Ueberzeugung, daß ungefähr die Summe zum fraglichen Zwecke ausreichen werde, daß aber jedenfalls, wenn dieselbe überschritten werden sollte, die Ueberschreitung nur eine verhältnißmäßig unerhebliche sein werde. Bei der bekannten Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit des Stadtbauraths Winter könne man sich wohl, wie die Sache liege, bei dieser Erklärung beruhigen. Auch sei wohl aus dem Umstande, daß es noch ungewiß sei, ob der Plan des Herrn Winter

die erforderliche Genehmigung der Landesregierung finden werde, kein Hinderniß für die Entschließung der Versammlung herzuweisen. Er mache hierbei darauf aufmerksam, daß die Winter'sche Idee sich im Großen und Ganzen mit dem von der Landesregierung bezüglich der Restaurirung ins Auge gefaßten Plane vollständig decke.

Dann würde noch die der Stadt obliegende Unterhaltungslast zu erwähnen sein. Auch hierüber hat Referent mit Herrn Winter gesprochen, welcher erklärt habe, daß die Erhaltung der restaurirten Burg der Stadt ungefähr 900 M jährlich kosten würde, und daß die Mehrerhaltungskosten des neuen Stadthauses, wenn Archiv und Bibliothek hineinkommen, sich ungefähr auf eine gleiche Summe belaufen würden; es sei vielleicht nöthig, im Verlaufe von vielen Jahren für Erhaltung der restaurirten Burg eine Kleinigkeit mehr als für die betreffenden Räume im Stadthause auszugeben, es sei aber diese eventuelle Differenz so unbedeutend, daß sie bei der vorliegenden Frage vom pecuniären Standpunkte aus überhaupt nicht ins Gewicht fallen könne. Wenn man nun von diesem Gesichtspunkte ausgehe, dann ergebe sich folgende Rechnung: Verfahre man nach dem früheren Beschlusse, so bekomme man von 75 000 M, die man bis jetzt aus städtischen Mitteln für die Burg aufgewandt habe, 50 000 M vom Staate zurück; es bleibe also für die Stadt eine Ausgabe von 25 000 M. Die ferner der Stadt vom Staate zu zahlenden 20 000 M würden für die Lößbecke'sche Anstalt wieder auszugeben sein. Zu diesen 25 000 M kommen die Mehrkosten für das neue Stadthaus mit 200 000 M, jedoch also eine Gesamtmehrausgabe von 225 000 M sich herausstellen würde.

Werde die Sache so ausgeführt, wie es der jetzigen Magistratsvorlage entspreche, so stelle sich die Rechnung bedeutend günstiger für die Stadt. Die Stadt würde ihre bisherige Ausgabe von 75 000 M behalten. Sie bekomme von der Regierung 200 000 M und verwende davon 180 000 M für die Restaurirung und den Rest von 20 000 M zur Verbreiterung der Straße an der Nordseite der Burg; ihre Ausgabe betrüge daher statt 225 000 M nur 75 000. Diese Summen könnten sich nach der einen oder anderen Richtung etwas ändern, im Großen und Ganzen aber werde die Berechnung als zutreffend erscheinen.

Die Stadt würde also bei dem neuen Projecte sich um rund 150 000 M besser stehen.

Als Nebenpunkte für die Annahme des Magistratsantrags seien noch anzuführen, daß man unserm Stadtbaurath für seine sehr mühevollen und ausgezeichneten Arbeit allerdings wohl die Genugthuung wünschen könne, daß er selbst die Restaurationsarbeiten ausführe, und endlich auch noch der in der Magistratsvorlage erwähnte und weiter beleuchtete Gesichtspunkt, daß möglicherweise mit der Ausführung des Projectes der Herzoglichen Landesregierung resp. der Herzoglichen Baudirection

eine würdige und dauerhafte Restauration doch nicht würde erreicht werden und die Stadt an diesem Punkte wenigstens einigermaßen interessirt sei.

Es werde nun auch wohl gesagt werden müssen, daß für die Magistratsvorlage selbst diejenigen Herren sich werden entscheiden können, welche nach wie vor der Wiederherstellung der Burg feindlich gegenüberstehen; diese Herren müssen von ihrem Standpunkte aus sagen, daß derselbe nach den jetzigen Verhältnissen als ein verlorener anzusehen sei und daß es für sie darauf ankomme, sich möglichst gut und mit möglichst geringen Opfern für unsere Stadt aus der Affaire herausziehen, indem sie sich sagen, daß man von zwei Uebeln das kleinere wählen müsse. Der frühere Vorschlag bestehe noch zu Recht und an diesen seien die Herren ja gebunden.

Wenn endlich der Magistrat seinen Vorschlag so verstanden haben wollte, daß er als Alternative zu dem frühern Vorschlage aufgestellt werden solle, so halten auch diesen Punkt die Commissionen für richtig, weil man nicht wohl von dem früheren Vorschlage zurücktreten und demselben einen anderen substituiren könne, zumal die Landesregierung, welche erklärt habe, daß sie im Principe mit dem Vorschlage der Stadt einverstanden sei, durchaus keine Schuld an der Verzögerung der Angelegenheit treffe.

Zum Schluß bemerkt Referent noch, daß in den Commissionen auch eine Aenderung des jetzigen Projectes dahin angeregt sei, ob es sich nicht empfehle, an Stelle von Archiv und Bibliothek das städtische Museum in die Burg zu verlegen; man habe diese Idee aber wieder fallen lassen, nachdem der Herr Oberbürgermeister erklärt habe, daß zu diesem Zwecke die Räume in der restaurirten Burg nicht ausreichen würden.

Aus diesen Erwägungen geben die Commissionen die Annahme des Magistratsantrags anheim.

Die Discussion eröffnet

Herr Riefe, welcher erklärt, daß er noch immer auf seinem frühern Standpunkte stehe. Die Stadt habe dem Militairfiscus die Burg abgekauft, um an jener Stelle bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Wenn man damit gleich vorgegangen wäre, dann würde heute kein Hahn mehr nach Dankwarderode krähen. Die Sache sei aber solange hingeschleppt, bis erst auswärtige Architekten und Verzierungsräthe herausgebracht hätten, daß die Burg nicht abgerissen werden dürfe. Ja, wenn dieselben nur aus Chausséesteinen das nöthige Geld machen könnten! An einem einmal aufgestellten Principe müsse man festhalten, das gereiche nur zur Ehre. Und wenn der Herr Referent die Suppe auch mit Compot aufgetischt habe, so gehe er (Redner) doch nicht daran; er könne es einmal nicht verantworten, zu unnützen Zwecken Geld zu verwilligen, das zu anderen Sachen weit besser verwandt werden könne. Er beharre auch auf seinem Standpunkte, trotzdem man nun

die Angelegenheit mit dem Neubau eines Stadthauses verquicken wolle; ob die Sache darum bei den Landtagsabgeordneten Anklang finden werde, sei noch sehr fraglich. Daß der jetzige Zustand ein abscheulicher sei, habe er schon lange eingesehen, die Stadt habe aber bereits Geld genug hergegeben für Planken, Ausgrabungen u. s. w. Auch die Erinnerung an die Burg werde nicht erlöschen, dafür habe das Werk des Stadtbauraths Winter gesorgt und wenn man diesem Herrn eine besondere Anerkennung zu Theil werden lassen wolle, dann möge man ihm doch einen Orden geben. An Beschäftigung fehle es ja Herrn Winter nicht, derselbe sei im Gegentheil mit Arbeiten überhäuft. Der Magistrat lege aber Gewicht darauf, daß die Restauration von Seiten der Stadt ausgeführt werde, weil er glaube, daß dieselbe nicht nach seinem Wunsche geschehe, wenn der Staat die Sache in die Hand nehme. Die Grundmauern der Burg seien nur noch an der Ostseite gesund und könne von einer Restauration der Burg überhaupt keine Rede mehr sein. Man werde ein neues Bauwerk aufführen und, um ein treues Bild aus der Vorzeit herstellen zu können, die alten Trümmern dabei benutzen müssen. Es werde immer nur Flickwerk werden. Besser wäre es gewesen, wenn der Magistrat den Antrag gestellt hätte, die Burg an die Landesregierung gegen Entschädigung zurückzugeben. Wenn auch die Dienstbotenanstalt angekauft und der Weg dort verbreitert werde, so werde man dort immer nur eine krumme Straße schaffen können. Derartige Straßen habe Braunschweig schon lange genug; sie gehörten aber nicht in's Centrum der Stadt, wo der hauptsächlichste Verkehr sei. Für ein Project, welches die Beseitigung des v. Belthelm'schen Hauses und Errichtung eines neuen Stadthauses, einer Gewerbehalle u. s. w. vorschreibe, würde er gern eine halbe Million verwilligen; dadurch würde für die Jetztzeit und Zukunft etwas gethan und man würde das Geld nützlich und zeitgemäß verwenden.

Herr Krahe: Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit sei er lebhaft mit Wort und Schrift für die Erhaltung der Burg eingetreten. Trotzdem würde er heute in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter unschlüssig werden, wenn die Vorlage irgend ein schweres Opfer für die Stadt forderte. Das sei aber nicht der Fall. Die Sache liege für die Stadt in jeder Weise vortheilhaft. Man werde nie wieder die Aussicht haben, auf so billige und würdige Weise Archiv und Bibliothek unterzubringen. Wenn man die Vorlage jetzt zurückweise, werde man nachher schwere Geldopfer bringen müssen. Er bitte die Herren, welche der Sache feindlich gegenüberstehen, heute nur den finanziellen Standpunkt im Auge zu haben. Auch dem Verkehre sei bei dem vorliegenden Projecte in vollem Maße Rechnung getragen; zu beiden Seiten der Burg werde man breite Straßen haben, zumal, wenn erst das Project der Beseitigung des v. Belthelm'schen Hauses ausgeführt sei. Er sei den Verhandlungen in der Commission mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt, und habe die feste Ueberzeugung gewonnen, daß die Versammlung der Stadt bedeutende

finanzielle Vortheile verschaffe, wenn sie die Magistratsvorlage annehme. Und wenn erst unsere Stadt um ein schönes, herrliches Bauwerk vermehrt sei, dann würden, daran zweifle er nicht, selbst die Gegner sich freuen, daß die Burg erhalten sei.

Herr Halle erklärte, daß er nicht auf dem finanziellen Standpunkte stehe; für ihn seien hauptsächlich die practische Seite und die Interessen des Verkehrs maßgebend. Praktisch sei es aber nicht, wenn Archiv und Bibliothek außerhalb des Stadthauses untergebracht würden; der Magistrat habe seiner Zeit bei Vorlegung des generellen Bauprogramms für das neue Stadthaus erklärt, daß deren Unterbringung im Stadthause wünschenswerth sei; heute sei derselbe anderer Ansicht. Redner ist der Meinung, daß man danach sehen müsse, die gesammte städtische Verwaltung unter ein Dach zu bringen. Auch aus Verkehrsrücksichten könne er sich nicht für die Vorlage erwärmen; die Burg liege mitten vor der Verlängerung des Steinwegs, was man bei einem späteren Straßendurchbruch vom Steinwege ab unangenehm empfinden werde. Und wenn immer von einer Restaurirung gesprochen werde, so müsse er darauf aufmerksam machen, daß es sich nicht darum, sondern um einen vollständigen Neubau handle. Nach Aussage des Herrn Stadtbaurath müsse das Gebäude bis auf die Fundamente herunter. Aus all diesen Erwägungen könne er dem Magistratsantrage nicht zustimmen.

Herr Sievers: Auch er sei von jeher Gegner des Wiederaufbaues der Burg gewesen und würde auch heute für die Beseitigung desselben eintreten, wenn die Sache jetzt nicht anders läge. Schon der Beschluß vom 11. December 1884 gründe sich auf der Ueberzeugung der Mehrheit der Versammlung, daß der jetzige Zustand nur beseitigt werden würde, wenn die Stadt den Wiederaufbau der Burg genehmige. Nur aus diesem Grunde haben er und noch verschiedene andere Herren, die dagegen waren, sich dem damaligen Beschlusse angeschlossen. In dieser Beziehung habe sich die Sache aber nicht geändert, die Regierung [trete im Gegentheil viel bestimmter für die Erhaltung der Burg ein. Den jetzigen Zustand würde man also noch eine lange Reihe von Jahren haben, wenn die Vorschläge des Magistrats abgelehnt würden. Anzunehmen sei ja allerdings, daß, wenn die Ablehnung in der Versammlung bestimmt ausgesprochen werde, die Regierung mit der Zeit doch schließlich zum Abbruche der Burg ihre Einwilligung geben würde. Wie lange das aber dauern könne, sei unabsehbar. Für die Stadt komme es hauptsächlich darauf an, den jetzigen unleidlichen Zustand endlich beseitigt zu sehen und er sehe keinen andern Ausweg, als entweder den Beschluß vom 11. September 1884 aufrecht zu erhalten, oder, was ihm noch lieber sei, den heutigen Vorschlag, welcher dem früheren gegenüber bedeutende Vortheile biete, anzunehmen. Aus diesen Gründen werde er der Vorlage zustimmen.

Herr Reuter: Sein Standpunkt sei der, daß wenn man die starke Bevölkerungszunahme der Stadt ins Auge fasse, es im hohen Grade wünschenswerth wäre,

eine unbehinderte Verbindung an jener Stelle zwischen der Ost- und Weststadt zu haben. Bereits am 11. September 1884 habe er dafür mit gestimmt, daß zu diesem Zwecke ein Theil der Dienstbotenanstalt beseitigt und ein breiterer Weg an der Nordseite der Burg geschaffen werde. Zwischen dem heutigen und dem früheren Antrage finde er aber einen großen Unterschied, deshalb könne er für die jetzige Vorlage nicht stimmen. Nach dem Beschlusse vom 11. September 1884 habe die Stadt das Gebäude gegen eine zu der bezeichneten Straßenerweiterung zu zahlende Entschädigung zurückgeben und der Regierung überlassen wollen, mit dem Gebäude zu machen, was sie wolle: damit sei für die Versammlung die Sache abgethan gewesen. Wenn jetzt nun aber die Stadt selbst eingreifen und die Locale der Burg für ihr Archiv und ihre Bibliothek benutzen wolle — wobei noch nicht einmal feststehe, ob dieselben dort gut untergebracht seien — dann gewinne die Sache einen anderen Anstrich. Die finanzielle Nützlichkeit werde auch nicht so groß werden, wie sie anscheinend sei, denn die Majorität des Landtages sei sehr geneigt, auf das Conto der Stadt Braunschweig zu schreiben, was irgend dafür ausgegeben werden könne. Wenn also der Landtag diese 200 000 M. gewähren sollte, dann könne man sicher sein, daß diese auf das Conto der Stadt Braunschweig geschrieben, und bei der nächsten Gelegenheit, wo es sich für Braunschweig um wichtigere Sachen handele, die Schwierigkeiten bezüglich der Beihilfe sich vermehren würden. Aus diesem Grunde könne er für die heutige Proposition nicht stimmen.

Herr Ramdohr ist sehr erfreut, daß man endlich vor der Entscheidung der Frage über die Burg Dankwarderode stehe, möge sie auch anders ausfallen, wie es vielleicht die Mehrheit der Bürger Braunschweigs wünsche. Seine Ansicht sei, daß die Reste der Burg, von so großem Werth sie in kunstgeschichtlicher Beziehung sein mögen, doch quantitativ zu unbedeutend seien, als daß sich eine Wiederherstellung oder richtiger ein Neubau, vielleicht mit theilweiser Benutzung der alten Ueberreste, rechtfertigen lasse. Diese persönliche Ansicht könne ihn aber nicht veranlassen, seine Stimme gegen die heutige Magistratsvorlage abzugeben, weil eine Entscheidung über die Burg grade nach dieser Vorlage nicht sowohl in der Hand der Versammlung als vielmehr in der des Landtags liege, ferner, weil er glaube, daß es unberechtigter Eigensinn sein würde, wenn man, nur um die Burg zu beseitigen, alle Vorlagen ablehnen wollte, wenigstens so lange nicht durch die Wiederaufrichtung der Burg Dankwarderode wichtige Interessen der Stadt verletzt würden, er könne nun nicht einsehen, daß die Verkehrsinteressen der Stadt durch die Wiederherstellung des Gebäudes geschädigt würden, da die projectirten Straßenzüge sowohl von Süden nach Norden als auch von Osten nach Westen ganz gut an der Burg vorbei gingen.

Die heutige Vorlage unterscheide sich von der früheren in zwei Punkten. Die erste Abweichung sei die, daß die Landesregierung die Erklärung abgegeben habe,

unter keinen Umständen in den Abbruch der Burg oder in deren Erhaltung als Ruine einzuwilligen. Es gebe aber kein Mittel, sich der Entscheidung der Landesregierung in dieser Frage auf irgend eine Weise zu entziehen. Man stehe also in Folge dieser Erklärung einfach vor der Frage, ob man den jetzigen Zustand auf ungewisse Zeit erhalten oder ob man in die Herstellung der Burg einwilligen wolle. Unter diesen Umständen sei eine Entscheidung für letztere Frage nicht schwer, namentlich, wenn damit kein großes Opfer für die Stadt verbunden sei. Wenn man aber zu diesem Entschlusse komme, dann sei nur die Geldfrage noch zu erörtern, er fasse dieselbe allerdings etwas anders auf als das der Herr Referent gethan habe. 200 000 M seien der Stadt von der Regierung angeboten, (50 000 M mehr als vormalz und dies bilde die zweite Abweichung von der früheren Vorlage) 75 000 M habe die Stadt für die Erwerbung der Burgtaferne früher ausgegeben; man habe also 125 000 M zur Verfügung, wenn der Stadtfädel nicht mit in Anspruch genommen werden solle. Diese Summe müsse zur Wiederherstellung der Burg genügen, wenigstens sei dies sein Wunsch in erster Linie. Ein Laie könne sich allerdings nicht gut ein festes Urtheil über die nöthigen Kosten bilden. Der Baumeister könne sich aber ein Wischen nach den ihm gegebenen Mitteln einrichten, und hierin das Möglichsste zu leisten, sei auch eine schöne Aufgabe. Wenn man nun noch 55 000 M aus städtischen Mitteln zuschießen solle, dann frage es sich, ob der Stadt die Unterbringung von Archiv und Bibliothek dieser Betrag werth sei. Im Allgemeinen sei er jetzt geneigt, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Blasius erklärt, daß er aus kunsthistorischen Gründen auf dem Standpunkte des Herrn Krahe stehe; wenn er nun auch diese Gründe nicht gelten lassen wolle, so müsse er doch für die Wiederherstellung der Burg und Benutzung derselben zu Archiv- und Bibliothekszwecken aus praktischen und ideellen Rücksichten stimmen. Auf der einen Seite würden der Stadt finanzielle Vortheile geschaffen und Verkehrswege hergestellt werden, die noch Jahrhunderte lang dem Verkehre genügen würden. Es werde immer geklagt über die Schmalheit der hiesigen Straßen, dieselbe werde aber vielfach überschätzt. In der größten Stadt Europas, dem verkehrreichen London, sei die Hauptstraße nicht viel breiter als die Straße neben der Burg werden werde. Auf der anderen Seite wahre die Stadt ihren historischen Ruf. Welchem Umstande verdanke denn aber Braunschweig diesen Ruf? Seiner Geschichte, seinen Gebäuden, in denen sich die Geschichte abgespielt habe. Redner bittet einen Beschluß zu fassen, durch welchen eins unserer würdigsten, ältesten und schönsten Bauwerke erhalten bleibe.

Herr Günter ist der Ansicht, daß Archiv und Bibliothek in der restaurirten Burg nicht einmal Platz finden werden. Sollte das neue Stadthaus auch wirklich 200 000 M höher zu stehen kommen, wenn Archiv und Bibliothek hineingebracht

werden, so sehe er doch lieber, daß diese Summe ausgegeben werde, als daß dies alte Gerümpel stehen bleibe. Unsere Verkehrsverhältnisse sprechen auch sehr mit; man habe die Burg angekauft, um sie abzubauen und Platz zu gewinnen, und wenn Herr Blasius heute nicht der Meinung sei, daß die hiesigen Straßen meistens zu eng seien, so entspreche das nicht dem Standpunkte, den derselbe früher eingenommen habe. Fast komme es ihm vor, als wenn bei dieser Vorlage ein höherer Wink maßgebend gewesen wäre. Die Versammlung möge aber nur fest dabei bestehen bleiben, daß sie die Erhaltung der Burg nicht wolle, und man werde auch von oben herab nichts gegen deren Beseitigung einzuwenden haben. In Berlin werde eine Straße gebaut, zu der man sogar ein Stück vom alten Schlosse habe hinwegreißen müssen. Redner ersucht die Versammlung, im Interesse der Stadt, der Vorlage nicht zuzustimmen; wenn sie dieselbe annehme, dann werde sie sich den Dank der Bürgerschaft nicht verdienen.

Herr Hollmann bemerkt, daß er aus Sparsamkeitsrücksichten für die Magistratsvorlage stimmen werde.

Herr Natalis hätte lieber gesehen, wenn der Magistrat eine bestimmte Summe gefordert hätte, welche die Versammlung event. zu bewilligen haben würde, damit man nach Jahr und Tag nicht in die unliebsame Stellung gerathe, sich zu Nachverwilligungen verstehen zu müssen. Redner bringt den Unterantrag zum Magistratsantrage ein, den Umbau mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die angeforderten 180 000 M. keinesfalls überschritten werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels führt nach einer kurzen persönlichen Bemerkung Folgendes aus:

Die Herren, welche gegen die Magistratsvorlage gesprochen haben, scheinen ihm mehr oder weniger befangen, weil sie sich von dem Gedanken beherrscht fühlten, daß eine Beseitigung der Burg doch wohl das Wichtigste sei. Die Frage, ob die Burg überhaupt wiederhergestellt werden solle, sei ja für die städtische Verwaltung gegenwärtig ausgeschlossen, weil die Stadt der Regierung die Burg behuf ihres Wiederaufbaues unter gewissen Bedingungen bereits zu Kauf angeboten und die Regierung unter Vorbehalt der Zustimmung der Stände dieses Gebot auch angenommen habe. Die Entscheidung also, ob die Burg wiederhergestellt werden solle, liege augenblicklich allein bei der Landesversammlung. Die heutige Verhandlung habe sich eben auf die Prüfung der Magistratsvorlage zu beschränken, welche zur Voraussetzung habe, daß der Landtag die Mittel zur Wiederherstellung bewilligen werde, dagegen ohne Weiteres hinfällig werde, wenn und sobald der Landtag die Mittel im angeforderten Maße verweigere. Indirect freilich wolle die Vorlage auf die Entschließung der Landesversammlung einwirken und zwar insofern, als man sich sagen müsse, daß das Land vielleicht eher geneigt sei, sich mit einer einmaligen Summe von 200 000 M. von der Burg loszukaufen als bei einer staats-

seitigen Restauration derselben neben dieser Summe noch die dauernden Lasten zu übernehmen, die mit deren baulichen Unterhaltung und Einrichtung sowie Benutzung zu irgend welchem Zwecke verbunden seien. In dieser Beziehung aber auf die Landesversammlung einzuwirken, habe nach Redners Ueberzeugung die Stadt ein höchst wichtiges Interesse, denn wenn das Land die Mittel zur Wiederherstellung der Burg verweigere, dann bleibe der jetzige Zustand noch ferner bestehen, und mit der Instandsetzung des Ruffäutchenplatzes und Feststellung der Baulinie für denselben sei es für unabsehbare Zeiten dann noch nichts. Man habe Ursache, alles anzubieten, daß endlich dem abscheulichen Zustande in Mitten unserer Stadt ein Ende gemacht werde, und dazu biete die Vorlage einen Weg, den auch die Verächter der Wiederherstellung der Burg sehr wohl betreten könnten. Ueber die Frage, ob die Burg der Wiederherstellung würdig sei oder nicht, gingen die Ansichten auch im Magistrate weit auseinander, aber über die heutige Vorlage sei sich derselbe sofort einig gewesen. Zweifelhaft könnte Jemand, der die Burg unter allen Umständen beseitigt wissen wolle, nur dann sein, wenn der Stadt zur Ermöglichung der Wiederherstellung Opfer zugemuthet würden. Das sei aber nicht der Fall; die Vorlage verlange keine Opfer, sie wolle im Gegentheil unter der Voraussetzung, daß der Landtag die Wiederherstellung beschließe, einen möglichst großen Vortheil aus diesem Beschlusse für die Stadt ziehen, indem sie Archiv und Bibliothek für 50 000 M unterbringe, was andernfalls 200 000 M kosten würde.

Nun sei ja von einzelnen Seiten hervorgehoben, daß die finanziellen Vortheile durch die Nachtheile aufgewogen würden, welche daraus entstünden, wenn Archiv und Bibliothek mit dem Magistratsbüro nicht in einem Gebäude untergebracht würden. Dem sei aber nicht so; der Magistrat habe sich niemals auf den Standpunkt gestellt, daß es nothwendig sei, Archiv und Bibliothek in das neue Stadthaus mit hineinzuverlegen. Als vielmehr der Magistrat auf Anregung der Versammlung der Angelegenheit wegen Errichtung eines neuen Stadthauses näher trat und sich die Frage vorlegte, welches Bauprogramm im Generellen zu fixiren sei, da mußte er sich sagen, daß sämtliche in und neben dem Stadthause untergebrachten Dienstzweige an einem empfindlichen Raummangel leiden, ebenso, daß die Schaffung von Räumen für das Archiv und die Bibliothek unabwiesbare Nothwendigkeit sei, und daß, da einmal zum Umbau eines Stadthauses geschritten werden mußte, es sich im Interesse des Dienstes empfehle, die sämtlichen Dienstzweige in einem Gebäude unterzubringen. Er wiederhole aber nochmals, daß eine Nothwendigkeit dazu nicht orhanden sei.

Denjenigen Herren, die auf dem Standpunkte stehen, daß möglichenfalls eine Beseitigung der Burg herbeigeführt werden könnte, gebe er zu bedenken, daß wenn die Landesversammlung die Regierungsvorlage ablehnen und danach die Regierung der Stadt die Verfügung über die Burg wieder überlassen sollte, dies nur unter

der Beschränkung geschehen würde, welche die Stadt früher sich selbst auferlegt habe. Die Stadt habe ja bekanntlich früherhin erklärt, daß, wenn die Burg nicht restaurirt werden solle, sie dieselbe nicht ganz von der Erde verschwinden lassen, sondern auf ihre Kosten als Ruine erhalten wolle. Damit werde aber dem Verkehre nicht genügt werden; es sei einerlei, ob demselben eine Ruine oder ein ausgebauten Haus im Wege stehe. Rebner bittet, die Magistratevorlage anzunehmen.

Es seien gegen die Vorlage noch einige Einzelbedenken hervorgehoben: So habe Herr Ramdohr die Hoffnung ausgesprochen, daß vielleicht die Summe von 180 000 M zum Wiederaufbau nicht nöthig wäre. In dem dem Herzoglichen Staatsministerium von Seiten Herzoglicher Baudirection unterbreiteten Anschläge werde im Großen und Ganzen dasselbe geplant, was vorläufig auch vom Stadtbaurath Winter geplant sei. Dieser Anschlag, bei welchem vorausgesetzt sei, daß eine Erneuerung der Fundamentirung, der Annahme des Stadtbauraths Winter entgegen, bei der Wiederherstellung kaum nöthig sein werde, beziffere sich auf ca. 125 000 M. Herr Winter sei aber der einzige Fachmann, der die Fundamente der Burg untersucht habe, sein Urtheil könne also allein als zutreffend angesehen werden; derselbe sage, er müsse die Fundamente größtentheils niederlegen und dadurch entstünden die Mehrkosten gegenüber dem Anschläge Herzoglicher Baudirection.

Die Befürchtung des Herrn Natalis, daß die Summe von 180 000 M möglicherweise noch überschritten werden könnte, sei dadurch zu heben, daß die Versammlung eine Bausumme von höchstens 180 000 M bewillige, mit welcher Aenderung der Magistrat einverstanden sein werde.

Nachdem Herr Natalis hierauf seinen Antrag zurückgezogen und die Herren Rieke, Blasius und Günther noch einige persönliche Bemerkungen geäußert haben, wird sodann in Uebereinstimmung mit dem modificirten Magistratsantrage beschlossen:

„Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Stadt sich dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber zur Wiederherstellung der Burg, behuf dortiger Unterbringung des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek, in ihrer jetzigen Form nach einem von der Regierung zu genehmigenden Bauplane und mit Aufwendung einer Bausumme von höchstens 180 000 M, sowie zur dauernden Erhaltung des wiederhergestellten Gebäudes unter dem Vorbehalte bereit erkläre, daß der Stadt zu diesem Behuf die Summe von 200 000 M aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werde.“

II. Ueber die Magistratevorlage vom 7. v. Mts., die Erweiterung des städtischen Wasserwerks betreffend, berichtet Herr Wolff im Auftrage der Finanzcommission.

Zum Zwecke der baulichen Erweiterung und verbesserten Einrichtung des Wasserwerks sind insgesammt 921 716,25 M. verwilligt. Die Ausführung der Erweiterungsanlagen wird aber einen Aufwand von 973 172,21 M. erfordern, mithin den Anschlag um 51 455,96 M. überschreiten. Diese Ueberschreitung wird in dem vorliegenden Berichte des Oberingenieurs Mitgau eingehend motivirt; aus demselben geht im Besondern hervor, daß die Ueberschreitung in der Hauptsache, nämlich mit 39 000 M., durch einen von dem ausführenden Techniker nicht vorherzusehenden Mehraufwand für Herstellung des Klärbassins im Kennelteiche entstanden ist. In Uebereinstimmung mit der Baudeputation beantragt der Magistrat, die stattgehabte Ueberschreitung für gerechtfertigt zu erklären.

Referent giebt aus den Anlagen des Magistratschreibens die nöthigen Aufklärungen, führt die verschiedenen Posten der Ueberschreitung speciell auf und ersucht die Versammlung, namens der Commission den Magistratsantrag zu genehmigen.

Zur Deckung der vorgedachten 973 172,21 M. sind der Wasserwerksbaucaisse insgesammt 909 898,43 M. zugeführt, so daß noch ein Fehlbetrag von 63 273,78 M. zu decken bleibt. Ferner ist noch Deckung für die Ausgabe von 40 515,53 M. zu schaffen, bestehend in Zinsen auf Vorschüsse und definitive Darlehen. Der Magistrat hält dafür, daß diese Ausgaben im Gesamtbetrage von 103 789,31 M. einstweilen, und vorbehaltlich ihrer Deckung durch eine in bestimmter Frist zu tilgende definitive Anleihe durch bedarfsmäßige und vom Betriebshaushalte des Wasserwerks zu verzinsende Vorschüsse beschafft werde, und bittet um die Ermächtigung, demgemäß zu verfahren.

Die Commission befürwortet diesen Antrag.

Ferner äußert der Magistrat unter eingehender Darlegung der Gründe die Ansicht, daß der Staat verpflichtet sei, einen den Bedingungen des Art. 6 des Vertrags vom 1./10. August 1858 entsprechenden Beitrag (von mindestens 10980 M.) zu den Kosten einer der ausgeführten Filteranlagen zu leisten. Der Staat, heißt es im Schreiben, werde dieser Verpflichtung um so bereitwilliger genügen, als einerseits die seitherige Wasserwerksanlage, ungeachtet ihrer im Laufe der Jahre ohne Concurrenz der Staatscasse herbeigeführten Erweiterung, den Zwecken der Feuerpolizei nicht mehr genüge, und als andererseits der Staat auch zu den Kosten der Unterhaltung des Wasserwerks nicht beigetragen habe und auch ferner nicht beitragen werde. Der Magistrat beabsichtigt, einen diesbezüglichen Anspruch dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber geltend zu machen, und ersucht die Versammlung, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Die Commission beantragt, dem Ersuchen zu entsprechen.

Die Kosten der zum Zwecke der Verbesserung des Wasserwerks beschlossenen Zwangsenteignung der bei Eisenbüttel belegenen 3 Mühlen betragen 199 875,73 M. Zur Bestreitung dieser Kosten hat der Wasserwerks-Erweiterungsfonds aus der Stadtcasse ein Darlehn von 190 000 M empfangen, bei dessen Bemessung der Magistrat ohne Widerspruch der Versammlung davon ausgegangen war, daß der über diesen Betrag hinausgehende Aufwand aus den Betriebseinnahmen des Wasserwerks zu bestreiten sein werde. Der Magistrat beantragt nun, ausdrücklich anzuerkennen, daß die Fehlsomme von 9875,73 M dem Betriebshaushalte des Wasserwerks zur Last zu legen und aus dem Gewinne der Verwaltung des Werks de 1885 zu bestreiten sei.

Auch diesen Antrag empfiehlt die Commission zur Annahme.

Herr Rieke hat gegen die Magistratsanträge nichts einzuwenden und billigt die vorgekommenen Ueberschreitungen, da die mit der Ausführung der Erweiterungsanlagen beauftragten Personen vorher nicht hätten wissen können, welche Schwierigkeiten im Erdboden für sie verborgen waren. Er wolle nur den Wunsch aussprechen, daß es in Zukunft auch reines Wasser geben möge.

Nachdem Herr Reuter hervorgehoben hat, daß für eine vollständige Reinheit des Wassers niemand eintreten könne, da auch bei dem reinsten, selbst drei mal filtrirten Wasser gewisse Ablagerungen vorhanden seien, die durch eine außergewöhnlich rasche Bewegung des Wassers aufgerührt würden,

beschließt die Versammlung den Magistratsanträgen gemäß.

Darauf

berichtet Herr Sievers für die Finanzcommission über die nachstehend aufgeführten selbstständigen Anträge:

III. Antrag des Herrn Reiche:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die in der Gartenstraße und Fuchstwe aufgestellten Petroleumlampen durch Gaslaternen zu ersetzen.

IV. Antrag des Herrn Günther;

den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit der Theater-Interdantur ein Abkommen dahin zu treffen, daß die Candelaber vor dem Theater auch außer der Theaterzeit erleuchtet werden.

V. Antrag des Herrn Till:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, jährlich eine angemessene Summe im Etat einzustellen, über welche die Direction von Gas- und Wasserwerke

in Gemeinschaft mit der Wasserwerks-Deputation zur Errichtung von nothwendigen Gaslaternen verfügen kann.

Herr Reiche (nicht gegenwärtig) habe seinen Antrag zurückgezogen.

Was den Antrag des Herrn G ü n t h e r anlange, so habe die Deputation auf das Brennen der Candelaber vor dem Theater keinen Einfluß, da dieselben von der Theater-Intendantur unterhalten würden. Es sei auch nicht ganz einfach, ein Abkommen dahin zu treffen, daß einzelne von den Laternen gebrannt würden. Es müßten die Laternen von der Stadt übernommen werden, wozu denn auch, wie bei allen andern Laternen, die von der Stadt übernommen werden, die Herzogliche Polizei-Direction ihre Zustimmung geben müßte. Es würde also doch immer weitläufige Verhandlungen abgeben. Und doch würde man sie einleiten, wenn wirklich ein großer Nothstand vorhanden wäre; das sei aber nicht der Fall. Der Platz werde von 5 umliegenden Laternen beleuchtet, nur liege allerdings der Uebelstand vor, daß das große dunkle Theatergebäude vielleicht einen etwas größeren Schatten werfe, wie man es in anderen Straßen finde. Die Finanzcommission halte den Uebelstand aber nicht für so groß, um danach besondere Verhandlungen anzustellen. Der Herr Oberbürgermeister habe sich bereit erklärt, gelegentlich, wenn es sich machen ließe, für eine bessere Beleuchtung des Platzes vor dem Theater Sorge zu tragen. Herr G ü n t h e r habe sich damit zufrieden erklärt.

Herr G ü n t h e r bemerkt, daß er den Antrag nicht eingebracht hätte, wenn er hätte annehmen können, daß der Stadt durch die Verwirklichung desselben große Opfer auferlegt werden würden. Er habe seinen Antrag einfach zurückgezogen und werde später vielleicht wieder darauf zurückkommen.

Referent bemerkt sodann zu dem Antrage des Herrn Till, daß die Direction der Gas- und Wasserwerke und die Deputation sich auf den Antrag, trotz des darin ausgesprochenen Vertrauensvotums, nicht einlassen könnten, weil dadurch Anlaß zu zu häufiger Inanspruchnahme in der Errichtung einzelner Laternen gegeben, und dann vielleicht das Gegentheil von dem erreicht würde, was man bezwecken wolle. Durch einzelne Bewilligungen könnten Ungerechtigkeiten entstehen, hier und da würde eine Laterne bewilligt, die von anderer Seite vielleicht nicht so nöthig erachtet würde, und die Deputation befürchte, daß dadurch Unzuträglichkeiten hervorgerufen würden. Dann liege auch hier wieder das Bedenken vor, daß die Stadt genöthigt sei, wegen jeder anzulegenden Laterne mit Herzoglicher Polizeidirection ebenso in Verbindung zu treten habe, als wenn von Zeit zu Zeit die Anlegung in größerer Anzahl geschehe. Aus diesem Grunde glaube die Finanzcommission den Antrag ablehnen zu sollen und auch der Herr Antragsteller habe sich damit einverstanden erklärt.

Die gedachten drei Anträge sind damit erledigt.

VI. wird nach einem von Herrn Lüderßen namens der Statutencommission erstatteten Berichte dem Magistratsantrage vom 20. v. Mts. gemäß beschloffen:

- 1) zur Fortführung der Schule des hiesigen Kunstgewerbevereins den bislang gewährten Zuschuß von 2800 M p. a. für die ersten 4 Monate dieses Jahres mit 933,33 M,
- 2) zur Deckung des Deficits des gedachten Vereins einen Beitrag von 666,60 M,

aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde pro 1885 zu bewilligen.

Herr Rieke stimmte diesem Beschlusse nicht zu, weil, wie er bemerkte, der Zuschuß für die Schule des Handwerkervereins gestrichen sei.

Darauf

VII. berichtete Herr Krahe im Auftrage der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 24. v. Mts., die Instandsetzung der Salzbadlumer Straße betreffend.

Der Schlachtermeister Manegold beabsichtigte im vorigen Jahre auf seinem an der Salzbadlumer Straße belegenen Grundstücke neu zu bauen, wurde aber, weil das neue Wohnhaus auf Terrain zu stehen gekommen wäre, welches nach dem Ortsbauplane zur Verbreiterung der Straße bestimmt ist, und aus anderen Gründen, mit seinem bezüglichen Antrage zurückgewiesen. Der Magistrat hat in dem Manegold'schen Antrage einen Anlaß zur Verbreiterung der Straße erblickt; er ist mit den Anliegern wegen Abtretung des erforderlichen Terrains in Verhandlung getreten und hat zunächst mit Manegold einen notariellen Contract abgeschlossen, wonach derselbe sein Wohnhaus bis zu der im Ortsbauplane vorgesehenen Straßengrenze abzubrechen, auf derselben eine neue Fassade herzurichten und das zur Straßenverbreiterung nöthige Terrain von 120 qm für 8 M pro qm an die Stadt abzutreten hat. Ferner erhält derselbe als Entschädigung für den Abbruch seines Hauses, Wiederherstellung der Fassade u. eine von der städtischen Bauverwaltung für angemessen erachtete Entschädigung von 8040 M. Mit den übrigen Anliegern ist eine Vereinbarung wegen Terrainabtretungen bislang nicht erreicht worden. Der Magistrat hält nun aber eine angemessene Reparatur der Fahrbahn und Instandsetzung des Fußweges, was einschließlich der Terrainerwerbungen 19000 M kosten würde, für dringend erforderlich; er ersucht deshalb die Versammlung, eine vorgeschlagene, theilweise Instandsetzung der Straße und den mit Manegold abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen, die veranschlagten Kosten zu 19000 M zu bewilligen, und sich damit einverstanden zu erklären, daß die den Anliegern für abzutretendes Terrain zu zahlende Entschädigung im Einverständnisse mit der Finanzcommission im Wege gütlicher Vereinbarung vom Stadtmagistrate festgestellt

event. im Wege der Expropriation ermittelt werde. Schließlich erwähnt der Magistrat noch, daß die Ausföhrung der geplanten Wegeinstandsetzung wegen überhäufster Geschäfte der städtischen Bauverwaltung im laufenden Jahre noch nicht werde stattfinden können.

Die Commission schließt sich den Magistratsanträgen an; sie geht sogar noch weiter und giebt anheim, den Magistrat bei Genehmigung seiner Anträge zu ersuchen, möglichst gleichzeitig mit der Instandsetzung der Ostseite der gedachten Straße vorzugehen.

Herr Kieße ist mit der projectirten Instandsetzung dieser Straße einverstanden und hätte gewünscht, daß mit noch anderen Straßen, die es nöthig haben, in gleicher Weise vorgegangen werden könnte; er giebt aber zu erwägen anheim, ob mit der Instandsetzung nicht auch zugleich die Canalisation verbunden werden könne, damit die Straße später nicht wieder aufgebrochen zu werden brauche.

Herr Oberbürgermeister Pöckels benutzt diese Anregung um über das Project der Gesamtcanalisation folgendes auszuführen. Die Herzogliche Kreisdirection habe das Project nunmehr unter dem Vorbehalte genehmigt, daß die Stadt nachweisen könne, daß solche Klärungs- bez. Desinfectionseinrichtungen getroffen würden, welche eine Verschlechterung der Beschaffenheit des Oberwassers bei Aufnahme der Abwässer zu verhindern im Stande seien. Die Mittel zu einer derartigen Klärungsmethode der Abwässer glaube der Magistrat in der Anwendung des Rothe-Rückner'schen Verfahrens gefunden zu haben. Die seiner Zeit nach Essen gesandte Deputation habe in Verbindung mit dem regierungsseitig dorthin geschickten Professor Arnold einen gemeinschaftlichen Bericht über das Ergebniß der dort mit dem gedachten Verfahren angestellten Versuche angefertigt, der zur Zeit gedruckt und der Versammlung spätestens binnen 8 Tagen mit einer Magistratsvorlage zugehen werde. Der Magistrat habe die Absicht, sofort mit der Canalisation, und zwar zunächst auf der Wolfenbüttler Straße, beginnen zu lassen. (Bravo!)

Nachdem noch auf eine Anfrage des Herrn Kieße, wie es mit der Canalisation des südlichen Theils der Schöppenstedterstraße stehe,

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hat, daß nach den mit dem betreffenden Kreisbaumeister stattgehabten Verhandlungen dieser Frage erst im Sommer näher getreten werden könne,

wird dem Commissionsantrage gemäß beschloffen.

Schließlich

VIII. verliest der Referent der Statutencommission, Herr Schwarzenberg, ein Gesuch des Händlers Gohl, wohnhaft Kleine Burg, vom 26. v. Mts., in welchem derselbe um Entschädigung für Verluste bittet, die er durch Sperrung der Kleinen Burg bei Verbreiterung derselben erlitten hat.

Die Commission empfiehlt, das Gesuch dem Stadtmagistrate zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung zu überweisen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Schluß der Sitzung.

Vertraulich werden, zunächst in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten

sodann

in einer Sitzung der Stadtverordneten Berathungen über die Frage, die Heranziehung von Fremden zur Communalsteuer betreffend, und über verschiedene Einschätzungen zur Communalsteuer gepflogen.

1886.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 36 de 1886
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 3.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 4. März 1886.

Öeffentlich:

- I. Errichtung einer Versuchstation nach Röchner-Rothe'schem Verfahren.
- II. Regulativ, Lehrplan etc. der Gewerbeschule.
- III. Feststellung einer Baulinie am Vohlwege.
- IV. Unterstützung der von Strombeck'schen Stiftung.
- V. Deckung eines Deficits der Einquartierungs-Casse.
- VI. Erweiterung des städtischen Baugrundes.
- VII. Canalisirung des Okergrabens vom Ruhfäutchenplatze bis zur Stecherstraße.
- VIII. Abänderung des Ortsbauplanes von der Vertramstraße nach dem St. Leonhardsplatze.
- IX. Verwilligung von Geldern für den Verein gegen Bettelei.
- X. Aufnahme eines Processes.
- XI. Uebernahme von Stammactien der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft.
- XII. Selbstständiger Antrag des Herrn Till, die provisorische Herstellung des Verbindungsweges zwischen Ruhfäutchenplatz und Münzstraße betreffend.
- XIII. Desgl. des Herrn Günther, die Sperrung der Kleinen Burg für den Wagenverkehr betreffend.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Mitgliedes der Armendirection.
- 2) Wahl eines Armenpflegers und eines stellvertretenden Bezirksvorsteher.
- 3) Einschätzung gewerblicher Etablissements wegen außerordentlicher Wegebanbeiträge.
- 4) Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Buchler, Lösekrug und Lüdershen. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer; zeitweilig auch Herr Schuldirector Schaarschmidt.

Nach Genehmigung der Protocolle *Nr* 1 vom 14. Januar und *Nr* 2 vom 1. Februar d. J., in welchem letzteren ein Druckfehler dahin zu berichtigen ist, daß es auf S. 26 Z. 4 v. o. nicht „wirthschaftlicher“, sondern „wissenschaftlicher“ heißen muß,

verliest der Herr Vorsitzende ein mittelst Magistratschreibens vom 25. v. Mts. der Versammlung zur Kenntnißnahme mitgetheiltes abschriftliches Ministerialrescript vom 15. d. Mts. *Nr* 1020, durch welches dem Magistrate eröffnet wird, daß es nicht thunlich sei, der Stadt Braunschweig für die Jahre 1882/4 einen Zuschuß zu den gehaltenen Einquartierungskosten aus Staatsmitteln zu verwilligen, da die der Stadt in dem genannten Zeitraume zur Last gelegte Einquartierung, auf den Kopf der Bevölkerung vertheilt, eine erheblich geringere sei, als diejenige, welche von vielen anderen Gemeinden des Landes habe getragen werden müssen, und da die Quartierleistung hiesiger Stadt in der, im Uebrigen wesentliche Vortheile gewährenden Eigenschaft derselben als einer größeren Garnisonstadt ihren Hauptgrund habe. Ob für die Jahre 1885/7, für welche Zeit die Landesversammlung wiederum eine gewisse Summe zu dergleichen Unterstützungen zur Verfügung gestellt habe, eine Unterstützung der Stadt Braunschweig stattfinden könne, müsse für jezt weiterer Erwägung vorbehalten bleiben.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet sodann Herr Wolff im Namen der Finanzcommission über das Magistratschreiben vom 28. Januar c., die Errichtung einer Versuchstation nach Röckner-Rothe'schem Verfahren betreffend.

Den Herren Stadtverordneten sind in dieser Angelegenheit zwei Drucksachen zugegangen:

- 1) Bericht über das Röckner-Rothe'sche Reinigungsverfahren der städtischen Abwässer in Essen a. d. Ruhr, erstattet unterm 21. Januar 1886 von der städtischen Commission in Gemeinschaft mit dem Professor Arnold,
- 2) Bericht über die allgemeine Mitglieder-Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege am 27. April 1885, in welcher das Röckner-Rothe'sche Verfahren von den Herren Professor Arnold, Dr. Beckurts und Dr. R. Blasius besprochen ist.

Nachdem der Antrag des Stadtmagistrats auf landespolizeiliche Verleihung des Rechts, die Abwässer der hiesigen Außenstadt nach dem Plane des Ober-Ingenieurs Mitgau in die Oker oberhalb der Delper-Schleuse abzuleiten, zum Ber-

fahren zugelassen und vorschriftsmäßig verhandelt worden ist, hat Herzogliche Kreisdirection die Zusicherung ertheilt, daß der hiesigen Stadt die erbetene Wassernutzungsgerechtfame alsdann verliehen werden solle, wenn und sobald die Stadt sich verpflichte, für Klärung und Reinigung der Abwässer vor deren Einführung in die Oker derartige geeignete Vorrichtungen zu treffen, zu unterhalten und regelmäßig zu betreiben, welche nach dem Ermessen der Herzoglichen Kreisdirection eine schädliche Veränderung der Beschaffenheit des Okerwassers zu verhindern geeignet seien und das letztere als genügend rein und den öffentlichen Gebrauch nicht beeinträchtigend erscheinen lassen würden. Gleichzeitig hat diejenige Deputation, welche auf Beschluß der städtischen Behörden im Herbst v. J. die Klärversuche der Stadt Essen an Ort und Stelle studirt, und welcher sich der vom Herzoglichen Staatsministerium zu gleichem Zweck dorthin entsandte Professor Arnold von hier angeschlossen hatte, mit letzterem ein gemeinschaftliches Gutachten erstattet, in welchem der Stadt empfohlen wird, die Reinigung der Abwässer eines bestimmten Stadttheils mit Einschluß der Faecalien durch Anwendung des Rœckner-Rothe'schen Verfahrens vorzunehmen. Nach eingehender Erwägung hält der Magistrat dafür, die am Augustthore zusammenfließenden Abwässer der südöstlichen Außenstadt zunächst versuchsweise nach der Schneckenstertswiese zu führen, dieselben dort nach dem bezeichneten Verfahren zu reinigen und die gereinigten Wasser mittelst eines Düfers unter der Oker durch nach deren westlichem Ufer und von hier in einem Rohre unmittelbar am Grabenufer längs des daran hinziehenden Fahrweges des Wasserwerks dem vom Lessingsplatze ausgehenden Canale zuzuführen. Die Herzogliche Kreisdirection findet ihrerseits gegen die Einrichtung und den Betrieb einer solchen Versuchsstation nichts einzuwenden. Zur Eröffnung dieser Versuchsstation wird die südöstliche Außenstadt sofort zu canalisiren, der Sammelcanal aber nicht schon jetzt vom Augustthore ab in den Wendenmühlengraben zu leiten, vielmehr vorläufig an geeigneter Stelle nach der Schneckenstertswiese abzuführen und von dort, nach erfolgter Reinigung der Abwässer, in den Burgmühlengraben einzuleiten sein, wobei eine demnächstige Gestaltung dieser Versuchsstation zu einer definitiven Entwässerungsanlage für den Fall ins Auge gefaßt werden kann, daß solches im städtischen Interesse rathsam und landespolizeilicher Seits zulässig befunden werden möchte.

Obwohl die landespolizeiliche Genehmigung zur Entwässerung der Außenstadt einstweilen nur im Principe, d. i. unter dem Vorbehalte des diesseitigen Nachweises einer eine schädliche Veränderung der Beschaffenheit des Okerwassers ausschließenden Methode zur Reinigung der Abwässer ertheilt worden ist, wird doch die Stadt zur Abwehr der aus einer Fortdauer des gegenwärtigen primitiven Entwässerungszustandes des südöstlichen Stadttheils drohenden Gefahren um so weniger Bedenken tragen dürfen, diesen Stadttheil schon jetzt, und zwar zunächst zum Zwecke des Betriebes einer Versuchsstation, zu canalisiren, als die Anwendung des Rœckner-

Kothe'schen Verfahrens in flusspolizeilicher Richtung allen bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft und der Technik berechtigten Anforderungen unzweifelhaft genügt und daneben in finanzieller Beziehung ausführbar ist, man auch durch und nach versuchsweiser Einführung dieses Reinigungsverfahrens keineswegs verhindert sein wird, den Inhalt der Canäle später durch Anwendung einer besseren oder billigeren Methode zu reinigen. Es kann, gegenüber dem Nothstande der Stadt, die Landespolizeibehörde unmöglich berechtigt sein, abzuwarten, bis eine unbedingt zuverlässige Reinigungsmethode erfunden sein wird, es wird vielmehr der Stadt die Entwässerung definitiv gestattet werden müssen, wenn sie zunächst und bis zur Erfindung einer besseren Methode das beste zur Zeit bekannte Verfahren einführt. Ebenmäßig hält der Magistrat bei Lage der Sache für unbedenklich, wie auch gegenüber dem mißlichen Entwässerungszustande der Schleinitzstraße für geboten, die provisorisch ausgeführte Canalanlage der letzteren schon jetzt und unter Hineinziehung der Abwässer der Spielmannsstraße und eines Theiles der Neuen Promenade durch einen definitiven Canal zu ersetzen, eine Reinigung der aus diesen Canälen in die Oker beim Eichthale fließenden Abwässer aber bis dahin zu unterlassen, daß aus dem Betriebe der Versuchstation auf der Schneckenstertzwiefe event. aus der Anwendung anderer Reinigungsmethoden weitere Erfahrungen gesammelt sein werden. Der Magistrat hat demgemäß den Oberingenieur Mitgau beauftragt, die von der Versammlung am 8. Juni bzw. 31. August 1882 bereits genehmigten Einzelprojecte über die Canalisation jener Stadttheile alsbald einer Revision auf Grund der inzwischen etwa veränderten Verhältnisse zu unterziehen, daneben auch ein Project über die dringend wünschenswerthe Canalisirung des Hagenbruchgrabens auszuarbeiten. Der Magistrat hält im Interesse einer raschen Förderung der ganzen Angelegenheit für angemessen, daß, vorbehaltlich des Geldbewilligungsrechts der Stadtverordneten, zur Leitung und Ueberwachung der Canalisation und zwar zunächst der südöstlichen Außenstadt und der Schleinitzstraße zc., wie auch zur Einrichtung und Controlirung der Versuchstation eine aus einem Mitgliede des Stadtmagistrats und zwei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung bestehende Deputation gewählt, und daß dieselbe im Besonderen bevollmächtigt werde, mit der Firma Franz Rothe Söhne zu Bernburg bezüglich der Einrichtung und des Betriebes der Versuchstation die erforderlichen Vereinbarungen, unter Vorbehalt ihrer Genehmigung durch die städtischen Behörden, herbeizuführen. Der Magistrat eruchtet die Versammlung, sich diesem Vorschlage anzuschließen und zu der gedachten Deputation zwei Mitglieder abzuordnen.

Die Finanzcommission hat, wie Referent weiter ausführt, die Angelegenheit gründlich geprüft und empfiehlt der Versammlung einstimmig, sich im Princip mit der Magistratsvorlage einverstanden zu erklären, auch die darin enthaltenen Vorschläge zu genehmigen. Nach sorgfältiger Durchsicht des der Versammlung im

Drucke vorgelegten Berichtes der nach Essen zur Prüfung des dort angewandten Rödner-Rothe'schen Reinigungs-Verfahrens entsandten Deputation werde Jeder die Ueberzeugung gewonnen haben, daß dieses Verfahren von allen bis jetzt bekannten das beste sei; es genüge allen billigen Anforderungen, die man überhaupt an eine Reinigung des Flußlaufs und der Abwässer stellen könne. Die Commission halte es denn auch aus den im Magistratschreiben dargelegten Gründen für durchaus zweckmäßig, daß in Braunschweig mit der Einrichtung einer Versuchsstation zur Reinigung der städtischen Abwässer nach dem gedachten Verfahren vorgegangen werde.

Es liege in der Absicht, auch das Himmelwasser mit in die Kanäle zu leiten und sie der Versuchsstation zuzuführen. Das Rödner-Rothe'sche Verfahren habe nämlich in seinen maschinellen Einrichtungen die Aufnahme des Himmelwassers zur Voraussetzung, weil dadurch eine schnellere und bessere Reinigung der Abwässer erreicht werde. Bei außergewöhnlichen Niederschlägen würden übermäßig große Wassermassen sofort durch vorhandene geeignete Rothauslässe abgeleitet.

Die Frage des Kostenpunkts, sowohl bezüglich der Einrichtung der Versuchsstation als auch bezüglich der Reinigung der Abwässer der Außenstadt überhaupt, habe die Commission noch nicht beantworten können. Aufgabe der zu wählenden Deputation solle es sein, einen bezüglichen Kostenanschlag aufzustellen und es lasse sich vorausssehen, daß die Kosten der Versuchsstation nicht übermäßig groß sein werden. Was die Kosten der Gesamt-Reinigung anlange, so habe man im Schoße der Commission versucht, dieselben wenigstens annähernd zu ermitteln. Durch Einführung der Wassermesser werde selbstverständlich der Wasserverbrauch der Stadt etwas eingeschränkt werden. lege man nun zu Grunde, daß täglich durchschnittlich 8000 cbm, also jährlich 2920 000 cbm, durch die Kanäle der gesamten Stadt abzuleiten sein würden, so würden sich die Kosten der Reinigung nach Abrechnung des Dungwerthes des geförderten Schammes auf 1 S für 1 cbm Schmutzwasser stellen. Bei Einrichtung eines mit allen Hilfsmitteln der Gegenwart ausgerüsteten Betriebes hoffe man aber, namentlich in Bezug auf die maschinellen Einrichtungen und die nöthigen Chemikalien, noch viel billiger zu arbeiten, so daß sich die Gesamtkosten vielleicht auf die Hälfte ermäßigen könnten. Selbst aber angenommen, diese Hoffnung werde nicht in Erfüllung gehen und man müßte 1 S pro cbm bezahlen, so würden sich die jährlichen Gesamtkosten doch nur auf 29 200 M belaufen. Allerdings sei dabei die Verzinsung und Amortisation der ursprünglichen Anlage nicht einbegriffen.

Einen wesentlichen Factor in der Kostenberechnung bilde die Verwerthung des Düngers. Der durch das Rödner-Rothe'sche Verfahren erzeugte Schlamm sei von starkem Kalkgehalte und demzufolge nicht sehr leicht zu verwerthen. Der Magistrat

beabsichtige deshalb, den Schlamm dadurch werthvoll zu machen, daß er ihn nach den Wiesen im Gänsewinkel abführen und dort aus demselben, entsprechend vermischt, werthvolle Composthaufen herstellen lasse.

Nachdem Referent die Magistratsanträge nochmals befürwortet hat, empfiehlt er namens der Commission, die Herren Krahe und Hollmann, welche schon bei Erbauung der nunmehr vollendeten städtischen Wasserwerke mitgewirkt und dabei den Erwartungen der Versammlung im vollsten Maße entsprochen haben, in die zu bildende Commission zu wählen.

Die Magistratsanträge werden darauf genehmigt und die Herren Krahe und Hollmann durch Acclamation zu Deputationsmitgliedern gewählt.

II. nimmt Herr Ramdohr das Wort, um namens der Schulcommission über die den einzelnen Mitgliedern der Versammlung unlängst in authographischem Druck überhandte Magistratsvorlage vom 24. Januar c., die Errichtung einer allgemeinen Fortbildungs- und Gewerbeschule betreffend, zu berichten.

In der Sitzung am 8. Mai 1884 haben sich die Stadtverordneten mit der Errichtung einer allgemeinen städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß staatsseitig ein Zuschuß zu den Kosten der Schule von jährlich 10000 M geleistet werde. Auf den in dieser Angelegenheit an Herzogliches Staatsministerium erstatteten Bericht hat dasselbe dem Stadtmagistrate in dem Rescripte vom 23. Mai v. J. Nr. 3390 zunächst eröffnet, daß unter Zustimmung der Landesversammlung in die Anlage des Cap. 12 der Ausgaben des Staatshaushalts-Stats der laufenden Finanzperiode ein zur Verfügung des Herzoglichen Staats-Ministeriums stehender Fonds von 27 000 M zur Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens im Herzogthume eingestellt, dabei aber die Erwartung ausgesprochen sei, daß bei Bemessung der den Gemeinden des Landes zu gewährenden Beihilfen die von den betr. Gemeinden vorweg zu tragenden Kosten für Local, Heizung und Beleuchtung außer Rechnung gelassen werden. Das Herzogl. Staatsministerium hat sodann die Ertheilung der erbetenen Zusicherung eines Jahresbetrages von 10000 M für die in hiesiger Stadt zu gründende Fortbildungs- und Gewerbeschule zwar abgelehnt, dagegen aber einen angemessenen Zuschuß aus Staatsmitteln in sichere Aussicht gestellt, dessen Höhe nach den für die Fortbildungsschulen im Herzogthume zu bewilligenden Mitteln zu bemessen und bei dem jedesmaligen, jährlichen Rechnungsabschlusse festzusetzen sei, wobei jedoch die Gewährung von Vorschüssen auf den Staatszuschuß nicht ausgeschlossen sein soll. Im Uebrigen hat Herzogliches Staatsministerium zur Ermägung verstellt,

- 1) ob die Stadt nicht für die Schulzwecke die Einkünfte des gesammten Capitalvermögens des Kunstgewerbe-Vereins zu 64000 M in Anspruch nehmen könne?

- 2) ob nicht in den Elementarabtheilungen der Schule die Anzahl der Unterrichtsstunden eingeschränkt werden könne?
- 3) ob nicht die Tagesclasse für Damen gänzlich in Wegfall kommen könne?

Ferner hat das Herzogliche Staatsministerium als Bedingung der zu gewährenden Staatsbeihilfe hingestellt:

- 4) daß im Sommersemester der Sonntagsunterricht mit der Zeit des Beginns des Hauptgottesdienstes geschlossen werde, und zwar, ohne daß es den Schülern gestattet ist, behuf Fortsetzung der Arbeit im Schullocale zu bleiben, wogegen während des Winterhalbjahres der Verwendung des ganzen Sonntags-Morgens zum Zeichenunterrichte bis auf Weiteres ein Bedenken nicht entgegengestellt ist;
- 5) daß die Feststellung und Abänderung des Lehrplanes der Genehmigung Herzoglichen Ministeriums unterliege.

Zur Erfüllung dieser letztgedachten beiden Bedingungen hat der Magistrat im Einverständnisse mit den zugezogenen Sachverständigen für den Zeichenunterricht im Sommersemester die Stunden von 6—9 Uhr Morgens, im Wintersemester die Stunden von 8—12 Uhr Morgens in dem Unterrichtsplane festgesetzt, auch in das Regulativ für die Schule die Bestimmung aufgenommen, daß der Lehrplan der Schule der Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums bedürfe.

Der unter 1 gedachte Gegenstand hat seine Erledigung dadurch gefunden, daß laut des vorliegenden notariellen Vertrages der Vorstand des Kunstgewerbevereins im Einverständnisse mit der Generalversammlung des Vereins sich verpflichtet hat, der hiesigen Stadt zum Zwecke der Errichtung und Unterhaltung der zu gründenden Schule ein Capital von 64300 M., ferner die einen Werth von pptr. 10000 M. repräsentirende Vorbilderammlung und das gesammte Schulinventar zu Eigenthum zu überweisen. Dem unter 2 gedachten Bedenken hat der Magistrat insoweit Rechnung getragen, als die Unterrichtsstunden für die Elementarabtheilung (Fortbildungsschule) von 6 wöchentlichen Unterrichtsstunden auf durchschnittlich 5 eingeschränkt sind, was nach Ansicht der Sachverständigen ohne Schädigung des Schulzwecks zulässig erscheint. Dagegen hat der Magistrat nach reiflicher Ueberlegung sich nicht entschließen können, die Damenabtheilung ohne Weiteres aus dem Lehrplane zu streichen. Er hat dieselbe vorläufig mit in den Lehrplan aufgenommen, eine Verpflichtung zu dauernder Unterhaltung derselben aber nicht übernommen und würde sonach, falls diese Abtheilung sich als zweckmäßig nicht bewähren oder unverhältnißmäßige Kosten verursachen sollte, jederzeit in der Lage sein, dieselbe wieder aufzuheben. —

Wenngleich nun die Voraussetzung, unter welcher sich die Versammlung mit der Errichtung der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule einverstanden er-

Klart hat — Zusicherung einer jährlichen Beihilfe von 10000 M aus Staatsmitteln — nicht eingetroffen ist, so ist der Magistrat doch bei der lebhaften Interesse, welches die Herzogliche Landesregierung an der Schule zu erkennen gegeben hat und in Erwägung, daß auch die Landesversammlung dieses Interesse theilt und die zur Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens erforderlichen Mittel bewilligt hat, dem Projecte in der Erwartung näher getreten, daß die Herzogliche Landesregierung der Stadt einen namhaften Beitrag zur Unterhaltung der Schule nicht versagen werde. Zu dem Ende hat der Magistrat unter dem Beirathe Sachverständiger ein Regulativ nebst Lehrplan und Kostenberechnung für die zu gründende Schule entworfen und richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich mit der Errichtung der Schule unter Genehmigung des aufgestellten Regulativs, Lehrplanes und der Kostenberechnung einverstanden zu erklären, beziehentlich die durch die Unterhaltung der Schule erwachsenden Kosten aus der Kasse der politischen Abgabe für Hunde zu bewilligen. Endlich bittet der Magistrat den mit dem Vorstande des Kunstgewerbe-Vereins abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 21. d. Mts. zu genehmigen.

Bezüglich der Kostenberechnung wird Folgendes bemerkt: Die Ausgabe beträgt 24490 M, die Einnahme 6794 M. Von der Mehrausgabe zu 17696 M hat die Stadt vorweg die Kosten der Localmiethen, Heizung und Beleuchtung mit 2400 M zu bestreiten, so daß noch 15296 M zu decken bleiben. Davon tragen Staat und Stadt je die Hälfte, so daß die jährliche Ausgabe für die Stadt 10048 M beträgt.

Die Commission hat die Vorlage in Gegenwart des Schuldirectors Schaar-
schmidt eingehend geprüft und giebt einstimmig und ohne dabei specielle Wünsche zum Ausdruck bringen zu müssen, anheim, dieselbe zu genehmigen.

Zunächst wird zur Berathung des Regulativs geschritten; dasselbe hält 19 Paragraphen.

§. 1 wird ohne Weiteres genehmigt.

Bei §. 2, welcher lautet:

„Die Schule zerfällt in zwei Hauptabtheilungen, als: 1) Fortbildungsschule, 2) Gewerbeschule.

In der Fortbildungsschule, welche wiederum in zwei Abtheilungen zerfällt, wird Unterricht in der deutschen Sprache, im Schreiben und Rechnen und außerdem in der oberen Abtheilung Unterricht in der Buchführung, der Geometrie und anderen dem Bedürfnisse der Gewerbetreibenden entsprechenden Unterrichtsfächern erteilt. Für die Gewerbeschule sind ebenfalls zwei Abtheilungen vorgesehen. In der unteren Abtheilung wird Unterricht im Freihandzeichnen und im geometrischen Zeich-

nen, in der oberen Abtheilung Unterricht im Zeichnen von plastischem Ornament, im Projectionzeichnen, in der Perspective und Schattenlehre, im Architecturzeichnen, in der Proportionslehre des menschlichen Körpers, in der Formenlehre des plastischen und flachen Ornaments, im Modelliren, in Styllehre und Kunstgeschichte, im Leimfarbenmalen und Fachzeichnen ertheilt. Neben diesen Hauptabtheilungen soll bis auf Weiteres eine Damenabtheilung eingerichtet werden, in welcher Unterricht im Zeichnen von plastischem Ornament, in der Ornamentik und der Proportionslehre ertheilt wird. Der Besuch der Schule ist freiwillig.“

bemerkt Herr Niese, er stehe principiell auf dem Standpunkte, daß solche Schule obligatorisch und schulgeldfrei sein müsse; erst in dieser Einrichtung würde dieselbe dem allgemeinen Interesse Rechnung tragen und sich auf der breitesten Grundlage des Volksprincips hochbauen und wahrhaft Nutzen schaffen.

Herr Niese bemerkt, auch er hätte gewünscht, daß der Unterricht für sämtliche Lehrlinge obligatorisch eingerichtet würde, er habe sich aber überzeugt, daß dies der großen Kosten und sonstigen unüberwindlichen Schwierigkeiten wegen augenblicklich unmöglich sei. Redner fragt sodann bei dem Herrn Bürgermeister Rittmeyer an, in welchem Rahmen sich derselbe das unter den Lehrgegenstände aufgeführte Architecturzeichnen denke, ob damit auch das Projectiren von Gebäuden u. verbunden sein solle? Bei den preussischen Baugewerkschulen seien seit dem Jahre 1882, wo der Staat sich mehr um diese Schulen bekümmere, vier, bei denjenigen in München, Stuttgart und Karlsruhe sogar sechs Semester zur vollständigen Ausbildung in diesem Unterrichtszweige vorgeschrieben. Es sei ganz unmöglich, die Schüler in diesem Fache so leistungsfähig zu machen, daß sie beim Verlassen der Schule keiner Fortbildung darin weiter bedürften. Er halte für wünschenswerth, daß dies zum Ausdruck gebracht werde, damit die Schüler nicht glauben, daß, wenn sie ein paar Abendstunden solchen Unterricht genießen, sie zu perfecten Meistern herangebildet werden können, und er habe bereits in einer Eingabe der Baugewerksinnung an den Stadtmagistrat hierauf aufmerksam gemacht.

Herr Bürgermeister Rittmeyer entgegnet, daß sämtliche Unterrichtsgegenstände von Sachverständigen eingehend geprüft seien und der Magistrat daher keinen Anstand genommen habe, dieselben in den Lehrplan aufzunehmen. Wenn sich herausstellen sollte, daß noch Lehrgegenstände hinzugefügt oder andere beseitigt oder noch vervollkommenet werden müßten, so könne solches immer noch geschehen. Man beabsichtige ja keineswegs, eine große allgemeine Kunstgewerbeschule zu errichten, sondern wolle immer nur in erster Linie dem Bedürfnisse der hiesigen Stadt Rechnung tragen. Die Wünsche der Baugewerksinnung würden thunlichst berücksichtigt werden.

Herr Reiche ist der Ansicht, daß bei Befolgung des von Herrn Rieke geäußerten Grundsatzes die Schule fortwährend franken werde. Nur dann könne dieselbe Segen bringen und sich gedeihlich entwickeln, wenn sie allein von solchen Schülern besucht werde, die Lust und Liebe zur Sache haben; alle übrigen würden nur ein Hemmschuh für die Lehrer sowohl als für die Mitschüler sein. Er bitte, die Einrichtung, wie vorgeschlagen, zu belassen.

Herr Günther schließt sich den Ansichten des Herrn Rieke an, und hält für richtig, daß man die Angelegenheit überhaupt erst einmal principiell berathe. Wenn befürchtet werde, daß die Schüler, die in der Volksschule nicht genügend herangebildet seien, ihre Mitschüler am Fortkommen hindern, dann könne ja die Einrichtung getroffen werden, daß die weitervorgerückten in eine höhere Klasse versetzt werden können. Es werden heutzutage weit mehr Anforderungen an die jungen Leute gestellt als früher. Auch seiner Meinung nach könne Ersprießliches von einer Fortbildungsschule nur dann erwartet werden, wenn sie obligatorisch und schulgeldfrei sei. Die Eltern müssen für ihre Kinder, welche die Schule verlassen, ohnehin schon große Opfer bringen; man könne von ihnen nicht verlangen, daß sie noch ferner jahrelang Schulgeld bezahlen sollen. Was den Damenunterricht anlange, so sehe man, daß es sich dabei nicht um eine allgemeine Fortbildung, sondern um Fortbildung einer bestimmten Klasse handle. Es würde sich auch empfehlen, Handarbeiten einzuführen; doch lasse sich nicht alles auf einmal einrichten. Redner beantragt zu beschließen, daß die Schule eine obligatorische sein solle.

Herr Schuldirector Schaarschmidt: Schon bei der früheren Berathung dieser Angelegenheit sei vom Herrn Vorredner die Frage angeregt worden, ob es nicht zweckmäßig sei, die Fortbildungsschule obligatorisch einzurichten. Schon damals habe er der Versammlung vom schulmännischen Standpunkte aus die Bitte vorgetragen, den Besuch der Schule als einen vollständig freiwilligen hinzustellen, weil nur so in wirklich ausgiebiger Weise etwas für die Fortbildung der männlichen Jugend gethan werden könne; denn wenn sämtliche Lehrlinge der Stadt zum Besuche einer derartigen Fortbildungsschule herangezogen würden, dann würde man so massenhaftes Material vor sich bekommen, daß die Kosten, welche der Stadt daraus erwachsen, wenigstens das 20fache von dem betragen würden, was jetzt durch die Stadtcasse und den Zuschuß des Staats dafür ausgelegt sei. Die Folge würde auch sein, daß man den jungen Leuten das nicht bieten könne, was man ihnen zu bieten jetzt im Stande sei. Es sei auch wiederum ganz bekannte Thatsache, daß man bei solchen der Schule entwachsenen jungen Leuten nur dann etwas schaffen könne, wenn man mit Elementen zu thun habe, die wirklich Lust und Liebe zur Sache haben und sich freiwillig zum Unterrichte stellen. Er berufe sich bei seinen Ausführungen auf die Erfahrungen und Beobachtungen, die er im vorigen Jahre in Dresden Gelegenheit zu machen gehabt habe. In Sachsen seien die Fort-

bildungsschulen bekanntlich obligatorisch; aber die Art und Weise, wie man sich dort mit der Sache abgefunden habe, lege Beweis dafür ab, daß es bei einer großen Masse von Material auch Beschränkungen geben müsse. In Sachsen seien diejenigen Schüler, welche die städtische Schule ganz durchgemacht haben, von vorn herein dispensirt oder können dispensirt werden, und von diesem Dispensationsrechte werde sowohl seitens der Lehrmeister als auch seitens der Lehrlinge in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht. Auf der anderen Seite beschränke sich der Unterricht nur auf das Allernothwendigste und stehe kaum auf dem Punkte des Volksschulunterrichts oberster Klasse. Dann werde dort auch die allerbitterste Lage über die widerwilligen und störrischen Elemente geführt. Es sei stellenweise vorgekommen, daß widerspenstige und böswillige Lehrlinge zum Messer gegriffen haben. Derartige Verhältnisse haben sich allerdings durch strenges und disciplinarisches Einschreiten beseitigen lassen, aber immerhin seien die dort gesammelten Erfahrungen nicht der Art, daß man dazu rathen könnte, hier den gleichen Weg einzuschlagen. Die Hauptsache bei einer Fortbildungsschule sei immer, daß man den jungen Leuten, die wirklich Lust zur Sache haben, etwas Ordentliches biete, ihnen ausgiebige Gelegenheit gebe, die vom Besuche der Volksschule gebliebene Lücke auszubessern und das in derselben Gelernte festzuhalten, dann aber auch, daß man ihnen tüchtige Lehrer gebe, von denen sie mit Lust und Freudigkeit erfüllt werden. Er verweise nach dieser Seite hin auf die Erfahrungen, die man namentlich in Württemberg gemacht habe. Dort habe man das Obligatorische vollständig fallen lassen, und habe, nachdem man auf diese Schulen in etwas kleineren Kreisen eine größere Sorgfalt verwandt habe, ganz bedeutende Erfolge erzielt. Er bitte, es dabei zu belassen, daß der Besuch der Schule den einzelnen Lehrlingen frei gestellt werde.

Herr Nieß: Wenn man die Forderungen geltend machen wollte, die zur Einführung eines obligatorischen Schulbesuchs nöthig seien, dann würde man vermuthlich die ganze Einrichtung unmöglich machen; man müsse es also bei einem freiwilligen Besuche bewenden lassen. Die Antwort des Herrn Bürgermeister Kirtmeyer habe ihn zufrieden gestellt. Er (Redner) halte dafür, daß die Schule sich nicht als Ziel stecke, ihren Schülern, soweit das Baufach in Betracht komme, eine Halbbildung zu gewähren. Verschiedentlich habe er zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß grade halbreife Schüler einen ungeheuren Drang zum Entwerfen und Projectiren gezeigt haben, und wenn man alsdann durch Gewährenlassen den Glauben in ihnen erweckt habe, daß sie bereits Tüchtiges leisten könnten, sie grade die ihnen nöthigen Fächer vernachlässigt haben. Es müsse beim Architekturzeichnen eine ganz bestimmte Grenze innegehalten und nicht über das vorgesteckte Ziel hinausgeschossen werden.

Herr Günther: Wenn anerkannt werde, daß mit einem obligatorischen Schulbesuche wirklich Gutes geschaffen werde, dann sei seines Erachtens auch die

Kostenfrage nebensächlich. Die Versammlung möge bedenken, was für ungeheure Mittel vom Staate für die Hochschulen aufgewandt werden, sie möge bedenken, welche Summen für das Polytechnikum seitens der Regierung im Interesse weniger Menschen ausgegeben werden. Der Kostenpunkt könne also auch hier nicht mit-sprechen. Wenn Herr Schuldirector Schaarschmidt anführe, daß es auf den obligatorischen Fortbildungsschulen in Sachsen zu Thätlichkeiten gekommen sei, so gebe er zu, daß solche Fälle vorkommen können. Derartiges passire aber auch auf den Hochschulen. Wenn man einmal die Fortbildungsschule für principiell nöthig halte, dann müsse man auch das Princip des obligatorischen Schulbesuchs anerkennen. Wolle man eben nur Gelegenheit zur Ausbildung bieten, dann könne man es auch beim Alten lassen. Er begrüße derartige Unternehmen mit Freuden, hätte aber gern gesehen, daß durch Einführung eines obligatorischen Unterrichts noch etwas weiter gegangen würde.

Herr Rieke kann den Bedenken des Herrn Rieß keinen Werth beilegen. Wenn ein junger Mann besondere Befähigungen in einem bestimmten Fache an den Tag lege, weshalb solle man ihn dann in seinen Bestrebungen hemmen? Wer Lust zum Lernen habe, der könne auch in einer Fortbildungsschule besondere Fähigkeiten holen und es später zu hervorragenden Leistungen bringen, wer aber einmal nichts lernen wolle oder zu wenig beanlagt sei, dem nütze auch die beste Schule nichts. Es könne vorkommen, daß einer die Baugewerkschule besucht habe und verstehe doch keinen Kostenanschlag zu machen. Späterhin müsse ja jeder ein Examen bestehen, und wenn er das nicht könne, dann möge er das Versäumte nachholen. Wenn nur immer die nöthige Controle vorhanden sei.

Herr Krahe glaubt, daß der Herr Vorredner Herrn Rieß mißverstanden habe. Es handle sich nur darum, das Entwerfen von Gebäuden zc. nicht in das Programm aufzunehmen. Wenn besonders befähigte Schüler vorhanden seien, dann könne man dieselben ja auch in dieser Richtung vorgehen lassen. Er bitte aber dringend, das Programm der Schule von solchen Forderungen auszuschließen.

Es wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Antrag des Herrn Günther abgelehnt und §. 2 mit einer von der Commission empfohlenen und auch vom Stadtmagistrate gebilligten Aenderung, am Schlusse des Paragraphen statt „der Besuch der Schule ist freiwillig“ zu sagen „der Eintritt in die Schule ist freiwillig“, angenommen wird.

§. 3 wird ohne Debatte genehmigt.

Zu dem zweiten Absätze des §. 4 „In der Damenabtheilung findet jede hieselbst wohnende, anständige, dem Schulzwange entwachsene Dame Aufnahme“ beabsichtigt Herr Günther den Antrag zu stellen, das Wort „anständige“ als über-

flüssig zu streichen, nimmt aber nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Vorsitzenden davon Abstand.

§. 4 wird darauf ohne Aenderung genehmigt.

Bei Berathung des §. 5, welcher die Schulgelbsätze derart bestimmt, daß für den Besuch der Fortbildungsschule jährlich 4 M., der unteren Abtheilung der Gewerbeschule 6 M., der oberen Abtheilung der Gewerbeschule 12 M., der Damenabtheilung 20 M. bezahlt werden sollen, beantragt Herr Günther, unter Hinweis auf die in seinen obigen Ausführungen gegebene Motivirung zu beschließen, daß überhaupt kein Schulgeld erhoben werde.

Herr Reiche bemerkt, daß auch bei den Schulen des Kunstgewerbevereins und des Handwerkervereins Schulgeld erhoben werde. Die Meister zahlen dasselbe auch gern, wenn die Lehrlinge fleißig und ordentlich seien. Dann mache sich auch die Meinung geltend, daß das, wofür man nichts gebe, auch keinen Werth habe. Außerdem sei ja auch die Bestimmung im Regulativ vorgesehen, daß Unbemittelten bei würdigem Betragen das Schulgeld erlassen werden könne.

Nachdem noch die Herren Krahe, Wolff und Schwarzenberg sich mit kurzen Worten in ähnlichem Sinne geäußert haben, wird §. 5 unverändert angenommen.

Die §§. 6 bis 19 werden, wie vorgelegt, genehmigt, sodann das Regulativ in seiner Gesamtheit mit der bei §. 2 beschlossenen Aenderung.

Singleich werden der Lehrplan, die Kostenberechnung und der mit dem Vorstande des Kunstgewerbevereins abgeschlossene Vertrag, nachdem Referent die nöthigen Erläuterungen zu diesen Schriftstücken gegeben hat, den Anträgen des Magistrats gemäß genehmigt.

III. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Krahe für die Baucommission erstatteten Berichts, die mittelst Schreibens des Stadtmagistrats vom 4. d. Mts. für die Ostseite des Bohlweges vorgeschlagene, auf dem vom Referenten in Umlauf gesetzten Situationsplane mit f. h^a. c. d. e. bezeichnete Baulinie zu genehmigen.

IV. werden nach einem von Herrn Halle namens der Statutencommission erstatteten Referate, dem Antrage des Stadtmagistrats vom 4. v. Mts. entsprechend, 330 M. 15 S. zur Anschaffung von Mobiliar für das neue v. Strombeck'sche Stiftungsgebäude aus den Ueberschüssen der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde verwilligt.

V. In der Einquartierungskasse hat sich, wie der Referent der Statutencommission, Herr Hollmann vorträgt, nach dem Rechnungsabschlusse vom Jahre 1885 ein Deficit von 4385 M. 57 S. herausgestellt, welches im Wesentlichen durch

stadtseitige Erhöhung der Einquartierungsgelder entstanden ist. Der Magistrat beantragt in seinem Marginalschreiben vom 8. v. Mts., gedachte Summe aus den verfügbaren Mitteln der Stadtkasse zu verwilligen.

Nach einigen Auseinandersetzungen, die sich namentlich auf die früher und jetzt gezahlten Sätze beziehen und unter Hinweis auf die Zweckmäßigkeit der heutigen Einrichtung, wonach die Einquartierung an diejenigen Personen vergeben wird, welche sich freiwillig dazu melden, empfiehlt Referent, den Magistratsantrag zu genehmigen,

was ohne Weiteres geschieht.

VI. Wie aus dem Schreiben des Magistrats vom 6. v. Mts. hervorgeht, lassen es die von Jahr zu Jahr zunehmenden Bauten in der Außenstadt dringend wünschenswerth erscheinen, den Baugrund der hiesigen Stadt zu erweitern. Die städtische Bauverwaltung hat einen Entwurf zur Abänderung der Bestimmungen wegen Umwandlung von Feld- und Gartenland in der Feldmark Braunschweig in Baugrund ausgearbeitet und eine diesbezügliche Zeichnung angefertigt. Beides liegt der Versammlung vor. Der Magistrat giebt im Einverständniß des Stadtbauamts die Genehmigung des Entwurfs anheim.

Herr Reuter trägt als Referent der Statutencommission in dieser Angelegenheit Folgendes vor:

Schon im Jahre 1870 sei in der Versammlung von verschiedenen Seiten eine weitergehende Ausdehnung des städtischen Baugrundes angeregt worden. Da indessen ein von den früheren Gartengeschworenen eingezogenes Gutachten verschiedene Bedenken dagegen äußerte, so habe man sich damit begnügt, vorzugsweise unmittelbar neben den Heerstraßen und größeren Communalwegen belegenes Terrain als Baugrund zu erklären und alles Uebrige als noch unter die Feld- und Gartenordnung gehörig zu belassen. Die von den Gartengeschworenen damals geäußerten Bedenken seien aber in keiner Weise hervorgetreten, und es empfehle sich, diesmal unter allen Umständen rationeller vorzugehen. Die vom Magistrate vorgeschlagene neue Grenzlinie des zu erweiternden Baugrundes nehme folgenden Lauf: von Norden nach Westen die neue Ringbahn entlang bis dahin, wo dieselbe in die Feldmark Broitzem abzweige, weiter bis zur Verbindungsbahn der Braunschweigischen Eisenbahnen, mit dem Eisenbahnterrain bei St. Leonhard abschließend, in der Feldmark Altwiek bis an die Grenze des städtischen Gebiets, an der östlichen Gebietsgrenze herunter bis zur Karlstraße, wo die hiesige Feldmark in die Gießmaroder Feldmark hineinwinkelt, Gießmaroderstraße, Campestraße bis an den Bültenweg. Nach der Vorlage solle aber nur ein Theil des Bültenweges und das Terrain nördlich von der Nebenstraße bis zum neuen Nordbahnhofe zu Baugrund erklärt werden.

Die Vorlage sei in der Statutencommission unter Zuziehung der Baucommission berathen und habe man es für zweckmäßig gehalten, daß noch weiteres Terrain, und zwar nördlich vom neuen Bahnhofe, zu Baugrund erklärt werde, da voraussichtlich schon in allernächster Zeit dort Bauten zur Ausführung gelangen würden. Der Vertreter des Magistrats habe sich denn auch damit einverstanden erklärt, daß eine weiter hinausgehende, vom Büldenwege abzweigende, auf dem Plane näher bezeichnete Linie, durch die Ländereien bis zur Ludwigstraße und dieser folgend bis zur Hamburgerstraße, gewählt werde.

Nachdem der Magistratsvorschlag der gedachten, auch vom Stadtbauamte gutgeheißenen Aenderung unterworfen sei, empfehle er namens der vereinigten Commissionen die Vorlage zur Annahme. Sollte sich das Bedürfniß herausstellen, den Baugrund nach Norden hin noch etwas weiter auszudehnen, so könne ja ein bezüglicher Beschluß bald gefaßt werden.

Auf eine Anfrage des Herrn Wolff, ob es nicht zweckmäßig sei, das gesammte städtische Gebiet in Eins zu Baugrund zu erklären,

erwidert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß ein derartiges Vorgehen seine Bedenken haben würde, da die Erklärung zu Baugrund zur Folge habe, daß jeder unmittelbar auf seine Grenze bauen könne, wodurch aber die Ländereien vieler Gärtner, die ihren Grund und Boden zur Bebauung von Früchten zc. verwenden wollen, beschattet werden. Man müsse also vorsichtig sein und dürfe nur da den Baugrund erweitern, wo wirklich das Bedürfniß vorliege.

Die Versammlung beschließt darauf die Erweiterung des städtischen Baugrundes dem Vorschlage der Commission gemäß.

VII. berichtet Herr Sievers im Auftrage der Finanzcommission über das Magistrats Schreiben vom 8. v. Mts., die Canalisation des Osergrabens vom Kuhfäutchenplage bis zur Stecherstraße betreffend.

Nachdem die Herzogliche Kreisdirection die gedachte Canalisation gestattet hat und auch die Einwendungen der westlichen Anlieger der fraglichen Oserstrecke beseitigt sind, beantragt der Magistrat die stadtseitig für den Kanal aufzuwendenden Kosten mit 7860 M. aus dem Dispositionsfonds (Cap. XIV. A2 5) zu verwilligen. Die an der Anschlagssumme noch fehlenden 590 M. hat die Herzogliche Landesregierung für die Strecke unter der Stecherstraßenbrücke zu zahlen. Verhandlungen wegen einer der Stadt für Beseitigung dieser Brücke seitens des Staats zu zahlenden Entschädigung hat sich der Magistrat vorbehalten.

Referent glaubt, daß die Versammlung mit der Vorlage selbst gewiß einverstanden sein werde, denn es werde ein Uebelstand beseitigt, der sich längst sehr fühlbar gemacht habe. Auch habe Herr Bürgermeister Rittmeyer in der Commis-

fionsstzung erklärt, daß wegen Weiterführung der Canalisirung hinter der Stecherstraße Verhandlungen im Gange seien, die anscheinend zu einem Abchlusse führen würden, und daß auch diese Strecke gleich nach Vollendung der erstgedachten werde in Angriff genommen werden. Die Ausführung des Kanals sei auf Vorschlag des Oberingenieurs Mitgau der Firma Liebold u. Co. zu Holzminden übertragen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil dieselbe ein von ihr zuerst eingeführtes System vorgeschlagen habe, welches weit billiger sei, als dasjenige, welches man anfänglich habe anwenden wollen, nämlich statt eines Platten- oder gemauerten Kanals einen Canal aus Cementbeton; außerdem auch weil sie sich ganz besonders mit der Ausführung derartiger Kanäle befaßt habe, was hiesige Meister in dem Maße nicht gethan haben.

Die Commission empfiehlt die angeforderten Mittel im Betrage von 7860 M zu verwilligen.

Ferner führt der Magistrat in seinem oben erwähnten Schreiben aus, daß in Folge der beschlossenen Verlegung des Eingangs zur Stecherstraße vom Hagenmarkte aus und des Verkaufs des dadurch verfügbar gewordenen Straßenterrains neben dem Hollandt'schen Hause die Verlegung des vom Hagenmarkte nach der Oker an der Stecherstraße führenden Kanals nöthig sei. Die hierzu erforderlichen Kosten zu 1450 M beantragt der Magistrat gleichfalls aus dem Dispositionsfonds (Cap. XIV. A. 5) zu verwilligen.

Auch dieser Antrag wird von der Commission befürwortet.

Von Herrn Blasius befragt, weshalb man nicht einen dem heutigen Stande der Technik mehr zusagenden völlig eiförmigen, sondern einen nur nach oben hin eiförmigen, nach unten hin aber fast flachen Canal gewählt habe,

erklärt Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß die in Vorschlag gebrachte Form des Kanals vom Oberingenieur Mitgau mit dem Kreissbaumeister Rieff vereinbart und auch von Herzoglicher Baudirection gutgeheißen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß dieser Canal kein Hauptentwässerungskanal sei und nicht zur Abführung von Schmutzwasser dienen solle, wie Herr Blasius vielleicht im Auge gehabt habe, sondern daß derselbe nur Oker- und Himmelswasser aufzunehmen habe.

Herr Rieff macht unter Bezugnahme auf die Bemerkung des Herrn Referenten, daß die Firma Liebold u. Co. das vorgeschlagene Canalsystem zuerst ausgeführt habe, darauf aufmerksam, daß bereits vor mehreren Jahren in der Sidonienstraße ein Canal gelegt sei, der, wenn auch nicht in der Form, so doch in der technischen Ausführung dem vorgeschlagenen völlig gleich sei.

Herr Rieff ist mit der gewählten Canalförm einverstanden, fragt aber an, ob man auch Bedacht darauf genommen habe, den Canal stark genug zu machen, damit derselbe bebaut werden könne,

worauf Herr Blasius auf den Plan verweist, aus welchem hervorgehe, daß nur links und rechts des Canals, nicht aber unmittelbar auf denselben aufgebaut werden dürfe.

Herr Nieß: Daß der Canal überbaut werde, lasse sich muthmaßlich nicht umgehen. In allen derartigen Fällen werde aber bei Genehmigung der Baupläne vorgeschrieben, daß das zu errichtende Gebäude an der betreffenden Stelle des Canals auf einem separat construirten Gewölbe zu stehen komme.

Herr Günther macht darauf aufmerksam, daß der Canal unter der Hagenbrücke sehr schlechte Dünste ausathme, und regt die Frage an ob diesem Uebelstande nicht abgeholfen werden könne,

was Herrn Bürgermeister Rittmeyer zu der Erklärung veranlaßt, daß der gedachte Canal voraussichtlich noch im Laufe dieses Sommers werde weitergeführt werden.

Die Magistratsanträge werden sodann genehmigt.

VIII. Mittelft Schreibens vom 13. v. Mts., über welches namens der Baucommission Herr Till referirt, trägt der Stadtmagistrat unter näherer Darlegung der Gründe darauf an, eine Aenderung des Ortsbauplans zu genehmigen, wonach der östliche Theil der in demselben vorgesehenen, von der Bertramstraße aus in östlicher Richtung nach dem St. Leonhardplatze führenden Straße dergestalt zu verlegen ist, daß der Domfriedhof unberührt bleibt und für diesen Theil der projectirten Straße die Straßenlinien a. d. und b. c. des vorgelegten Situationsplans festgestellt werden.

Die Commission befürwortet den Magistratsantrag und wird derselbe genehmigt, nachdem die Versammlung von der in Umlauf gesetzten Zeichnung Einsicht genommen hat.

Wie

IX. Herr v. Seckendorff namens der Finanzcommission vorträgt, sind im Jahre 1885 vom Verein gegen Bettel an fremde Bettler verausgabt: für 1600 Portionen Mittagessen zu 15 S. = 240 M., für 7986 Nachtmarken à 35 S. = 1795 M. 10 S., zusammen 3035 M. 10 S. Der durch die Arbeitsleistung der Unterstügten erzielte Gewinn beziffert sich auf 500 M., und beträgt somit die wirkliche Ausgabe 2535 M. 10 S. Nach dem Verhältniß der Vorjahre hat hiervon die Stadtcasse $\frac{2}{3}$ mit 1690 M. zu tragen und beantragt der Magistrat mittelft Marginalschreibens vom 15. v. Mts., gedachte Summe aus den Mitteln der polizeilichen Abgabe für Hunde zu verwilligen.

Die Finanzcommission schließt sich diesem Antrage an.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß die Deckung eines in der Cassé des Vereins gegen Bettelci entstehenden Deficits, da dieser Verein sich größtentheils mit der Unterstützung auswärtiger Hilfsbedürftiger befaße, nicht Sache der hiesigen Stadt, sondern des Landarmen-Verbandes sei. Die Stadtgemeinde thue ohnehin schon genug in Bezug auf die Armenpflege. Wenn es irgend angehe, müsse man danach trachten, daß auch der Staat einen Theil solcher Lasten mit trage.

Nachdem Herr Stadtrath Ketemeyer das seitens der Stadt mit dem Verein gegen Bettelci seiner Zeit getroffene Uebereinkommen besprochen und daraus die Verpflichtung der Stadt zu derartigen Zuschüssen gefolgert, auch des Näheren nachzuweisen gesucht hat, daß der Landarmen-Verband nach den gesetzlichen Bestimmungen in diesem Falle nicht eintreten könne, werden die beantragten Mittel bewilligt.

Darauf

X. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Gehmann für die Statutencommission erstatteten Berichte, den Stadtmagistrat auf seinen Antrag vom 27. v. Mts. zu ermächtigen, den von dem Bahnsekretair Dehlmann und den Erben des Cammermusicus Wendt wegen Richtigkeit und Wiederholung des gegen dieselben bei Verbreiterung der Leonhardstraße zur Ausführung gebrachten Erpropriationsverfahrens angestregten Proceß aufzunehmen.

XI. Der Stadtmagistrat beabsichtigt, wie Herr Sievers vorträgt, dem Herzöglichen Staatsministerium wegen der Entnahme der zum Ankaufe von 75 000 M. Stammactien der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft hieselbst erforderlichen Gelder geeignete Vorschläge zu machen und hat den bezüglichlichen Bericht der Versammlung unterm 4. d. Mts. mit dem Ersuchen überandt, sich mit den darin enthaltenen Vorschlägen einverstanden zu erklären. Dieselben gehen im Wesentlichen dahin, daß 60 000 M. dem Kreisfonds und 15 000 M. der Stadtkasse entnommen werden sollen.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Jasper und Oberbürgermeister Pockels wird dem Ersuchen des Magistrats entsprochen.

XII. Im Hinblick darauf, daß der Landtag die Regierungsvorlage wegen Bewilligung von Mitteln zur Wiederherstellung der Burg Dankwarderode abgelehnt hat und danach anzunehmen ist, daß der jetzige Zustand der Burg noch längere Zeit bestehen bleiben wird, bringt Herr Till den Antrag ein, den Stadtmagistrat zu ersuchen, einen provisorischen Fußweg zur Verbindung des Ruhfäutchenplatzes mit der Münzstraße herzustellen, zieht denselben aber zurück, nachdem er vom Stadt-

magistrate in Erfahrung gebracht hat, daß ein diesbezügliches Project bereits ausgearbeitet sei.

Schließlich

XIII. liegt noch ein selbständiger Antrag des Herrn Späthner vor: den Stadtmagistrat zu ersuchen, den Wagenverkehr in der Kleinen Burg zu verbieten.

Antragsteller führt zur Motivirung aus, daß sein Antrag nur eine Consequenz der Verbreiterung der Kleinen Burg sei. Nach geschehener Verbreiterung sei die Gefahr für die Passanten durch den Wagenverkehr weit größer als vorher. Früher suchten die Wagen überhaupt nur selten dort durchzukommen, weil sie selbst Gefahr liefen zu verunglücken. Heute verhalte sich das ganz anders. Es könne vorkommen, daß die Wagen jenen Weg von der Schuhstraße ab benutzten, um nach dem Langenhofe oder nach der Münzstraße u. s. w. zu gelangen, dies könne aber noch viel eher vorkommen, wenn erst eine directe Verbindung zwischen Münzstraße und Gasparistraße vorhanden sei.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung nicht.

Schluß der Sitzung.

In der noch folgenden vertraulichen Sitzung finden zunächst Wahlen statt.

Es werden gewählt: Particulier Hermann Winter zum Mitgliede des Armendirectoriums, ferner Kaufmann Weiz zum stellvertretenden Bezirksvorsteher und Finanzrath a. D. Hildebrand zum Armenpfleger.

Darauf wird die Einschätzung derjenigen gewerblichen Etablissements vorgenommen, welche zu außerordentlichen Beiträgen zur städtischen Wegebaufasse heranzuziehen sind.

Zum Schluß gelangt das III. Verzeichniß von Gemeindesteuer-Reklamationen und Erlaßgesuchen pro 1885 zur Erledigung.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sigung am 15. April 1886.

Öeffentlich:

- I. Ankauf des Huch'schen Hauses am Hagenmarkte.
- II. Vertrag mit einem Unternehmer, Anlage kleinerer Straßen und Wohnungen am Giersberge betreffend.
- III. Feststellung einer Baulinie an der Damm- und Bohlwegsecke.
- IV. Pensionirung eines Bedellen.
- V. Erwerb eines privaten Wasserrohrs im Johannischofe.
- VI. Feststellung einer Baulinie an der Hallersleberstraße.
- VII. Verkauf des vormals Heusinger'schen Gartens an der Steinhörpromenade.
- VIII. Verkauf des Militäretabliements am Giersberge.
- IX. Gesuch um Erlaß von Kosten der Instandsetzung der Leonhardstraße.
- X. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung der Campestraße.
- XI. Deckung eines Deficits der Armencaße.
- XII. Contract mit dem Zimmermeister Behrenpfeunig, Differenzen wegen der Grenzen an der Gastanstalt betreffend.
- XIII. Verbreiterung der Pflegehaus- und Klosterstraße.
- XIV. Uebernahme einiger Gegenstände im alten Polytechnikum.
- XV. Genehmigung einer Proceßführung.
- XVI. Erweiterung der höheren städtischen Mädchenschule.
- XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, die von den Feldmarkts-Interessentchaften zur Wegebaucasse alljährlich zu zahlenden Beiträge betreffend.
- XVIII. Desgl. des Herrn Natals, die Verbesserung der Steigungsverhältnisse auf der Helmstedterstraße vor dem Steinhore betreffend.

Entschuldigt Herr Bollmann. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Metemeyer und Grote.

Das Protocoll N. 3 vom 4. März c. wird unter dem Bemerken genehmigt, daß es auf Seite 55 Z. 3 v. u. nicht „Statutencommission“ sondern „Finanzcommission“ heißen muß.

Der Tagesordnung gemäß

I. referirt Herr v. Seckendorff im Auftrage der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 7. d. Mts., den Ankauf des Huch'schen Hauses am Hagenmarke betreffend.

Durch die zunehmende Vergrößerung der Stadt nach Außen hin werden an die Stadtverwaltung unverhältnißmäßig hohe Ansprüche auf Straßenbauten, Kanalanlagen, Versorgung mit Gas und Wasser u. gestellt und hat der Stadtmagistrat schon seit längerer Zeit sein Augenmerk darauf gerichtet, unbebautes Terrain innerhalb der Stadt aufzuschließen und die Errichtung von Bauten daselbst zu veranlassen. Als besonders geeignet hierzu erscheint dem Magistrate das zwischen Hagenmarkt und Nickelstuck belegene noch unbebaute Terrain; er hat deshalb ein Straßenproject ins Auge gefaßt, wonach eine Straße auf dem vom Huch'schen Hause am Hagenmarke nach Norden ziehenden, zu canalisirenden Obergaben, eine zweite in grader Verlängerung der Kaiserstraße bis zur Wendestraße anzulegen sein würde, und zwar so, daß die erstere etwa in der Mitte und ziemlich rechtwinklig in die letztere einmündet.

Bei Verwirklichung des Project's, welches der Versammlung auf dem im Sitzungssaale angehefteten Plane vorgeführt ist, würde einestheils passende Gelegenheit geboten werden, dem immermehr hervortretenden Verlangen nach kleineren Wohnungen entgegenzukommen, anderntheils auch eine höchst wünschenswerthe Verbindung zwischen dem Petri- und Wendenthordistricte hergestellt werden.

Da nun das den Schlüssel zu diesem Straßenprojecte bildende Huch'sche Haus zur Zeit unter günstigen Bedingungen zu erwerben gewesen ist, so hat der Magistrat dasselbe im Einverständnisse mit der Finanzcommission durch den Stadtrath Götte ankaufen lassen.

Ein speciellcs Bauproject nebst Kostenanschlägen hat der Magistrat der Kürze der Zeit wegen noch nicht vorlegen können, er glaubt aber, daß die projectirten Straßen dem Interesse der Stadt entsprechen und unverhältnißmäßig hohe Ausgaben nicht verursachen werden, da von dem 32,30 a großen, Huch'schen Grundstücke mehrere Bauplätze verfügbar bleiben und die aufzuwendenden Straßenbaustkosten von den sich dort Anbauenden zu erstatten sein werden.

Der Magistrat ersucht sonach die Versammlung zu genehmigen, daß die Stadt in den vom Stadtrath Götte abgeschlossenen notariellen Kaufcontract vom 28. März c. eintritt und der vereinbarte Kaufpreis zu 107500 M. aus städtischen Mitteln berichtigt werde.

Die Finanzcommission empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme.

Herr G ü n t h e r vermißt bei diesem wie bei dem nächstfolgenden Gegenstande der Tagesordnung einen gedruckten Commissionsbericht, welcher den Stadtverordneten vorher hätte zugestellt werden müssen; wenn auch die Finanzcommission genügend unterrichtet sei, so könne dies doch von den übrigen Mitgliedern der Versammlung nicht gesagt werden. Er wünsche ja, daß das Straßenproject verwirklicht werde, doch scheine ihm der Kaufpreis zu hoch zu sein, und wenn die Stadt erst durch Zuziehung von Straßenunternehmern zu große Opfer bringen müsse, dann protestire er überhaupt dagegen. Er gebe anheim, die Sache nochmals an die Commission zur weiteren Verathung zurückzugeben.

Referent bemerkt hierauf, daß das Fuch'sche Grundstück mit 33 M. pro qm bezahlt werde, was billig zu nennen sei, wenn man bedenke, daß es sich um ein Grundstück in einem sehr lebhaften inneren Stadttheile handle. Die Straßen werden nach den Bestimmungen der Straßenbauordnung angelegt, die Anlieger also ihren statutenmäßigen Beitrag zu den Herstellungskosten tragen müssen. Wenn die Stadt überhaupt Opfer zu bringen habe, so könne dies nur darin bestehen, daß sie in Rücksicht auf die Erbauung von Häusern mit kleineren Wohnungen irgend eine Unterstützung zahle, worüber aber die Versammlung noch zu entscheiden haben würde. Schließlich bemerkt Redner noch, daß der Ankauf des Hauses binnen 48 Stunden habe vollzogen werden müssen, es also nicht möglich gewesen sei, erst eine gedruckte Vorlage herzustellen oder eine Versammlung einzuberufen. Wenn Herr Stadtrath Götte den Ankauf nicht unverzüglich abgeschlossen hätte, dann wäre das Grundstück von einem Anderen angekauft und die Stadt hätte später event. viel mehr dafür bezahlen müssen.

Herr G ü n t h e r hätte gewünscht, daß auch der Werder, der es am größten nöthig habe, bei diesem Straßenprojecte mit berücksichtigt wäre.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hebt hervor, daß man auf den projectirten Straßen keine Zugusgebäude, sondern nur Häuser mit mittleren und kleineren Wohnungen zu erbauen beabsichtige. Da es nun an derartigen Wohnungen fehle und dieser Mangel sich mit der Zunahme der Bevölkerung und dem zu erwartenden Abbruche vieler kleiner Häuser noch immer fühlbarer machen werde, so habe der Magistrat geglaubt, daß ein Straßenproject wie das vorliegende die Sympathie der Versammlung haben werde. Noch komme hinzu, daß für Straßen im Innern der Stadt alle Erfordernisse, wie Legung von Gas- und Wasserröhren, Canalisation u. billiger zu stehen kommen werden als für Straßen vor den Thoren. Das

Huch'sche Grundstück enthalte nach Abzug des zum Straßendurchbruch nöthigen Terrains 8 Bauplätze, jeder von 16 m Front, die man vortheilhaft verwerthen könne, so daß bei dem Kaufgeschäfte kein großes Risiko sei. Es handle sich also nur darum, den Schlüssel zu dem Straßenprojecte zu gewinnen und den bilde eben, wie der Herr Referent schon hervorgehoben habe, das Huch'sche Haus. Da nun auch eine Verbindung zwischen dem Petri- und Wendenthordistricte, von der Kaiser- nach der Wendenstraße zu, höchst wünschenswerth sei, so bitte er, den Magistratsantrag unter Vorbehalt einer weiteren Vorlage zu genehmigen.

Herr Reiche begrüßt die Vorlage mit Freuden, giebt aber zugleich seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß das von Herrn Nieß seiner Zeit angeregte Project eines Durchbruchs von der Schützenstraße nach dem Neuenwege sich nicht derselben wohlwollenden Berücksichtigung erfreut habe.

Die nun folgende Abstimmung ergibt die Annahme des Magistratsantrages.

Zum

II. Punkte der Tagesordnung, die Herstellung kleinerer Straßen und Wohnungen am Giersberge betreffend, nimmt Herr Krahe als Referent der Statutencommission das Wort.

Zum Zwecke der Herstellung billiger Wohnungen beabsichtigt der Magistrat auf dem zwischen der Husaren- und Jasanenstraße belegenen Terrain drei, auf dem aushängenden Plane mit AB, BC und CD bezeichnete Straßen anzulegen. Die beiden erstgedachten Straßen, welche zum größten Theil auf dem Particulier Halle zugehörigen Terrain zu liegen kommen, sollen nach Osten zu mit der Hagenstraße und später mit der Ringstraße, nach Westen zu durch die Straße CD, zu welcher das nöthige Terrain vom Herzoglichen Küchengarten zu erwerben sein würde, mit der Casernenstraße in Verbindung gesetzt werden.

Wegen Anlegung der Straßen AB und BC hat der Magistrat unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten und des Herzoglichen Staatsministeriums mit dem Particulier Halle einen notariellen Vertrag abgeschlossen, zu welchem erläuternd Folgendes bemerkt wird:

Die Herstellung der sämtlichen Straßen erfolgt durch die städtische Bauverwaltung. Zu den auf 11 000 M veranschlagten Kosten der Chauffirung der Straßen AB und BC hat Halle 6000 M beizusteuern. Die Kosten für Herstellung der Straße CD, welche etwa 4500 M betragen, übernimmt vorläufig die Stadt allein. Halle darf für die an der Straße AB zu verkaufenden Grundstücke nicht mehr als 3,1 M pro qm fordern. Die Kosten der Canalisirung der sämtlichen drei Straßen zu 3670 M trägt die Stadt. Um den Bau von Häusern mit kleineren Wohnungen auf den Straßen AB und BC zu erleichtern, würde die Stadt den Bauenden unter gewissen Bedingungen Darlehne gewähren, welche die Höhe von zwei Drittel der

Brandversicherungssumme nicht übersteigen und innerhalb der nächsten 10 Jahre nicht gekündigt werden dürfen. Das Terrain zu den vorgedachten beiden Straßen hat Halle unentgeltlich herzugeben; es sollen auf denselben pptr. 20 Gebäude errichtet werden, von denen mindestens 18 je zu 5 bis 6 kleinen Wohnungen mit 1 Stube, 2 Kammern, 1 Küche und sonstigem Zubehör einzurichten sind. Zur Abtretung des zur Straße CD nöthigen Terrains hat Herzogliche General-Hof-Intendantur sich vorbehältlich der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zum Preise von 5 M pro qm bereit erklärt.

Der Magistrat richtet unterm 7. d. Mts. das Ersuchen an die Versammlung, sich mit der Anlage der projectirten Straßen einverstanden zu erklären und zu dem Ende

- 1) die auf dem überreichten Situationsplane bezeichneten Baulinien, als
 - a. für die Straße AB — ab und cd,
 - b. für die Straße BC — di und be,
 - c. für die Straße CD — if und gh,
 zu genehmigen;
- 2) den vorgelegten, mit dem p. Halle vereinbarten Contract zu genehmigen, insbesondere
- 3) sich damit einverstanden zu erklären, daß das zur Anlage der Straße CD erforderliche Terrain in der Größe von pptr. 1120 qm vom Küchengarten zum Preise von 5 M pro qm = 5600 M angekauft werde;
- 4) die Uebernahme der Straßenbaukosten für die Straßen AB und BC in der Höhe von 5000 M gutzuheißen;
- 5) die Kosten der Instandsetzung der Straße CD zu 4500 M zu verwilligen;
- 6) die Kosten der Canalisirung der sämtlichen 3 Straßenstrecken, sowie die Belegung derselben mit Gas- und Wasserröhren im Betrage von 3670 M zu bewilligen;
- 7) sich damit einverstanden zu erklären, daß den an der Straße AB Bauenden auf deren Ansuchen Capitalien unter den in dem vorgelegten, mit p. Halle abgeschlossenen Verträge enthaltenen Bedingungen aus dem Vermögen der Stadt vorgeliehen werden.

Nachdem Referent das Nöthige aus dem gedachten Contracte mitgetheilt hat, giebt er namens der Statutencommission, welche ihren Beschluß einstimmig gefaßt hat, anheim, die Magistratsanträge zu genehmigen.

Herr Rieke: Die Ansichten über den Mangel kleinerer Wohnungen scheinen sich sehr geändert zu haben. Wenn Halle auch verpflichtet werde, nicht mehr als 3,1 M pro qm Terrain zu nehmen, wer bürge denn dafür, ob die Wohnungen nicht doch über Kopf bezahlt werden müssen? Auch der Tischlermeister Jung, den man stadtseitig subventionirt habe, grade damit er billige Wohnungen bauen solle,

fordere für seine Wohnungen Freije, die ein Arbeiter nicht erschwingen könne. Warum nehme denn die Stadt die Sache nicht selber in die Hand und halte sich immer an Zwischenhändler? Die Stadtverwaltung würde die Wohnungen weit billiger herstellen und sich dabei die Liebe und Achtung der kleineren Bürger erwerben. Unseren städtischen Baubeamten würde es aber sicher zur großen Ehre gereichen, wenn sie auch einmal darauf bedacht wären, passende Arbeiterwohnungen zu bauen, statt immer nur Projecte für die bevorzugteren Classen auszuarbeiten.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierauf, daß der Magistrat seine Anschauungen in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse der kleineren Leute durchaus nicht geändert habe; derselbe sei nach wie vor der Ansicht, daß eine eigentliche Wohnungsnoth mit acutem Character, eine Obdachlosigkeit ordentlicher Familien, in Braunschweig nicht bestehe; Wohnungsverlegenheiten seien aber schon vor 20 Jahren in demselben Maße wie heute vorhanden gewesen. Dagegen habe sich der Magistrat schon immer nicht verhehlen können, daß hier ein Mangel an guten Wohnungen für kleinere Leute herrsche, wodurch die Wohnungen einen Miethpreis erreicht haben, der mit dem Arbeitslohne der kleineren Leute nicht im richtigen Verhältniß stehe. Zur Beseitigung dieser Mißstände wolle nun der Magistrat grade durch gegenwärtige Vorlage beizutragen suchen. Der Magistrat habe seiner Zeit ausdrücklich betont, daß diese Uebelstände nicht direct durch die Stadt, sondern durch Privat-Initiative unter Subventionirung seitens der Stadt gehoben werden müßten, welche Auffassung auch von der Versammlung als richtig anerkannt worden sei. Herr Riese habe alle Ursache, mit der Vorlage einverstanden zu sein. Dem früheren Beschlusse der Versammlung, daß es nicht Aufgabe der Stadt sei, als Unternehmerin bei derartigen großen Bauten aufzutreten, könne Redner nur beistimmen.

Herr Günther wundert sich, daß der Herr Vorredner das Vorhandensein einer Wohnungsnoth in Braunschweig nicht anerkenne. Wo hunderte von Familien keine Wohnung bekommen können und ein besonderer Druck auf diejenigen Familien ausgeübt werde, die viele Kinder haben, wo das Kloster, die Herbergen zur Unterbringung obdachloser Familien in Anspruch genommen werden müssen, da könne man wohl von einer Wohnungsnoth sprechen. Was die Uebertragung der Straßenanlagen an einen Unternehmer anlange, so protestire er dagegen. Die ganze Sache sei ihm noch nicht recht klar, er beantrage deshalb, dieselbe nochmals an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierauf, daß eine wirkliche Wohnungsnoth mit acutem Character auch vom Herrn Vorredner nicht constatirt werden könne. Bis jetzt habe man noch immer Rath zu schaffen gewußt. Daß in der Regel bei den Umzugsterminen für eine Anzahl Familien zeitweilige Unterkunft gesucht werden müsse, sei schon seit längeren Jahren der Fall gewesen; es sei

aber stets gelungen, ordentlichen Familien binnen kurzer Zeit Wohnung zu verschaffen. Nur im vorigen Herbst sei es ausnahmsweise einmal vorgekommen, daß durch ganz besondere Umstände eine Verlegenheit entstanden sei, indem 70 Familien mit 300 Köpfen keine Wohnung finden konnten. Aber in Zeit von 6 Tagen habe über die Hälfte der Leute Wohnung gehabt und nur die kleinere Hälfte habe anderweit untergebracht werden müssen. Wenn man sich die Wohnungsverlegenheit näher ansehe, so werde man finden, daß sich dieselbe, abgesehen von einigen Familien, die der vielen Kinder wegen nicht gern aufgenommen werden, im Großen und Ganzen immer bei denselben Personen einstelle und zwar meist bei solchen, die moralisch oder finanziell heruntergekommen seien.

Herr Günther bestreitet diese Ansicht, glaubt auch nicht, daß durch die neuen Straßenanlagen dem beregten Uebelstande abgeholfen werde, da auch wieder eine Masse kleinerer Wohnungen durch Abbruch verloren gehe.

Herr Kiefe: Eine Wohnungsnoth sei dennoch vorhanden; wenn auch ein anderer Ausdruck dafür gebraucht werde, die Sache selbst lasse sich nicht wegstreiten. Was bisher seitens der Stadt in dieser Richtung gethan sei, habe keinen Erfolg gehabt, weil man immer schnell darüber hinwegzukommen gesucht habe. Jetzt gehe man schon näher auf die Sache ein, weil man immer mehr gedrängt werde, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. In der heutigen Vorlage werden schon die Preise für das Bau terrain festgesetzt und vorgeschrieben, wie die Wohnungen hergerichtet werden sollen. Wenn es so fortgehe, dann werde man auch bald dazu kommen, sich mit derartigen Unternehmen selbst zu befassen. In der Bauordnung seien viele Bestimmungen enthalten, die das Bauen kleinerer Wohnungen sehr erschweren; wenn die beseitigt würden, dann ließen sich noch weit billigere Wohnungen herstellen. Die Wohnungen können immerhin etwas niedriger hergestellt werden, als die Bauordnung vorschreibe, ohne befürchten zu müssen, daß sie gesundheitsnachtheilig seien oder die Stadt verunzieren. Noch ein anderer Grund, als der, daß der Magistrat die Sache nicht selbst in die Hand nehme, spreche gegen die Vorlage. Wenn man einzelne Stadtviertel nur zu Arbeiterwohnungen einrichte, dann bekomme man bald im Kleinen, was in London die City sei, und die brauche man hier nicht. Die Arbeiter wollen wie bisher mit den besseren Klassen zusammenwohnen. Wenn ein Schuhmacher in ein neues Haus vor dem Thore ziehe, dann folge ihm seine Kundschaft dorthin nicht nach, und doch müsse er bedeutend mehr Miete zahlen. Wie stimme das? Er gebe anheim, die Sache nochmals zu erwägen.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Antrag des Herrn Günther, die Vorlage nochmals an die Commission zurückzugeben, abgelehnt, die Magistratsanträge dagegen fast einstimmig angenommen werden.

III. Der Kaufmann Sievers beabsichtigt seine am Bohlwege und am Damme belegenen Wohnhäuser abzubrechen und an deren Stelle einen Neubau vorzunehmen. Aus diesem Anlaß wird mittels Magistratschreibens vom 29. März c., über welches namens der Baucommission Herr Till referirt, für die Damm- und Bohlwegsecke eine neue, auf dem vom Referenten in Umlauf gesetzten Situationsplane mit den Buchstaben n. m. p. o. bezeichnete Baulinie vorgeschlagen, bei deren Annahme dem Sievers'schen Grundstücke 67 qm Straßenterrain zuzulegen sein würden. Der Magistrat ersucht die Versammlung, die gedachte Baulinie zu genehmigen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß das an Sievers abzutretende Straßenterrain demselben zum Preise von 80 M pro qm käuflich überlassen werde.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen, wobei Herr Sievers, als bei der Sache interessirt, sich der Abstimmung enthält.

IV. Unterm 9. v. Mts. beantragt der Magistrat, für den Bedell an der unteren Bürgerschule auf der Leopoldstraße, Trautvetter, welcher wegen vorgerückten Alters zum 1. April c. in den Ruhestand versetzt ist, die gesetzliche, nach 36 Dienstjahren sich berechnende Pension zu bewilligen, ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Referenten der Schulcommission, Herrn Schwarzenberg, genehmigt wird.

V. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Berichts, sich dem Antrage des Magistrats vom 10. v. Mts. gemäß mit der stadtseitigen Uebernahme des vom Grundstücke des Malers Schaffair am Johannis Hofe N. 1 bis zum Rattreppeln führenden Privatwasserrohrs einverstanden zu erklären und zu dem Zwecke 100 M aus den Mitteln der städtischen Wasserwerke zu bewilligen.

VI. wird auf einen Antrag des Stadtmagistrats vom 12. v. Mts., welchen Herr Reuter namens der Baucommission befürwortet, beschlossen, die vom Stadtbauamte für die Nordseite der Fallersleberstraße, auf der Strecke von der Wilhelmstraße bis zur neuen Knochenhauerstraße, aus Anlaß des Neubaus der Wohnhäuser des Silberwaarenfabrikanten Wurm und des Schlachtermeysters Unger, in Vorschlag gebrachte, auf dem vorliegenden Situationsplane mit a. b. bezeichnete Baulinie zu genehmigen.

VII. In dem öffentlich meistbietenden Verkaufe der neben der neuen Brücke an der Steinthorpromenade belegenen, zu dem vormalig Heusinger'schen Grundstücke gehörigen städtischen Bauplätze haben die Architekten Campe und Eggeling die

höchsten Gebote abgegeben, und zwar ersterer für den nördlich der Brücke belegenen Bauplatz sammt darauf befindlichen Gebäuden 25 000 M., letzterer für die beiden südlich der Brücke belegenen Bauplätze zusammen 33 800 M. Der Magistrat beantragt unterm 22. v. Mts., die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die fraglichen Bauplätze an Campe und Eggeling zu den bezeichneten Preisen und unter den sonstigen im vorliegenden Notariatsprotokolle vom 9. v. Mts. stipulirten Bedingungen verkauft werden.

Die Finanzcommission, welche von Herrn Seymann vertreten wird, giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Dieselbe erfolgt ohne Weiteres.

VIII. Wie Herr Hollmann im Namen der Finanzcommission vorträgt, beabsichtigt die Reichs-Militair-Verwaltung, einem Magistratschreiben vom 22. v. Mts. zufolge, auf dem an der Husarenstraße belegenen städtischen Terrain zwischen den daselbst erbauten Pferdeställen eine Caserne für zwei Escadrons des Husarenregiments N^o 17 zu erbauen und zugleich das gesammte städtische Militair-Etablissement am Giersberge nebst einem an der Ostseite der Pferdeställe belegenen Terrainstreifen von 150 m Länge und 25 m Breite anzukaufen. Die städtische Bauverwaltung hat das gedachte Etablissement zu 212 000 M., den Terrainstreifen zu 200 M. pro ar abgekauft. Der Magistrat hält den Verkauf zu diesen Preisen als für die Stadt vortheilhaft, weil letztere dadurch der lästigen und kostspieligen Reparaturen der Stallgebäude überhoben, auch von der ebenfalls mit großen Kosten verbundenen Verpflichtung der Einquartierung der gegenwärtig in den Majeberg'schen Baracken untergebrachten Mannschaften befreit werden würde; er richtet deshalb das Ersuchen an die Versammlung, sich mit dem Verkaufe des gedachten Etablissements und des bezeichneten Terrainstreifens zu den angegebenen Preisen einverstanden zu erklären.

Die Commission giebt anheim, dem Ersuchen zu entsprechen, was ohne Debatte geschieht.

IX. Der Particulier Vorsum, der Tischlermeister Wiswedel und der Maurermeister Wollmann beabsichtigen, an der Leonhardstraße, gegenüber dem Leonhardplatz, Wohnhäuser zu errichten; dieselben würden nach §. 9 des Ortsbaustatuts die Kosten der Instandsetzung der Straße bis zu einer Breite von 13 m, von der zu bebauenden Straßenlinie angerechnet, zu tragen haben, sie sind aber darum gekommen, daß ihnen die Hälfte der Kosten erlassen werden möge. Da die sämtlichen Anlieger der Leonhardstraße nur bis zu einer Breite von 8 m (der Hälfte der Breite der Leonhardstraße) zu bezahlen brauchen, so ist der Magistrat der Ansicht, daß den Petenten eine unverhältnißmäßige Last aufgebürdet sei, und giebt mittelfst Schreibens vom 11. v. Mts. auf Grund der Bestimmungen des §. 12 des

Ortsbaustatuts, wonach den städtischen Behörden das Recht zusteht, im einzelnen Falle eine Ausnahme von der Regel zu machen, anheim, die Verpflichtung der Bittsteller zur Erstattung der Straßenbaukosten bis zur Hälfte der Straßenbreite (8 m) zu beschränken.

Die Baucommission, für welche Herr Reuter berichtet, befindet sich nicht im Einklange mit dem Magistratsantrage, indem sie den vom Magistrate angezogenen Grund, daß die betreffenden Grundbesitzer zu einer unverhältnißmäßigen Last herangezogen würden, nicht für zutreffend erachten kann. Der Geldpunkt spielt ja im vorliegenden Falle keine besondere Rolle, es würde aber, wenn der Magistratsantrag angenommen würde, gewissermaßen eine Statutenänderung damit verbunden sein. Außerdem würde auch, wie der Magistrat in seinem Schreiben selbst zugebe, mit einer eintretenden Ermäßigung ein Präjudiz geschaffen werden, und somit in allen Fällen, wo eine Straße in einem Theile auf beiden Seiten bebaut, in einem anderen Theile aber an einem freien Plage vorüberführe, in gleicher Weise verfahren werden müssen. Es sei bedenklich, von der betreffenden Bestimmung des Statuts, welche ihre volle Berechtigung habe, abzuweichen. Die Petenten tragen wohl etwas mehr zu den Straßenbaukosten bei als die übrigen Grundbesitzer, es erwachsen ihnen aber auch wieder verschiedene Vortheile daraus, daß ihre Grundstücke an einem freien Plage liegen, indem ihnen Licht und Luft nie verbaut werden könne und sie höhere Gebäude errichten können als die übrigen Anlieger. Die Commission beantrage deshalb, dem Magistratsantrage nicht zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer ist nicht der Ansicht, daß es sich um eine Statutenänderung handle, da in §. 12 des Statuts auf die Beseitigung von Gärten, die in einzelnen Fällen bei der Gesetzgebung nicht vorauszusehen waren, Bedacht genommen sei. Ein solcher Fall scheine hier vorzuliegen. Man könne sogar zweifelhaft sein, ob §. 9 hier passe, weil es sich nicht um eine Straße handle, die auf ihrer ganzen Länge nur auf einer Seite bebaut sei. Es scheine eine Lücke im Gesetze vorzuliegen. Berufungen auf vorliegenden Fall können nur sehr wenig vorkommen; es liegen nach genauer Durchsicht des Ortsbauplans nur noch 2 oder 3 solcher Fälle vor.

Herr v. Seckendorff tritt für die Magistratsvorlage ein;

ingleichen Herr Günther, welcher indeß bei Annahme des Magistratsantrags eine Statutenänderung für erforderlich hält,

wogegen die Herren Heymann, Rieke und Wolff sich für den Commissionsantrag aussprechen.

Die darauf folgende Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Magistratsantrags.

X. Wie Herr Lüderrßen namens der Statutencommission vorträgt, hat die städtische Bauverwaltung zur Instandsetzung der Campestraße nachträglich 1000 M angefordert. Die Ueberschreitung der veranschlagten Summe findet ihre Begründung hauptsächlich in der Vermehrung von Chauffirungsarbeiten, andertheils in der Höherlegung der Fahrbahn. Der Magistrat beantragt, die angeforderten Mittel zu bewilligen, welchem Antrage sich die Commission anschließt.

Nachdem auf eine Anfrage des Herrn Lösekrug, ob der Magistrat die Campestraße nur auf einer Seite mit Bäumen zu bepflanzen beabsichtige und welche Ideen derselbe event. dabei verfolge,

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwiedert hat, daß er sich dieserhalb näher erkundigen werde,

bewilligt die Versammlung die beantragten 1000 M.

XI. wird nach einem von Herrn Natalis für die Finanzcommission erstatteten Berichte dem Magistratschreiben vom 28. v. Mts. gemäß beschlossen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß ein in der Rechnung der Armenkasse de 1885 entstandener Fehlbetrag von 11417 M 99 S., vorbehaltlich der demnächstigen Rechnungsrevision, durch die Mittel des Ordinariums der Stadtcasse de 1885 ausgeglichen werde.

XII. In der Sitzung vom 22. October v. J. hat die Versammlung den Magistrat ermächtigt, gegen den Zimmermeister Wehrenpfennig zur Beseitigung von Differenzen wegen der Grenzen der städtischen Gasanstalt Klage zu erheben. Wehrenpfennig hat sich nun bereit erklärt, seinen Widerspruch, nach welchem die Erweiterungsbauten nicht näher als 1,5 m an die Grenzen seines Grundstücks gerückt werden sollen, unter bestimmten Voraussetzungen fallen zu lassen; er will gestatten, daß die Gebäude der städtischen Gasanstalt bis auf 0,5 m seinen Grundstücken näher gerückt werden, wenn die Stadt sich verpflichtet, die bisherige Entfernung von 1,5 m in der Länge seines mit Fenstern versehenen Sägemühlengebäudes fortan bestehen zu lassen, und diese Abmachung, als für beide Theile bindend, in das Grundbuch eingetragen werde. Da es nach einer Erklärung der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke unbedenklich erscheint, dem Zimmermeister Wehrenpfennig das von demselben erbetene Recht einzuräumen, so giebt der Magistrat zur Vermeidung eines vielleicht langwierigen Rechtsstreits anheim, ihn zu ermächtigen, mit Wehrenpfennig auf dessen Kosten einen seinem Anerbieten entsprechenden Vertrag abzuschließen und das Erforderliche in das Grundbuch einzutragen zu lassen.

Wie Herr Heymann als Referent hierzu bemerkt, ist die Statutencommission anderer Ansicht wie der Magistrat. Der Vorschlag Wehrenpfennigs gehe dahin, daß ihm ein dingliches Recht für ewige Zeiten eingeräumt werden solle, was mög-

sicherweise später für die Stadt recht unangenehm werden und den Werth dieses städtischen Grundstücks unter allen Umständen verringern würde, und die Commission meine, daß ein Grund zu einem derartigen Arrangement für die Stadt durchaus nicht vorliege. Vor wie nach sei die Commission der Ansicht, die auch früher vom Magistrat getheilt worden, daß der Proceß in seinem Ausfalle wohl als ganz unzweifelhaft betrachtet werden könne und es Wehrenpfennig höchst wahrscheinlich gar nicht zum Proceße kommen lassen werde. Die Commission gebe aus diesen Gründen anheim, den Magistratsantrag abzulehnen —

ein Ersuchen, welchem die Versammlung ohne Debatte entspricht.

XIII. Der Maurer Bolte und der Zimmermeister Jacobs beabsichtigen auf ihren an der Klosterstraße belegenen Grundstücken Neubauten auszuführen, was dem Magistrate Veranlassung giebt, der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbreiterung der Klosterstraße und eines Theils der Pflegehausstraße näher zu treten. Der Magistrat ersucht deshalb die Versammlung unterm 27. v. Mts., sich mit dem Ankaufe dreier, den ebenbezeichneten Grundbesitzern gehörigen, auf den vorliegenden Situationsplänen ersichtlichen Parcellen zu resp. 3,64 a, 4,25 a, 3,10 a und 2,40 a für resp. 2184 M, 2550 M, 1550 M und 1200 M einverstanden zu erklären.

Der Referent der Baucommission, Herr Krahe, läßt die Situationspläne circuliren und giebt im Namen der Commission anheim, dem Ersuchen des Magistrats zu entsprechen.

Es geschieht dies ohne Weiteres.

XIV. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn v. Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Berichte, die vom Magistrate unterm 12. v. Mts. zur Uebernahme der seitens der Landesregierung im alten Polytechnikum im Jahre 1883 zu Schulzwecken getroffenen baulichen Anlagen und Einrichtungen angeforderte Summe von 744 M aus den Mitteln des Extraordinariums der Stadtcasse zu bewilligen.

Ferner

XV. wird nach einem Berichte des Referenten der Statutencommission, Herrn Heymann, beschlossen, den Stadtmagistrat auf seinen Antrag vom 3. v. Mts. zu ermächtigen, gegen die Firma Gebrüder Budendahl hieselbst wegen Rückerstattung von Gemeinde-Krankenkassengeldern im Betrage von 82 M 83 S Klage zu erheben.

XVI. Mittelfst Magistratsschreibens vom 9. d. Mts. beantragt der Magistrat:

- 1) die Erweiterung der städtischen höheren Mädchenschule durch Errichtung einer Parallelklasse zu Classe X zu Michaelis d. J. und durch Theilung der Classe VIII, ebenfalls zu Michaelis d. J. zu genehmigen,
- 2) die Mittel zur Besoldung der hierdurch erforderlich werdenden Lehrkräfte für das vierte Quartal d. J. mit 445 M und 340 M aus dem Dispositionsfonds unter 1 u des Schulkassenetats bezw. aus den Mehreinnahmen der Schulkasse an Schulgeldern zu bewilligen.

Die Schulcommission giebt durch ihren Referenten, Herrn Schwarzenberg, die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr Günt her kann sich für die Bewilligung von Mitteln zur Erweiterung der höheren Mädchenschule nicht erklären. Statt die Kluft zwischen den verschiedenen Standesclassen etwas auszufüllen, nehme man nur darauf bedacht, sie immer noch mehr zu erweitern. Wenn Eltern ihren Kindern eine höhere Bildung geben wollen, als es die Stadt im Stande sei, dann mögen sie die Kosten dafür aus ihrem eigenen Säckel bestreiten.

Der Magistratsantrag gelangt darauf zur Annahme.

Es liegen noch zwei selbstständige Anträge vor;

XVII. der eine von Herrn Reiche eingebrachte lautet:

die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, ihr eine Vorlage zu machen, wonach die von den hiesigen Feldmarksinteressentchaften an die Wegebaucasse alljährlich zu zahlenden, im Haushaltsplane unter Cap. 3 a in der Einnahme genannter Casse aufgeführten 4000 M künftig nicht mehr zu zahlen sind.

Herr Reiche motivirt den Antrag etwa folgendermaßen:

Den sechs Feldmarksinteressentchaften liege es bekanntlich ob, für die Instandhaltung der von der Stadt noch nicht übernommenen sog. Interessentenwege selbst zu sorgen, auch einen jährlichen Beitrag von 2 M pro Hektar an die Stadtcasse zu zahlen. Letztere Bestimmung habe zur Zeit ihres Inkrafttretens volle Berechtigung gehabt, denn damals waren diese Wege für die Interessentchaften keine Last, wie heute, sondern eine Wohlthat; sie wurden nur als Zugangswege zu den angrenzenden Ackerstücken benutzt und die Verpachtung der Grasnutzung lieferte Erträge, so daß, wie die alten Jahresrechnungen nachweisen, von Zeit zu Zeit kleinere Ueberschüsse vertheilt werden konnten. Heute seien die Verhältnisse ganz anderer Art, die Interessentenwege seien zum großen Theil bebaut und dienen nicht mehr allein zu Zwecken der betreffenden Gemeinden, sondern werden von der Gesamtheit benutzt; er erinnere nur an die Jägerstraße und die Straße nach dem Pawelschen Holze. Den an den Wegen Wohnenden werden die täglichen Erfordernisse durch Wagen, Milch-, Bier- u. Wagen zugeestellt, deren Besitzer nicht zu

einer Wegsteuer seitens der betreffenden Gemeinden herangezogen werden können, weil sie in anderen Gemeinden wohnen. Die von den Interessenschaften zu zahlende Steuer sei allnachgerade zu einer drückenden Last geworden, auch werde sie nicht nach dem Bonitätswerthe der Ländereien, sondern nach deren Größe bemessen, so daß in einzelnen Fällen 28 % des Ertrags eines Acker an Gemeindesteuern entrichtet werden müssen, wozu dann noch die Grund- und Einkommensteuer komme. Den Interessenschaften werde für die gedachte Steuer kein Aequivalent geboten, auch können sie diejenigen, welche ihre Wege benutzen und dadurch die Instandsetzungskosten bedeutend vermehren, nicht wieder zu einer Abgabe heranziehen.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

XVIII. Der andere Antrag ist von den Herren Natalis, Sievers und Till gestellt; er lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Baudirection dahin zu wirken, daß eine Verbesserung der Steigungsverhältnisse der Helmstedter Straße von der Steinhörbrücke bis zur Landstraße vorgenommen werde.

Zur Begründung nimmt Herr Natalis das Wort, indem er etwa Folgendes ausführt:

Jeder, der einmal Gelegenheit gehabt habe zu beobachten, welche Schwierigkeiten es den Fuhrwerken bereite, die Steigung der Helmstedter Straße vor dem Steinhore zu überwinden, werde dem Antrage zustimmen. Das Steigungsverhältniß sei heute etwa 1:20, und wenn eine Gefällausgleichung bis zur Landstraße vorgenommen würde, vielleicht nur 1:40. In Verbindung mit solcher Ausgleichung würde auch gleichzeitig eine Beseitigung der Steigung am Eingange der Kastanienallee berücksichtigt werden können. Dem Vernehmen nach liegen technische Schwierigkeiten zu einem derartigen Vorgehen bezüglich der betreffenden Grundstücke nicht vor. Es komme hauptsächlich der Kostenpunkt in Betracht. Die an Herzogliche Baudirection in dieser Sache wiederholt erlassenen Petitionen seien bekanntlich bislang ohne Erfolg geblieben. Da nun die Baulust vor dem Steinhore, welches schon jetzt das frequenteste Thor der Stadt sei, noch immermehr zunehme und sich der Verkehr fortwährend steigere, und da geplant werde, die Pferdebahn weiter über die steile Strecke bis zum neuen Centralfriedhofe fortzuführen, so liege die Veranlassung augenblicklich recht dringend vor, auf diese Frage zurückzukommen.

Nachdem der Antrag, gehörig unterstützt, der Finanz- und Baucommission überwiesen ist,

wird die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 22. April 1886.

Öeffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, die Aufhebung des von den Interessenten an die Wegebaufasse zu leistenden Zuschusses betreffend.
- II. desgl. der Herren Katalis, Sievers und Till auf Verbesserung der Steigungsverhältnisse der Helmstedterstraße.
- III. Gutachtliche Aeußerung über das Schützenwesen.
- IV. Feststellung einer Baulinie und Abtretung von Straßenterrain am Ruhfäutchenplatze.
- V. Aufhebung des Statuts über Errichtung einer Gewerbeschule.
- VI. Einrichtung einer Parallelklasse für Mädchen zu der Schule an der Wilhelmsstraße.
- VII. Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Madamentweg und Kreuzstraße.
- VIII. Canalisirung des Okergrabens vom Ruhfäutchenplatze bis zur Stecherstraße.
- IX. Mittheilung des Stadtmagistrats, die Anpflanzung von Bäumen an der Campestraße betr.
- X. Selbstständiger Antrag des Herrn Kiefe, die Errichtung von Apotheken in der Nähe des August-, Stein- und Petrichordistricts betreffend.

Entschuldigt die Herren Hollmann, Wilke und Wolff. — Am Magistrats-tische die Herren Oberbürgermeister Bockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götke, Schöttler, Haake und Metemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung

I. nimmt Herr Lüberßen das Wort, um im Auftrage der Statutencom-mission über den von Herrn Reiche in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag:

die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat erjucken, ihr eine Vorlage zu machen, wonach die von den hiesigen Feldmarks-Interessenschaften an die Wegebaukasse alljährlich zu zahlenden, im Haushaltsplane unter Cap. 3, a in der Einnahme genannter Kasse aufgeführten 4000 M künftig nicht mehr zu zahlen sind,

Bericht zu erstatten.

In dem Statute vom 20. November 1851, die Herstellung und Erhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege betreffend, seien sämtliche Wege behufs Erleichterung und Sicherstellung der Unterhaltung zc. in zwei Klassen eingetheilt, in Communal- und Interessentenwege. Die Instandsetzung und Unterhaltung der Communalwege liege nach Maßgabe der fernerer Bestimmungen des Statuts dem Stadtmagistrate ob, welcher dazu sein Personal umsonst zu Gebote zu stellen habe; die Kosten aber sollen aus der Wegebaukasse bestritten werden. Zu derselben würden vereinnahmt die von Contracten, Testamenten u. s. w. zu zahlenden Abgaben, etwaige Wegegelder und sonstige extraordinäre Einnahmen, z. B. von den gewerblichen Etablissements für besondere Abnutzung der Wege; der noch erforderliche Rest müsse von den sechs Feldmarksinteressenschaften aufgebracht werden.

Die Interessentenwege seien diejenigen, die noch nicht von den städtischen Behörden zu Communalwegen oder Ortsstraßen erhoben seien; die bedarfsmäßige Instandsetzung derselben liege den Interessenschaften allein ob und es sei Sache der betreffenden Verwaltungsdeputationen, die erforderlichen Kosten aufzubringen.

Diese statutarischen Bestimmungen seien in späteren Statuten, z. B. im Stadterweiterungsstatute vom 1. Juli 1870, ferner im Ortsbaustatute von 1883, wiederholt, und zwar sei gerade bei der Berathung des letzteren, also erst vor einigen Jahren, ausdrücklich Werth darauf gelegt, daß jene festgehalten würden.

Auf Grund dieser stadtgesetzlichen Bestimmungen werde alljährlich in dem Stadthaushaltsplane, im Etat der Wegebaukasse, ein von den Interessenschaften zu deckender Posten aufgenommen, der sich auf die Unterhaltung der Communalwege beziehe und seit einer langen Reihe von Jahren auf 4000 M bemessen sei. In einer Bemerkung zum Stadthaushaltsplane für 1884 sei nachgewiesen, daß dieser Betrag ein billiger sei, da die damals 5610 m betragenden Communalwege durchschnittlich reichlich 2 M pro Meter kosteten.

Die Statutencommission sei bei ihren Erwägungen zu folgendem Resultate gekommen:

Die stadtgesetzlichen entsprächen im Wesentlichen den landesgesetzlichen Bestimmungen der Wegeordnung vom Jahre 1871. Den Communalwegen der Stadt seien die Communicationswege der Wegeordnung gleichzuachten. Die Unterhaltungslast der letzteren liege auch wesentlich den Grundbesitzern in den Gemeinden ob,

ebenso wie die Unterhaltung der den Feld- und Wannenwegen gleichzustellenden Interessentenwege. Dieses Princip habe von jeher im Lande Geltung gehabt und entspreche auch richtigen Voraussetzungen. Seit Stiftung der Kreiscommunalfonds im Jahre 1871 sei insofern eine Erleichterung dieser Unterhaltungslast eingetreten, als unter den Zweckbestimmungen jener auch die Erleichterung der Wegebaulast mit aufgeführt sei.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen liege nun eigentlich den Feldmarksinteressenten die Hauptlast bei Unterhaltung der Communalwege auf und der Kreisfonds, oder was in Braunschweig ja im Grunde dasselbe sei, die Stadtcasse, solle nur erleichternd zutreten. In der Praxis habe sich aber ein umgekehrtes Verhältniß entwickelt: der Hauptposten werde aus dem Kreiscommunalfonds bestritten, im Jahre 1886 = 37000 M.; von Contracten, Testamenten u., von den gewerblichen Etablissements würden 19000 M. eingenommen und die Interessenten hätten nur 4000 M. beizutragen.

Der Beitrag der Feldmarksinteressenten sei danach ein verhältnißmäßig sehr geringer und der Größe der Last wenig entsprechender; er betrage für den Einzelnen etwa 2 M. pro ha oder 50 S. pro Morgen. Vom Herrn Antragsteller sei auch anerkannt, daß den Interessenten hieraus eine große Belästigung nicht erwachse, und habe derselbe auch selbst zugestanden, daß es nicht sowohl seine Idee gewesen sei, diese Beitragspflicht als zu drückend von den Interessenten abzuwälzen, sondern die den Interessenten obliegende Unterhaltungspflicht bezüglich der Interessentenwege zu erleichtern, und habe Antragsteller hier am besten anknüpfen zu können geglaubt, weil mit dem Wegfalle der Zahlung des Beitrags für die Communalwege derselbe für die Interessentenwege mit verwandt werden könne. Denn in der Unterhaltung dieser liege nach Ansicht des Antragstellers jetzt eine übermäßige Belastung der Feldmarksinteressentenschaften. Derselbe lege den Hauptnachdruck darauf, daß die Interessentenwege, die sich allmählig zu Straßen entwickelt haben, in übermäßiger, mit dem eigentlichen Zwecke derselben nicht zu vereinbarender Weise vom Publikum abgenutzt würden, wodurch den betreffenden Grundbesitzern eine unverhältnißmäßige Unterhaltungslast aufgebürdet werde. Die Commission wolle dies dahin gestellt sein lassen, halte aber doch dafür, daß die Verhältnisse nicht derart seien, um eine Aenderung des Statuts von 1851 als nothwendig erscheinen zu lassen. Dagegen spreche besonders auch noch, daß die Stadt in Bezug auf die Unterhaltung ihrer Straßen und Wege mit außerordentlich complicirten Verhältnissen zu thun habe, was auch vor einiger Zeit schon bei der Berathung eines Antrags des Herrn Nieß, den Anwohnern die Erhaltung der Fußwege abzunehmen, zur Erörterung gekommen sei; es kommen dabei nicht allein die verschiedenen betreffenden Statute, sondern auch der zwischen Staat und Stadt abgeschlossene bekannte Vertrag und mancherlei Anderes in Betracht. Wenn in dieser Beziehung

etwas geändert werden solle, dann dürfe man nicht einen einzelnen Punkt herausgreifen, sondern es müsse im Großen und Ganzen vorgegangen werden.

Außerdem komme in Betracht, daß wenn wirklich einzelne Interessentenwege durch die Entwicklung des heutigen Verkehrs im allgemeinen Interesse über ihren eigentlichen Zweck hinaus genutzt würden und dadurch die Unterhaltungslast übermäßig erschwerten, die städtischen Behörden nicht unbillig sein und solche Verhältnisse anerkennen würden; sie würden es immer in der Hand haben, derartige Wege zu Ortsstraßen zu erklären und damit die Unterhaltungslast der Stadt aufzubürden, wie das denn ja bereits vielfach geschehen sei und alle Jahre von Neuem geschehe, so daß nach und nach den Uebelsständen, welche der Antragsteller hervor gehoben habe, auf diese Weise abgeholfen werden würde.

Aus allen diesen Gründen halte die Commission nicht für räthlich, dem Antrage stattzugeben; sie halte es auch nicht für angemessen, dem Antrage etwa eine andere Richtung zu geben, sondern sei der Meinung, daß man das Princip des Statuts vom Jahre 1851, namentlich da es, wie gezeigt, in der Praxis sehr milde für die Feldmarks-Interessenschaften gehandhabt werde, aufrecht erhalten und den Betheiligten überlassen müsse, einzelne concrete Uebelsstände durch sachgemäße Anträge bei den städtischen Behörden zu beseitigen.

Die Commission gebe anheim, den Antrag des Herrn Reiche abzulehnen.

Herr Reiche: Bei Formulirung seines Antrags sei er sich sehr wohl bewußt gewesen, daß zur Annahme desselben die Streichung einiger Paragraphen im Statute vom 20. November 1851 nöthig sein würde. Deshalb habe er sich allgemein gehalten und das Weitere einer eventuellen Vorlage überlassen. Es seien ja schon wiederholt, je nach dem Eintritt anderer Verhältnisse, Statutenänderungen vorgenommen worden, und daß die in Rede stehenden Verhältnisse sich wirklich geändert hätten, unterliege gar keinem Zweifel. Beim Inkrafttreten des Statuts waren die jetzigen Interessentenwege Feldwege, die nur von den Anliegern zur Bestellung und Aberntung ihrer Aecker benutzt wurden. Damals brachten die Wege noch aus der Grasnutzung Pacht auf, welche in die Gemeindecasse floss und zu Verwaltungszwecken, Lohnung des Feldhüters u. s. w. benutzt wurden. Heute liege die Sache anders. Sehr viele dieser Wege seien bebaut und von bebauten Flächen könne die Gemeinde keine Steuern mehr erheben, die Einnahmen seien mithin geringer geworden. Die Ausgaben seien dagegen größer geworden, weil die Wege nicht allein von den Anliegern, sondern von der Allgemeinheit benutzt würden. Zu dieser Steuer, die in mehreren Gemeinden pro Hektar 10 M jährlich betrage, komme noch die Grund- und Communalsteuer. Durch die Gemeinde-Steuern würden in einzelnen Fällen 28 % der Pacht absorbiert. Wenn die Bestimmungen auch der Landesgesetzgebung entsprächen, so sei diese doch hauptsächlich für die Landgemeinden zutreffend, wo die Interessentenwege wirklich nur noch Feldwege seien;

in unserer Stadtgemeinde hätten ja diese Wege nicht mehr den Character von Feldwegen, da die Anwohner durch Wagen der verschiedensten Art mit allen ihren Lebensbedürfnissen versehen würden.

So gering sei die Last auch nicht, welche den Interessentenschaften aus der Wegesteuer erwachse, wenn der betreffende Betrag auch für die Stadtcasse gering zu nennen sein würde. Grade durch die Zuwendungen des Kreisfonds sei es derselben ja um so leichter, zu den großen Beträgen noch einen kleinen hinzuzufügen. Für die Stadt sei die Ausgabe nicht groß, für die einzelnen Gemeinden dagegen drückend.

Redner führt nun einige Beispiele über die Ungerechtigkeit und Ungleichmäßigkeit der Steuer an. So habe u. a. der Landes-Deconomie-Director Schwarzenberg Steuern zu zahlen, vom gegenüberliegenden Deite'schen Hause werde dagegen keine Steuer erhoben. Ein innerhalb des Umfluthgrabens Wohnender brauche, wenn er auch Equipagen und Pferde halte und die Interessentenwege fortwährend abnutze, nichts zu bezahlen, wogegen andere außerhalb des Umfluthgrabens Wohnende zur Steuer herangezogen würden, ohne die Wege im Geringsten abzunutzen.

Redner kann seinen Antrag, wenn derselbe auch von der Commission nicht befürwortet sei, nicht zurückziehen. Daß die Angelegenheit öffentlich hier zur Sprache komme, werde den Interessenten, die schon lange über diesen Punkt Versammlungen abgehalten haben, lieb sein.

Manchen kleinen Gärtner, der vielleicht von der Bebauung eines Ackers von zwei Hektar leben müsse, der also 20 M jährlich zu bezahlen habe, treffe die Steuer immerhin hart genug.

Sollte der Antrag abgelehnt werden, so werde er einen anderen einbringen, dahingehend, daß die Stadt die mehr oder weniger bebauten Interessentenwege als Communalwege übernehme und künftig nur ein Unterschied zwischen Communal- und Feldwegen eintrete.

Herr Schwarzenberg: Die Billigkeit des Antrags sei in der Commission insofern nicht verkannt worden, als viele Interessentenwege ganz in denselben Verhältnissen sich befinden wie solche Wege, die schon zu Communalwegen erklärt seien; er erinnere an die Gartenstraße, die Jägerstraße, den Weg nach dem Pawel'schen Holze. Wenn später ein Antrag gestellt werden sollte, solche Straßen, wie die vorgedachten, zu Communalwegen zu erklären, so würden verschiedene Mitglieder der Statutencommission sich für denselben erklären.

Herr Oberbürgermeister Pockels führt zur Aufklärung des Rechts- und Sachverhältnisses aus, daß nach Maßgabe der stadt- und landesgesetzlichen Bestimmungen die Interessentenwegen von denjenigen erhalten werden müßten, die in der Feldmark Grundstücke cultiviren und diese Wege auch wesentlich benutzen. Was die Communal- oder Communicationswege anlange, so müßten die Kosten für deren Er-

haltung im übrigen Herzogthume vom Grundbesitze, unter Concurrenz der bebauten Grundstücke, und zwar seit 1849, bis wohin der Umfang der Grundstücke maßgebend gewesen, bei Zugrundelegung des Reinertrags, aufgebracht werden. Für die Stadt Braunschweig habe bis zum Jahre 1851 die Bestimmung gegolten, daß alle vor den Thoren belegenen Communalwege, die nicht rein Interessentenwege seien, auf Kosten der betreffenden Grundbesitzer, und zwar nach Maßgabe der Größe ihrer vor den Thoren belegenen Grundstücke, erhalten werden müssen. Nach dem Statute von 1851 sei den Interessentenschaften allerdings ein Theil der bisherigen Lasten abgenommen, indem sich die Stadt verpflichtete, die Kosten für das Wegepersonal auf die Stadtcasse oder städtische Wegebaukasse zu übernehmen, wogegen der eigentliche sachliche Aufwand von den Interessentenschaften bezahlt werden mußte. Danach würden also die Interessentenschaften verpflichtet gewesen sein, die sämmtlichen für Erhaltung der städtischen Wege vor den Thoren aufgewandten Kosten zu bestreiten. Verfahren sei indeß folgendermaßen: Seit einer langen Reihe von Jahren seien von Seiten des Magistrats unter Zustimmung der Stadtverordneten durch Genehmigung des Etats 2 Simplen à 25 S , = 50 S , pro Morgen ausgeschrieben worden. Mit diesem Beitrage habe man sich begnügt, obgleich sich alljährlich ein Deficit bei der Wegebaukasse herausgestellt habe. Da dieses Deficit indeß lästig wurde, weil es alle Jahr wiederkehrte, so beschloßen die städtischen Behörden in den 70. Jahren, daß derartige Fehlschüsse der Wegebaukasse ohne Weiteres aus den überschießenden Mitteln der Stadtcasse gedeckt werden sollten. Im Jahre 1880, bei Neuordnung des Finanzhaushalts, sei vom Magistrate die Frage aufgeworfen, ob man nicht nunmehr dieses Verhältniß in der Weise zu ordnen habe, daß der statutarischen Bestimmung gemäß die Interessentenschaften alle Kosten der Wegebauten vor den Thoren zu übernehmen hätten. Es sei aber gleichzeitig vom Magistrate hervorgehoben, daß man mit Rücksicht auf die ohnehin drückende Staatsgrundsteuer das bisherige Verhältniß einstweilen noch fortbestehen lassen möge, indem man sich der Hoffnung hingab, daß einmal durch Erhöhung der mittelbaren Reichseinnahmen die Grundsteuer hier mehr oder weniger aufgehoben werden könnte. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich auch hiermit einverstanden, und so sei denn seit 1880 wieder in der Richtung verfahren, daß die Kosten der Communalwege im Jahresbetrage von 30—45 000 M , welche eigentlich den Interessentenschaften zur Last zu legen gewesen wären, seitens der Stadtcasse übernommen seien, und es liege augenblicklich keine Veranlassung vor, an diesem Verhältnisse etwas zu ändern, um so weniger, als hoffentlich in nicht ferner Zeit die Wegelast der Interessentenschaften sich immer mehr verringern werde.

Leider sei man in den letzteren Jahren mit dem Ausbau des Straßennetzes vor den Thoren zurückgekommen, weil erst die Canalisation abgewartet werden sollte; es seien aber trotzdem im vorigen Jahre 1500 m Interessentenwege zu Ortsstraßen aus-

gebaut, und für das laufende Jahr sei wieder eine gleiche Länge in Aussicht genommen. Die von den einzelnen Interessentenschaften auszubauenden Wegestrecken würden dadurch allmählig immer kleiner und durch die Erklärung von Interessentenwegen zu Ortsstraßen werde auch diejenige Last der Interessentenschaften kleiner, die sie zu Gunsten der Wegebaucasse zu tragen haben. Er gebe zu, daß die Interessenten zum Theil einen, soweit ihre eigene Casse, nicht die Wegebaucasse, in Betracht komme, verhältnißmäßig bedeutenden Aufwand tragen müßten; daran lasse sich aber nichts ändern. Wenn die früheren Ueberschüsse nicht vertheilt, sondern nützlich verwandt wären, dann wären die Interessenten jetzt in der Lage, ihre Lasten erträglicher zu machen.

Wichtig sei, daß einzelne Interessentenschaften im Laufe der Jahre höhere Beiträge zu Interessentenschaftszwecken hätten ausschreiben müssen, als dies früher der Fall gewesen. Redner giebt eine Zusammenstellung derjenigen Aufwendungen, welche die Interessentenschafften für ihre eigenen Zwecke im Jahre 1883 gemacht haben. Die Altwießer Gemeinde habe pro Morgen 1,50 M. ausgeschrieben, wovon nicht ganz $\frac{1}{3}$ zu Wegebauten verausgabt seien; die Feldmark Hagen 1 M., davon $\frac{2}{5}$ zu Wegen; die Neupetritzhorgemeinde 2 M., davon die Hälfte zu Wegen; die Altpetritzhorgemeinde 1,50 M., davon nicht ganz $\frac{1}{6}$ für Wege; die Hohethorgemeinde 1,50 M., davon nicht $\frac{1}{3}$ für Wege; die Wilhelmitzhorgemeinde 1,75 M., davon etwas mehr als $\frac{1}{4}$ zu Wegen. Redner spricht schließlich wiederholt die Hoffnung aus, daß die Zeit nicht fern liegen werde, wo durch den fortgesetzten stadtseitigen Ausbau der Straßen vor den Thoren die Last der Interessenten sich von Jahr zu Jahr verringern und schließlich auf ein Minimum reduciren werde, weshalb er die Annahme des Commissionsantrags anheimgabe.

Herr Reiche: Heute würden viele ländliche Grundstücke nicht mehr cultivirt, wie das früher der Fall gewesen. Im Jahre 1851, beim Inkrafttreten des Gesetzes, habe es noch keine Communalwege gegeben, deshalb seien damals nur verhältnißmäßig geringe Kosten zur Wegebaucasse gezahlt worden. Jetzt bekomme die Stadt aber von diesen Straßen Communalsteuer, die früher nicht erhoben wurde, weil die Straßen noch nicht bebaut waren. Allerdings sei es ein Fehler gewesen, daß man früher die Ueberschüsse vertheilt habe, aber für der Vorfahren Sünden könne Niemand verantwortlich gemacht werden. Jetzt würden die Ueberschüsse nicht mehr vertheilt. Auch seien die Verwaltungs-Deputationen damals mit dem Vertheilen nur dem Beispiele der städtischen Behörden gefolgt, welche auch den städtischen Grundbesitz vertheilt haben; wenn letzteres nicht geschehen wäre, dann würde sich die Stadt heute weit besser stehen.

Herr Schwarzenberg faßt §. 16 des Statuts von 1851 nicht so auf, als ob die Interessenten principiell zur Tragung der Kosten verpflichtet wären,

welche Auffassung von Herrn Oberbürgermeister Pockels nicht als richtig anerkannt wird.

Referent: Wenn den Interessenten durch die mit der jetzigen Entwicklung der Stadt verbundene vermehrte Bebauung der Wege auch wirklich eine etwas größere Last gegen früher erwachse, so dürfe man nicht unbeachtet lassen, daß ihnen auch wieder Vortheile daraus entstanden seien, indem ihre Grundstücke durch die Straßenanlagen einen höheren Werth gewonnen hätten. Er bitte Herrn Reiche, seinen in Aussicht gestellten anderweiten Antrag nicht wieder principiell zu fassen, sondern nur nach und nach concrete Fälle, besonders motivirt, vorzubringen; dann würden die städtischen Behörden die einzelnen Fälle prüfen und event. Unbilligkeiten beseitigen können. Bezüglich der Differenz in der Auffassung des §. 16 stimmt Redner Herrn Oberbürgermeister Pockels bei; auch er glaube, daß die Grundbesitzer principaliter zur Tragung der Kosten verpflichtet seien, da sie ja, abgesehen von gewissen, in die Wegebaucasse fließenden, festen Einnahmen, für den ganzen Rest zu stehen hätten.

Herr Reiche: Die Grundstücke seien allerdings im Werthe gestiegen, sie hätten aber auch durch Bebauung an den Wegen viel Areal verloren, und durch die fortwährenden Parcellirungen würden immer mehr Ländereien der Besteuerung entzogen, da Flächen unter 100 qm nicht in Ansatz gebracht werden dürften. Was Herr Oberbürgermeister Pockels gesagt habe, erkenne Redner als richtig an. Wenn aber die Interessentenschaften die ganze, jetzt von der Stadt zur Wegebaucasse zugeschossene Summe aufbringen müßten, dann würden die Grundstücke sehr entwerthet werden und Niemand mehr Verlangen tragen, ein Grundstück vor den Thoren zu besitzen, was nicht im Interesse der Stadt liege.

Herr Nieß: Nur solche Grundbesitzer hätten von der Werthsteigerung der Grundstücke Vortheile, die schon seit vielen Jahren in deren Besitz seien. Leute, die erst in neuerer Zeit an Grundstücke gekommen, haben auch den jetzigen vollen Werth bezahlen müssen. Die bessere Verwerthung der Grundstücke komme also nicht jedem Grundbesitzer zu Gute.

Herr Riefe, welcher den Antrag freudig begrüßt, empfiehlt den Herren, welche auch Landtagsabgeordnete sind, eine entsprechende Gesetzesänderung herbeizuführen zu suchen.

Nach einem Schlußworte des Herrn Referenten, in welchem sich derselbe zunächst gegen die Ausführungen des Herrn Nieß wendet, und sodann nochmals betont, daß wenn die Sache überhaupt principiell angegriffen werden solle, solches im Großen und Ganzen geschehen müsse, daß ihm aber auch dies nicht einmal nöthig erscheine, weil mit der Entwicklung unserer Stadt über kurz oder lang den Interessenten durch Erklärung zahlreicher Interessentenwege zu Ortsstraßen die Unterhaltungslast werde abgenommen werden,

wird der Antrag des Herrn Reiche abgelehnt.

II. Der Antrag der Herren Natalis, Sievers und Till vom 15. d. Mts.:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Behörden geeignete Schritte zu thun, um möglichst eine Verbesserung des Steigungsverhältnisses der Helmstedterstraße von der Steinthorbrücke bis zur Landstraße herbeizuführen“

ist in der vereinigten Finanz- und Statutencommission berathen.

Herr v. Seckendorff giebt als Referent anheim, den Antrag unter Weglassung der örtlichen Beschränkung „von der Steinthorbrücke bis zur Landstraße“, mit welcher Aenderung sich auch die Antragsteller einverstanden erklärt haben, zu genehmigen.

Es geschieht dies ohne Debatte.

III. Im Auftrage der Statutencommission berichtet sodann Herr Heymann über die Magistratsvorlage vom 13. d. Mts., das Schützenwesen betreffend.

Die Schützengesellschaft hat bei Herzoglicher Kreisdirection um die Erlaubniß nachgesucht, auf dem nördlichen Theile des hinter dem Stadtparke belegenen sog. Franzen'schen Feldes das neue Schützenetablisement zu errichten. Die gedachte Behörde hat eine abschlägige Resolution ertheilt, weil sie der Ansicht ist, daß die Errichtung von Schießständen in jener Gegend nicht ohne Gefahr für das dort verkehrende Publikum sei. Das Garnisoncommando, welches sich gleichfalls in der Sache geäußert hat, findet, soweit militairische Rücksichten in Frage kommen, nichts gegen den Plan zu erinnern. Die Schützengesellschaft hat gegen die Entscheidung der Herzoglichen Kreisdirection Refurs an Herzogliches Staatsministerium verfolgt und hat letzteres den Stadtmagistrat mittelst Rescripts vom 26. Januar d. Js. N. 218 aufgefordert, sich nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung über die in dem genannten Rescripte hervorgehobenen Bedenken und Fragen berichtlich zu äußern. Herzogliches Staatsministerium findet die beabsichtigte Anlage mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und die Stadterweiterung für bedenklich und wirft die Frage auf, ob diese Bedenken einerseits durch die Interessen der an Mitgliederzahl und Bedeutung erheblich herabgesunkenen Schützengesellschaft selbst, und andererseits durch das öffentliche Interesse an dem mit dem Schützenfeste verbundenen Volksfeste aufgewogen werden. Ferner stellt Herzogliches Staatsministerium zur Erwägung, ob zur Beseitigung jeder Bedenken und ohne Schädigung der Interessen der Schützengesellschaft es zulässig erscheine, den Schießplatz weiter ab von der Stadt, für das Volksfest aber einen näher liegenden Platz zu wählen.

Vom Stadtmagistrate zur Aeußerung aufgefordert, hat die Schafferei des Schützenwesens ein ausführliches Schreiben an denselben gerichtet. Das Schreiben legt eingehend den historischen Verlauf des Schützenwesens vom Mittelalter bis auf die neueste Zeit dar, weist auf die geschichtliche Bedeutung des Schützenwesens und

des damit von Alters her verbundenen Volksfestes hin, und betont besonders, daß das Schützenfest frei von politischen und socialen Tendenzen, frei von jedem Unterschiede des Vermögens und Ranges, das einzige, wirklich braunschweigische Volksfest bilde. Die Schafferei macht noch auf die günstige finanzielle Lage der Schützengesellschaft aufmerksam, sucht die gegen die öffentliche Sicherheit vorgebrachten Bedenken zu entkräften, und erklärt schließlich, daß das Schützenfest von dem Volksfest nicht getrennt werden könne, da letzterem ohne das erstere das Rückgrat, der bewegende Nerv fehlen würde.

Der Magistrat ersucht nun die Versammlung, ihm ihre Ansichten und Auffassungen über den in Rede stehenden Gegenstand mitzutheilen.

Nachdem Referent die bezüglichlichen Schriftstücke ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilt hat, führt er weiter aus:

In dem Umstande, daß die Mitgliederzahl der Schützengesellschaft gesunken sei, liege kein Grund, dem jetzigen Schützenwesen jede öffentliche Bedeutung abzusprechen. Dagegen sei nicht zu verkennen, und das gebe auch die Schafferei selbst zu, daß in Folge total veränderter Verhältnisse sich die frühere erhebliche Bedeutung verloren habe. Trotzdem werde man anerkennen müssen, daß der Wegfall des langgewohnten, jährlichen Volksfestes wahrscheinlich von einem großen Theile unserer Bevölkerung übel vermerkt werden würde, und speciell mit Rücksicht hierauf, vielleicht auch aus Rücksichten der Pietät gegen eine wirklich altherwürdige Einrichtung, habe das Schützenwesen in Verbindung mit dem Volksfeste immer noch einen Anspruch auf wohlwollendes Entgegenkommen seitens der Behörden. Doch werde das jetzt noch vorhandene öffentliche Interesse an der fraglichen Einrichtung nicht soweit ausgedehnt werden dürfen, daß den zur Zeit aus öffentlichen Mitteln gebrachten, nicht unbedeutlichen Opfern noch erhebliche Opfer hinzugefügt würden.

Die Frage, ob bei einer Etablierung des Schützenwesens auf der gedachten Stelle Gefahr für das Publicum vorhanden sei, oder ob die vorhandenen Schutzvorrichtungen genügen, werde nicht von der Versammlung zu beantworten sein; das sei lediglich Sache der Techniker.

Wenn in dem betreffenden Ministerialrescripte die Anlage mit Rücksicht auf die Stadterweiterung als möglicherweise bedenklich bezeichnet sei, so könne die Commission diese Rücksicht nicht theilen, weil aller menschlichen Voraussicht nach eine Erweiterung der Stadt an jener Stelle noch viele Jahre unterbleiben werde.

Ein anderer Grund spreche aber gegen das Project, das sei die unmittelbare Nähe des Stadtparks. Durch das häufige Schießen könne nämlich leicht eine Belästigung der Besucher des Parks, namentlich Angehörigen von Kindern, herbeigeführt werden. Außerdem sei auch die Befürchtung nicht ganz ungerechtfertigt, daß bei Gelegenheit des jährlichen Volksfestes eine Beschädigung der Anlagen des Stadtparks nicht zu vermeiden sein werde. Diese Bedenken seien aber nach Ansicht

der Commission nicht so schwerwiegend, als daß man sich ihrethalben unter allen Umständen gegen den Plan aussprechen müsse. Man hätte ganz gern gesehen, daß ein anderer Platz genommen würde, wenn ein solcher aber nicht zu finden sei, so würde man über diese Bedenken wohl hinweggehen können.

Eine räumliche Trennung des Volksfestes vom Schießplatze halte die Commission für unmöglich, weil, wie auch von der Schafferei richtig hervorgehoben sei, alsdann dem Volksfeste der Nerv fehlen und dasselbe über kurz oder lang vollständig in Verfall kommen würde.

Aus diesen Gründen gebe die Commission der Versammlung anheim, ihre Ansichten über diese Angelegenheit folgendermaßen auszusprechen:

- 1) Wenn auch das Schützenwesen in Folge der veränderten Verhältnisse seine frühere Bedeutung zum größten Theile verloren hat, so hat dasselbe, namentlich mit Rücksicht auf das damit verbundene Volksfest, doch noch Anspruch auf ein wohlwollendes Entgegenkommen der Behörden, jedoch würde es nicht gerechtfertigt erscheinen, den bislang bereits aus öffentlichen Mitteln für das Schützenwesen gebrachten Opfern noch erhebliche weitere Opfer hinzuzufügen;
- 2) der Ausführung des in Rede stehenden Projectes stehen aus Rücksichten auf die künftige Stadterweiterung herzuleitende Bedenken nicht entgegen, da das in Aussicht genommene Terrain voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht bebaut werden wird;
- 3) dagegen würde die Verwirklichung des Projectes wegen der unmittelbaren Nähe des Stadtparks mit den städtischen Interessen nicht vollständig harmoniren, jedoch würde solches Bedenken dann fallen gelassen werden können, wenn sich ein anderer geeigneter Platz wirklich nicht auffinden ließe;
- 4) die Trennung des Orts des Volksfestes vom Schießplatze würde sehr wahrscheinlich den völligen Verfall des Ersteren zur Folge haben und daher nicht rathsam erscheinen.

Herr Nieß: Die Schützengesellschaft habe den städtischen Behörden ihr gesamtes Besizthum gegen eine Entschädigung von 90000 M. angeboten und den Magistrat wiederholt ersucht, ihr einen anderen Schützenplatz anzuweisen. Ein größeres Entgegenkommen könne man nicht verlangen. Im Großen und Ganzen sei er mit den wohlwollenden und sachlichen Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden. Die jährlichen stadtseitigen Zuschüsse würden, vielleicht bis auf einen streitigen Posten von 600 M., der Schützengesellschaft nicht entzogen werden können, man möge den Schützenplatz hinverlegen, wohin man wolle. Den gewählten Platz halte er für völlig gefahrlos, und würde es Sache der Techniker sein, die Sicherheitsvorkehrungen zu prüfen. Auch die Militärverwaltung sei ja der An-

sicht, daß von einer Gefahr überhaupt keine Rede sein könne. Das Terrain sei so sehr ansteigend, daß der Schützenwall 24 Fuß tief in die Erde eingearbeitet werden müsse; die Kugel könne überhaupt keinen anderen Weg finden, als in eine Blende oder in einen Scheibenberg. Er bitte den Vorschlägen der Commission zuzustimmen.

Herr Günther ist der Meinung, daß das Volksfest, welches ja nur an dem Tage des sog. Schützenessens, wo auch die bessere Gesellschaft an den Festlichkeiten mit theilnehme, zum wirklichen Volksfeste werde, sehr wohl vom Schützenfeste getrennt werden könne. Die zum Schützenfeste stadtseitig gespendeten Mittel ließen sich weit besser verwenden, indem man ein allgemeines Schulfest veranstaltete. Dann habe man ein wirkliches Volksfest, an welchem sich nicht nur bestimmte Klassen, sondern die gesammte Bevölkerung theilhaben würde. Redner kann die Vorschläge der Commission nicht billigen und giebt anheim, sich überhaupt nicht über die Sache zu äußern.

Herr Reiche hält die Veranstaltung eines allgemeinen Schulfestes, wie es der Herr Vorredner vorschlägt, für unmöglich, weil sich dasselbe nicht so durchführen lasse, wie es im Interesse der Kinder und der Eltern gewünscht werden müsse.

Referent bemerkt Herrn Nieß gegenüber, daß seitens des Garnisoncommandos keine allgemeinen polizeilichen, sondern nur militairische Rücksichten zur Sprache gekommen seien. Was übrigens die gesetzliche Verpflichtung der Stadt zur Zahlung von Beiträgen anlange, so sei solche vielleicht bezüglich des Zuschusses von 462,50 M. nicht aber bezüglich desjenigen von 600 M. vorhanden. Wenn aber auch wirklich alle Beiträge von der Stadt erzwungen werden könnten, so würde das an der Beurtheilung der heutigen Frage nichts ändern.

Herr Nieß: Da das Garnison-Commando keine Bedenken bezüglich des Militairs im Nußberge hege, so brauche man auch nichts für die sich dort aufhaltenden Civilpersonen zu befürchten.

Herr Niese bedauert, daß die Versammlung ihre Zeit so nebensächlichen Dingen opfern müsse. Das Schützenwesen habe keine Bedeutung mehr und sei nicht höher zu stellen wie jedes andere Vergnügen. Die Sache sei vollständig privater Natur und wenn sich Jemand ein Vergnügen verschaffen wolle, dann müsse er das nöthige Geld aus seiner eigenen Tasche bezahlen. Redner vergleicht das Königschießen mit dem Statspiele und die zum Schützenfeste ausziehenden Schützen mit einer Abtheilung zum Baden marschirender Soldaten. Er stimme gegen die Commissionsvorschläge.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um private, sondern um öffentliche Interessen handle. Die Versammlung sei vom Magistrate ersucht, sich über die Angelegenheit gutachtlich zu äußern, wozu die Stadtverordneten nach Vorschrift der Städteordnung verpflichtet seien.

Herr Rieke wirft die Frage auf, ob durch das Schießen die Vögel im Stadtpark nicht verschreckt werden,

worauf Herr Reiche bemerkt, daß dies nicht der Fall sein werde, da die Vögel sich, wie man im Rußberge beobachten könne, an das Schießen so gut gewöhnten, wie an jedes andere Geräusch.

Herr Günther kann der Ansicht des Herrn Referenten, daß ein großer Theil der Bevölkerung durch Aufhebung des Volksfestes unangenehm berührt werden würde, nicht beistimmen. Selbst die auf der Wäsch ausstehenden Händler, Bierverkäufer u. würden nur wenig davon betroffen werden, denn die Leute verdienen ja nichts, weil es an den Wochentagen bekanntlich fast immer regne.

Herr Rief glaubt im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn er auf die Ausführungen der Herren Rieke und Günther nicht weiter eingehe. Die Art und Weise, wie diese Herren sich in der Sache geäußert, könne derselben nur zur Empfehlung dienen.

Die Versammlung beschließt darauf, sich mit den Commissionärvorschlägen einverstanden zu erklären.

IV. Zufolge Magistratschreibens vom 9. d. Mts., über welches namens der Baucommission Herr Reuter referirt, hat das Consortium der Caspari-Straßenanlage sich bereit erklärt, die fünf am Rußäutchenplage sub Nris. ass. 2821, 2820, 2819, 2817/18 und 2816 belegenen Häuser behufs Errichtung von Neubauten an deren Stelle käuflich zu erwerben, wenn die Stadt zu den Kosten des Ankaufs eine Beihilfe von 20 165 M leistet, oder an Stelle der für diesen Theil des Platzes bereits festgestellten Baulinie eine anderweite, auf dem vorliegenden Situationsplane mit a. b. c. d. e. f. bezeichnete Baulinie beschließt und das hinter der letzteren belegene Terrain dem Consortium unentgeltlich zu Eigenthum überweist. Der Magistrat giebt im Einverständnisse des Stadtbauamtes der zweiten Alternative der Proposition den Vorzug und ersucht die Versammlung

- 1) sich mit der Wiederaufhebung der früher festgestellten Baulinie einverstanden zu erklären,
- 2) die Baulinie a. b. c. d. e. f. zu genehmigen, und
- 3) sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Consortium das hinter der neuen Baulinie belegene Straßenterrain unter der Bedingung unentgeltlich überlassen werde, daß dasselbe die gedachten Häuser käuflich erwirbt, durch Abbruch beseitigt und für eine vom Stadtbauamte zu genehmigende Bebauung des gewonnenen Bauterrains binnen längstens 3 Jahren Sorge trägt.

Die Baucommission befürwortet diese Anträge.

Dieselben gelangen ohne Debatte zur Annahme.

Sodann

V. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Krahe für die Baucommission erstatteten Referats, den unterm 12. d. Mts. vom Magistrate überreichten Statutenentwurf, die Aufhebung des Statuts vom 23. October 1870 über die Einrichtung einer Gewerbeschule in der Stadt Braunschweig betreffend, zu genehmigen.

VI. Wie Herr Schwarzenberg im Auftrage der Schulcommission vorträgt, ist es zur Vermeidung einer Ueberfüllung der ersten Mädchenklassen in den mittleren Bürgerschulen an der Wilhelms- und Ottmerstraße nöthig, die im Organisationsplane der Schule an der Wilhelmsstraße zur ersten Mädchenklasse für Ostern 1888 vorgesehene Parallellasse schon jetzt einzurichten. Zur Besoldung der erforderlichen Lehrkräfte im laufenden Jahre müssen 672 M disponibel gemacht werden, weshalb der Magistrat unterm 13. d. Mts. um die Ermächtigung bittet, diesen Betrag dem Dispositionsfonds zur Besoldung der Inhaber neuer Lehrerstellen im Etat der Bürgerschulcasse (I cap. 1 sub lit. i) zu entnehmen.

Auch dieser Antrag, von der Commission empfohlen, wird ohne Weiteres genehmigt.

VII. Ueber die Magistratevorlage vom 15. d. Mts., die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen dem Madamenwege und der Kreuzstraße betreffend, referirt Herr Nieß im Namen der Baucommission.

Zur Herrichtung dieser im Ortsbauplane bereits vorgesehenen, etwa 125 m langen und 14 m breiten Verbindungsstraße hat der Magistrat unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten und des Herzoglichen Staatsministeriums von dem Postsecretair a. D. Preen das erforderliche Terrain von pptr. 17,50 a zum Preise von 1,50 M = 2625 M angekauft, auch die Verpflichtung übernommen, für die auf dem fraglichen Terrain befindlichen Bäume, Gesträucher u. eine Entschädigung von 150 M zu zahlen. Die Verwaltungsdeputation der Feldmarksgesellschaft Hohethor hat sich bereit erklärt, zur Anlage der fraglichen Straße 500 M zu verwilligen, der Magistrat ersucht indeß diese Offerte abzulehnen und den Ankauf des gedachten Terrains für 2775 M zu genehmigen.

Die Baucommission, welche die Vorlage geprüft hat, giebt die Genehmigung der Anträge anheim.

Dieselbe wird ohne Debatte ausgesprochen.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung, den Erlaß eines förmlichen Statuts wegen Erweiterung des Baugrundes betreffend, gelangt heute nicht zur Berathung, weil derselbe noch verschiedener Aufklärungen bedarf.

VIII. Die städtische Bauverwaltung hat unterm 8. d. Mts. an den Stadtmagistrat berichtet, daß bei Canalisirung des Okergrabens vom Ruhfäntchenplatze bis zur Stecherstraße eine noch nicht genau zu bestimmende Ueberschreitung eintreten werde. Nach näherer Untersuchung des Untergrundes habe sich ergeben, daß die vorgesehene Betonsohlenstärke des Canals ungenügend erscheine, und die Canalprofile breiter sein müßten, als angenommen war. Der Magistrat theilt diesen Bericht der Versammlung unterm 15. v. Mts. zur Kenntnißnahme kurzer Hand mit.

Nachdem Herr Siebers als Referent der Finanzcommissiön den Inhalt des gedachten Berichts vorgetragen hat, wird dieser Gegenstand als erledigt betrachtet.

IX. führt Herr Bürgermeister Rittmeyer in Beantwortung einer von Herrn Bösekrug in voriger Sitzung gestellten Anfrage aus, daß die städtische Bauverwaltung die allerdings im Voranschlage vorgesehene Anpflanzung von Bäumen an der Nordseite der Campestraße einstweilen noch unterlassen habe, weil sie der Meinung sei, daß die städtischen Behörden sich noch entschließen würden, die Vorgärten auf der gedachten Seite der Straße zu erwerben, und es in diesem Falle unthunlich sein würde, die Bäume schon jetzt einzupflanzen, weil dieselben alsdann später wieder umgepflanzt werden müßten. Sollte es indeß zum Anlauf der Vorgärten nicht kommen, so werde Sorge getragen werden, daß die Bäume im nächsten Herbst gepflanzt werden.

Schließlich

X. liegt ein selbstständiger Antrag des Herrn Kiefe vor:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle in Anbetracht der stetigen Zunahme der Bevölkerung beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich mit der Errichtung je einer Apotheke in der Nähe des August-, Stein- und Petrithors einverstanden zu erklären und die nöthigen Schritte dieserhalb zu thun.

Antragsteller führt dazu motivirend aus, daß seit der Zeit, wo die Vermehrung der Apotheken hier in der Versammlung zur Sprache gekommen, die Bevölkerung sich wiederum erheblich vermehrt und die Stadt bedeutend ausgedehnt habe, so daß es wohl der Mühe werth sei, nochmals zu erwägen, ob nicht endlich Wandel in der Apothekenfrage geschafft werden könne. Wenn in allen Gewerbebetrieben Concurrenz zugelassen werde, dann sehe er nicht ein, daß nur das Schornsteinseger- und Apothekergewerbe durch Privilegien davon ausgeschlossen sein sollen. Es sei auch

zu berücksichtigen, daß viele junge Leute im Apothekergewerbe gern selbstständig werden möchten, was ihnen aber durch die maßgebenden, eigenthümlichen Verhältnisse gänzlich abgeschnitten sei. Er sei fest überzeugt, daß die Versammlung, wenn sie nur ernstlich wolle, im Verein mit dem Stadtmagistrate in dieser Richtung Wandel schaffen könne.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen,

die Sitzung darauf geschlossen.

Zur Entgegennahme einiger vertraulicher Mittheilungen bleiben die Anwesenden noch kurze Zeit beisammen.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 1. Juni 1886.

Öffentlich:

- I. Antrag des Herrn Rieke, die Errichtung neuer Apotheken betr.
- II. Erlaß eines Statuts über Erweiterung des Baugrundes.
- III. Ausführung der Verbindungsstraße zwischen Leonhard- und Körnerstraße.
- IV. Abbruch und Neubau eines Schornsteins am städtischen Gaswerke.
- V. Reparaturen des Gaswerks.
- VI. Erziehung zu enger Gasrohre durch weitere.
- VII. Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße.
- VIII. Fernere Instandsetzung der Hujarenstraße.
- IX. Reparatur in der Eisenbüttler Mühle.
- X. Contract mit den Bündiger'schen Eheleuten wegen Sicherung von Legaten.
- XI. Feststellung einer Baulinie an der Ecke der Peterfilien- und Gildenstraße.
- XII. Einrichtung einer Mädchenklasse zur 1. unteren Bürgerschule und Annahme einer Lehrerin.
- XIII. Ortschaftsplan für den Mittelweg.
- XIV. Abänderung des Regulativs der Gewerbeschule, Anstellung des Baumeisters Leigen und Wahl von 2 Stadtverordneten in den Schulvorstand.
- XV. Erwerb von Straßenterrain in der Cammannstraße.
- XVI. Erwerb von Straßenterrain in der Kannengießerstraße.
- XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn v. Seckendorff, die Beseitigung der Augustthorbarriere und Verbreiterung der Augustthorbrücke betreffend.
- XVIII. Anfrage des Herrn Rieke an den Stadtmagistrat, die Verlängerung von Baucontracten im Falle eines Streiks der Bauarbeiter betreffend.

Vertraulich:

Bescheidung des Städtetages.
Erlaßgesuche, Testamentabgaben betr.
Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Vollmann, Gehmann, Natalis und Nieß. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Grote und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung werden die Protokolle *N* 4 vom 15. April und *N* 5 vom 22. April c. zur Genehmigung verstellt, welche ausgesprochen wird, nachdem von betreffender Seite darauf aufmerksam gemacht ist, daß es, wie auch seitens der Versammlung als richtig anerkannt wird, auf S. 70 Z. 7 v. o. nicht 67 qm sondern 63 qm heißen und auf S. 89 unter IV nicht Herr Reuter, sondern Herr Krahe als Referent aufgeführt werden müsse.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Johann Herr Schwarzenberg im Auftrage der Statutencommission über den von Herrn Rieke in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag, die Errichtung je einer Apotheke in der Nähe des August-, Stein- und Petrithors betreffend.

Nachdem Referent dessen Begründung aus dem Sitzungsprotokolle verlesen und zu dem Antrage selbst bemerkt hat, daß derselbe in der Form, wie er gestellt sei, nicht angenommen werden könne, weil er so mit den gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruche stehe, daß aber die Commission, um auf den Kern der Sache zu gehen, nicht dessen Ablehnung, sondern eine Aenderung der Fassung desselben vorschlagen werde, welche von Herrn Rieke, wenn derselbe in der Commissionsitzung zugegen gewesen wäre, jedenfalls auch gebilligt worden wäre, führt er weiter Folgendes aus:

Was zunächst die Rechtsverhältnisse anlange, so sei unterm 30. April 1772 vom Herzog Karl den in Braunschweig vorhandenen 4 Apotheken das Privilegium ertheilt worden, daß außer diesen Apotheken sonst keine hier gebuldet werden solle. Dieses Privilegium sei durch das Gesetz vom 3. August 1864, die Aufhebung der Verbiethungsrechte betreffend, mit dem 1. Januar 1865 aufgehoben. Dafür sei im Entschädigungsgesetze vom 3. August 1864 die Bestimmung getroffen, daß im Falle neue Apotheken zugelassen würden, die Inhaber der 4 vorhandenen Apotheken aus der Staatscasse entschädigt werden sollen.

Die Höhe dieser Entschädigung sei für jede der 4 berechtigten Apotheken auf 22300 M = 66900 M festgestellt und zwar dergestalt, daß bei jedem Hinzukommen einer neuen Apotheke $\frac{1}{4}$ jener Entschädigung, also 16725 M , binnen 6 Monaten nach Errichtung derselben an jede Apotheke gezahlt werden müsse. Erst bei Errichtung der 9. Apotheke höre diese Entschädigungszahlung auf. Dem Gesetze nach könnten die betreffenden Gemeinden oder die um die Concession Nachsuchenden her-

angezogen werden, zu der Entschädigungssumme einen Beitrag in Jahresleistungen zu zahlen, der indeß die Hälfte derselben nicht übersteigen dürfe.

Nach §. 71 des Medicinalgesetzes vom 25. October 1865 solle die Ertheilung einer neuen Concession stattfinden, wenn das Bedürfniß zur Anlage einer neuen Apotheke vorliege, oder wenn die Concession zum Betriebe einer schon bestehenden Apotheke erledigt sei.

Die Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (neue Redaction vom 1. Juli 1883) finde auf die Errichtung und Verlegung von Apotheken keine Anwendung.

Im Jahre 1877 sei vom Reichskanzleramt eine reichsgerichtliche Regelung des Apothekenwesens angeregt worden; ein von demselben in Vorschlag gebrachtes Apothekengesetz, welches u. a. die Bestimmung enthielt, daß bei je 10000 Einwohnern jedesmal ohne Weiteres eine neue Apotheke zugelassen werden sollte, sei indeß nicht in Kraft getreten.

Die Frage über die Vermehrung der Apotheken in hiesiger Stadt sei zunächst vom Petritthordistrictsverein angeregt; derselbe habe unterm 7. April 1879 beim Stadtmagistrate beantragt, daß in der Nähe des Petritthors eine neue Apotheke errichtet werde. Der ärztliche Verein, an welchen sich der Magistrat dieserhalb gewandt, habe sich dahin ausgesprochen, daß die Errichtung einer Apotheke in der Nähe des Petritthors im Interesse einer möglichst prompten Arzneibeschaffung höchst wünschenswerth sei, während die Herzogliche Polizeidirection sich gegen die Vermehrung der Apotheken erklärt habe, weil dieselben außerhalb der Thore keine Lebensfähigkeit, innerhalb der Thore aber so wenig Nutzen hätten, daß diejer zu den Kosten, welche deren Zulassung veranlasse, nicht im Verhältnisse stehe. Der Gesundheitsrath habe verschiedene Vota in der Sache abgegeben, die Mehrzahl der Mitglieder habe aber ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Zahl der Apotheken abnorm gering und eine Vermehrung derselben schon deshalb wünschenswerth sei, weil nach den im Jahre 1876 seitens des Reichskanzleramts vorgenommenen statistischen Ermittlungen in Deutschland bei Städten über 50000 Einwohnern schon auf je 9966 Seelen eine Apotheke komme.

Nachdem auch der Bürgerverein unterm 24. Mai 1880 die Errichtung zweier Apotheken beantragt hatte, sei laut Protokolls vom 26. August 1880 von den Stadtverordneten beschlossen worden, den Stadtmagistrat zu ersuchen, auf Grund der bevorstehenden Volkszählung genaue Ermittlungen über die Einwohnerzahl der einzelnen Thordistricte vorzunehmen und die Resultate der Versammlung mitzutheilen.

Der Stadtmagistrat habe diesem Ersuchen entsprochen und so sei die Angelegenheit in der Sitzung vom 3. Februar 1881 wieder zur Sprache gekommen.

Es wurde damals

in Erwägung, daß

die Bevölkerung der Stadt Braunschweig, welche ohnehin einen im Verhältnisse zur Seelenzahl großen räumlichen Umfang einnimmt, nach der letzten Volkszählung auf 72 573 Einwohner (excl. der Militärpersonen) gestiegen ist, wovon 25 626 Einwohner außerhalb der Umfluthgräben wohnen:

daß nach den in der Vorlage des Reichskanzlers an den Bundesrath vom 28. Mai 1877, die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens betreffend, enthaltenen statistischen Ermittlungen im Jahre 1876 bei Städten über 50 000 Einwohner im deutschen Reiche durchschnittlich auf 9966 Einwohner eine Apotheke vorhanden ist:

in fernerer Erwägung

daß bei dem durch die Volkszählung constatirten Wachsthum der Stadt der Zeitpunkt als gekommen zu erachten ist, zu welchem im Interesse der Erhaltung des unentbehrlichen Maaßes von Concurrenz die Vermehrung der Apotheken um zunächst eine geboten erscheint:

sowie daß die Rücksichten auf die Ausdehnung der Stadt außerhalb der Umfluthgräben für die Anlage einer neuen Apotheke in der Nähe des Steinthors sprechen:

beschlossen, sich dahin gutachtlich zu erklären:

daß das Bedürfniß der Anlage zweier neuer Apotheken, welche in der Nähe des Steinthors bezw. des Petriethors anzulegen sein würden, als vorhanden anzuerkennen sei.

Dieser Beschluß habe den Magistrat veranlaßt, bei Herzoglichem Ober-Sanitäts-Collegium die Errichtung zweier Apotheken zu beantragen, worauf letztgedachte Behörde um Mittheilung darüber ersucht habe, ob die städtischen Behörden event. bereit sein würden, den durch §. 17 des Entschädigungsgesetzes für aufgehobene Verbotungsrechte vom 3. August 1864 vorgesehenen Beitrag zu der zu zahlenden Entschädigungssumme zu leisten, falls es sich herausstellen sollte, daß die Zulassung zweier neuer Apotheken wesentlich aus lokalen Rücksichten als nothwendig erachtet werden müßte.

In der Sitzung vom 16. Juni 1881 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat anheimzugeben, eine Erklärung über etwaige Beiträge zur gedachten Entschädigung für jetzt abzulehnen und das Herzogliche Ober-Sanitäts-Collegium zu ersuchen, dem Herzoglichen Staatsministerium die Zulassung zweier neuer Apotheken anheimzugeben.

In dem hierauf erfolgten Ministerialrescripte vom 6. Juli 1882 (welches vom Herrn Referenten verlesen wird) wurde dieser Antrag abgelehnt. Es wird darin

Folgendes hervorgehoben: Eine Uebereinstimmung der Ansichten über die Frage, ob die Anlage und Zulassung neuer Apotheken in hiesiger Stadt als ein Bedürfniß anzusehen sei, sei bislang nicht erzielt worden. Die für die Bejahung der Bedürfnißfrage in der Stadtverordnetenversammlung hervorgehobenen Gründe reducirten sich wesentlich darauf, daß nach statistischen Ermittlungen in Deutschland bei Städten über 50 000 Seelen bereits auf 9966 Einwohner eine Apotheke vorhanden sei, daß in der Stadt Braunschweig aber nach der Volkszählung vom 1. December 1880 erst auf 18 143 Einwohner eine Apotheke entfalle, und daß deshalb mit Rücksicht auf die Außenwohner und der nöthigen Concurrenz halber eine Vermehrung der Apotheken als Bedürfniß anzusehen sei. Ein solcher Vergleich mit anderen Städten sei aber nicht zutreffend, weil die Eigenthümlichkeit der in hiesiger Stadt bezüglich der Apotheken obwaltenden Verhältnisse ganz außer Betracht gelassen sei. Hier komme es nicht, wie bei anderen Städten, darauf an, bis zu welcher Zahl die Apotheken vermehrt werden können, damit dieselben im Interesse des arzneibedürftigen Publikums existenzfähig bleiben, sondern darauf, bis zu welcher Zahl die schon vorhandenen Apotheken vermehrt werden müssen, um den Anforderungen des Publikums in ausreichendem Maße zu entsprechen. Es fehle aber an einem Nachweis, daß die vorhandenen vier Apotheken den Bedürfnissen des Publikums weder hinsichtlich der raschen und prompten Abfertigung noch hinsichtlich der Qualität der gelieferten Arzneien und Waaren zu entsprechen vermöchten. Für die Innenwohner könne eine Abkürzung der Wege nicht in Frage kommen, für die Außenwohner seien aber in dieser Beziehung neue Apotheken, die doch zur Erlangung der Existenzfähigkeit nicht außerhalb sondern innerhalb der Stadt angelegt werden müßten, ohne wesentliche Bedeutung, weil es sich dabei nur um eine geringe Abkürzung des Weges nach der neuen Apotheke und zwar nur für einen Theil der Außenwohner handle. Herzogliches Staatsministerium könne deshalb ein Bedürfniß zur Anlegung zweier Apotheken nicht anerkennen und müsse den Antrag des Magistrats umsomehr ablehnen, als der Herzoglichen Landesregierung die zur Entschädigung der vier alten Apotheken erforderlichen Mittel zur Zeit nicht zu Gebote ständen und die städtischen Behörden der Frage, ob sie den gesetzlichen Beitrag zu dieser Entschädigung leisten wollen, noch nicht näher getreten seien.

Im Schreiben des Magistrats vom 25. Februar 1881 werde bemerkt, daß sich bereits Verschiedene um die Concession beworben und unter der Hand auch bereit erklärt hätten, event. einen Theil der den vorhandenen Apotheken zu zahlenden Entschädigung aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Was nun den Antrag des Herrn Niese anlange, so sei in demselben auf den wiederum eingetretenen Zuwachs der Bevölkerung hingewiesen. Referent giebt hier eine Uebersicht über den Bestand der Bevölkerung in den verschiedenen Thordistricten nach den beiden letzten Volkszählungen.

Es sind danach vorhanden gewesen an Einwohnern

	1 8 8 5		1 8 8 0	
	Innenstadt	Außenstadt	Innenstadt	Außenstadt
Augustthordistrict	8994	5389	8049	4254
Steinthordistrict	8082	7254	7192	6208
Wendenthordistrict	9660	5251	8392	4607
Petriithordistrict	9418	1676	8585	1219
Hohethordistrict	8460	5580	7035	4753
Wilhelmithordistrict	8138	5605	7694	4585
zusammen =	52752	30755	46947	25626
	83507		72573	

Within sind hinzugekommen:

	Innenstadt	Außenstadt
Augustthordistrict	945	1135
Steinthordistrict	890	1046
Wendenthordistrict	1268	644
Petriithordistrict	833	457
Hohethordistrict	1425	827
Wilhelmithordistrict	444	1020
zusammen =	5805	5129
	10934	

Der im Jahre 1885 ermittelten Bevölkerungszahl von 83 507 ist noch das Militäretablissement mit 1667 Personen hinzuzurechnen, wonach sich eine Gesamtbevölkerung von 85 174 ergibt. Es entfallen also jetzt 2 129 3 Einwohner auf eine Apotheke.

Die Statutencommission beantragt (statt des Antrags des Herrn Riefe) zu beschließen:

in Anbetracht der stetigen Zunahme der Bevölkerung hiesiger Stadt und mit Bezug auf die im Gutachten vom 3. Februar 1881 hervorgehobenen Gründe, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei dem Herzoglichen Staatsministerium wiederholt zu beantragen,

daß die Errichtung von 2 bis 3 neuen Apotheken hieselbst (insbesondere in der Nähe des Stein- und Petrithors beziehungsweise in der vor denselben belegenen Außenstadt) zugelassen und genehmigt werde.

Die Motive hierzu seien folgende: Seit dem Jahre 1865, wo die Verbiethungsrechte aufgehoben seien, habe sich die Bevölkerung der Stadt Braunschweig bis 1880 um 20 000, bis 1885 um 30 000 Seelen vermehrt. Daß neue Apotheken

außerhalb der Umfluthgräben nicht existenzfähig seien, wie von Herzoglicher Polizeidirection behauptet worden, sei nicht entschieden. Wenn einmal das Princip der Gewerbefreiheit als richtig anerkannt sei, dann müsse es auch durchgeführt werden. Dafür, daß die vorhandenen Apotheken zur schnellen und prompten Beschaffung der Arzneien nicht genügen, könne ein bestimmter Nachweis nicht gefordert werden, wenn es auch an einzelnen Beispielen in dieser Beziehung nicht fehle. Der Nachweis sei schon dadurch erbracht, daß der ärztliche Verein die Anlegung einer Apotheke in der Nähe des Petrithors im Interesse der prompten Arzneibeschaffung für sehr wünschenswerth halte und daß der Bürgerverein und Petrithordistrictverein den Wunsch nach Vermehrung der Apotheken haben laut werden lassen, wozu die Veranlassung nur darin gefunden werden könne, daß nach der Erfahrung und Ueberzeugung eines größeren Theils der Bevölkerung die vorhandene Zahl derselben dem Bedürfnisse nicht genüge.

Herr Reuter: Wenn man sich einmal für die Vermehrung der Apotheken aussprechen wolle, dann müsse man auch die Zukunft ins Auge fassen. Die Verhältnisse hätten sich hier bezüglich der Bevölkerungszunahme außerordentlich consolidirt, so daß dieselbe in den letzten 10 Jahren eine fast ganz gleiche gewesen sei. Die Zunahme sei außerdem eine sehr erhebliche, indem sie in dem gedachten Zeitraume 30 % betragen habe; selbst die Bevölkerung der Reichshauptstadt, welche bekanntlich von sämmtlichen deutschen Städten die größte Zunahme aufweise, habe sich in jener Zeit nur um 36 % vermehrt. Es sei also mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß Braunschweig im Jahre 1891 = 100 000, im Jahre 1895 aber schon 108 000 Einwohner haben werde. Er glaube sogar ganz fest, daß die Zunahme in den nächsten 5 Jahren eine noch größere werden werde. Wenn er nun auch nicht grade für eine bedeutende Vermehrung der Apotheken schwärme, indem er eine Concurrenz nach dieser Richtung hin nicht für gedeihlich und zweckmäßig halte, so sei er doch auch wiederum der Ansicht, daß solchen Verhältnissen gegenüber etwas geschehen müsse, und er halte die Anlegung einer Apotheke auch vor dem Steintore für außerordentlich wünschenswerth, da dieselbe dort ein Abjatzgebiet mit etwa 16 000 Menschen haben würde, die sehr entfernt von einer Apotheke wohnten.

Herr Riese ist mit dem Commissionsantrage einverstanden, wenn derselbe auch nicht dem Wortlaute seines Antrags entspreche. Es komme ihm weniger auf das einzelne Wort an, wenn nur der Zweck erreicht werde.

Herr Reuter: Das sei ganz schön gesagt, es könne der Versammlung aber nicht grade angenehm sein, wenn Herr Riese durch die Art der Motivirung seines Antrags die Meinung im Publikum verbreite, als ob es allein Schuld der Stadtverordneten sei, wenn es unserer Stadt an Apotheken fehle; aus der Motivirung gehe hervor, daß die Versammlung nur zu beschließen brauche, um zum Ziele zu kommen. Ebenso könne es den Mitgliedern, welche sich schon vor Jahren mit der Sache

beschäftigt haben, nicht lieb sein, daß Herr Rieke bei Begründung seines Antrages von den früheren Verhandlungen keine Notiz genommen habe und das Publikum somit die Ansicht gewinnen müsse, als ob erst jetzt die Sache in Anregung gebracht sei und die Versammlung sich bislang noch nicht darum bekümmert habe. Man müsse eine Sache immer so darstellen, wie sie wirklich liege.

Herr Günther hält es für weit richtiger, wenn die Stadt sich ins Mittel lege und die Errichtung einer Apotheke selbst in die Hand nehme.

Herr Rieke erwidert Herrn Reuter, daß es ihm fern gelegen habe, seine Person in den Vordergrund zu bringen; er wüßte nicht, was ihn veranlassen sollte, dem Publikum eine besondere Meinung von sich beizubringen. Es sei ihm allerdings nicht unbekannt, daß Verhandlungen in der vorliegenden Sache bereits stattgefunden; er sehe aber nicht ein, weshalb er specieller Bezug darauf hätte nehmen müssen. Es handle sich für ihn nur darum, daß in der Apothekenfrage Wandel geschaffen werde, und daß dieses nöthig sei, werde jeder zugeben müssen.

Nachdem Herr Reuter noch bemerkt hat, daß das Publikum die Sache nicht anders habe auffassen können, wie es von ihm geschildert sei, wird der Antrag der Commission angenommen.

Danach

II. theilt Herr Reuter im Namen der Statutencommission mit, daß der Magistrat mittelst Schreibens vom 15. April c. einen Statuten-Entwurf, die Erweiterung des städtischen Baugrundes betreffend, zur Genehmigung übersandt habe, daß die Commission denselben nach allen Seiten hin sorgfältig geprüft habe und die Genehmigung empfehlen könne.

Referent verliest die einzelnen Paragraphen des Statuts und die betreffenden Beschreibungen, dabei auf den aushängenden Plan verweisend, worauf dem Magistratsantrage entsprochen wird.

Weiter

III. referirt Herr Reuter namens der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 6. v. Mts., die Herstellung der Verbindungsstraße zwischen der Leonhard- und Körner- resp. Marthastraße betreffend.

Der Ingenieur Richard Wagner aus Gandersheim, zur Zeit hieselbst, beabsichtigt, die gedachte, im Ortsbauplane vorgesehene Verbindungsstraße auf seine Kosten canalisiren, haussiren und mit Gas- und Wasserrohren versehen zu lassen. Der Magistrat hat zur Verwirklichung dieses Projects einen notariellen Vertrag mit Wagner unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten abgeschlossen und ersucht die Versammlung, sich mit der Straßenanlage (wie sie der in Umlauf

gefehte Situationsplan näher ersehen läßt) einverstanden zu erklären und den Vertrag zu genehmigen.

Referent macht die nöthigen Mittheilungen aus dem Vertrage, der dieselben Bestimmungen enthält, wie sie mit anderen Straßenunternehmern in gleichen Verhältnissen getroffen sind, und giebt die Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

Dieselbe erfolgt ohne Weiteres.

Wie

IV. Herr Sievers namens der Finanz-Commission mittheilt, hat sich beim Abreißen des alten Retortenhauses des städtischen Gas- und Wasserwerks herausgestellt, daß die Grundmauern des alten Schornsteins im Laufe der Zeit durch die Hitze größtentheils zerstört sind und nicht mehr genügende Sicherheit für die Stabilität des Schornsteins bieten. Um Unglück durch Einstürzen des Schornsteins zu verhüten, sind sogleich die erforderlichen Erneuerungsarbeiten in Angriff genommen. Der von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hierüber erstattete Bericht ist der Versammlung vom Stadtmagistrate unterm 12. v. Mts. br. m. mit dem Antrage übersandt, den Abbruch des fraglichen Schornsteins und dessen Ersetzung durch einen neuen, vorbehältlich der Prüfung und Feststellung des diesbezüglichen, annoch anzufertigenden Projects und Anschlags zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Commission erklärt sich die Versammlung mit diesem Antrage ohne Debatte einverstanden.

Weiter

V. trägt Herr Sievers für die Finanz-Commission vor, daß auf dem städtischen Gaswerke folgende im Boranschlage nicht berücksichtigte Aufwendungen gemacht werden müssen: 1) für einen Standard-Strubber 9000 M, 2) für einen Exhaustor 3400 M, 3) für Reparatur der Cisterne des zweiten Gasometers 3050 M, 4) für Vorrichtung zur Theerscheidung und Feuerung 3550 M, 5) für Auswechslung der defecten eisernen Wellblechbedachung des Retortenhauses der neuen Fabrik gegen eine neue von verzinktem Eisenblech 3000 M, 6) für eine Ammoniakwasserpumpe mit Transmission 900 M, 7) für Erweiterung und Veränderung der Dienstwohnung des Obergeringieurs Witgau 6000 M, insgesammt 28900 M. Der Magistrat giebt mittelst Marginalschreibens vom 12. v. Mts. anheim, die sub 3 und 5 gedachten Posten mit 6050 M aus dem Erneuerungsfonds, die übrigen Posten mit 22850 M aus dem Reservefonds des Gaswerks zu bewilligen.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

VI. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hat schon Ende 1885 darauf hingewiesen, daß der an vielen Stellen der Stadt ungenügenden Gaszuführung bis auf Weiteres abgeholfen werden könne, wenn das zweite in der Kramerstraße vom Gaswerke bis zur Bergfeldstraße liegende Hauptzuleitungsrohr bis zur Wilhelmithorpromenade verlängert und eine weitere Röhrenleitung von dieser Stelle durch die Wilhelmithorpromenade über die Brücke am Gieseler, am Bahnhofe entlang bis zum Friedrich-Wilhelmsplatze im Anschlusse an das daselbst befindliche Rohr verlegt werde. Es hat sich nun auch im weiteren Verlaufe dieses Winters die Nothwendigkeit dieser Rohrleitung herausgestellt und kann deren Ausföhrung ferner nicht mehr hinausgeschoben werden. Die Kosten dafür belaufen sich auf insgesammt 36200 M.

Ferner ist das in der Wolfenbüttler Straße, auf der Strecke zwischen Leisewitz- und Elmstraße befindliche 352 m lange Rohr gegen ein weiteres auszuwechseln, was 2640 M kosten würde.

Der Magistrat giebt mittelst Marginalschreibens vom 12. v. Mts., über welches gleichfalls Herr Sievers namens der Finanzcommission referirt, anheim, die gedachten Summen von 36200 M und 2640 M aus dem Reservefonds des Gaswerks zu bewilligen.

Auf Befürwortung der Commission wird die Bewilligung ohne Weiteres beschlossen.

VII. Ueber die Magistratsvorlage vom 12. v. Mts., die Canalisirung der Wolfenbüttler Straße betreffend, berichtet Herr von Seckendorff im Auftrage der Finanzcommission.

Die Versammlung hat in der Sitzung am 8. Januar 1882 zur Canalisirung der südöstlichen Außenstadt, sowie der Spielmannsstraße und Schleinitzstraße 277000 M verwilligt. Als später von Herzoglicher Kreisdirection die Erlaubniß zur provisorischen Entwässerung der südöstlichen Außenstadt in den Umfluthgraben ertheilt wurde, erklärte die Versammlung sich am 31. August 1882 damit einverstanden, daß die Canalisirung dieses Stadttheils sofort zur Ausführung gebracht werden solle. Die Entwässerung dieses Stadttheils ist aber unterblieben, weil Herzogliche Kreisdirection die ertheilte Erlaubniß später wieder zurückgezogen hat. Nachdem gedachte Behörde sodann neuerdings die Entwässerung der gesamten Außenstadt genehmigt und die Erlaubniß zur Einrichtung einer Versuchsstation zur Reinigung der Abwässer der südöstlichen Außenstadt ertheilt hat, ist von den Stadtverordneten zur Ausführung der Stadtentwässerung eine Canal-Deputation gebildet, welche nunmehr unter Ueberreichung eines Plans und Kostenanschlags die Bewilligung von 188000 M für die Canalisation der Wolfenbüttler Straße und

Einrichtung der Wasserreinigungsstation auf der Schneckenfertwiese anheimgegeben hat. Der Magistrat beantragt:

unter Aufhebung des die Bewilligung von 277000 M aussprechenden Beschlusses vom 8. Juni 1882

- 1) die zur Canalisirung der Wolfenbüttler Straße mit Einschluß der Kosten der Anlage einer Reinigungsstation auf der Schneckenfertwiese nach Rößner-Rothschem Systeme die Seitens der Deputation angeforderten 188 000 M zu bewilligen und
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß die Deputation zur Ausführung der Canalisation auch der übrigen in dem Beschlusse vom 8. Juni 1882 bezeichneten Straßen insoweit ermächtigt werde, als solche Canalanlagen zu den durch jenen Beschluß bereits festgestellten Preisen, nämlich für insgesammt 172 000 M, auch heute noch ausführbar sein sollten.

Die Mittel zur Bestreitung der sämtlichen Canalbaukosten beabsichtigt der Magistrat einstweilen durch bedarfsmäßige Aufnahme von verzinslichen Vorschüssen bis zum eventuellen Maximalbetrage von 360 000 M zu beschaffen.

Der im Sitzungssaal aushängende Plan läßt das Nähere über die Canalisation ersehen.

Die Finanzcommission giebt anheim, dem Magistratsantrage stattzugeben. Die Angelegenheit lasse sich, fügt Referent hinzu, augenblicklich nicht durch specielle Anschläge begründen, es sei aber wünschenswerth, daß die Anlagen noch im Laufe dieses Sommers ausgeführt würden. Es würde deshalb ganz zweckmäßig sein, wenn der Canalbaudeputation Vollmacht gegeben würde, insoweit die Kostenanschläge nicht überschritten würden, namens der Versammlung ihre Zustimmung zu ertheilen.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilt zur Erläuterung und Begründung der Magistratsanträge Folgendes mit:

Die Canalisation der östlich der Wolfenbüttlerstraße belegenen Straßen, sowie diejenige der Schleinitz- und Spielmannstraße würden nach den vorgenommenen technischen Ermittlungen voraussichtlich keine größere Summe erfordern, als für diesen Zweck von der Versammlung bereits im Jahre 1882 bewilligt worden. Es handle sich also in dieser Beziehung heute nur um eine Wiederholung des schon früher gefaßten Beschlusses. Was dagegen die Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße selbst anlange, so habe sich dieses Project bekanntlich insofern etwas verschoben, als einmal die Abwässer der gedachten und der angrenzenden Straßen nicht, wie ursprünglich angenommen, mittelst Dükers unter der Oker durch nach dem Lessingsplage oder Wendenmühlengraben zu geleitet, sondern außerhalb des Augustthors nach der Schneckenfertwiese geführt werden sollten, und als ferner jetzt, was die Versammlung bereits im Princip genehmigt habe, die Abwässer in der Schnecken-

stertwiese vor der Einleitung in die Oker einem Reinigungsverfahren unterworfen werden sollten. Nun werde die Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße mit Einschluß des Aufwandes für die Reinigungsstation im Ganzen etwa 7000 M mehr kosten als im Jahre 1882 für die Canalisation dieser Straße ohne Rücksicht auf das Reinigungsverfahren mit Ableitung der Abwässer in den Okergraben am Lessingsplatze verwilligt sei. Dagegen werde das jetzige Project in seiner Ausführung bedeutend billiger zu stehen kommen, als eine Canalisation der Wolfenbüttlerstraße mit der Entwässerung nach dem Wendenmühlengraben. Finanziell sei also die heutige Vorlage eine ausnehmend günstige.

Was die Reinigungsstation selbst anlange, so sei eine definitive Anlage projectirt worden. Wenn man es mit Experimenten, mit einem Versuche über ein mehr oder weniger unbekanntes Reinigungsverfahren zu thun hätte, dann wäre es ja besser, diese Versuchstation als eine provisorische, d. h. auf die denkbar einfachste und billigste Weise einzurichten. Da aber der Magistrat und voraussichtlich auch die Versammlung die Ueberzeugung habe, daß die Anwendung des Röckner-Rothenschen Verfahrens ebenso wie in Essen auch hier hochbefriedigende Resultate ergeben werde, so mußte der Magistrat für zweckmäßig erachten, die Anlage sofort als eine definitive projectiren zu lassen. Es entstanden allerdings hierdurch momentan insofern mehr Kosten, als eine definitive Anlage besondere Aufwendungen erfordere. So werde namentlich die Fundamentirung eine theuerere werden, es müsse ein der ganzen landwirthschaftlichen Umgebung anzupassender anständiger Oberbau hergerichtet werden, es sei die Aufstellung eines Reserbeerapparats erforderlich, den man bei einer einfachen Versuchstation nicht nöthig haben würde, und endlich müsse eine definitive Brücke von der Schneckenstertwiese nach dem Wasserwerke angelegt werden. Die Okerüberbrückung, welche im Anschlage mitberücksichtigt worden, sei aus zweifachem Grunde erforderlich, einmal zur Herbeischaffung der zur Anlage erforderlichen Materialien, dann aber auch zur Beseitigung der durch das Verfahren gewonnenen Schlammmassen. Die Beseitigung und Verwerthung der Schlammmassen sei, wie die Versammlung aus dem Berichte der Essener Commission ersehen habe, die einzige schwache Seite des Systems. Es seien wohl keine Schwierigkeiten vorhanden, die Schlammmassen durch Compression oder auf andere Weise so fest und transportfähig zu machen, daß sie ohne besondere Kosten von dort entfernt werden könnten; dagegen stehe mehr oder weniger die Frage offen, welcher Dungwerth in den Schlammmassen stecke, und müßten darüber natürlich erst praktische Erfahrungen gesammelt werden. Nun hatte der Magistrat, veranlaßt durch ein Sachverständigen-Gutachten, in Aussicht genommen, die auf der Versuchstation geförderten Schlammmassen über die gedachte Brücke nach den Wiesen im Gänsewinkel zu verkarren, dort mit einem Zusatze von Erde oder Straßenteufbricht zu Compost zu verarbeiten und mit letzterem in Bezug auf den

Dungwerth Versuche anzustellen. Möglich sei aber auch, und das sei zu hoffen, daß die Landwirthe von vornherein Vertrauen zu den Schlammmassen bekämen, so daß dieselben mit Vortheil ohne Compostirung verkauft werden könnten.

In Bezug auf die Linie, welche die Ableitung von der Wolfenbüttlerstraße nach der Schneckenstertwiese nehmen solle, sei in der Vorlage die Legung eines Ableitungsröhrs durch die Obergstraße und von dort nach Süden durch den unteren Theil des Henneberg'schen Grundstücks mit der Ausmündung auf die Schneckenstertwiese vorgesehen. Sollte aber der Fall eintreten, daß eine von der Wolfenbüttlerstraße direct nach der Schneckenstertwiese führende, das gedachte Grundstück durchschneidende Straße angelegt würde, worüber augenblicklich Ermittlungen stattfinden, dann würde es sich empfehlen, das Ableitungsröhr nicht durch die Obergstraße und in einem Winkel nach der Schneckenstertwiese, sondern direct durch das im Henneberg'schen Grundstück aufzuschließende demnächstige Straßenterrain zu führen. Dadurch würde die Rohrleitung abgekürzt und der Aufwand für diesen Tractus entsprechend ermäßigt werden.

Die Magistratsanträge gelangen darauf zur Annahme.

VIII. Als die Husarenstraße in Stand gesetzt werden sollte, weigerten sich verschiedene Grundbesitzer, das nöthige Terrain zu dem stadtseitig offerirten Preise abzutreten. Daher der Umstand, daß der westliche Theil dieser Straße zu einem Theil nur in der Breite von 9,13 m ausgeführt und nur an der Südseite mit einem Fußwege versehen ist, während der übrige Straßentractus in einer Gesamtbreite von 13,70 ausgeführt und an beiden Seiten mit Fußwegen versehen ist. Gegenwärtig sind nun die betreffenden Grundeigenthümer bereit, das zur Verbreiterung u. der Straße erforderliche Terrain unentgeltlich abzutreten und haben um Instandsetzung der Straße gebeten. Der Magistrat hält in seinem Schreiben vom 4. v. Mts. die Herstellung der Husarenstraße, welche den Hauptzugang zum Stadtparke bildet, für dringend wünschenswerth, weshalb er die Versammlung ersucht, die Instandsetzungskosten zu insgesammt 5400 M aus den betreffenden Fonds zu bewilligen.

Die Baucommission, für welche Herr Reuter referirt, giebt anheim, den Magistratsantrag zu genehmigen, sie behält sich aber vor, bei der Berathung des nächstjährigen Stats auf diese Angelegenheit zurückzukommen und die Frage zur Erwägung zu stellen, ob es nicht zweckmäßig sei, für solche unvorhergesehene Fälle eine Summe zu etatisiren, auf welche event. ohne Weiteres gegriffen werden könne. Die angeforderte Summe von 5400 M könne einstweilen aus der Stadtkasse vorgezogen und so die Angelegenheit erledigt werden.

Den betreffenden Situationsplan läßt Referent circuliren.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pöckels noch bemerkt hat, daß die Kosten unbedenklich dem Stadterweiterungsfonds, dessen Einrichtung als einen mit der

Stadtcasse durch Zuschuß in Verbindung stehenden unselbstständigen Fonds die Versammlung genehmigt habe, entnommen, und einem schon früher gebilligten Verfahren entsprechend einstweilen aus der Stadtcasse vorgeschossen werden könnten,

gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

Wie

IX. Herr Halle namens der Statutencommission vorträgt, hat der Stadtmagistrat die Versammlung mittelst Schreibens vom 13. v. Mts. ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die zu rund 850 M veranschlagten Kosten für Anschaffung eines neuen Wasserrades nebst Welle in der dem Müller Wollschläger verpachteten städtischen Schleifmühle zu Eisenbüttel vom etatmäßigen Unterhaltungsfonds der Eisenbüttler Mühlen bestritten werden, daß dagegen der Pächter diese Kosten mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinse und mit 5% tilge, die Kosten für die Gerinne aber mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinse und mit 2% tilge. Ferner beantragt der Magistrat zu genehmigen, daß diejenigen stadtheitig seiner Zeit von dem Pächter der vormals Löbbecke'schen Mühle übernommenen Inventariengegenstände, welche der jetzige städtische Pächter nicht hat verwenden können, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die Commission giebt anheim, den Magistratsanträgen unter der Voraussetzung stattzugeben, daß bezüglich der gedachten Neuanschaffung eine anderweite Taxation eintreten und solche contractlich nachgetragen werde.

Ohne Debatte wird der Commissionsantrag genehmigt.

Danach

X. nimmt Herr Lüderßen das Wort, um im Auftrage der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 17. v. Mts., die Sicherstellung von Legaten betreffend, zu berichten.

Der am 10. Mai 1859 verstorbene Accise-Inspector Bündiger zu Wolfenbüttel hat für den Fall, daß sein Sohn, der Particulier Friedrich Wilhelm Bündiger, ohne eheliche Descendenz versterben sollte, mehreren hiesigen gemeinnützigen Anstalten, darunter auch die Armenanstalt und das Pflegehaus, Legate im Gesamtbetrage von 5000 M vermacht. Inhalts eines dieserhalb mit Herrn Bündiger und dessen Ehefrau im Jahre 1862 abgeschlossenen Vertrages ist festgestellt worden, daß die gedachte Summe neun Monate, nachdem Bündiger ohne Nachkommen verstorben sein würde, an den Magistrat zur Berichtigung der gedachten Legate gezahlt, der etwa überlebenden Ehefrau aber zeitlebens mit 4% verzinst werden solle. Bündiger, der mit seiner Ehefrau zur Zeit in Fallersleben in kinderloser Ehe lebt, hat sich auf Veranlassung des Stadtmagistrats, der die gedachten Legate sicher zu stellen

wünscht, bereit erklärt, eine ihm an einem Hause in Hannover zustehende mit 4 % verzinsete Hypothek zu 24 000 M schon jetzt unter der Bedingung abzutreten, daß ihm und resp. seiner Ehefrau diese Summe zeitlebens mit 4 % verzinst werde. Dagegen soll der die Summe von 5750 ₰ (750 ₰ sind auch der Armen- und Kleinfinderbewahranstalt in Wolfenbüttel vermacht worden) etwa übersteigende Erlös aus der fraglichen Hypothek sämmtlichen bedachten Anstalten zu gleichen Theilen zufallen. Aus verschiedenen Gründen hält es der Magistrat für empfehlenswerth, auf das Anerbieten Bündigers einzugehen und giebt anheim, ihn zum Abschlusse eines bezüglichen Vertrages zu ermächtigen.

Die Commission ist gleichfalls der Ansicht, daß es sich empfehle, das sehr anständige Anerbieten des Herrn Bündiger anzunehmen. Wenn man auch wirklich riskire, einmal die Zinsen des Hypothekcapitals nicht zu bekommen, so sei letzteres doch auf der anderen Seite von solcher Höhe, daß die Stadt nicht leicht zu Schaden kommen werde und die Legate gedeckt seien. Die Commission gebe deshalb, und weil andere Sicherheit nicht zu haben sei, anheim, den Stadtmagistrat zu autorisiren, auf das Anerbieten einzugehen; sie setze aber voraus, daß, wenn der Magistrat einmal Auslagen an Zinsen machen müsse, diese an dem Capital-Überschusse abgerechnet werden, und daß alsdann nur die von demselben nach Abrechnung der magistratsseitig gemachten Auslagen noch übrigbleibende Summe an die betreffenden Legatare zur Vertheilung komme, auch daß der Stadtmagistrat sich bezüglich der nach Wolfenbüttel fallenden Legate mit dem dortigen Stadtmagistrate verständigen werde.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

XI. wird nach einem von Herrn Lill für die Baucommission erstatteten Berichte beschloffen, die anläßlich der Errichtung eines neuen Wohn- und Wirthschaftsgebäudes seitens des Gastwirths Warnecke auf dessen an der Ecke der Petersilien- und Gildenstraße belegenen Grundstücke vom Stadtmagistrate mittelst Schreibens vom 24. v. Mts. vorgeschlagene, auf dem vom Herrn Referenten in Circulation gesetzten Situationsplane mit b¹ c d d¹ bezeichnete Baulinie zu genehmigen.

XII. Wie Herr Schwarzenberg für die Schulcommission vorträgt, hält der Schulvorstand die Errichtung einer im Catharinen-Schreibschulgebäude unterzubringenden Nebenklasse zur 6. Mädchenklasse der 1. unteren Bürgerschule (Reichenstraße) sowie die Annahme noch einer Lehrkraft für nöthig, und beantragt der Stadtmagistrat unterm 20. v. Mts.

- 1) die Remuneration für eine Lehrerin im Betrage von 562,50 M (für die Zeit vom 15. Mai bis Ende d. J.) aus dem behuf Besoldung der Inhaber von neu geschaffenen Lehrerstellen zur Disposition stehenden Fonds der Bürgerschulcasse,

2) die sachlichen Ausgaben zu 260 M aus den Mehreinnahmen der Bürgerschulcasse und, bei deren etwaiger Unzulänglichkeit, aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse, zu bewilligen.

Der Antrag, von der Commission empfohlen, gelangt ohne Weiteres zur Annahme.

XIII. Mittelft Schreibens vom 21. v. Mts. hat der Magistrat einen die Regulirung des Mittelweges betreffenden Ortsbauplan mit dem Ersuchen vorgelegt, denselben zu genehmigen, insbesondere sich auch damit einverstanden zu erklären, daß auf beiden Seiten der in der Breite von 14 m projectirten Straße 2 m breite Vorgärten bestimmt werden.

Herr Till giebt namens der Baucommission die Genehmigung des Antrags anheim.

Herr Kiefe hält für zweckmäßig, daß bald wieder ein neuer Ortsbauplan angefertigt werde, da an dem jetzigen schon so oft gerüttelt sei, daß er fast gar keine Gültigkeit mehr habe.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

Sodann

XIV. folgt der von Herrn Ramdohr erstattete Bericht der Schulcommission über das Magistrats Schreiben vom 13. v. Mts., die Errichtung einer städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule betreffend.

In Gemäßheit Ministerialrescripts vom 16. April d. J. M. 2187 hat der Magistrat das Regulativ der gedachten Schule verschiedenen Aenderungen unterzogen und die Versammlung ersucht, sich mit denselben einverstanden zu erklären. Ferner giebt der Magistrat anheim, die Anstellung des Baumeisters Leizen, dem bisherigen Vorstande der Zeichenschule des Kunstgewerbevereins, auf Grund des mit demselben abgeschlossenen Dienstvertrags zu genehmigen. Endlich ersucht der Magistrat, in Gemäßheit des §. 6 des Regulativs, die Wahl von zwei Stadtverordneten in den Schulvorstand vorzunehmen.

Referent theilt die vom Herzoglichen Staatsministerium gewünschten Aenderungen des Regulativs, wie sie im Magistrats Schreiben speciell aufgeführt sind, mit, und beantragt alsdann namens der Commission, die Zustimmung zu denselben zu ertheilen.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage.

Sodann verliest Referent den mit dem Baumeister Leizen abgeschlossenen Vertrag und bemerkt, daß die Commission nichts gegen denselben einzuwenden habe,

worauf die Anstellung Leizen's als Director der Schule unter den stipulirten Bedingungen beschloffen wird.

Schließlich werden auf Empfehlung der Commission die Herren Krahe und Lösekrug durch Acclamation in den Schulvorstand gewählt.

XV. Zur Instandsetzung der Cammannstraße, für welche die erforderlichen Kosten in dem Neubau-Stat pro 1886 vorgesehen sind, ist die Abtretung verschiedener Terrainabschnitte von insgesammt 6 a 74 qm erforderlich. Die betreffenden Eigenthümer haben sich zu einer unentgeltlichen Abtretung bereit erklärt, weshalb der Magistrat die Versammlung mittelst Schreibens vom 24. v. Mts. ersucht, zu dem Erwerbe der fraglichen Terrainabschnitte, welche auf dem vorliegenden Situationsplane mit den Buchstaben l m i k, k i h g, g h e f und f e d c umschrieben sind, die Zustimmung zu ertheilen.

Die Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, giebt anheim, dem Magistratsantrage stattzugeben, was ohne Anstand geschieht.

XVI. Zufolge Magistratschreibens vom 25. v. Mts., über welches gleichfalls Herr Krahe namens der Baucommission berichtet, beabsichtigt der Tischlermeister Cassel sein an der Ecke des alten Zeughofes und der Kannengießerstraße belegenes Gebäude (fog. Luntenthurm) abzubrechen und an dessen Stelle einen Neubau zu errichten. Cassel hat sich erboten, bei dieser Gelegenheit 10 qm Terrain von seinem Grundstücke unentgeltlich zur Straße abzutreten unter der Bedingung, daß die Stadt die Kosten der gerichtlichen Verlassung übernimmt. Der Magistrat ersucht die Versammlung, den unentgeltlichen Erwerb der fraglichen, auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b c d e a umschriebenen Parcellen unter der gedachten Bedingung zu genehmigen —

ein Antrag, welchem die Versammlung auf Befürwortung der Commission debattelos entspricht.

Die Tagesordnung ist damit erledigt; es folgt noch

XVII. ein von Herrn von Seckendorff zu Anfang der Sitzung eingebrachter Antrag:

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Baudirection die baldige Beseitigung der Reste der früheren Augustthorbarriere zu erwirken und die Verbreiterung der Okerbrücke am Augustthore zu beantragen.

Antragsteller führt zur Motivirung aus, daß die gedachte Thorbarriere völlig zwecklos und für den namentlich Sonntags ungemein starken Verkehr in dortiger

Gegend höchst störend sei, daß sie auch einen unschönen Anblick gewähre und Gelegenheit zu Verunreinigungen biete. Was die Verbreiterung der Augustthorbrücke anlange, so sei auch diese im hohen Grade wünschenswerth; die Brücke sei in der That für die dortige starke Passage zu eng und scheine auch der Erbauer eine demnächstige Verbreiterung derselben schon von vornherein im Auge gehabt zu haben, indem er ihr eine Construction gegeben habe, die eine Verbreiterung nach beiden Seiten hin ohne Schwierigkeit zulasse.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

Schließlich

XVIII. liegt noch die Anfrage des Herrn Rieke an den Stadtmagistrat vor: Wie stellt sich der Stadtmagistrat zu der von den Baugewerkmeistern beantragten Verlängerung von Baucontracten im Falle eines Strikes?

Herr Oberbürgermeister Bockels erwidert hierauf, daß der Magistrat sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt habe. Einige Baulichkeiten von untergeordneter Bedeutung würden erst ausgeführt werden, wenn der Strike längst zu Ende sei. Für die Stadt komme in Bezug auf die Verlängerung von Baucontracten nur der Central-Friedhof in Betracht. Wenn aber dort die Maurer die Arbeit eine Zeit lang niederlegten, so würden dadurch dem Magistrate gerade keine Verlegenheiten bereitet werden, weil die Fabrik, von welcher das Steinmaterial bisher bezogen sei, sich nicht als leistungsfähig gezeigt habe, und die Firma, mit welcher jetzt über die Lieferung der Steine abgeschlossen sei, dieselben erst am 1. Juli liefern könne. Die Arbeiter müßten also auf 6 Wochen nur so hingehalten werden, und was dann zu thun sei, wisse er noch nicht.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In vertraulicher Sitzung

- 1) wird beschlossen, die Herren Krahe und Lüderßen zu dem am 25. und 26. Juni d. J. in Blankenburg stattfindenden dritten Braunschweigischen Städtetage abzuordnen;
- 2) werden verschiedenen Personen Testamentsabgaben erlassen;
- 3) Erledigung von Steuerreclamationen (Verzeichniß IV von 1885).

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 1. Juli 1886.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn von Seckendorff, die Beseitigung der Thorbarriere am Augustthore und Verbreiterung der Pierbrücke dahielft betreffend.
- II. Aufstellung zweier Bürgerchullehrer.
- III. Reparaturen in der Eisenbüttler Mühle.
- IV. Errichtung eines Monuments für Fräulein Minna Henneberg.
- V. Verwendung der Ueberchüsse aus 1885.
- VI. Pflasterung der Straßen und Plätze im inneren Stadtgebiete.
- VII. Zustandsetzung der Wiesenstraße.
- VIII. Feststellung einer neuen Baulinie für die Sonnenstraße.
- IX. Ankauf von Terrain zur Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße.
- X. Veränderung des Ortsbauplans am Nordbahnhofe.
- XI. Erweiterung des Pferdebahngleises.
- XII. Verkauf des Militäretablissements am Giersberge an den Militairfiscus.

Vertraulich:

- 1) Erlaßgesuche, Abgaben zur Armen- und Wegebetterungscaße und Beiträge zur Straßeninstandsetzung betreffend.
- 2) Pensionirung eines Lehrers.
- 3) Wahl eines Armenpflegers.
- 4) Steuerreclamationen (Verzeichniß I. von 1886).

Unter dem Vorfize des Herrn Oberbürgermeisters Pockels findet zunächst eine **gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten** statt, in welcher die Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworene geeigneten Personen vorgenommen wird.

Gewählt werden durch Acclamation die Herren:

Particulier Otto Tellingmann,
 Provisor Carl Schrader,
 Provisor Heinrich Ahrens,
 Provisor Otto Schrader,
 Commerzienrath Rittmeyer,
 Kaufmann Carl Adolf Müller und
 Particulier Hermann Winter.

Darauf übernimmt der stellvertretende Vorsitzende, Herr Lüderßen, in Abwesenheit des Herrn Semler, den Vorsitz und eröffnet

die Sitzung der Stadtverordneten.

Als entschuldigt gelten die Herren Blasius, Jasper, Meyer, Nieß und Wilke. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Grote.

Zu dem Protokolle Nr. 6, welches zur Genehmigung vorliegt, ist zu bemerken, daß es im Referate des Herrn Schwarzenberg über die Vermehrung der Apotheken S. 96 Z. 17 v. o. nicht „zunächst eine“ sondern „zwei“ heißen muß, und daß in Z. 20 v. o. hinter „Steinthors“ die Worte „der anderen in der Nähe des Petri-thors“ einzuschalten sind.

Im Uebrigen wird das Protokoll genehmigt.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Johann Herr Krahe im Auftrage der Statutencommission über den selbstständigen Antrag des Herrn von Seckendorff:

den Stadtmagistrat zu erjuchen, bei Herzoglicher Baudirection die baldige Beseitigung der Reste der früheren Thorbarriere am Augustthore zu erwirken und ferner die Verbreiterung der Okerbrücke am Augustthore zu beantragen.

Die Commission habe den Antrag geprüft und sei mit 5 gegen 1 Stimme (die des Herrn Referenten) zu dem Beschlusse gelangt, denselben zur Annahme zu empfehlen.

Ohne Debatte wird darauf der Antrag genehmigt.

II. trägt Herr Schwarzenberg für die Schulcommission vor, daß zufolge Magistratschreibens vom 10. v. Mts. bei den hiesigen Bürgerschulen zwei Lehrerstellen neu zu besetzen seien und der Schulvorstand dafür die Lehrer Fricke zu Osterburg und Immiß zu Gr.-Salze in Vorschlag gebracht habe. Dieselben bean-

spruchen ein Anfangsgehalt von 1800 *fl.* bezw. 1500 *fl.* mit der Zusicherung eines Aufrückens in die nächsthöhere Gehaltsklasse zum 1. Januar 1890 bezw. 1. Januar 1888. Dem Antrage des Magistrats, die von den genannten Lehrern gestellten Bedingungen zu genehmigen, schließt sich die Commission an.

Herrn Wolff ist es auffällig, daß zur Wiederbesetzung der vacanten Stellen auswärtige Lehrer und nicht Landeskinder genommen werden, da doch in unserem Herzogthume jährlich eine große Anzahl junger Leute zu Lehrern ausgebildet werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierzu, daß sich nicht solche Landesangehörige gemeldet hätten, die dem Schulvorstande für die heutigen Verhältnisse qualificirt erschienen seien. Der größere Theil der Lehrerschaft sei noch sehr jung, und das sei rücksichtlich der oberen Klassen, welche man gern erfahreneren Lehrern anvertraue, ein Uebelstand. Auch die gedachten Vacanzen wünsche der Schulvorstand nicht durch jüngere Seminaristen, sondern durch länger erprobte Kräfte wieder besetzt zu sehen.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

III. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Halle namens der Statutencommission erstatteten Berichts, die vom Magistrat mittelst Schreibens vom 11. v. Mts. für Reparaturen in der vormals Herrschaftlichen Mühle zu Eisenbüttel angeforderten Kosten im Betrage von 3761,80 *fl.* aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks unter dem Vorbehalte zu bewilligen, daß diese Kosten vom Mühlenpächter Wollschläger vom 1. Juli d. J. an mit jährlich 274,50 *fl.* verzinst bezw. getilgt werden.

Nachdem Herr Semler, welcher inzwischen erschienen ist, den Vorsitz übernommen hat,

IV. referirt Herr Lüderßen namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 8. v. Mts.

Fräulein Minna Henneberg, welche am 8. Mai d. J. verstorben ist, hat — auch im Sinne ihres schon früher verstorbenen Bruders, des Malers Rudolf Henneberg, — die Stadtgemeinde zur Erbin ihres Vermögens mit der Maßgabe eingesetzt, daß letzteres zur Errichtung und Unterhaltung eines Waisenhauses verwandt werden solle. Die Erbschaft beträgt, wenn man das an der Wolfenbüttelstraße Nr. 54 belegene Gartengrundstück, welches auf Wunsch der Erblasserin zur Anlegung einer Straße verwandt werden soll, zu einem Werthe von 100 000 *fl.* annimmt, etwa 255 000 *fl.* Der übrige Theil des im Ganzen 370 000 *fl.* betragenden Nachlasses ist zu verschiedenen größeren Legaten bestimmt. Der Magistrat hat kein Bedenken getragen, die der Stadt angetragene Erbschaft anzutreten und wird das Weitere veranlassen, damit die Stiftung baldthunlichst ins Leben trete. Nach den

von der Erblasserin getroffenen Bestimmungen soll der Vorstand der Anstalt aus einem Juristen, einem Prediger, einem Geschäftsmanne und einer weiblichen Person bestehen, die Oberaufsicht aber vom Magistrate geführt werden. Die Stiftung ist für Kinder weiblichen Geschlechts aus den unbemittelten Volksklassen bestimmt, und sollen, wenn auch die Auswahl unbeschränkt gelassen ist, namentlich Kinder aus der Stadt Braunschweig berücksichtigt werden. Im Uebrigen sollen die Einrichtungen ähnlich getroffen werden wie bei der Lössbecke'schen Anstalt vor dem Petriithore.

Der Magistrat macht der Versammlung von dieser unserer Stadt zu Theil gewordenen, aus wahrer Nächstenliebe hervorgegangenen neuesten Zuwendung Mittheilung; zugleich erachtet es derselbe für eine Ehrenpflicht, daß die Stadtgemeinde ihre Dankbarkeit gegenüber der Entschlafenen in gleicher Weise wie solches schon früher in ähnlichen Fällen geschehen, durch Errichtung eines Denkmals auf dem Grabe derselben, documentire. Das Grab des Bruders der Verstorbenen, neben welchem auch sie ihre letzte Ruhestätte gefunden hat, wird schon von einem Denkmal geziert, und hält der Magistrat die Errichtung eines gleichen Denkmals (aus belgischem Marmor in einem Stück), welches einen Kostenaufwand von 1500 M erfordern würde, für passend; derselbe ersucht die Versammlung, diesen Betrag aus dem Dispositionsfonds zu verwilligen.

Unter dem Ausdrücke der Anerkennung und des Dankes gegenüber der Verstorbenen empfiehlt Referent namens der Commission, dem Magistratsantrage gemäß zu beschließen,
was ohne Debatte geschieht.

Sodann

V. nimmt Herr Wolff das Wort, um im Auftrage der Finanz-Commission über die Magistratsvorlage vom 28. Mai c., die Verwendung der Ueberschüsse vom Jahre 1885 betreffend, zu berichten.

Der ordentliche Stadtcassenetat pro 1885 schloß in Einnahme und Ausgabe mit 1013600 M ab, die Execution desselben hat aber in Einnahme 1182801,¹³ M, in Ausgabe 1041708,⁸² M ergeben, so daß ein Bestand von 141092³¹ M verblieben ist. Von dieser Summe (in welcher übrigens ein aus der Verwaltung der Stadtcasse pro 1884 herrührender Vorrath von 25000 M enthalten ist) sind abzuziehen: der eiserne Betriebsfonds der Stadtcasse mit 69500 M und 52000 M, über welche bereits zu Gunsten des ordentlichen Stadtcassenetats pro 1886 verfügt ist, so daß noch 19592,³¹ M disponibel bleiben.

Der Magistrat beantragt, von diesem verfügbaren Reste

- 1) dem Ordinarium der Stadtcasse pro 1886 zur Verstärkung des daselbst in Cap. IV, 4 mit 1200 M etatificirten Fonds für Unterhaltung und

Vermehrung der Sammlung des städtischen Museums die Beträge von 1382 M + 2000 M = 3382 M zu überweisen;

- 2) zur Errichtung eines Standbildes des Reformators Dr. Johannes Bugenhagen die Summe von 10 000 M mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die bestimmungsmäßige Verwendung dieser, einstweilen der Verwaltung des Kirchen-Cassen-Collegiums zu unterstellenden Summe durch den Stadtmagistrat genau zu überwachen sei;
- 3) den Restbetrag von 6210,31 M zur Verstärkung desjenigen Vorrathsvermögens zu verwenden, welches durch Beschluß der Stadtverordneten vom 2. Juli v. Js. mit 25208,41 M zur parkartigen Instandsetzung der Wiesen im Gänsewinkel nach Maßgabe eines mit der Versammlung an- noch zu vereinbarenden Planes zurückgestellt worden ist.

Referent führt zu diesen Anträgen Folgendes aus :

ad 1. Günstige Kaufgelegenheiten haben die Conservatoren des städtischen Museums in letzterer Zeit veranlaßt, verschiedene Alterthümer und Kunstgegenstände anzukaufen, wodurch die von den städtischen Behörden zu Museumszwecken verwilligten Mittel zum größten Theil absorbirt seien. Eine Einschränkung der diesjährigen Erwerbungen empfehle sich aber um so weniger, als bereits einige sehr vortheilhafte Angebote vorliegen und andere der Art voraussichtlich im Laufe des Jahrs noch eintreten werden. Die Conservatoren haben deshalb um Verwilligung eines extraordinären Zuschusses von 2000 M gebeten.

Die Commission könne dem Magistratsantrage nur bestimmen, und da es, wie auch bei der Etatsberathung hervorgehoben, der Beschlußfassung der Versammlung vorbehalten sei, in besonderen Fällen die Verwilligung von extraordinären Mitteln auszusprechen, so gebe sie anheim, die angeforderten 2000 M zu bewilligen.

Bei Restaurirung der Brüdernkirche sei auch deren kunstvoll geschnitzter Lettner, in welchem sich ein künstliches Uhrwerk befunden habe, abgebrochen. Der Haupttheil des Lettners mit dem Zifferblatte der Uhr und vier einst beweglichen Figuren, sei an der Seitenwand des südlichen Schiffes der Kirche aufgestellt, das Triebwerk der Uhr aber, in der Absicht, es demnächst wieder herstellen zu lassen, für das städtische Museum erworben. Da das Original-Zifferblatt und die dazu gehörigen Figuren aus den Resten des alten Lettners nicht entfernt werden konnten, so sei eine getreue Nachbildung der Figuren vorgenommen, was 320 M gekostet habe. Auch Uhrwerk und Zifferblatt seien soweit wieder hergestellt, daß es nur noch geringer Arbeit bedürfe, um die Uhr wieder gangbar zu machen; von den hieraus erwachsenden Kosten zu 617 M sei noch nichts gedeckt. Um die Uhr im großen Saale des Museums aufstellen zu können, sei ein Postament und ein Gehäuse erforderlich, was wiederum 765 M koste. Die Conservatoren haben an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, zur Vollendung und Aufstellung dieses

eigenartigen Werkes der alten Zeit die noch erforderliche Summe von 1382 M. extra-ordinairement zu bewilligen.

Dieser Antrag habe sich in der Commission anfänglich nicht der gleichen Aufnahme erfreut, wie der erstere; es sei aber schließlich die Ansicht durchschlagend gewesen, daß es sich um ein in der Stadt Braunschweig einzig dastehendes Kunstwerk handle, welches in der That verdiene, der Nachwelt in würdiger Weise aufbewahrt zu werden, umsomehr, da es in der Stadt selbst entstanden sei und nun auch von hiesigen Künstlern wiederhergestellt werde. Unter Berücksichtigung dieser Umstände empfehle die Commission, auch diese 1382 M. zu bewilligen.

ad 2. Das Comité für die Errichtung eines Denkzeichens der Reformation habe sich an den Stadtmagistrat mit der Bitte gewandt, ihm zu der geplanten Errichtung einer Bildsäule des Dr. Bugenhagen einen Beitrag zu gewähren. Wie aus der Eingabe hervorgehe, seien zu dem gedachten Zwecke gegenwärtig 4200 M. vorhanden. Die Bildsäule solle als ein selbstständiges Kunstwerk zur Erscheinung kommen und einen monumentalen Character erhalten. Es sei in Aussicht genommen, das Standbild in einer Größe von etwa 2½ m aus Bronze-
guss zu fertigen, das Postament aber aus Dolomit, und zwar einschließlich des Unterbaues in einer Höhe von etwa 3 m aufzubauen. Die Gesamtkosten seien zu 25000 M. veranschlagt. Das Comité weise auf die hochbedeutenden Verdienste hin, welche sich Dr. Bugenhagen um unsere Stadt, im Besonderen um unsere kirchlichen und gemeindlichen Einrichtungen, um das Schulwesen und die öffentliche Armenpflege erworben habe.

Nachdem Referent noch bemerkt hat, daß das Gauß-Denkmal fast 16000 M. mehr gekostet habe, als das Bugenhagen-Denkmal kosten werde, und diese Preisdifferenz durch eine vergleichende Gegenüberstellung der einzelnen Anschlagstitel näher nachgewiesen hat, führt er weiter aus:

Der bezüglichliche Vorschlag des Magistrats habe in der Finanzcommission vollständige Billigung gefunden. In einer Zeit, wo sich unsere Stadt nach jeder Richtung in so bedeutendem Aufschwunge befinde, wo es sich überall rege, um die bestehenden Einrichtungen zu verbessern, da werde man auch wohl Bedacht darauf nehmen können, aus bereiten Ueberschüssen unsere Stadt mit dem Denkmale eines Mannes zu schmücken, der sich gleichfalls um das Wohl der Stadt in so hervorragender Weise verdient gemacht habe. Da außerdem das Denkmal von Braunschweiger Bürgern angefertigt werden solle, so könne die Commission den Magistratsantrag nur empfehlen.

ad 3. bemerkt Referent, daß die Umwandlung der Wiesen im Gänjewinkel zu einem schönen Parke schon lange ein lebhafter Wunsch der gesamten Bürgerschaft sei, weshalb die Commission die angeforderten 6210,31 M. zu bewilligen anheingeebe.

Nach Eröffnung der Discussion erklärt Herr Kiefe, daß er es nicht billigen könne, wenn von den Ueberschüssen nur höchstens ein Fünftel zum allgemeinen Besten ausgegeben, der größte Theil aber nur so verpulvert werden solle für Sachen, an denen man heute im Ganzen nur wenig Interesse habe.

Antrag 1 des Magistrats, Bewilligung von 3382 M für das städtische Museum betreffend, wird darauf genehmigt.

Herr Günther spricht sich gegen die Bewilligung für das Bugenhagendenkmal aus. Ueber die Zeit, wo man den Kirchenvätern von damals noch Denkmäler setzte, sei man hinaus. Wie schon aus den Geldsammlungen hervorgehe, habe man im Allgemeinen kein besonderes Interesse für ein derartiges Denkmal und auch er könne seine Stimme nicht dafür abgeben, daß ein solches aus dem Stadtfädel aufgeführt werde.

Referent bemerkt den beiden Herren Vorrednern gegenüber, daß alle gebildeten Menschen, welcher Partei sie auch angehören, darin einverstanden sein müßten, daß Museen und ebenso Denkmäler, die das Volk seinen großen Männern setze, nicht Gegenstände seien, von denen das Volk nichts habe, sondern daß es im Gegentheil Sachen seien, an denen das Volk sich erbauen könne. In den Museen wird der Geist gebildet, und an den Standbildern unserer großen Männer erziehen wir unsere Jugend und schaffen ihr Ideale, indem wir ihr sagen: der Mann hat das und das gethan, Jugend, strebe ihm nach! Wer Ausgaben solcher Art „Geldverpulvern“ nennen könne, den müsse er von ganzem Herzen bedauern.

Herr Günther: Er habe sich nur gegen die Geldebewilligung für das Denkmal gewandt und er glaube, daß auch Herr Kiefe mit der Bewilligung der für das Museum angeforderten Mittel einverstanden sei.

Herr Kiefe: Der Bewilligung für das Museum wolle er nicht entgegentreten, denn sie seien keineswegs Cannibalen. Bei dergleichen Dingen müsse man den Leuten, die zur Wahrung der Interessen des Museums angestellt seien, einräumen, daß sie wissen, was nothwendig angeschafft werden müsse und dem öffentlichen Zwecke dienlich sei. Wenn man sich aber dagegen ausspreche, daß für das Denkmal eines Fünfterlings Geld ausgegeben werde, so sei das Jedermanns eigene Sache und Herr Wolff könne bedauern, wen er wolle.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß es allerdings originell sei, Bugenhagen für einen Fünfterling zu erklären,
wird der angeforderte Beitrag von 10000 M verwilligt.

Der 3. Antrag des Magistrats, die Verwilligung von 6210,31 M zu Gunsten der Wiesen im Gänsewinkel betreffend, wird ohne Debatte genehmigt.

Weiter

VI. berichtet Herr Wolff im Auftrage der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 10. d. Mts., die Unterhaltungspflicht bezüglich der Straßen und öffentlichen Plätze im inneren Stadtgebiete betreffend.

In dem zwischen der Herzoglichen Landesregierung und der Stadt im Jahre 1858 abgeschlossenen Verträge ist Bestimmung darüber getroffen, welche Straßen und Plätze auf Kosten des Staats und welche auf Kosten des allgemeinen Pflasterfonds, zu welchem die Staatscasse $\frac{3}{6}$, die Stadtcasse $\frac{1}{6}$ beiträgt, zu pflastern und zu unterhalten sind. Die im Innern der Stadt in den letzten Jahrzehnten mehrfach vorgekommenen Aenderungen haben es als wünschenswerth erscheinen lassen, das ganze für den öffentlichen Verkehr bestimmte Stadtgebiet innerhalb der Umfluthgräben einschließlich der Promenaden genau zu verzeichnen, in seiner Größe festzustellen, und in seinen einzelnen Theilen nach Maßgabe der Unterhaltungspflicht abzugrenzen. Von den Herren Kreisbaumeister Löff und Stadtbaurath Winter ist nun ein Verzeichniß nebst Plan aufgestellt, woraus zu ersehen ist, welche Straßen und Plätze auf Kosten des allgemeinen Pflasterfonds, welche von Herzoglicher Landesregierung bezw. Herzoglicher Cammer, welche von hiesiger Stadt, und welche von Privatpersonen zu unterhalten sind. Herzogliche Baudirection hat zu dem Verzeichnisse verschiedene Bemerkungen gemacht, welche in der Magistratsvorlage ausführlich beleuchtet sind.

Auf Kosten des allgemeinen Pflasterfonds werden an Straßen und Plätzen im inneren Stadtgebiete unterhalten	26 ha 77 a 65 qm,
ausschließlich auf Kosten der Landesregierung	— " 10 " 5 "
(Möstkof)	
ausschließlich auf Kosten Herzoglicher Cammer, Direction der	
Domainen	— " 11 " 83 "
(Megidienkirchhof)	
ausschließlich auf Kosten der Stadtgemeinde	3 " 9 " 80 "
Promenaden, welche auf Kosten der Staatsregierung unterhalten	
werden	25 " 95 " 22 "
Privatstraßen	— " 66 " 63 "
<hr/>	
zusammen	56 ha 71 a 18 qm.

Von der Stadt allein zu unterhalten sind folgende Straßen und Plätze: An der Andreaskirche, südlicher Theil der Brabantstraße, Brüdernkirchhof, Caspari-straße, Katharinentkirchhof, östlicher Theil des Friedrich-Wilhelms-Platzes, Friedrich-Wilhelmstraße, Johannis Hof, hinter der Magnikirche, Magnikirchhof, an der Michae- liskirche (südlicher Theil), Münzstraße, Neue Promenade von der Fallersleberthor- promenade bis zur Ofer, westlicher Theil der Oferstraße.

Die Privatstraßen sind: Ferdinandstraße, Pawelstraße, östlicher Theil der Dierstraße, Weg von der Wilhelmithorpromenade nach dem Güterbahnhofe.

Alle übrigen, hier nicht benannten Straßen im inneren Stadtgebiete werden vom allgemeinen Pflasterfonds unterhalten.

Der Magistrat giebt anheim, das Verzeichniß und den dazu gehörigen Plan (welchen Referent zur Prüfung in Circulation gesetzt hat) zu genehmigen.

Referent constatirt, daß die Vorlage in allen Einzelheiten auf Grund des Planes genau geprüft und danach die getroffenen Vereinbarungen dem städtischen Interesse entsprechend befunden worden seien. Die Commission könne sich aus diesen Gründen dem Magistratsantrage nur anschließen.

Bei Berathung der Angelegenheit sei im Schoße der Commission der Wunsch angeregt worden, es möchten von Seiten des Magistrats Schritte gethan werden, um an Stelle des bei Deckung der Pflasterungskosten zwischen Staat und Stadt bestehenden Theilungsmodus, welcher den eigentlichen Wünschen und Interessen der Stadt doch nicht voll entspreche, eine anderweite Regulirung der Straßen-Unterhaltungspflicht dadurch herbeizuführen, daß die Regierung der Stadt eine einmalige Abfindungssumme zahle. Schon vor Jahren seien in dieser Beziehung zwischen Regierung und Stadt, beiderseitig mit gutem Willen, Verhandlungen gepflogen, sie seien aber, wahrscheinlich weil die Regierung beim Landtage zu viel Schwierigkeiten finde, die Verwilligung einer den thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Abstandssumme durchzubringen, resultatlos verlaufen. Immerhin glaube die Commission, daß es sich empfehle, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, bei dieser Gelegenheit einen nochmaligen Versuch zur Erzielung eines den Wünschen und Interessen der Stadt mehr entsprechenden Abkommens anzustellen. Mit diesen Worten gebe er, ohne dabei einen besonderen Antrag zu stellen, die Stimmung der Finanzcommission wieder und er glaube damit auch diejenige der Versammlung zum Ausdruck gebracht zu haben. Die Pflasterungsverhältnisse der Stadt Braunschweig ließen im Allgemeinen noch viel zu wünschen übrig. Man habe hier viel vorzüglich gepflasterte Straßen, aber auch eine noch größere Anzahl mit höchst mangelhaftem Pflaster. Wenn nun der Stadt eine Abstandssumme gezahlt werden würde, dann würde sie mit Hülfe derselben in die Lage versetzt werden, auch den bislang stiefmütterlich behandelten Straßen ihr Recht zu Theil werden zu lassen, und auf diese Weise das ganze Straßenpflaster mit einem Schlage in einen Zustand zu bringen, wie es einer Stadt wie Braunschweig würdig sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Angelegenheit sei in letzterer Zeit auch im Magistrate berathen worden. Die schon vor einer langen Reihe von Jahren behufs anderweiter Regelung des jetzigen, nach vielfachen Richtungen hin unliebsamen Verhältnisses stattgefundenen Verhandlungen hätten einen völlig negativen Erfolg gehabt; die Regierung habe sich auf eine Ablösung überhaupt

nicht einlassen wollen. Der Magistrat würde sich also nur auf den Versuch beschränken können, die vom Staate ressortirenden Straßen in eigene Regie zu bekommen, und wenn dann, was ja möglich, die Herzogliche Landesregierung sich dazu bereit erklärte, statt des jetzt variirenden Zuschusses in Zukunft eine mehr oder weniger fixirte Summe zu zahlen, dann würde die Stadtgemeinde, unter Aufnahme von zu amortisirenden Darlehen, in den Stand gesetzt werden, viel rascher mit den Pflasterungen vorzugehen. Auf eine Ablösung durch Capitalentschädigung werde sich der Staat, soweit sich übersehen lasse, auch heute nicht einlassen. Der Magistrat werde übrigens die Angelegenheit im Auge behalten und den Moment abwarten, wo man hoffen dürfe, mit dem Staate einen dem städtischen Interesse mehr entsprechenden Modus aufzufinden.

Darauf gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

VII. In seinem Schreiben vom 10. v. Mts. hält der Magistrat die Instandsetzung der im Ortsbauplane vorgesehenen, die Casernenstraße mit der Hagenstraße verbindenden Privatstraße, genannt „Wiesenstraße“, für dringend wünschenswerth. Nach den der Versammlung vorliegenden, mit den Eigenthümern des Straßenterrains und der anliegenden Grundstücke abgeschlossenen notariellen Verträgen haben der Spargelplantagenbesitzer Maseberg und Stadtwundarzt Klapprodt sich verpflichtet, das nöthige Terrain unentgeltlich an die Stadt abzutreten, und die Braunschweiger Wolkerei sowie die Besitzer der anliegenden Grundstücke sich bereit erklärt, zwei Drittel der auf 7500 M veranschlagten Instandsetzungskosten zu tragen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung:

- 1) die notariellen Verträge vom 29. April und 4. Mai c. zu genehmigen,
- 2) das noch erforderliche Drittel der Instandsetzungskosten mit 2500 M und die Kosten der Canalisirung zu 8550 M aus dem Neubaufonds, die Kosten für das zu verlegende Wasserrohr zu 1530 M aus dem Reservefonds des Wasserwerks zu bewilligen,
- 3) zu genehmigen, daß dem Spargelplantagenbesitzer Maseberg die von demselben für Gas- und Wasserrohren aufgewandten Kosten im Betrage von 723,25 M + 601,45 M zusammen 1324,70 M aus der Cassé der städtischen Gas- und Wasserwerke erstattet werden.

Herr Reuter giebt als Referent der Baucommission die Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

Dieselbe erfolgt ohne Weiteres.

Wie

VIII. Herr Krahe namens der Baucommission referirt, hat der Magistrat mittelst Schreibens vom 22. v. Mts. für die Sonnenstraße, deren Eingang von

dem Platze an der Martinikirche aus so eng ist, daß an jener Stelle häufig Verkehrsstörungen vorkommen, zwei neue, auf dem der Versammlung vorliegenden Situationspläne mit a b und c d bezeichnete Baulinien in Vorschlag gebracht, welche auf eine Verbreiterung des Eingangs von 5 m auf 9 m Bedacht nehmen.

Auf Empfehlung der Commission wird die Feststellung der vorgeschlagenen Baulinien beschloffen.

Weiter

IX. berichtet Herr Krahe im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 22. v. Mts., die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße betreffend.

Zum Ankauf des zur gedachten Verbindungsstraße nöthigen Terrains zc. hat die Versammlung in der Sitzung vom 22. April c. 2775 M. verwilligt. Bei der örtlichen Absteckung der Straßen hat sich herausgestellt, daß etwas mehr Terrain erforderlich ist, als auf Grund der von Holwede'schen Karte ermittelt war, so daß außer von dem Grundstücke des Postsecrétaires a. D. Preen auch von demjenigen des Schuhmachermeisters Gehrmann Terrain erworben werden muß. Der Magistrat hat mit den gedachten beiden Grundbesitzern wegen der nöthigen Terrainabtretungen zc. unterm 9. Juni c. einen notariellen Kaufcontract abgeschlossen, und ersucht, denselben zu genehmigen, auch statt der früher verwilligten Kauf- und Entschädigungssumme von 2775 M. nunmehr die Summe von 2790 M. zu verwilligen.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an, worauf derselbe von der Versammlung genehmigt wird.

X. Der Ingenieur Königsdorf, welcher den größten Theil derjenigen noch unbebauten Länderei erworben hat, welche nördlich der Nebenstraße und südlich vom Nordbahnhofe zwischen dem Mittelwege und dem Büntenwege und resp. der Spargelstraße belegen ist, hat darauf angetragen, daß die im Ortsbauplane vorgesehene, auf dem der Versammlung vorliegenden Plane mit a b c d bezeichnete Straße aufgehoben und an deren Stelle die mit k l o n m i bezeichnete Straße in den Ortsbauplan aufgenommen werde, und daß die mit e f g h bezeichnete Straße in Wegfall komme. Die städtische Bauverwaltung und das Stadtbauamt halten diese Veränderung für zweckmäßig und richtet der Magistrat mittelst Schreibens vom 16. v. Mts. das Ersuchen an die Versammlung, im Sinne des Königsdorf'schen Antrags zu beschließen.

Die Baucommission, namens welcher Herr Till referirt, empfiehlt, die gedachten Aenderungen unter der Bedingung zu genehmigen, daß die (die Hamburgerstraße mit der Spargelstraße verbindende) Straße k l o n m i nicht, wie vorgeschlagen, in einem Knick, sondern in grader Verlängerung des Tractes i k l m auf die

Hamburger Straße zugeführt werde. Der Magistrat hat sich bereits mit dieser Modification einverstanden erklärt.

Herr Natalis beabsichtigt, den Antrag zu stellen, die fragliche Straße nach Osten zu nicht in der ziemlich engen Spargelstraße, sondern an der Stelle ausmünden zu lassen, wo die letztgedachte Straße und der Bültenweg zusammentreffen; nimmt aber davon Abstand, nachdem die Herren Bürgermeister Rittmeyer und Reuter darauf aufmerksam gemacht haben, daß die vom Herrn Vorredner gewünschte Lage der Straße wiederum einen unangenehmen Knick nach Osten zu bedingen, auch zur demnächstigen Schaffung eines angemessenen Ausmündungspunktes an der Spargelstraße nur der Erwerb eines kleinen Gartengrundstücks (des Rehkopfschen) erforderlich werden würde.

Nachdem Herr Natalis noch den Wunsch geäußert hat, daß dann das genannte Grundstück baldigst erworben werden möchte, werden die Commissions- bzw. Magistratsanträge genehmigt.

XI. Ueber die Magistratsvorlage vom 17. v. Mts., die Erweiterung des Pferdebahngleises betreffend, hat Herr Reuter im Auftrage der Statutencommission zu berichten.

Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt das Bahngleis der Wilhelmthor-Wendenthorlinie bis zum Nordbahnhofe der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn zu verlängern und zwar über die Schleinitzstraße, die neue Promenade, über den kleinen Exercierplatz und die neue nach dem Bahnhofe führende Straße. Da die Schleinitzstraße indeß zweckmäßig erst nach ihrer Canalisirung mit Pferdebahnschienen belegt werden kann, die baldige Herstellung einer Pferdebahnlinie nach dem Nordbahnhofe aber im Interesse des Publikums dringend wünschenswerth erscheint, so beabsichtigt die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft, ein provisorisches Gleis über die Nebenstraße und die nach dem Nordbahnhofe führende neue Straße legen zu lassen.

Für die so verlängerte Linie hat die Gesellschaft nachstehende Tariffätze in Vorschlag gebracht:

- 1) vom Nordbahnhofe bis zur Weiche am Herzoglichen Residenzschlosse 10 S,
- 2) vom Nordbahnhofe bis zum Staatsbahnhofe 15 S,
- 3) vom Nordbahnhofe bis zur Louisestraße 20 S,

während der Tarif von dem jetzigen Endpunkte der Bahn (Schleinitzstraße) unverändert bleiben würde.

Außerdem werden für diejenigen vom Nordbahnhofe kommenden Personen, welche schon am Wendenthore aussteigen wollen, besondere Fahrkarten zum Preise von 5 S ausgegeben werden.

Der Stadtmagistrat richtet an die Versammlung das Ersuchen, der beabsichtigten definitiven, wie provisorischen Verlängerung der Bahnlinie, sowie den vorgeschlagenen Tariffätzen die Zustimmung zu ertheilen.

Referent befürwortet die Magistratsanträge und fügt hinzu, daß die Angelegenheit wegen Verwendung derjenigen 100 000 M., welche die Straßenbahn-Gesellschaft für die Rückgabe der Concession zur Anlage einer Ringbahn zu Zwecken der Erweiterung des Pferdebahnhofs erhalten habe, in allernächster Zeit werde geregelt werden. Zunächst beabsichtige man, das Bahngleis vom Faltersleberthore bis zum Militairkrankenhause und vom Steinthore bis zum Centralfriedhofe zu verlängern. Ob zur letztgedachten Verlängerung die Helmstedter oder die Leonhardstraße gewählt werde, hänge davon ab, welchen Verlauf der Beschluß der Versammlung rücksichtlich der Anstrengung einer günstigeren Gestaltung der Gefällverhältnisse auf erstgedachter Straße nehme. Geschehe in dieser Richtung nichts, dann werde wahrscheinlich die Leonhardstraße genommen werden, da eine Ueberführung der Pferdebahn über die steile Strecke der Helmstedterstraße, weil dieselbe nur durch Vorspann überwunden werden könne, mit einer erheblichen Steigerung der Betriebskosten verbunden sein würde.

Von der Commission empfohlen, gelangen die Magistratsanträge zur Annahme.

Zum Schluß

XII. theilt Herr Wolff namens der Finanzcommission noch Folgendes mit:

In der Sitzung am 22. März cr. habe die Versammlung beschlossen, das Militair etablissement am Giersberge, und zwar die Gebäude für 212 000 M., das zugehörige Terrain für 75 000 M. an den Militairfiscus zu verkaufen. Die Militairverwaltung sei mit dem Kaufe einverstanden gewesen, auch habe Herzogliches Staatsministerium bereits seine Zustimmung ertheilt. Nun sei dem Magistrate unterm 23. v. Mts. ein Schreiben der Garnisonverwaltung zugegangen, wodurch derselbe benachrichtigt wurde, daß nach einer Verfügung der Königlichen Intendantur des 10. Armee-corps der Abschluß des Kaufcontractes noch so lange ausgesetzt werden müsse, bis die im Etat pro 1887/88 angelegten Geldmittel verfügbar gemacht seien; der Magistrat werde gebeten, sich darüber zu erklären, ob er die Vereinbarung bis zum Contractabschlusse aufrecht erhalten wolle.

Die Stadtgemeinde solle also, wie Referent hinzufügt, noch auf ein Jahr an das getroffene Abkommen gebunden bleiben, während, wenn die Geldmittel vom Reichstage nicht verwilligt würden, die ganze Angelegenheit wieder in der Luft schweben werde. Dennoch sei der Magistrat der Ansicht, daß es das Beste sei, sich der höheren Macht zu beugen, und bis zum nächsten Jahre mit dem Contractabschlusse zu warten. Auch die Commission halte dies unter den obwaltenden Umständen für das allein Richtige. Man werde auch im nächsten Jahre noch auf

dem Standpunkte stehen, daß es für die Stadt vortheilhaft sei, das gedachte Militairtablissement, welches immer noch Zuschüsse erfordere, unter den stipulirten Bedingungen zu verkaufen.

Nachdem Herr Reuter noch bemerkt hat, daß diese Verzögerung vielleicht zu einer nochmaligen Prüfung event. zur Berücksichtigung des Wunsches der Braunschweiger, die Militairtablissements ganz von der Promenade verschwinden zu sehen, beitragen werde,

wird der Gegenstand, da ein Antrag nicht vorliegt, verlassen,
die öffentliche Sitzung sodann geschlossen.

Es folgt noch eine längere vertrauliche Sitzung, in welcher folgende Gegenstände erledigt werden:

- 1) wird Beschluß gefaßt über zwei Gesuche hiesiger Einwohner, die Ermäßigung von Canalisationsbeiträgen bezw. von Abgaben zur Armen- und Wegebetterungscasse betreffend.
- 2) wird für einen zu pensionirenden Lehrer das demselben gesetzmäßig zukommende Ruhegehalt verwilligt.
- 3) erfolgt die Wahl eines Armenpflegers für den 18. Bezirk an Stelle des ausscheidenden Armenpflegers Simeon; für denselben wird Pastor Karges gewählt.
- 4) gelangt das I. Verzeichniß über Gemeindesteuer-Reclamationen und Erlassgesuche pro 1886 zur Erledigung.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 16. September 1886.

Öffentlich:

- I. Friedhofs- und Begräbnisordnung.
- II. Gehaltszulage für den Laternencontroleur Petri.
- III. Aenderung in den Schulverfassung der Gewerbeschulen.
- IV. Dispens von der Bauordnung beim Ausbau kleinerer Wohnungen.
- V. Beschaffung eines eisernen Geldschrankes für die Bürgerschulcasse.
- VI. Herabsetzung des Zinsfußes für ein Hypothekencapital.
- VII. Feststellung einer Baulinie am Hagenmarkte.
- VIII. Erwerb von Straßenterrain an der Kramerstraße.
- IX. Canalisirung der Oker hinter der Hagenbrücke.
- X. Einspruch des Schlachtermeisters Daesede gegen die Baulinie an der Sonnenstraße.
- XI. Genehmigung eines Processes.
- XII. Aufstellung von Gasandelabern an der Gehjofstraße.
- XIII. Ankauf des Schützenplatzes.
- XIV. Anlage eines provisorischen Verbindungsweges zwischen Wilhelmplatz und Ruhfäutchenplatz.
- XV. Umwandlung des Bierzeitengeldes zu St. Leonhard in eine Geldrente.
- XVI. Entsendung einer Deputation nach Halle a. S. zur Besichtigung der dortigen Abwässer-Reinigungsanlage nach Müller-Nahnsen'schem Systeme.
- XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r, die Einrichtung einer Badeanstalt mit Bannen- und Douche-Bädern zc. betr.
- XVIII. Desgl. des Herrn R e i c h e, die Herrichtung einer Fußgängerbrücke über das Petriwehr zc. betr.

Vertraulich:

- Genehmigung für den Stadtbaurath Winter, die Burg Dankwarderode herzustellen.
Wahl von Armenpflegern.
Berwilligung von Druckkosten.
Steuerreclamationen (Verzeichniß II von 1886).

Entschuldigt die Herren Buchler, Halle und Nieß. — Am Magistrats-tische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Genehmigung des Protokolles № 7 vom 1. Juli c.

theilt der Herr Vorsitzende den Inhalt eines an den Stadtmagistrat ergangenen Ministerialrescripts vom 4. v. Mts. № 4794 mit, durch welches dieser benachrichtigt wird, daß einer Verbesserung der Steigungsverhältnisse der Helmstedterstraße seitens der Regierung nicht näher getreten werden werde. Eine mit überlandte Abhchrift des in dieser Angelegenheit von Herzoglicher Baudirection an Herzogliches Staatsministerium erstatteten Berichts vom 17. Juli c., in welchem die Unausführbarkeit des Project's näher nachgewiesen wird, läßt derselbe circuliren.

Zwei eingegangene Anträge

- 1) des Herrn Günther, die Einrichtung einer Badeanstalt mit Bannen- und Douche-Bädern u. betr.
- 2) des Herrn Reiche, die Herrichtung einer Fußgängerbrücke über das Petriwehr betr.

gelangen nach Erledigung der Tagesordnung zur Motivirung.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt betreffend, wird abgesetzt.

I. Es steht demnach zunächst eine Magistratsvorlage vom 9. v. Mts., den Entwurf einer Friedhofs- und Begräbnißordnung betreffend, zur Verhandlung.

Die Einrichtung des hiesigen Centrafriedhofs macht eine Regelung der denselben betreffenden Verhältnisse erforderlich, läßt auch eine gleichzeitige Neuordnung des hier üblichen Begräbnißwesens angezeigt erscheinen. Der Magistrat hat danach eine mit dem Kirchenconvente zu vereinbarende „Friedhofs- und Begräbnißordnung für die Stadtkirchengemeinden zu Braunschweig“ entworfen und dieselbe den Stadtverordneten zur gutachtlichen Aeußerung überandt.

Der Entwurf, welcher den Mitgliedern der Versammlung vor einigen Wochen in autographischen Abzügen mitgetheilt ist hat der Statutencommission zur Prüfung vorgelegen, und hat namens derselben Herr Lüberßen zu berichten.

Derselbe berührt zunächst den schon bei den früheren Verhandlungen über den Centrafriedhof erörterten, hier in Betracht kommenden Rechtsstandpunkt. Nach dem hiesigen Landrechte sei das Begräbnißwesen und die Anlage und Beaufsichtigung der Friedhöfe eine kirchliche Angelegenheit; die Gemeinden seien bei

Anlegung von Kirchhöfen wesentlich nur bezüglich der polizeilichen, insbesondere der sanitären Interessen interessirt. Im vorliegenden Falle, wo es sich um die Aufstellung einer Friedhofs- und Begräbnisordnung für den Central-Friedhof handle, sei aber die Stadt noch außerdem insofern interessirt, als sie das Terrain zum Centralfriedhof unentgeltlich an die Kirchengemeinde abgetreten, als sie eine große Summe à fonds perdu für die Herstellung und bauliche Einrichtung des Friedhofs hergegeben, und als sie endlich der gemeinschaftlichen Kirchencasse der hiesigen Stadtkirchen ein der Stadtgemeinde zu verzinsendes und allmählig zu amortisirendes Darlehen von 24 0000 M zur weiteren Ausführung der Bauten und Anlagen vorgestreckt habe.

Wenn man an diesem Standpunkte festhalte, so könne die Stadtgemeinde und somit auch die Stadtverordnetenversammlung allerdings bei Aufstellung einer Friedhofs- und Begräbnisordnung nicht direct mitwirken, sie habe aber aus den ange deuteten Gründen entschieden ein großes Interesse, indirect in dieser außerdem für die Einwohner Braunschweigs höchst wichtigen Angelegenheit gehört zu werden. Deshalb habe es der Magistrat für angezeigt gehalten, bevor er sich mit den betreffenden kirchlichen Organen benehme, die gutachtliche Aeußerung der Stadtverordneten zu hören.

In der Statutencommission sei auch von einigen Seiten hervorgehoben und bemängelt worden, daß die Stadtgemeinde insofern zurückstehen müsse, als sie nicht eine directe Einwirkung auf die Verhältnisse habe und überhaupt der Centralfriedhof nicht ein wirklicher Gemeindefriedhof geworden sei. Es lasse sich aber eben nichts dagegen machen, da das Landrecht einmal so liege; es empfehle sich, dem vorgeschriebenen Wege zu folgen und das vom Magistrat verlangte Gutachten abzugeben, wozu die Versammlung nach der Städteordnung verpflichtet sei.

Der Versammlung werde aus den früheren Verhandlungen über den Centralfriedhof noch erinnernlich sein, daß schon damals der Wunsch geäußert sei, es möchte, wenn der Centralfriedhof in Benutzung genommen würde, auf eine Aenderung des gesammten Begräbniswesens, namentlich auf eine Ausscheidung ihrer Mißbräuche, Bedacht genommen werden. Auch sei man in der Stadt allgemein der Meinung, daß eine derartige Aenderung eintreten müsse und werde. Bei näherer Prüfung des Entwurfs werde man, wie solches auch in der Commission der Fall gewesen sei, finden, daß es sich um eine sehr complicirte Sache handle und die Ausarbeitung der heutigen Vorlage für den Magistrat eine äußerst schwierige Aufgabe gewesen sei. Der Magistrat habe sich nicht sowohl als Gemeindeorgan, sondern in seiner Stellung als Kirchenpatron, wonach ihm zusammen mit dem Stadtsuperintendenten ein Aufsichtsrecht über die kirchlichen Angelegenheiten zustehe, der Sache speciell

angenommen. Bei Anfertigung des Entwurfs hätten die verschiedensten Anschauungen berücksichtigt werden müssen: dem Einen sei heilig, was der Andere als ein Vorurtheil betrachte. Die Commission habe sich aber überzeugt, daß im Großen und Ganzen den verschiedenen Rücksichten durch den vorliegenden Entwurf Rechnung getragen sei.

Referent geht hierauf zu den einzelnen Paragraphen des Entwurfs über, wobei er diejenigen Punkte, welche die städtischen Interessen besonders berühren oder für alle Einwohner von besonderer Wichtigkeit sind, specieller beleuchtet, im Uebrigen aber, wo die Commission nichts zu bemerken gefunden, Anträge oder Bemerkungen der Versammlung gewärtigt. An den betreffenden Stellen nimmt Redner auf die dem Entwurfe beiliegenden Bemerkungen Bezug.

Der Entwurf enthält in 10 Abschnitten 30 Paragraphen.

Die Abschnitte lauten über:

- 1) Allgemeine Bestimmungen: Umfang der Ordnung (§. 1), Zweckbestimmung des Centralfriedhofs (§. 2), Verwaltung (§§. 3—7), Gebühren und Kosten (§. 8),
- 2) Bestimmungen über die Begräbnisse (§§. 9—14),
- 3) Benutzung der Leichenhalle (§. 15),
- 4) Benutzung der Friedhofscapelle (§§. 16 und 17),
- 5) Vornahme von Sectionen (§. 18),
- 6) Eintheilung des Friedhofs: Arten der Grabstellen (§. 19), Pläne und Register (§§. 20 und 21), Orientierung der Gräber (§. 22), Verschonungszeit der Gräber (§. 23),
- 7) Nähere Bestimmungen über die Arten der Gräber: Reihengräber (§. 24), Eigene Gräber (§. 25), Familienbegräbnisse (§. 26),
- 8) Bestimmungen über die Särge (§. 27), äußere Ausstattung und Instandhaltung der Gräber, Einziehung des Friedhofs (§. 28),
- 9) Polizeiliche Bestimmungen (§. 29),
- 10) Vorübergehende Bestimmung (§. 30).

Vor Eintritt in die Berathung bemerkt der Herr Vorsitzende, daß er, die Zustimmung der Versammlung vorausgesetzt, die vom Herrn Referenten besprochenen Paragraphen allemal stillschweigend als genehmigt ansehen werde, wenn Einwendungen dagegen nicht erhoben werden.

§. 1 wird ohne Weiteres genehmigt.

§. 2 lautet nach der Vorlage:

„Der Centralfriedhof ist gemeinschaftlicher Begräbnißplatz für die Gemeinden der dem Gemeinde-Cassen-Verbande angehörigen hiesigen

Stadtkirchen; jedoch soll ohne Rücksicht auf confessionelle Verhältnisse für die Beerdigung der Leiche einer in der hiesigen Stadt gestorbenen Person, dafern dieselbe nicht einer hier einen eigenen Friedhof unterhaltenden Religionsgesellschaft angehört hat, auf Verlangen des das Begräbniß Ausrichtenden eine Grabstelle im Centrafriedhofe angewiesen werden, auch werden ohne Rücksicht auf confessionelle Verhältnisse in die Leichenhalle diejenigen Leichen aufgenommen, deren Entfernung aus dem Sterbehaufe polizeilich angeordnet worden ist.

Die Aufnahme der für außerhalb des Stadtkirchen-Verbandes bestehenden evangelischen Kirchengemeinden in die Friedhofs-Gemeinschaft bleibt besonderer Verabredung vorbehalten.

Dafern im örtlichen Anschluß an den Centrafriedhof Begräbnißplätze für die Katholiken oder Israeliten hergerichtet werden, bestimmt sich das Recht der letzteren zur Mitbenutzung des Centrafriedhofs nach diesbezüglichem Uebereinkommen."

Die Commission beantragt die Worte im 1. Absätze „dafern dieselbe nicht einer hier einen eigenen Friedhof unterhaltenden Religionsgesellschaft angehört hat“ zu streichen; sie hält es für unbedenklich, die Bestimmung so zu treffen, daß event. auch Angehörige einer Religionsgesellschaft, welche einen eigenen Kirchhof besitzt, auf dem Centrafriedhofe begraben werden können. Es gebe ja manche Personen, die nur äußerlich mit ihrer Religionsgemeinschaft zusammenhängen, und zu dieser in einem so losen Verhältnisse stehen, daß man sie stillschweigende Dissidenten nennen könne.

In solchen, aber auch in anderen Fällen könne dem Betreffenden oder seinen nachgelassenen Angehörigen daran gelegen sein, nicht auf dem Kirchhofe der betreffenden Religionsgesellschaft, sondern auf dem Centrafriedhofe begraben zu werden, wo ja auch die keiner Religionsgesellschaft angehörigen Personen Platz fänden.

Wie der Herr Vorsitzende noch bemerkt, sei auch in Rücksicht auf die Wünsche die Streichung des gedachten Passus für wünschenswerth erachtet; bleibe derselbe in seiner Härte bestehen, so werde es zuweilen unmöglich sein, beide Ehegatten auf demselben Friedhofe zu beerdigen.

Herr Günther bedauert, daß keine radikale Aenderung beim Begräbnißwesen getroffen werden könne. Es hätte müssen eine Friedhofs- und Begräbnißordnung für sämtliche Religionsgemeinschaften der Stadt geschaffen werden, so daß keine besonderen Bestimmungen für die Katholiken und Israeliten zu treffen nöthig wären. Der Cultus habe seines Erachtens mit der Grabstelle nichts zu schaffen.

Referent bemerkt, daß es nach Lage der Sache unmöglich sei, eine derartige Einrichtung zu treffen, ganz abgesehen davon, daß die Ansichten über diese Frage sehr verschieden seien und viele das Entgegengesetzte von dem was Herr Günther wolle, wünschten und anstrebten.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit dem Abänderungsvorschlage der Commission einverstanden.

§§. 3—7 werden unverändert angenommen.

Zu §. 8, Gebühren und Kosten, bemerkt Referent Folgendes:

Die Kirche habe das Recht, gewisse Gebühren aus dem Begräbnißwesen zu beziehen und müßten ihr dieselben nach wie vor überwiesen werden. Ferner müsse eine Abgabe an die Gymnasialcasse entrichtet werden; dieselbe stamme aus der Zeit, als bei den Schulen noch Correnden-Anstalten vorhanden waren, welche die Leichen begleiteten und dafür eine gewisse Entschädigung bekamen. Der Magistrat werde, da die Gegenleistung längst aufgehört habe, den Wegfall der letzteren Abgabe beim Herzoglichen Staats-Ministerium beantragen. Im Uebrigen habe sich die Sache gegen früher insofern geändert, als nicht mehr die Wahl des Sarges und der Grabstelle die Höhe der Kosten bestimme, sondern hauptsächlich die Begräbnißklassen, die örtliche Lage und Verschönerung der Grabstelle diejenigen Momente seien, welche auf die Kosten Einfluß haben. Die Commission erkenne dieses als einfacher und richtiger an. Die sonst hoch bemessenen Gebühren für Aufstellung von Grabsteinen werden ganz wegfallen.

In der Commission sei hervorgehoben, daß der Gebührentarif auch jetzt noch recht complicirt sei. Es halte aber schwer, die Begräbnißkosten in übersichtlicher, für Jeden leicht erkennbarer Weise zusammenzustellen. In der Commission seien auch Abänderungsvorschläge gemacht, es habe sich aber bei näherer Erörterung gezeigt, daß die vielen Zahlen und Positionen nicht zu umgehen seien. Andererorten gestalte sich die Sache einfacher, weil dort die Verhältnisse einfacher lägen, insbesondere die Friedhöfe lediglich Gemeindefriedhöfe wären. So würden in Halle die Gebühren nach gewissen Klassen erhoben, die sich nach den Einkommensteuer-Klassen richteten. Die Commission habe aber nach reiflicher Prüfung nichts praktischeres an die Stelle setzen können.

Die Friedhofscasse habe die von ihr für Anweisung bezw. Verleihung von Grabstellen erhobenen Gebühren nicht an die einzelne Kirche, sondern an die gemeinschaftliche Kirchencasse abzuführen, was der Magistrat damit motivire, daß die Parochialverhältnisse wahrscheinlich in nächster Zeit umgestaltet werden würden. Die weiteren Gebühren seien nun entweder für Leistungen auf dem Kirchhofe selbst oder aber für die Beförderung der Leichen nach dem Kirchhofe. Im Uebrigen sei eine Berechnung zu Grunde gelegt, die sich auf die bisherigen Sätze stütze.

Wenn man auch bestrebt gewesen sei, das Begräbnißwesen möglichst billig für das Publikum zu gestalten, so habe müssen doch auch wieder Bedacht darauf genommen werden, daß die Friedhofscasse lediglich von ihren eigenen Einnahmen existiren müsse, abgesehen von den übernommenen Verpflichtungen, die Verzinsung und Amortisation der von der Stadt dargeliehenen 240 000 M.; ferner müsse man auf künftige Erweiterungen bedacht sein; man habe also alle Ursache, sehr vorsichtig zu verfahren, und die Vornahme größerer Aenderungen der weiteren Erfahrung und Entwicklung zu überlassen. Soviel sei aber gewiß, daß die Verhältnisse sich zu Gunsten der weniger Bemittelten verschoben hätten, indem die Begräbniße der letzteren weniger kosten würden als die der Bemittelten. Die Commission sei deshalb der Meinung, daß man den Gebühren unbedenklich zustimmen könne.

Herr Burchard: Die Einführung des Centralfriedhofs habe er mit Freuden begrüßt, nicht so den heutigen Entwurf. Er könne nicht finden, daß derselbe in Bezug auf die außerordentliche Höhe der Begräbnißgebühren Abhülfe schaffe. Die Kosten wären nur unbedeutend ermäßigt. Wozu sei es z. B. nöthig, für die Kirchenglocken besonders zu bezahlen? Auch daß wieder ein Dreiklassensystem: Reihengräber, eigene Grabstellen und Familiengräber, auftrete, und somit der Armuth noch im Tode der Stempel aufgedrückt werden solle, könne er nicht billigen. Auf dem Kirchhofe müsse kein Unterschied gemacht werden; ob hier Einer als Commerzienrath spazieren gefahren sei oder Steine zum Bau getragen habe, unter der Erde sei doch alles gleich. Es würde sich empfehlen, auch hier wie in Halle eine Begräbnißsteuer nach Maßgabe der Einkommensteuer zu erheben. Das einfachste Begräbniß koste jetzt 13 M, ein Satz, der noch viel zu hoch sei; dasselbe müsste höchstens 10 M kosten und ein Kinderbegräbniß vielleicht die Hälfte. Man möge bedenken, wie schwer es armen Leuten werde, namentlich wenn erst langwierige Krankheiten vorangegangen, die ungeheueren Begräbnißkosten aufzubringen.

Herr Reich: Die Aufhebung der Stollgebühren sei seiner Zeit allgemein mit Freuden begrüßt, weil man sich gesagt habe, daß der Kirche, wenn sie ihre Segnungen für Geld spende, nicht die Sympathien zugewendet würden, welche sie wirklich nöthig hat, um den Sinn für Kirche und Religion zu wecken. Nach Einführung der Standesämter habe man bei den meisten Trauungen die Segnungen der Kirche begehrt, weil dieselben da nichts kosteten. Es würde deshalb als ein großer Segen zu betrachten sein, wenn auch die bei Todesfällen an die Kirchen zu zahlenden Gebühren aufgehoben würden. Oder sollte es sich nicht ermöglichen lassen, daß diese Gebühren auf andere Weise und nicht durch die Familie beschafft würden, was wirklich keine Sympathien beim Publikum habe? Mancher könne sich deshalb nicht mit der Kirche befreunden, weil sich dieselbe

bezahlen lasse. Wenn die Kirche alles gratis thäte, würde sicherlich auch das kirchliche Leben mehr gehoben werden.

Herr Rieke: Man könne sich schon denken, wie er zu dem Entwurfe stehe, da derselbe den von Bracke und Steinau seiner Zeit gemachten Vorschlägen keineswegs Rechnung trage. Was geboten worden, sei nichts neues, sondern aus der Kumpeltammer hervorgeholt. Man habe nur, weil man sich eben des Fortschritts bewußt sei, verschiedene Dinge in ein anderes Kleid gehüllt, um sie so dem Publikum etwas schmachhafter zu machen. Es gehe hier in Braunschweig alles langsam; wo man anderwärts längst gewesen sei, komme Braunschweig immer erst nach 50 Jahren hin. Der Entwurf entbehre der Uebersichtlichkeit. Um zu wissen, was denn nun eigentlich ein Begräbniß koste, müsse man die Begräbnißordnung erst monatelang studiren. Außerdem seien die Gebühren zu hoch und zu vielseitig. Selbst in solchen Fällen müßten Abgaben bezahlt werden, wo einem Verstorbenen, der die Familie in bedrängten Verhältnissen hinterlasse, von seinen Freunden ein würdiges Begräbniß gratis bereitet würde. Das nenne man auf deutsch „Schinden“. Auf den Braunschweigischen Ortschaften koste ein Begräbniß mit allem Anhängsel höchstens 40 bis 45 M. Wenn man auch an die kirchlichen und landesgesetzlichen Bestimmungen gebunden sei, so könne man doch wenigstens thun, was der Fortschritt verlange. Eine Gebührenermäßigung sei nur scheinbar eingetreten. Der ganze Tarif könnte, wenn er übersichtlich und vernünftig sein sollte, auf einem halben Bogen Papier stehen. Wenn Jemand aus den bevorzugten Ständen sich einen eigenen Begräbnißplatz kaufen wolle, dann möge er das thun, man solle aber nicht von vornherein zeigen, daß man den Klassenunterschied auch im Tode noch fortpflanzen wolle.

Der Herr Vorsitzende bedeutet Herrn Rieke, daß er ihm das Wort entziehen werde, wenn derselbe wieder einen Ausdruck wie „schinden, unvernünftig u. s. w.“ in Bezug auf eine Magistratsvorlage gebrauche. Herr Rieke nehme sich allerdings hier einen Ton heraus, den andere nicht beliebten, aber er (Redner) möchte doch bitten, directes Schimpfen zu unterlassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Herr Rieke thue, als wäre er durch die Vorlage vollständig enttäuscht, namentlich in sofern als auch jetzt noch die Begräbnißgebühren sehr hoch berechnet seien. Dem gegenüber müsse er ausdrücklich bemerken, wie er von Anfang an bei den Verhandlungen über den Centralfriedhof erklärt habe, daß an eine Herabsetzung der Gebühren voraussichtlich für's Erste nicht gedacht werden könne. Wenn die Verhältnisse mächtiger sind als wir, wenn die Kirche ein Recht auf Gebühren hat, wenn die jura stolae vorhanden sind, dann liegt es nicht in der Macht des Magistrats, eine Aufhebung derartiger Rechte zu verfügen. Wenn mit Rücksicht darauf Herr Rieke erkläre, die ganze Vorlage wäre

unvernünftig, so wolle er sich dabei beruhigen. Er habe die Hoffnung, daß es durch eine sparsame Verwaltung möglich werden werde, derartige Ueberschüsse zu erzielen, daß nach den nöthigen Rückstellungen und Abtragungen der Schulden noch genügende Mittel vorhanden sein werden, um eine dauernde Herabsetzung der Gebühren, namentlich in den unteren Classen, herbeizuführen. Wenn, wie Herr Burchard wünsche, das Dreiklassensystem aufgehoben würde, dann würde das mit Rücksicht auf die Rechte der Kirche, an denen man hier nicht rühren könne, einfach zur Folge haben, daß die Begräbnisse für den ärmeren Theil der Bevölkerung noch vertheuert werden würden, und das habe man vermeiden wollen. Bezüglich der Begräbnisse der kleineren Leute wolle er noch bemerken, daß hier stets eine sehr liberale Praxis sowohl seitens der Kirche wie der Schule geübt worden sei, indem bei den Beerdigungen aus den unteren Classen immer mehr als die Hälfte der Begräbnißgebühren erlassen werde. Der Tarif sei ja, wie richtig bemerkt worden, für denjenigen, der sich noch nicht hineingefunden habe, etwas complicirt. Es lasse sich aber nichts Einfacheres an die Stelle setzen, er würde sonst gern bereit sein, es anzunehmen. Er habe viele Stunden Arbeit auf den Tarif verwandt, und wenn derselbe von anderer Seite, als von Herrn Kiefe, eine unvernünftige Arbeit genannt worden wäre, dann würde er (Redner) sich ein bißchen erschauflern, so aber wolle er es ruhig über sich ergehen lassen. Von dem Tarife anderer Städte scheine Herr Kiefe aber wohl keine Ahnung zu haben, sonst würde er finden, daß unser Tarif bedeutend einfacher sei. Die Complicirtheit unseres Tarifs bestehe nur darin, daß man bestrebt gewesen sei, den ärmeren Classen der Bevölkerung ein möglichst billiges Begräbniß ausrichten zu lassen; das sei der einzige Grund der Complicirtheit. Diese Rücksichtnahme müssen die Herren fühlen, wenn sie auch sagen: es ist nur Schein. (Bravo!)

Herr Günther: Wenn man sich auch der Macht der Kirche fügen müsse, so könne man doch wenigstens Widersinnigkeiten beseitigen. Zu diesen rechne er z. B., daß ein Sarg mit Gallerie mehr kosten solle als ein Sarg ohne dieselbe, weil ja die Särge nicht mehr übereinander, sondern nebeneinander zu stehen kämen. Selbstverständlich halte auch er die Gebühren für zu hoch. Dieselben seien nicht einmal durchweg ermäßigt, bei den mittleren Classen habe sogar eine Steigerung stattgefunden. Die unteren Classen hätten müssen noch mehr herabgesetzt, die oberen aber bedeutend höher normirt werden, dann wäre man gerecht verfahren. Redner fragt schließlich noch an, ob der frühere Gebrauch, daß für einen schwarzen platten Sarg höhere Gebühren verlangt werden, als für einen weißen, auch ferner noch bestehen bleibe, worauf

der Herr Referent erwiedert, daß in dieser Beziehung ein Unterschied zwischen einem schwarzen und weißen Sarge nicht mehr stattfinde.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Unterschied zwischen einem schwarzen Sarge ohne und mit Gallerie finde sich nicht in der Begräbnisordnung selbst, sondern nur im Tarif vor und zwar habe er dort wieder vorgesehen werden müssen, damit die ärmeren Leute möglichst billigst beerdigt werden könnten. Auch habe die Unterscheidung deshalb noch nicht aus der Luft geschafft werden können, weil sich die Höhe der an die Schule zu entrichtenden Abgabe nach der Art des Sarges richte.

Herr Rieke erklärt, daß die von ihm gebrauchten Ausdrücke nicht auf die Magistratsvorlage hätten bezogen werden sollen. Wie der Magistrat zur Sache stehe, wisse er. Die Kirchen müßten einmal von den Todten leben, dagegen lasse sich nichts machen; er habe aber geglaubt, da über die ganze Angelegenheit erst noch mit dem Kirchenconvente verhandelt werden solle, daß das, was hier in der Versammlung erklärt werde, bei der demnächstigen Feststellung Beachtung finden würde. Ueber die persönlichen Bemerkungen des Herrn Oberbürgermeisters wolle er ebenfalls hinweggehen.

Referent bemerkt, daß es sicher richtiger sei, auf diesem Gebiete erst Erfahrungen zu sammeln; sprächen diese für eine Herabsetzung der Gebühren, so werde solche erfolgen. Jetzt aber auf's Gerathewohl, ohne Rücksicht auf die bisherigen Verhältnisse die Sache zu reguliren, sei nicht zu empfehlen. Eine demnächstige Herabsetzung werde sehr angenehm empfunden werden, sehr unangenehm, wenn man nachher gezwungen wäre, mit den Sägen in die Höhe zu gehen.

Die Versammlung geht über zu §. 9, welcher Bestimmungen über die Begräbnisse enthält.

Herr Blasius fragt an, ob der letzte Passus in M 1 des gedachten Paragraphen, wonach gestattet wird, daß todtgeborene Kinder und Leichen von im ersten Lebensjahre gestorbenen Kindern getragen werden dürfen, nicht gestrichen werden könne. Vom gesundheitlichen Standpunkte aus sei es wünschenswerth, daß alle Leichen gefahren würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Auch er habe den Wunsch, daß die Leichen selbst der kleinsten Kinder gefahren werden möchten; wenn man das aber obligatorisch vorschreibe, dann vertheure man den kleineren Leuten wieder die Begräbnisse. Wer es irgend erschwingen könne, werde auch die kleinsten Kinder zum Friedhofe fahren lassen. Was aber die Leichen von kleinen Kindern ganz unmittelter Leute anlange, so hoffe er, daß sich später, wenn der Friedhof das Leichenfuhrwesen selbst in die Hand nehmen sollte, Mittel und Wege finden würden, solche Leichen für diejenigen Gebühren hinauszufahren, für welche sie nach dem neuen

Tarife hinausgetragen werden sollen. Es lasse sich dies aber zur Zeit noch nicht übersehen.

Herr Blasius erklärt sich hierdurch befriedigt.

Zu §§. 10 bis 14 werden Bemerkungen seitens der Versammlung nicht gemacht.

§. 15, Benutzung der Leichenhalle betreffend, lautet unter A 5: „Leichen der an besonders ansteckenden Krankheiten, namentlich der an Pocken, Cholera, Diphtheritis, Scharlach, Flecktyphus, Unterleibstypus, Rückfall-Typus, Rose, Ruhr und Masern Verstorbenen sind thunlichst in einem abgetheilten Raume aufzustellen.“

Herr Blasius ist im Allgemeinen mit §. 15 in sanitärer Beziehung einverstanden, er hätte nur gewünscht, daß in A 5 das Wort „thunlichst“ gestrichen würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält das gedachte Wort deshalb für nöthig, weil eine Epidemien-Sterblichkeit so groß sein könnte, daß es absolut unmöglich sein würde, besondere Räume für an ansteckenden und anderen Krankheiten Gestorbene herzurichten. Redner bemerkt noch, daß alle das sanitäre Wesen berührenden Punkte der Friedhofsordnung dem Aerzte-Vereine zur gutachtlichen Aeußerung mitgetheilt seien. Letztere sei aber noch nicht erfolgt und behalte sich der Magistrat ausdrücklich vor, die Friedhofsordnung in jenen Punkten, wo es der gedachte Verein für nöthig halte, umzuändern.

§. 15 lautet unter 1:

„In die Leichenhalle werden, soweit der vorhandene Raum es gestattet, aufgenommen

- a. diejenigen Leichen, deren Entfernung aus dem Sterbehause vor dem Zeitpunkte ihrer Beerdigung polizeilich angeordnet ist;
- b. auf Antrag der Hinterbliebenen diejenigen Leichen, bei denen der Verdacht gewaltsamen Todes nicht vorliegt und deren Ueberführung in die Leichenhalle durch ärztliches Zeugniß gestattet ist.“

Herr Günther ist mit der Bestimmung sub a nicht einverstanden, weil danach manche die Leiche bis zur letzten Stunde im Hause behalten würden. Der betreffende Passus müßte heißen: „jede Leiche ist sofort oder den andern Tag nach der Leichenhalle zu bringen, wenn es polizeilich gestattet wird.“ Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Herr Blasius fragt an, ob ein solches vom sanitären Standpunkte aus sehr wünschenswerthes Verfahren überhaupt gesetzlich zulässig sei,

worauf Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß man in dieser Weise nicht vorgehen könne, weil dazu die landesgesetzliche Grundlage fehle.

Herr Günther läßt darauf seinen Antrag fallen.

Zu den §§. 16—22 ist nichts Besonderes zu bemerken.

Zu §. 23, die Verschonungszeit der Gräber betreffend, bemerkt Referent, daß bei Feststellung des ursprünglichen Programmes und Bemessung der Größe des Centralfriedhofs eine 30jährige Verschonungszeit der Gräber vorgeesehen sei, während im Entwurfe bestimmt sei, daß die Wiederbenutzung einer belegten Grabstelle frühestens nach Ablauf von 25 Jahren stattfinden solle. Die Majorität der Commission sei der Ansicht, daß man im Interesse der Sparsamkeit und mit Rücksicht auf die neueren anderwärts gemachten Erfahrungen noch weiter mit der Verschonungszeit heruntergehen könne, und schlage vor, an Stelle von „25 Jahr“ „20 Jahr“ zu setzen; die Minorität stimme dem Vorschlage des Entwurfes bei. Der ärztliche Verein werde indessen über diesen Punkt noch gehört werden.

Herr Blasius kann der Ansicht der Majorität nicht beitreten. Abgesehen von den zu nehmenden Gefühlsrückichten, müsse den Leichen, wenn sie nicht sonst schädlich auf Luft, Wasser und Erdboden wirken sollen, auch vom sanitären Standpunkte aus eine möglichst lange Verschonungszeit zur Verwesung gelassen werden, und dazu seien in unserem Klima 30 Jahre erforderlich. In Norddeutschland seien noch nach diesem Zeitraume Särge von weichem Holz gefunden, die vollständig erhalten gewesen wären. Sogar in Berlin, wo doch der den Luftzutritt begünstigende Sandboden und die günstigen Grundwasserverhältnisse die Verwesung der Leichen rascher fördern als bei uns, habe man an einem 30jährigen Turnus festgehalten.

Referent giebt hier eine kurze Zusammenstellung der in verschiedenen größeren Städten geübten Verschonungszeiten, die sich danach zwischen 6 und 30 Jahren bewegen.

Herr Reuter macht darauf aufmerksam, daß man in dieser Beziehung nicht zu weit gehen dürfe, wenn man nicht die Kosten bedeutend vermehren wolle. Es gebe ja auch viele Aerzte, die 20 Jahre für genügend hielten, und man könne um so mehr auf eine möglichst kurze Verschonungszeit eingehen, als der Centralfriedhof in einem Grund und Boden angelegt sei, der die Verwesung außerordentlich begünstige. Es möge wohl vorkommen, daß ein Sarg nach vielen Jahren noch erhalten sei, die Leiche sei dann aber bis auf die Knochen verwest, so daß der Platz sehr wohl anderweit verwandt werden könne.

Herr Schwarzenberg spricht sich gegen eine Herabsetzung auf 20 Jahre aus.

Herr Blasius erwidert Herrn Reuter, daß beim Beisetzungsproceß der Sarg in der Regel einfallt und die Beisetzung dann rascher vor sich gehe. Wenn also der Sarg noch vollständig erhalten sei, dann könne man in den meisten Fällen auch annehmen, daß die Verwesung noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat Gelegenheit gehabt, das Umgraben eines Friedhofes mit anzusehen, in welchem die Leichen 30 Jahre und darüber gelegen hatten. Es hätte sich dabei eine große Anzahl noch ziemlich erhaltener tannener Särge vorgefunden, in keinem einzigen seien aber noch irgend welche Ueberreste von der Leiche vorhanden gewesen.

Herr Wolff spricht vom Standpunkte der Pietät aus für eine Verschonungszeit von 25 Jahren. Man solle mit der Tradition nicht allzuleicht brechen und der den meisten Menschen innewohnenden schönen und guten Sitte, die Gräber der Lieben zu pflegen, Rechnung tragen. Auch dürfe keine Bestimmung getroffen werden, welche eine längere Verschonungszeit von neuen Steuern abhängig mache. Geschehe das, dann werde es dahin kommen, daß diejenigen, die sich aus Liebe und Anhänglichkeit für die Erhaltung der Gräber ihrer verstorbenen Angehörigen interessiren, gewissermaßen zu Gunsten derjenigen besteuert würden, denen solche Gräber gleichgültig sind. Er glaube, daß man mit einer Verschonungszeit von 25 Jahren auf das äußerste Maß heruntergegangen sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Blasius, eine Verschonungszeit von 30 Jahren festzusetzen, abgelehnt, der Magistratsantrag, welcher sich für 25 Jahre ausspricht, dagegen angenommen.

Zu §. 24, Reihengräber betreffend, bemerkt Herr Blasius, daß die für die Grundfläche der Grabstellen für Erwachsene vorgesehene Länge von 2,4 m ungenügend sei; man dürfe die Länge solcher Gräber nicht unter 2,7 m bemessen. Ferner sei die Ausgrabung bei Gräbern für Kinder in einer Tiefe von 1,13 m unzureichend, er schlage vor, 1,46 m zu nehmen, was zur besseren Förderung der Beseitigung wünschenswerth sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Größe der Gräber entspreche dem seiner Zeit hier aufgestellten Programme und denjenigen Dimensionen, welche die Gräber bisher gehabt haben und an anderen Orten, z. B. in Leipzig, als genügend angesehen würden. Bei den Kindergräbern eine etwas größere Tiefe vorzusehen, sei unbedenklich. Uebrigens werde auch dieser Punkt vom ärztlichen Vereine begutachtet werden.

Herr Reuter erinnert auch hier wieder an die finanzielle Seite. Die Herstellung größerer Gräber würde auch wiederum mehr Kosten verursachen und die aufgestellte Berechnung umwerfen.

Bei §. 24, pos. 4, wo die Bestimmung aufgenommen ist, daß die Friedhofsdeputation bei gleichzeitiger Bestattung von nahe verwandten Personen die Beerdigung in einem Doppelgrabe gestatten kann, beantragt Herr Blasius, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei den Verhandlungen mit dem Kirchenconvente dahin

zu wirken, daß Doppelgräber überhaupt nicht mehr gestattet würden. Dieselben seien aus sanitären Rücksichten, da die Verwesung namentlich der unteren Leiche dadurch aufgehalten werde, zu verwerfen. Auch aus Pietätsrücksichten könne es gleichgültig sein, ob zwei Leichen in einem Grabe übereinander oder dicht nebeneinander liegen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Möglichkeit der Anlegung von Doppelgräbern sei mit Rücksicht auf die übliche Sitte, zwei gleichzeitig verstorbene Angehörige ein und derselben Familie in einem Grabe übereinander beizusetzen, offen gelassen.

Herr Günther schließt sich dem Antrage des Herrn Blasius an. Man könne in solchen Fällen die Errichtung eines gemeinschaftlichen Hügels gestatten, dann würden die Wünsche und Gefühle der Angehörigen genügend berücksichtigt.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß es sich ja eigentlich nur um solche Fälle handle, wo die Mutter mit ihrem Kinde beerdigt wird,

worauf Herr Blasius seinen Antrag zurückzieht.

Die §§. 25 bis 30 geben zu Debatten keinen Anlaß.

Herr Günther greift unter Zustimmung des Herrn Vorsitzenden nochmals auf §. 12 zurück, welcher im 2. Absätze die Bestimmung enthält, daß Grabreden außer von den hiesigen Geistlichen, nur von solchen Predigern gehalten werden dürfen, denen dazu von dem die Leiche begleitenden Geistlichen oder — in Ermangelung eines solchen — von dem Stadtsuperintendenten die Erlaubniß erteilt ist. Redner hält diese Bestimmung für überflüssig und beantragt, den Magistrat zu ersuchen, dieselbe wenn thunlich zu streichen.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hat, daß man zur Streichung dieser Bestimmung die Macht nicht habe,

wird der Antrag des Herrn Günther abgelehnt.

Die Vorlage wird darauf im Ganzen genehmigt und nur dem Magistrate anheimgegeben, §. 2 wenn thunlich in der oben angegebenen Weise zu ändern.

II. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Sievers für die Finanz-Commission erstatteten Berichte, dem Laternencontroleur Petri eine vom Magistrat unterm 2. Juli c. beantragte Gehaltszulage von 150 M jährlich, vom 1. Juli c. angerechnet, zu bewilligen.

III. Herzogliches Staatsministerium hat mittelst Rescripts vom 2. Juli v. J. M. 4250 die Anstellung des Baumeisters Leigen als städtischen Hüfsbeamten im Sinne des Statuts vom 19. April 1880, die Ordnung des Dienstes bei der Stadt-

verwaltung betreffend, insonderheit als Lehrer und Leiter der Abtheilung „Gewerbeschule“ an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule genehmigt und zugleich die Schulverfassung unter der Bedingung gutgeheißen, daß der erste Absatz des §. 14 derselben folgende Fassung erhalte:

„Der Unterricht wird in der Regel von remunerirten Lehrern erteilt, welche auf Vorschlag des Schulvorstandes vom Stadtmagistrate wider-
rücklich angenommen werden. Stellen an der Schule, deren Inhaber feste Anstellung auf Lebenszeit oder auf Kündigung gewährt werden soll, können nur durch übereinstimmenden Beschluß des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten errichtet werden. Die Inhaber solcher Stellen sind städtische Hilfsbeamte im Sinne des Statuts vom 19. April 1880, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung zu Braunschweig betreffend. Errichtung und Besetzung solcher Stellen bedarf der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums.“

Der Magistrat giebt der Versammlung mittelst Schreibens vom 12. Juli c. anheim, sich mit dieser Fassung einverstanden zu erklären.

Die Schulcommission, für welche Herr Kandorff berichtet, schließt sich dem Magistratsantrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

Danach

III. berichtet Herr Frahe im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 20. Juli c., Dispens von der Bauordnung beim Ausbau kleinerer Wohnungen betreffend.

Nach Vorschrift des §. 34 der Landesbauordnung und §. 55 des Ortsbaustatuts ist es unzulässig, bei einem Um- und Ausbau von Fachwerkwohnhäusern, wenn solcher einem Neubau gleichzuachten ist, nicht massive Umfangswände zu errichten bez. beizubehalten. In letzterer Zeit ist nun mehrfach von Personen, welche im Besitze von theilweise unbewohnten Fachwerksgebäuden sind und diese zu kleineren Wohnungen weiter ausbauen wollen, der Antrag gestellt, sie zur Erleichterung der Durchführung ihres Vorhabens in Rücksicht auf den Mangel kleinerer und billiger Wohnungen von jener Vorschrift zu entbinden. Herzogliches Staatsministerium hat denn auch auf Ansuchen des Stadtbauamts wiederholt derartige Anträge genehmigt. In dem Ministerialrescripte vom 24. April c. Nr. 2256 wird indeß verlangt, daß über die bei ähnlichen Angelegenheiten zu befolgenden Grundsätze eine generelle Beschlußfassung der städtischen Behörden herbeigeführt werde. Der Magistrat erachtet es nun zwar nicht für zweckmäßig, im Wege der Statutargesetzgebung vorzugehen, hält es jedoch bei dem Mangel billiger,

kleinerer Wohnungen für geboten, den Ausbau nicht massiver Gebäude innerhalb der Umfluthgräben zu kleineren Wohnungen thunlichst zu fördern und zu dem Ende Dispensation von den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften zu erwirken, theils um dadurch eine Ermäßigung der gegenwärtig zu hohen Miethpreise solcher Wohnungen zu erzielen und so einer Ueberfüllung der kleineren Wohnungen entgegenzuarbeiten, theils um dadurch einer übermäßigen Ausdehnung der Stadt, welche mit unverhältnißmäßigen Kosten für Canalisation, Gas- und Wasserversorgung, Bewachung und Straßenreinigung zc. verbunden ist, vorzubeugen. Um diesen Rücksichten, zugleich aber auch dem Verlangen des Herzoglichen Staatsministeriums Rechnung zu tragen, schlägt der Magistrat vor, daß die städtischen Behörden dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber den Wunsch aussprechen, daß von den Vorschriften des §. 34 der Bauordnung und des §. 54 des Ortsbaustatuts auf Ansuchen des Stadtbauamts in solchen Fällen Dispensation ertheilt werden möge, wo es sich um den Um- und Ausbau älterer nicht massiv errichteter Gebäude zu kleineren Wohnungen handelt, daß das Stadtbauamt aber zugleich ersucht wird, Dispositionsanträge der gedachten Art nur solange zu stellen, als sich ein Mangel kleinerer Wohnungen in der That geltend macht.

Die Commission empfiehlt der Versammlung, sich mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden zu erklären.

Herr Burchard kann dem Vorschlage nicht zustimmen, da derselbe zur Folge haben werde, daß, um nur recht viel Miethe herauszuschlagen, eine Menge kleiner, unbewohnbarer Räume geschaffen würden. Besser wäre es, wenn die Bauordnung dahin geändert würde, daß den Bauunternehmern nicht soviel Schwierigkeiten bereitet würden, damit sie von vornherein billiger bauen könnten. Der Grund und Boden sei theuer; es müsse sehr hoch gebaut werden und dadurch würden die Wohnungen theuer.

Der Herr Referent kann sich als Fachmann die letztgeäußerte Ansicht nicht erklären. Grade weil der Grund und Boden sehr theuer sei, müsse er ausgenutzt und mit recht hohen Gebäuden besetzt werden. Je höher die Gebäude, desto billiger die Wohnungen.

Herr Burchard: Je höher gebaut werde, desto theurer würden die Wohnungen durch die bestehenden Vorschriften.

Herr Kieke kann sich für die Vorlage nicht sehr interessiren. Man wisse nicht, ob sich die Speculation nicht auch dieser Seite bemächtige. Wohnungen, wie sie der Arbeiter mit einer Einnahme von 7 bis 800 M bezahlen könne, würden doch nicht geschaffen. Auch von den Projecten der Herstellung kleinerer Wohnungen am Giersberg und auf den hinter dem Huch'schen Hause anzulegenden Straßen

werde, wie die Sache gehandhabt sei, dem kleinen Mann nichts zu Gute kommen. Man wisse immer nicht, wie weit die Speculation dabei die Hand im Spiele habe und die Miethen der kleinen Häuser in die Höhe schraube. Wenn für die Schaffung von Wandel wirklich Garantien geboten würden, dann würde er der Vorlage gern zustimmen.

Herr Blasius ist fest überzeugt, daß mit Annahme des Magistrats-Vorschlags eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der kleineren Leute geschaffen werde, indem diese in den auszubauenden kleineren Wohnungen einen weit gesunderen und angenehmeren Aufenthalt finden würden, als in ihren jetzigen.

Herr Günther würde mit dem Vorschlage einverstanden sein, wenn es allein auf den Beschluß der Stadtverordneten ankäme, den Dispens zu ertheilen.

Herr Reuter macht darauf aufmerksam, daß im inneren Stadtgebiete sich eine Menge Häuser mit großen Bodenträumen befinden, die von nur einer Familie bewohnt werden, in denen aber, wenn sie ausgebaut würden, mit Bequemlichkeit sechs Familien Wohnung haben könnten. Gern würden die Besitzer solcher Häuser den Ausbau zu Wohnungen vornehmen lassen, wenn sie von der Verpflichtung, massive Wände zu ziehen, entbunden würden. Die in verschiedenen kleinen Straßen auf den Böden eingerichteten ungesunden Wohnungen müßten gänzlich verschwinden, und das komme, wenn erst etwas Besseres geboten werde. Wenn Dispensationen beim Ausbau solcher Häuser beantragt werden sollten, aus denen sich effectiv keine gesunden Wohnungen herrichten lassen, dann werde das Stadtbauamt selbstverständlich die Dispensation verweigern. Schließlich bemerkt Redner noch, daß er das Verhalten der Herren, welche der Magistratsvorlage entgegengetreten, nicht verstehe. Es werde immer geklagt, daß nicht genug zur Bekämpfung der Wohnungsnoth geschehe, und wenn nun wirklich etwas in dieser Richtung gethan werden solle, dann stoße man auf Opposition.

Herr Blasius warnt, auf den Vorschlag des Herrn Günther, daß der Dispens nur von den Stadtverordneten ertheilt werden solle, einzugehen; die Versammlung würde die daraus entstehenden Arbeiten gar nicht bewältigen können.

Nachdem der Herr Referent noch bemerkt hat, daß man es unbedenklich dem Stadtbauamte überlassen könne, in derartigen Fällen zu entscheiden, wird der Magistratsantrag genehmigt.

Auf Grund von Berichterstattungen seitens des Referenten der Finanz-Commission, Herrn v. Seckendorff, wird sodann beschlossen:

V. den vom Stadtmagistrate unterm 16. Juli c. beantragten Credit von 500 M zur Beschaffung eines eisernen Geldschrankes für die Bürgerischulcasse aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu bewilligen;

VI. dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 16. Juli c. gemäß

- 1) sich damit einverstanden zu erklären, daß der Zinsfuß für das der Wittve des Knochenhauers Carl Behrens hieselbst gegen Verpfändung ihres an der Glesmaroderstraße N^o ass. 4180 belegenen Grundstücks aus städtischen Mitteln vorgeliehene Hypothekcapital zu 17250 M vom 1. Januar k. J. an von $4\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{4}$ % ermäßigt werde,
- 2) den Stadtmagistrat zur Herabsetzung des Zinsfußes für städtische Hypothekforderungen auf $4\frac{1}{4}$ % generell zu ermächtigen.

VII. Bei Gelegenheit des Neubaus des Beddies'schen Hauses N^o ass. 2102 am Hagenmarke hat das Stadtbauamt für die an der Südseite des Hagenmarktes belegenen Häuser die auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b bezeichnete Baulinie in Vorschlag gebracht. Der Magistrat ist mit derselben einverstanden und ersucht die Versammlung unterm 29. Juli c. auch ihrerseits das Einverständniß zu erklären.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Reuter berichtet, wird dem Ersuchen des Magistrats entsprechend beschlossen.

Danach

VIII. berichtet Herr Heymann namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 29. Juli c. die Verbreiterung und Instandsetzung der Kramerstraße betreffend.

Der größere Theil der Grundbesitzer, welche zur gedachten Straßenverbreiterung Terrain abzutreten haben, ist bereit, solches der Stadt zum Preise von 5 M pro qm käuflich zu überlassen, wogegen der Bauunternehmer Vertram und der Magazinverwalter Sattler 10—12 M pro qm für die von ihnen abzutretende Länderei fordern. Der Magistrat hält den Preis von 5 M für angemessen und hat mit den betreffenden Eigenthümern unterm 25. und 28. Juli Kaufcontracte abgeschlossen, welche er zu genehmigen beantragt. Bezüglich der von Vertram und Sattler abzutretenden Länderei ersucht der Magistrat, ihn zu ermächtigen, die Expropriation bei Herzoglichem Staatsministerium zu beantragen, zugleich aber zu genehmigen, daß die letztgedachte Länderei, wenn sich dazu noch Gelegenheit bieten sollte, ebenfalls zum Preise von 5 M pro qm angekauft werde. Ferner hat der Magistrat mit denjenigen Grundeigenthümern, welchen Terrain der jetzigen Kramerstraße ange schnitten wird, unterm 25. Juli einen Contract abgeschlossen, laut dessen dieselben 5 M pro qm für das ihnen zufallende Terrain zu zahlen haben. Auch diesen Contract ersucht der Magistrat gutzuheißen.

Von der Finanzcommission empfohlen, gelangen die Magistratsanträge ohne Weiteres zur Annahme.

Weiter

IX. referirt Herr *H e h m a n n* im Auftrage der Statutencommission über das Magistratschreiben vom 28. Juli d. J., die Canalisirung des Okergrabens von der Stecherstraße abwärts bis zum Grundstücke *N* ass. 1315 an der Hagenbrücke betreffend.

Die sämtlichen Eigenthümer der an dem bezeichneten Okertractus belegenen Grundstücke haben Einspruch gegen dessen Canalisirung nicht erhoben und, mit Ausnahme des Kaufmanns *Holland*, erklärt, daß sie Ansprüche auf den Erwerb des trocken gelegten Okerterrains nicht erhöhen, dagegen aber auch Beiträge zu den Kosten der Canalisation zu leisten nicht geneigt seien. Mit *Holland* ist laut notariellen Vertrages vom 20. März c. eine Vereinbarung dahin getroffen, daß derselbe das durch die Canalisation trocken zu legende Okerterrain, soweit dasselbe an sein jetziges Grundstück und an das an ihn von der Stadt verkaufte Terrain angrenzt, bis zur Hälfte des vormaligen Flußbettes gegen Uebernahme der entsprechenden Canalisationskosten und der sonst von Herzoglicher Kreisdirection zu stellenden Bedingungen erwirbt.

Die Eigenthümer der östlich und nördlich an den Okergraben grenzenden Grundstücke haben ihre Zustimmung zu der Canalisation an die Bedingung geknüpft, daß die der Oker zugekehrten Fenster ihrer Häuser nicht verbaut werden.

Hinter den an der Nordseite der Stecherstraße sub *N*ris. ass. 1338 bis 1342 belegenen Grundstücken befindet sich ein Wassergang, welcher zum Schöpfen von Wasser aus der Oker und zur Abführung des Haus-, Küchen- und Regenwassers benutzt wird. Die betreffenden Eigenthümer haben erklärt, gegen die Canalisation Einwendungen nicht zu erheben, auch auf ihr Recht zur Entnahme von Wasser aus der Oker verzichten zu wollen, wenn in dem Wassergange auf Kosten der Stadt ein unterirdischer Canal zur Abführung des Schmutz- und Regenwassers in den anzulegenden Hauptcanal hergerichtet und ihnen das Terrain des Wasserganges unentgeltlich überlassen werde. Außerdem hat der Materialwaarenhändler *Wolff*, Eigenthümer des Grundstücks *N* ass. 1318 an der Hagenbrücke, noch zur Bedingung gestellt, daß die aus den benachbarten Grundstücken durch sein Grundstück führenden Gassen bei der Anlage des Zweigcanals berücksichtigt werden müßten.

Der Magistrat hält die gestellten Bedingungen aus verschiedenen im Schreiben näher entwickelten Gründen für annehmbar, und ersucht die Versammlung, sich mit

der Canalisirung des gedachten Theils des Burgmühlengrabens einverstanden zu erklären, insbesondere zu genehmigen,

- 1) daß seitens der Stadt die Verpflichtung übernommen werde, die nach dem Okergraben zu belegenen Fenster in den östlich und nördlich an demselben liegenden Häusern nicht zu verbauen,
- 2) daß seitens der Stadt in dem oben erwähnten Wassergange ein unterirdischer Canal zur Abführung der Haus- und Regenwässer von den an dem Wassergange belegenen Grundstücken hergestellt und die Kosten desselben mit 400 M. von der Stadt übernommen werden, den betreffenden Anliegern des Wasserganges auch das Terrain desselben nach Verhältniß der Frontlänge der Grundstücke überlassen werde.

Ferner beantragt der Magistrat

- 3) den unterm 20. März c. mit dem Kaufmann Holland abgeschlossenen Contract zu genehmigen, und
- 4) die auf 10 000 M. veranschlagten Kosten des Canals zu verwilligen.

Die Commission hat keine Bedenken gegen die Magistratsanträge und empfiehlt dieselben zur Annahme.

Eine Debatte knüpft sich an diesen Gegenstand nicht, dagegen nimmt Herr Reiche Gelegenheit, den Stadtmagistrat zu bitten, doch thunlichst noch im Laufe des Jahres auf eine Canalisirung der Zimmerstraße Bedacht zu nehmen.

Darauf wird den Magistratsanträgen gemäß beschlossen.

X. Der Schlachtermeister Eduard Bäsecke, Sonnenstraße 1a, hat gegen die von den städtischen Behörden im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizeidirection für die Sonnenstraße beschlossene Baulinie Einwendung erhoben. Der Magistrat hält aber in seinem Schreiben vom 20. Juli c. unter näherer Darlegung der Gründe diesen Einwand nicht für geeignet, den zum Zweck einer im Interesse des öffentlichen Verkehrs dringend wünschenswerthen Verbreiterung der Sonnenstraße gefaßten Beschluß, da gegen denselben lediglich Privatinteressen vorgebracht sind, wieder zu beseitigen, und ersucht die Versammlung, sich mit der Expropriation des zur Straße erforderlichen Bäsecke'schen Gebäudetheils, event. des ganzen Gebäudes, einverstanden zu erklären.

Die Baucommission, für welche Herr Reiche berichtet, empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme. Die Uebelstände, welche durch die Schmalheit der Sonnenstraße herbeigeführt würden, seien hinreichend bekannt, und brauche deshalb wohl auf das Wünschenswerthe der Verbreiterung derselben nicht weiter hingewiesen zu werden. — Der Schlachtermeister Bäsecke habe aber die ihm seitens des Magistrats

gemachten sehr guten Angeboten zurückgewiesen und Forderungen gestellt, auf welche entschieden nicht eingegangen werden könne.

Unter Verwerfung des Wäsecke'schen Einwandes beschließt darauf die Versammlung dem Magistratsantrage gemäß.

XI. Ein Arbeiter der Fabrik von Zeitter und Winkelmann hat zur Anschaffung einer Brille eine Unterstützung aus der hiesigen Ortskrankencasse erhalten. Die Fabrik, welche gesetzlich verpflichtet ist, den Betrag zurückzuerstatten, hat sich geweigert, solches zu thun, indem sie glaubt, nicht dazu verpflichtet zu sein, weil ihr der betreffende Arbeiter bei seinem Engagement mitgetheilt hätte, daß er bereits bei einer anderen Krankencasse versichert sei. Die Angabe des Arbeiters hat sich aber nicht bestätigt und wäre es Sache der Fabrik gewesen, sich von der Wahrhaftigkeit der Angabe durch Einsichtnahme der Papiere zu überzeugen und den Arbeiter event. bei der hiesigen Krankencasse anzumelden. Der Magistrat beantragt, ihn zur Klageerhebung gegen gedachte Fabrik wegen Rückerstattung der gezahlten Unterstützung zu ermächtigen.

Mit dem Bemerken, daß der in Frage kommende Betrag allerdings nur ein geringer sei, daß es sich aber um Austragung einer Principienfrage handle, empfiehlt Herr Heymann als Referent der Statutencommission, den Magistratsantrag zu genehmigen.

Es geschieht dies ohne Debatte.

XII. Ueber die Magistratsvorlage vom 17. August c., die Beleuchtung der Geysostraße betreffend, hat Herr Sievers namens der Finanzcommission zu berichten.

Auf Anregung der Direction der Landeseisenbahn sind auf der Geysostraße, welche zwar noch unbebaut ist, aber der Nähe des Nordbahnhofs wegen eine Beleuchtung nicht mehr entbehren konnte, sechs Candelaber aufgestellt, was einen Kostenaufwand von 592,67 M verursacht hat. Der Magistrat beantragt nachträgliche Genehmigung dieser Beleuchtungsanlage und Bewilligung der Herstellungskosten aus dem Reservefonds des Gaswerks.

Die Commission befürwortet den Antrag.

Nachdem Herr Niese bemerkt hat, daß er zwar nichts dagegen habe, wenn immer mehr Licht verbreitet werde, daß aber die Geysostraße, solange keine Nachtzüge vom Nordbahnhofe abgelassen würden, einer Beleuchtung nicht so sehr bedürfe, wie manche andere bereits mit Gebäuden bestandene Straßen, wie beispielsweise die Rosenstraße,

gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

Sodann

XIII. folgt, von Herrn Wolff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 12. v. Mts., den Ankauf des Schützenplatzes betreffend.

Nach dem Ortsbauplane wird die Ringstraße im Norden der Stadt das an der Neustadtmaasch belegene, der hiesigen Schützengesellschaft gehörige Grundstück in der Weise durchschneiden, daß verschiedene der darauf befindlichen Gebäude beseitigt werden müssen und eine weitere Benutzung des fraglichen Grundstücks durch die Schützengesellschaft für ihre Zwecke ausgeschlossen erscheint. Da letztere somit bei einer etwaigen Expropriation ohne Frage den stadtseitigen Erwerb des ganzen in Rede stehenden Terrains würde verlangen können, so hat der Magistrat bei den gepflogenen Verhandlungen auf diesen Bedacht genommen. Die Schützengesellschaft hat für das ganze, 256 Ar haltende Grundstück nebst Gebäuden — jedoch ausschließlich des Schützengestelles — 85 000 M gefordert. Wenngleich das Grundstück nebst Gebäuden, und zwar einschließlich des zu 4200 M abgeschätzten Zettes, nach einem Gutachten der städtischen Bauverwaltung zur Zeit nur einen Werth von 71 240 M hat, so hält der Magistrat doch zur Vermeidung des Expropriationsverfahrens für angezeigt, auf die Offerte der Schützengesellschaft einzugehen und giebt anheim, ihn zum Ankaufe des gedachten Grundstücks zu ermächtigen und zu dem Zwecke den Betrag von 85 000 M zu verwilligen.

Die Commission ist der Ansicht, daß das Stadtbauamt das Grundstück etwas zu niedrig abgeschätzt habe, indem dasselbe den Umstand nicht genügend berücksichtigt habe, daß die Form des Grundstücks — selbstverständlich beim Nichtvorhandensein des Ringstraßenprojects — sehr wohl die Anlage einer Straße längs der Oker gestatte; sie giebt deshalb anheim, die vom Magistrate angeforderte Summe zu bewilligen.

Herr Günther ist der Meinung, daß für das Schützengrundstück nicht mehr gezahlt werden müsse, als wozu es von der städtischen Bauverwaltung abgeschätzt sei. Er könne es nicht schön finden, daß es die Schützengesellschaft mit der Stadt, von der sie doch schon seit langen Jahren Unterstützung bezogen habe und noch zu beziehen gedenke, so genau nehme, und mit dem von der Stadt erhaltenen Gelde gewissermaßen noch Gewinn erzielen wolle. Er sei für Ablehnung des Magistratsantrags.

Herr Krahe hält es nicht für rathsam, die Offerte der Schützengesellschaft abzulehnen; denn wenn diese das Tagatium der städtischen Bauverwaltung nicht annehme und das Terrain müßte später, wenn es die Stadt nöthig habe, expro-

priirt werden, dann würde höchstwahrscheinlich noch mehr bezahlt werden müssen, als jetzt gefordert werde. Er finde den Kaufpreis sehr niedrig und wenn er als Privatmann den Platz besäße, würde er ihn nicht unter 100 000 M hergeben.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Der Magistrat habe gemeint, auf eine Forderung von 85 000 M eingehen zu sollen, um eine Expropriation zu vermeiden, die sich häufig sehr in die Länge ziehe, viel Schwierigkeiten und Kosten verursache und erfahrungsmäßig nicht immer zu guten Resultaten führe. Wegen der Terrain-erwerbungen an der Leonhardstraße sei man heute noch im Proceß verwickelt. Die Ansicht des Herrn Vorredners, daß das Grundstück so sehr viel werth sei, könne er allerdings nicht theilen, da dasselbe im Inundationsgebiete der Oker liege und erst durch die projectirte Straßenanlage Werth bekomme. Wenn das Grundstück so werthvoll wäre wie Herr Krahe meine, dann würde sich seiner längst die Speculation bemächtigt haben.

Herr Reiche bittet dringend dem Magistratsantrage zuzustimmen. Die von allen Anwohnern so sehnlichst gewünschte Ausführung der Brückenverbindung zwischen Petri- und Wendenmash, sowie der Ringstraße rücke immer näher und nun sollte man sich noch mit langwierigen Expropriationsverhandlungen abgeben? Er bitte zu geben, was gefordert werde, damit die Sache endlich zu Stande komme.

Nachdem Herr Günther noch bemerkt hat, daß die Schützengesellschaft sich wohl geniren und es gar nicht zur Expropriation kommen lasse werde,
gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

XIV. Ueber das Schreiben des Stadtmagistrats vom 12. August c., die Anlage eines privisorischen Verbindungsweges zwischen Wilhelmsplatz und Ruhfäutchenplatz betreffend, hat Herr Reuter namens der Baucommission Bericht zu erstatten.

Da die Verhandlungen wegen Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen dem Wilhelmsplatze und der Casparistraße noch nicht soweit gediehen sind, daß auf eine baldige Ausführung des Projects gerechnet werden kann, so hält es der Magistrat im Interesse des Verkehrs für angezeigt, noch vor Eintritt des Winters einen provisorischen Fußweg zwischen der Officier-Speiseanstalt und dem Ruhfäutchenplatze herstellen zu lassen. Die Kosten dieses Weges hat die städtische Bauverwaltung zu 1150 M veranschlagt, worunter sich aber 150 M für Verschüttung des Okerbettes befinden, welche ohnehin verausgabt werden müßten, und 675 M für Trottoirplatten, welche demnächst anderweit verwendet werden können. Der Magistrat giebt anheim, die fraglichen 1150 M zu verwilligen.

Die Baucommission, welcher die Angelegenheit zur Begutachtung vorgelegen hat, ist mit der gedachten Wegeanlage einverstanden. Sie hat nur das Bedenken gefunden, daß in der Mitte des Weges Trottoirplatten gelegt werden sollen, für deren einzige Wiederverwendung nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung der demnächstige Verkauf derselben in Aussicht gestellt sei. Die Commission glaube, daß derselbe Zweck erreicht werde, wenn statt der Trottoirplatten behauene Steine genommen würden, wie sie Herzogliche Baudirection vielfältig zu Uebergängen an den Wallpromenaden in Anwendung bringe. Es würden dann statt 675 M nur 345 M erforderlich sein und man habe noch den Vortheil, daß solche Steine bei der definitiven Straßenanlage nach Herstellung der Burg sogleich wieder zur Herstellung des Straßenpflasters verwendet werden könnten. Die Commission gebe anheim, die Kosten zu bewilligen, dem Magistrat aber zur Erwägung zu verstellen, ob es sich nicht empfiehlt, statt der projectirten Trottoirplatten behauene Steine in Anwendung zu bringen.

Der Commissionsantrag wird ohne Debatte genehmigt.

Darauf

XV. beschließt die Versammlung in Gemäßheit eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 5. v. Mts., über welches Herr Lüderßen im Namen der Statutencommission berichtet, sich mit der Umwandlung der Bierzeitengelder vom 1. Januar 1887 an in eine der Stadtcasse aufzulegende Geldrente von 30 M einverstanden zu erklären.

XVI. Die Stadt Halle a. S. hat eine Anlage zur Reinigung dortiger Abwässer nach dem Müller-Nahnsen'schen Systeme, auf welches der hiesige Magistrat schon früher als ein Concurrrenzsistem des Röckner-Nothe'schen Verfahrens hingewiesen hat, hergestellt und in Betrieb gesetzt. Der Magistrat hält es für angezeigt, eine Prüfung auch dieser Anlage für die hiesigen Verhältnisse vornehmen zu lassen und ersucht die Versammlung, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Mitglieder der im Herbst v. J. zur Besichtigung der Essener Reinigungsanlagen verordneten Deputation — Oberbürgermeister Pockels, Stadtverordneter Dr. Blasius, Ingenieur Mitgau und Professor Arnold — zu beregtem Zwecke nach Halle a. S. entsandt werden.

Die Versammlung beschließt dem Magistratsantrage gemäß, nachdem derselbe von Herrn v. Seckendorff namens der Finanzcommission empfohlen ist.

XVII. erhält Herr Günther das Wort zur Motivirung seines zu Anfang der Sitzung eingebrachten Antrags:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen

a. daß er

- 1) die Errichtung einer Badeanstalt für kalte und warme Bannen- und Douchebäder in Verbindung mit einem Schwimmbassin auch für Frauen,
- 2) die Einführung des Schwimmunterrichts für Kinder der hiesigen Schulen,

ins Auge fassen und der Versammlung demnächst eine Vorlage darüber machen möge;

b. daß er die Frage der Einrichtung von Badezimmern in den hiesigen Schulen in Erwägung ziehe und der Versammlung Bericht erstatten und event. eine Vorlage unterbreiten möge.

Antragsteller legt in längerer Rede die verschiedenen Gesichtspunkte dar, welche ihn zur Einbringung seines Antrags veranlaßt haben. Er betont, daß die warmen Bäder mit den Flußbädern in Verbindung gebracht werden müßten und bringt Details darüber vor, wie er sich diese Einrichtungen denkt. Für einen geeigneten Platz zur Anlage einer solchen Anstalt halte er das äußerste Ende des neu anzulegenden Stadtparkes, bei der sogenannten Oertheilung, der allerdings für den Winter der großen Entfernung wegen nicht zweckmäßig sei. Vielleicht eigne sich dazu auch der Eisenbahnpark in der Nähe des Wasserwerkes. Für den Winter müsse neben warmen Bannen- und Douchebädern auch auf ein Winterschwimmbassin Bedacht genommen werden. Die ganze Anlage könne wohl für 80 000 M hergestellt werden. In noch höherem Maße als das Baden wirke das Schwimmen gesundheitsfördernd auf den menschlichen Organismus; durch dasselbe würden die Athmungsorgane zu höherer Thätigkeit gezwungen, und da die Luft über dem Wasser in der Regel rein sei, der Lunge frische Luft zugeführt; es sei somit dem Turnen vorzuziehen, wobei in den staubigen Turnhallen der Lunge Staub zugeführt werde; bei dem Schwimmen werde das von den Aerzten so sehr empfohlene Lungenturnen auf die natürlichste Weise geübt. Das Schwimmen müsse ganz besonders gepflegt werden. Wenn man aber seine Ansicht theile, so müsse man bei der Jugend anfangen, die Schule habe die Pflicht, auf die Wichtigkeit des Schwimmens hinzuweisen, und die Gemeinde habe die Mittel dazu zu gewähren, daß ein Jeder das Schwimmen lernen könne, gerade wie beim Turnunterricht. Er habe die Beobachtung gemacht, daß Kinder, die nicht die Mittel hatten, Schwimmunterricht zu nehmen, sich den Sommer hindurch im Wasser abmühten, ohne es zu einer Fertigkeit zu bringen, während es durch den Schwimmlehrer in einigen Wochen zu erlernen sei. Aber nur des Schwimmens Kundige seien regelmäßige Besucher der Badeanstalten, während Nichtschwimmer nur an warmen Tagen der Erfrischung wegen

ein Bad nehmen. Die Kosten würden nach einer einmaligen Ausgabe für die Verlängerung der Longirbrücke an der städtischen Badeanstalt oder Anlegung einer neuen nur unbedeutend sein; es handle sich in erster Linie um Anstellung von vielleicht zwei Schwimmlehrern. Im Uebrigen bemerke er, daß er vorläufig nur den Schwimmunterricht für Knaben und vorläufig nur fakultativ im Auge gehabt habe; es sei aber zu empfehlen, ihn auch auf Mädchen auszudehnen. Redner weist auch auf die Wichtigkeit des Schwimmens gerade für den weiblichen Organismus hin. — Ueber die Einrichtung von Badezimmern in den Schulen hat Redner einen Artikel in der Zeitschrift für öffentliche Gesundheitspflege gelesen, in welchem hervorgehoben wird, daß eine solche Einrichtung von großer Bedeutung sei und keineswegs den Unterricht störe, für den Reinlichkeits Sinn und den Gesundheitszustand der Kinder aber von überaus wohlthätiger Wirkung sei.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen, welche die Schulcommission bei ihrer Berathung zuziehen wird.

Schließlich

XVIII. begründet Herr Reiche seinen Eingangs erwähnten Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die erforderlichen Schritte zu thun zur Erreichung des Zweckes

- 1) über das Petriwehr eine Fußgängerbrücke und durch den jetzigen Schleusenwärtergarten einen Weg nach der Maschstraße, und
- 2) von der Maschstraße durch den Garten des Particulier Bape einen Weg nach der Straße hinter der Masch

zu legen und ihr demnächst hierüber eine Vorlage zu bringen.

Es wird vom Antragsteller auf die große Frequenz in der Maschgegend und auf die Unzulänglichkeit der dortigen Verkehrswege hingewiesen. Ferner macht Redner darauf aufmerksam, daß die gedachte Wegeanlage bereits im Stadterweiterungsplane vorgesehen sei und nach dem Urtheile eines Sachverständigen keine großen Kosten verursache. Die Bedürfnisfrage sei außer allem Zweifel.

Auch dieser Antrag wird genügend unterstützt und der Finanzcommission mit dem Anheimgeben überwiesen, bei der Berathung die Baucommission zuzuziehen.

Schluß der Sitzung.

In der noch folgenden vertraulichen Sitzung

- 1) wird die Genehmigung für den Stadtbaurath Winter ertheilt, die Burg Dankwarderohe herzustellen;

- 2) werden die Herren Pastor Pini, Rentner Krause, Particulier Römer und Particulier Becker zu Armenpflegern gewählt;
 - 3) verwilligt die Versammlung die Kosten für den Druck von Listen;
 - 4) gelangt das II. Verzeichniß über Steuerreklamationen pro 1886 zur Berathung.
-

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. September 1886.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Errichtung einer Badeanstalt, Einführung des Schwimmunterrichts in den Schulen, Anlage von Badezimmern in den Schulen.
- II. Uebernahme der Straßenreinigung Seitens der Stadt.
- III. Neue Baulinie am Damme.
- IV. Project für Instandsetzung des Stadtparks im Gänsewinkel.
- V. Bebauungsplan für das Henneberg'sche Grundstück.
- VI. Erwerb eines Bauplatzes für die städtische Mädchenschule.
- VII. Nachträglicher Erwerb von Terrain im Kennel zu Zwecken des Klärbassins.
- VIII. Anlage eines Canals im Stadtpark.
- IX. Vermietung von interimistischen Schulräumen.
- X. Belegung der verlängerten Hujarenstraße mit Wasserröhren.

Vertraulich:

Wahl eines Oberheizers.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Erledigung von Steuerreclamationen in der Recursinstanz.

Entschuldigt die Herren Blasius, Buchler, Lüderßen, Natalis, Rieke, Schwarzenberg und von Seckendorff. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Metemeyer.

Der Herr Vorsitzende Semler eröffnet die Sitzung und

I. berichtet, da die von der Commission bestellten Referenten nicht erschienen sind, über den von Herrn Günther in voriger Sitzung eingebrachten Antrag:

die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen,

a. daß er

- 1) die Errichtung einer Badeanstalt für kalte und warme Bannen- und Douchebäder in Verbindung mit einem Schwimmbassin für Frauen,
- 2) die Einführung des Schwimmunterrichts für Kinder an hiesigen Schulen,

in's Auge fassen und der Versammlung demnächst eine Vorlage darüber machen möge;

- b. daß er die Einrichtung von Badezimmern in den hiesigen Schulen in Erwägung ziehe und der Versammlung Bericht erstatten und event. eine Vorlage unterbreiten möge.

Der Antrag habe der vereinigten Statuten- und Schulcommission zur Prüfung vorgelegen und dort in allen Punkten entgegenkommende Aufnahme gefunden.

Die Errichtung eines Volksbades sei keine neue Idee, indem ein derartiges Project bereits früher vom Vereine für öffentliche Gesundheitspflege ins Auge gefaßt und auch der Vollendung nahe geführt sei. Das Zustandekommen sei nur daran gescheitert, daß die Stadtverordneten-Versammlung einen noch erforderlichen, allerdings nicht unerheblichen Zuschuß verweigert habe, und man sich sonach sagen mußte, daß, wenn die städtischen Behörden kein Interesse an der Sache haben, man dieselbe selbstständig ins Leben zu rufen nicht vermöchte. Es sei deshalb anzuerkennen, daß die Angelegenheit wieder in Anregung gebracht sei und habe auch die vereinigte Commission einstimmig beschlossen, sich für die unter a 1 gedachte Errichtung einer Badeanstalt auszusprechen. Ein bezüglichlicher vom Obergeringieur Mitgau und Stadtbaurath Winter ausgearbeiteter Plan liege bereits vor, so daß also ein ganz unbekanntes Gebiet nicht beschritten zu werden brauche. Da außerdem in anderen Städten bereits derartige Einrichtungen vorhanden seien, so sei anzunehmen, daß auch der Stadtmagistrat besondere Bedenken nicht dagegen erheben werde.

Bezüglich der unter a 2 gedachten Frage über die Einführung des Schwimmunterrichts in den Schulen seien die städtischen Behörden allein nicht competent zu entscheiden, es könne dieselbe vielmehr nur im Einvernehmen mit der Ober-Schulbehörde erledigt werden. Von der Schulcommission sei aber nicht verkannt worden, daß eine facultative Einführung dieses Unterrichtszweiges, wenn sonst keine zu großen Schwierigkeiten im Wege ständen, zu empfehlen sein dürfte.

Was endlich die Herstellung von Badezimmer in den hiesigen Schulen anlangt, so habe man in der Commission namentlich auf die in dieser Beziehung bestehenden Einrichtungen in Göttingen hingewiesen, über welche sich die Vierteljahrsschrift für Gesundheitspflege sehr anerkennend ausspreche. Dieselben haben mit Ausschluß der baulichen Umänderungen der betreffenden Räume 780 M. gekostet. Der Wasserverbrauch belaufe sich für 700 Kinder auf etwa 20 ehm täglich. Es werde dort Sommer und Winter gebadet. Die Temperatur der Douchebäder sei 27 bis 30°. Die Regulirung der Krähne zc. besorge bei den Knaben der Schuldieners, bei den Mädchen dessen Frau. Um Erkältungen vorzubeugen, gehen die Kinder nach dem Bade direct in die Klassen. In dem betreffenden Artikel sei schließlich noch bemerkt, daß diese durch das Zusammenwirken von Schulmann und Hygieniker ins Leben gerufenen Einrichtungen sich als sehr segensreich erwiesen hätten. Mit Rücksicht auf diese bereits vorliegenden Erfahrungen habe die Commission geglaubt, auch Punkt b zur Annahme empfehlen zu sollen.

Ohne Debatte wird darauf dem Vorschlage der Commission gemäß der Antrag des Herrn Günther angenommen.

Der selbstständige Antrag des Herrn Reiche auf Anlage eines Ueberganges über das Petriwehr und Herrichtung eines Weges zwischen der Maschstraße und der Straße hinter der Masch wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil derselbe commissionsseitig noch nicht hat vorberathen werden können.

Es folgt demnach

II. die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt, worüber die sämtlichen Herren Stadtverordneten bereits seit einigen Wochen eine anthographirte Magistratsvorlage vom 5. Juli c. in Händen haben.

Auch über diesen Gegenstand kann, wie der Commissionsreferent Herr Reuter vorträgt, ein definitiver Beschluß noch nicht gefaßt werden. Man sei in der Commission allerdings zu der Ansicht gekommen, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn die Straßenreinigung von der Stadt übernommen und dabei zugleich das Nachtwachenwesen anderweit regulirt würde, man habe aber geglaubt, daß es der dadurch erforderlich werdenden erheblichen Mehrkosten wegen wohl gerechtfertigt erscheine, vorher eine Deputation nach der Reichshauptstadt zur Inaugenscheinnahme des dortigen Straßenreinigungs-Verfahrens zu entsenden. In Berlin würden nämlich Rehrmaschinen zur Straßenreinigung verwandt, wodurch viel Arbeitskräfte erspart würden. Die Commission beantrage deshalb, vor Fassung eines definitiven Beschlusses in der Angelegenheit, zu beschließen, daß auf Kosten der Stadtcasse der Decernent des Stadtmagistrats, der Commissionsreferent und der Polizei-Oberinspector Evers nach Berlin reisen, um die betreffenden dortigen Einrichtungen in Augenschein zu nehmen.

Herr Nieß kann sich für die Anwendung vonkehrmaschinen nicht sehr erwärmen; er empfiehlt, auch das Straßenreinigungswesen in Leipzig durch die Commission besichtigen zu lassen, wo man die Straßenreinigung solchen Leuten übertrage, die zu anderen, schwereren Arbeiten dauernd nicht herangezogen werden können.

Herr Wilke glaubt gleichfalls nicht, daß die Anwendung vonkehrmaschinen sich für unsere Verhältnisse eignen werde. Er könne nur empfehlen, daß die Commission zunächst das Reinigungsverfahren in Hannover in Augenschein nehme, wo man genau dieselben Verhältnisse habe wie hier, aber keinekehrmaschinen anwende, sondern ärmeren Leuten, die wohl ihr Tagelohn durch leichtere Arbeit noch verdienen können, aber nicht im Stande sind, solchen Beschäftigungen nachzugehen, bei denen sie angestrengt zugreifen müssen, durch Heranziehung zum Straßenreinigen Verdienst zuwenden.

Auch Herr Günther bezweifelt, daß das Pflaster der hiesigen Straßen zur Anwendung vonkehrmaschinen geeignet sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt anheim, zunächst durch Vermittelung des Magistrats über die Reinigungssysteme anderer Städte nähere Erkundigung einziehen zu lassen und zu bestimmen, daß es der Commission überlassen werde, sich auf Grund der eingezogenen Ermittlungen diejenigen Orte auszuwählen, welche sie zu besuchen für zweckmäßig halte.

Referent stimmt diesem Vorschlage zu und bemerkt noch, daß diekehrmaschinen in Braunschweig wohl mit Erfolg angewandt werden könnten, da dasselbe eine große Anzahl schöner, mit behauenen Kopfsteinen gepflasterter Straßen habe, die man in Berlin zu den Straßen erster Klasse zähle. Als vor 14 Jahren diekehrmaschinen in Braunschweig einmal probeweise gebraucht wurden, sei man allerdings mit deren Leistungen nicht sehr zufrieden gewesen, weil man es damals vorzugsweise mit solchen Straßen zu thun hatte, die mit runden Kopfsteinen gepflastert waren, aus deren Zwischenräumen die Maschinen den Schmutz nicht zu entfernen vermochten. Bei den jetzt gebräuchlichen platten Kopfsteinen sei aber dieser Uebelstand nicht zu befürchten.

Es wird sodann beschlossen, die obenbezeichnete Deputation auf städtische Kosten nach den von derselben für zweckmäßig erachteten Städten zur Besichtigung der dortigen Reinigungsverfahren zu entsenden.

Wie

III. Herr Krahe Namens der Baucommission berichtet, hat die städtische Bauverwaltung aus Anlaß eines Neubaus des Uhrmachers Kraatz auf dessen am Damme N^o 12 belegenen Grundstücke für die Nordseite dieser Straße die auf dem

vorliegenden Situationspläne mit a b bezeichnete Baulinie in Vorschlag gebracht und der Magistrat mittelst Schreibens vom 8. d. Mts. beantragt, die Feststellung derselben sowie den Ankauf des von Kraak zur Straße abzutretenden Terrains von pptr. 6 qm für 150 M pro qm zu genehmigen.

Die Commission schließe sich, wenngleich das zu bringende Opfer als verhältnißmäßig hoch bezeichnet werden müsse, mit Rücksicht auf die höchst wünschenswerthe demnächstige Verbreiterung des ungewöhnlich schmalen Dammes dem Antrage an.

Referent fügt noch hinzu, daß bis zur vollständigen Durchführung der Baulinie allerdings noch eine geraume Zeit verstreichen werde, da an eine Erneuerung der angrenzenden Häuser fürs Erste nicht zu denken sei.

Nachdem Herr Reuter zur Erwägung verstellt hat, ob man nicht bei den noch zu erwartenden Neubauten durch Austausch von Terrain auf eine bessere Gestaltung des angrenzenden Schulhofes der höheren Mädchenschulen Bedacht nehmen und dadurch zugleich zu einem billigern Erwerbe des zur Straßenverbreiterung nöthigen Terrains kommen könne,

wird der Magistratsantrag genehmigt.

IV. Ueber die Magistratsvorlage vom 6. d. Mts., die Herstellung eines Stadtparks im Gänsewinkel betreffend, hat Herr Wolff namens der Finanzcommission zu berichten.

Zu gedachtem Zwecke stehen nach Beschluß der Versammlung aus dem Jahre 1884 = 25 208,41 M, aus dem Jahre 1885 = 6210,31 M, zusammen 31 418,72 M zur Verfügung, und ist der Zeitpunkt herangekommen, wo die Inangriffnahme des Projects angezeigt erscheint. Dabei handelt es sich zunächst um eine hochwasserfreie Aufshöhung des Terrains, welches im Ueberschwemmungsgebiete der Oker liegt. Die mit dieser Aufshöhung eintretende Verkleinerung des Flußprofils ist nach Ansicht Herzoglicher Baudirection am geeignetsten dadurch auszugleichen, daß die die Wiesenflächen umschließenden beiden Okerarme, von denen der östliche eine durchschnittliche Weite von 19 m, der westliche dagegen eine solche von 22 m hat, auf 24 m Zielwasserhöhe erweitert werden. Ein Theil der Uferstrecken gehört der westlich angrenzenden Eisenbahnverwaltung. Da diese aber an der Erweiterung des Okerarmes an ihrer Seite kein Interesse hat, so hat der Magistrat beschlossen, das zur Erweiterung des Flußprofils erforderliche Terrain vom städtischen Grund und Boden abschneiden zu lassen.

Das vom Promenadeninspector Kreiß entworfene, der Versammlung nebst Anschlag vorliegende Project erfordert einen Aufwand von 46 300 M, wozu noch 7000 M für die Erweiterung des Flußprofils kommen, so daß in Allem etwa 53 300 M erforderlich sind. Ein Theil dieser Kosten ist für Herstellung fester

Wege vom Eisenbahnpark nach der zur Wasserreinigungsstation führenden Oberbrücke und von hier in die südliche Spitze des Gänsewinkels zu verwenden.

Kreiß hält eine allmählich fortschreitende Instandsetzung des Parks für geboten und schlägt vor, zunächst — neben Erweiterung des Flußprofils — denjenigen Aufschutt, welcher in den Wiesen bereits lagert bezw. daselbst nach und nach angefahren wird, zur kostenlosen Gewinnung des darin enthaltenen Wegebaumaterials zu rajolen und einzuebnen, auch mit den Wegeanlagen, welche bereits begonnen sind, nur nach dem Umfange des jeweilig angesammelten Baumaterials fortzufahren, sodann aber bald die Fläche zu dem projectirten Teiche auszuheben, das dadurch gewonnene Erdreich zur Aufhöhung der Wiesen zu verwenden und durch Vermischung eines Theils mit den aus der Reinigungsstation zu erwartenden Schlammmassen, andern Theils mit anzufahrendem guten Mutterboden fruchtbar zu machen.

Der Magistrat ersucht, das aufgestellte Project zu genehmigen und ihm zur Erweiterung des Flußbettes 7000 M, zu den Wegeanlagen und zur Aptrung des Terrains aber 23552,50 M von den disponibeln Mitteln zur Verfügung zu stellen. Der darnach verbleibende Vorrathsrest von 866,22 M würde, wie der Magistrat hinzufügt, behuf theilweiser Bestreitung der auf 22747,50 M veranschlagten Kosten der späteren Bepflanzung und Bepflanzung der Parkflächen einstweilen fernerweit zurückzustellen sein.

Die Commission kann den Magistratsantrag nur zur Annahme empfehlen.

Herr Reiche hält die Anlegung von Stadtparks im Allgemeinen für sehr wünschenswerth, ist aber der Ansicht, daß für alle Stadttheile möglichst gleichmäßig gesorgt werden müsse. Dies sei indeß nicht der Fall, denn der Norden der Stadt bleibe zurück und habe noch nicht einmal erreichen können, daß der Weg nach dem Pawel'schen Holze ordnungsmäßig in Stand gesetzt sei, während für die übrigen Stadttheile allerlei Annehmlichkeiten geschaffen würden. Unter solchen Umständen könne er der heutigen Vorlage nicht zustimmen.

Herr Hollmann fragt an, ob es nicht möglich sei, bei Instandsetzung des hintern Theils des Parks einen Durchlaß herzustellen, um bei etwaigen Gondelpartien nach Eisenbüttel das Passiren der Badeanstalten vermeiden zu können, was namentlich in solchen Fällen wünschenswerth sei, wo Damen sich am Gondeln mit betheiligen. Ferner wünscht Redner, daß auf die Anlegung eines Spielplatzes für kleinere Kinder Bedacht genommen werde. Im Eisenbahnpark habe sich schon längst der Uebelstand herausgestellt, daß die Wärterinnen nicht wissen, wohin sie mit den Kindern gehen sollen; es seien für die letzteren wohl einzelne Bänke reservirt, die meisten seien aber für sie verboten.

Herr Sievers giebt anheim, die Badeanstalten wenn thunlich nach der Theilung zu verlegen, wodurch dem Wunsche des Herrn Hollmann schon in etwas

entgegengekommen werde. Dabei könnten die Badeanstalten verschiedenen in manchen Beziehungen nöthigen Erneuerungen unterzogen werden.

Herr Halle tritt diesem Vorschlage bei. Die Plätze, an denen sich die Badeanstalten jetzt befinden, seien für dieselben nicht mehr geeignet und es würde der neue Stadtpark vom weiblichen Geschlechte überhaupt nicht besucht werden können, wenn jene Anstalten nicht mit entsprechenden Einfriedigungen versehen würden. Wie Herr Hollmann schon hervorgehoben habe, sei es bei den jetzigen Verhältnissen nicht gut möglich, mit Damen nach Eisenbüttel zu gondeln, und die Oker sei doch, wie jeder andere Fluß, mehr oder weniger ein öffentlicher Verkehrsweg; es müßten also auch Vorkehrungen danach getroffen werden, daß dieselbe sowohl von Damen wie von Herren zu jederzeit ungenirt passiert werden könne. Ein fernerer Uebelstand sei, daß man vom Bödemann'schen Etablissement aus einen vollständig freien Ausblick auf die Freibadeanstalt habe. Aus diesen Gründen würde es sehr zweckmäßig sein, die Badeanstalten nach der Theilung zu verlegen.

Herr Günther würde gegen eine derartige Verlegung nichts einzuwenden haben, wenn dadurch vielen, namentlich den Petri- und Wendenthorbewohnern, der Weg zur Badeanstalt nicht zu weit gemacht würde. Für die arbeitende Bevölkerung würde es fast unmöglich sein, nach der Theilung hinauszugehen. Eine Verlegung wäre nur dann zu empfehlen, wenn zugleich im Wendens- oder Petrithorbezirke, vielleicht beim Gaußberge, eine Badeanstalt errichtet würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels legt zunächst mit einigen Worten dar, daß die Correction des Okerufers nur ganz unabhängig von der Anlage einer Volksbadeanstalt hergerichtet werden könne, und bemerkt sodann Herrn Reiche gegenüber, daß der Magistrat sowohl wie die Stadtverordneten dem Norden der Stadt dasselbe Wohlwollen entgegenbrächten wie den übrigen Stadttheilen. Die Frage wegen Herstellung eines angenehmen Weges nach dem Pawel'schen Holze habe der Magistrat nach längerer Erwägung nicht weiter verfolgen können, weil sie die hohe Summe von 40 000 M erfordert habe und man damit noch nicht einmal völlig zum Ziele gekommen wäre, indem keine Gewähr dafür habe gegeben werden könne, daß bei einer Bepflanzung des Weges nicht noch Entschädigungsansprüche wegen der dadurch beschatteten Fluren erhoben würden. Der Wunsch des Herrn Hollmann auf Anlegung eines Durchlasses lasse sich deshalb nicht erfüllen, weil durch die sämmtlichen Wiesenflächen vom Gänsewinkel bis zum Wasserwerke ein Wasserzuleitungsröhr gelegt sei und zwar nicht so tief, daß dort ein Canal vorgerichtet werden könnte. Auf die Anlegung eines Kinderspielflazes könne dagegen Bedacht genommen werden. Im Fasanenhölzchen sei auch ein derartiger Platz eingerichtet. Eine Verlegung der Civil- und Freibadeanstalt nach der Theilung solle erwogen werden, ob dieselbe aber jetzt schon in Angriff genommen werden könne, sei der

vorhandenen verwickelten Rechts- und Eigenthumsverhältnisse wegen zweifelhaft. Schließlich bemerkt Redner noch, daß es nach einer Erklärung des Promenaden-Inspectors Kreiß wünschenswerth sei, schon jetzt mit der Besaamung und Bepflanzung eines Theils der in der Rajolung befindlichen Partie vorzugehen, wozu etwa 600 bis 700 M erforderlich seien. Wenn die Versammlung keinen Widerspruch erhebe, werde er die Inangriffnahme dieser Arbeiten anordnen.

Herr Holmann glaubt, daß seinem Wunsche auf Anlegung eines Durchlasses doch vielleicht Folge gegeben werden könne und bittet nochmals, dieses wenn irgend möglich, zu thun.

Herr Nieß spricht sich für eine sofortige Besaamung und Bepflanzung des Parkes, soweit dies angehe, aus.

Nachdem Herr Günther noch bemerkt hat, daß er die Unannehmlichkeiten, welche durch die jetzige Lage der Badeanstalten hervorgerufen werden, nicht in dem Maße, wie sie geschildert seien, anerkennen könne, und daß namentlich die Gäste des Wödemann'schen Etablissements durch den Anblick der weit davon entfernt liegenden Freibadeanstalt nicht genirt werden könnten,

gelangen die Magistratsanträge zur Annahme.

Darauf

V. berichtet Herr Krahe im Auftrage der Baucommission, daß der Magistrat unterm 10. v. Mts. einen Ortsbauplan, nach welchem das zum Henneberg'schen Nachlasse gehörige an der Wolfenbütteler Straße Nr. 54 belegene Grundstück zur Anlegung einer Straße verwandt werden soll, zur Genehmigung überreicht habe. In der Baucommission seien verschiedene Stimmen, so auch die seinige, dahin laut geworden, daß es wünschenswerth wäre, das gedachte Grundstück mit dem demnächstigen Stadtpark zusammenzuziehen; es sei aber dagegen vorgebracht, daß aus finanziellen Bedenken von einer Erwerbung desselben Abstand genommen werden müsse. Die Commission habe sich deshalb mit dem Bebauungsplane einverstanden erklären müssen und beschlossen, die Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Die Genehmigung wird ausgesprochen.

VI. Ueber die Magistratsvorlage vom 16. v. M., den Erwerb eines Bauplatzes für die städtische Mädchenschule betreffend, referirt Herr Bösekrug namens der Schulcommission.

Die den beiden höheren städtischen Mädchenschulen überwiesenen Gebäude reichen schon seit einigen Jahren nicht mehr aus, um die fortwährend im Steigen begriffene Anzahl der Schülerinnen aufzunehmen, so daß schon ein Theil derselben in Hülfsräumen hat untergebracht werden müssen. Der Schulvorstand hat deshalb

vorge schlagen, für die städtische Mädchenschule ein neues Schulhaus zu erbauen und das von dieser bislang innegehabte Gebäude der städtischen höheren Mädchenschule zur Mitbenutzung zu überweisen. Ein nach Größe und Lage gut geeigneter Bauplatz bietet sich in den an der Heinenstraße belegenen 31 a 38 qm großen Grundstücken des Thomaehofes und des Schuhmachermeisters Töpfe. Ersteres soll 120000 M., letzteres 21000 M. kosten und erscheinen beide Preisforderungen dem Magistrate angemessen. Von dem Töpfe'schen Grundstücke würde ein für die Schule entbehrlicher Terrainstreifen von 62 qm an die angrenzenden, in ihren Hof- und Gartenräumen sehr beschränkten, Pfarrgrundstücke abgegeben werden können. Rechnet man für diesen Terrainstreifen 2000 M. und den Erlös aus dem Abbruche der Gebäude zu 5000 M., so kostet der Bauplatz 134000 M. Auf Grundlage eines vom Schuldirector Peters aufgestellten und schulvorstandsseitig genehmigten Bauprogramms hat die städtische Bauverwaltung einen (der Versammlung vorliegenden) Dispositionsplan überandt und die Ausführung desselben auf 262000 M. überschlagen. Unter Vorbehalt demnächstiger Ueberreichung eines speciellen Bauprojects und Kostenanschlags erfucht der Magistrat die Versammlung, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Stadt die Grundstücke des Thomaehofes und des Schuhmachermeisters Töpfe zu den obengedachten Preisen ankauft, und daß die Beschaffung der hierzu erforderlichen Geldmittel durch den nächstjährigen außerordentlichen Etat der Stadtcasse vorgesehen werden.

Auf einstimmigen Beschluß empfiehlt die Commission die Annahme des Magistratsantrags, welche anstandslos erfolgt.

VII. Die Versammlung hat den Stadtmagistrat unterm 28. Juni 1883 ermächtigt, von den zum Herzoglichen Schlosse Richmond gehörenden Grundstücken bei Eisenbüttel eine Fläche von 3,7 ha zur Einrichtung als Klärbassin des Wasserwerks für den Preis von 3000 M. pro Hectar anzukaufen. Bei Berechnung dieser Fläche war lediglich das Bassin mit der inneren Dammböschung in Betracht gezogen. Hinterdrein wurde aber mit dem Vertreter der Herzoglichen Besizung vereinbart, daß an die Stadt noch 39 a 40 qm als Böschungsterrain und zu Wegeanlagen u. abgetreten werden. Die hierdurch entstandene Ueberschreitung der zur Ausführung der Wasserwerks-Erweiterung verwilligten Kosten hat die Versammlung bereits durch Beschluß vom 1. Februar c. für gerechtfertigt erklärt; sie hat jedoch behufs Auflassung der erworbenen Flächen noch die Zustimmung zu dem Erwerbe der gedachten 39 a 40 qm zu geben, und wird deshalb vom Magistrate mittelst Schreibens vom 21. d. Mts. erfucht, unter Aufhebung des Beschlusses vom 28. Juni 1883 die Genehmigung dazu zu erteilen, daß die Stadtgemeinde von den zum Herzoglichen Schlosse Richmond gehörigen Grundstücken im Kennel die zu insgesammt

4 ha 9 a 40 qm vermessenen Flächen zum Preise von 3000 M pro Hectar und unter den sonstigen vereinbarten Bedingungen erwerbe.

Vom Referenten der Finanz-Commission, Herrn Wolff, empfohlen, gelangt der Magistratsantrag debattelos zur Annahme.

Sodann

VIII. trägt Herr Till im Namen der Baucommission vor, daß der Magistrat die Versammlung unterm 17. d. Mts. ersucht habe, die Herrichtung eines Canals zur Ableitung des Tagewassers aus dem östlich des Fahrweges zum Stadtpark angelegten Graben zu genehmigen und die dadurch entstehenden Kosten im Betrage von 330 M zu bewilligen. Die fragliche Anlage müsse noch im Laufe dieses Herbstes ausgeführt werden, um den Fahrweg und den Stadtpark gegen Ueberschwemmung zu schützen.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Ersuchen entsprochen.

IX. Zur einstweiligen Unterbringung von Klassen der städtischen Mädchenschule beabsichtigt der Magistrat, fünf in dem am Hagenscharrn belegenen Flügel des alten Museums befindliche Zimmer bis Michaelis 1888 zu ermiethen und ersucht die Versammlung unterm 30. v. Mts., ihn dazu zu ermächtigen. Der Miethpreis beträgt 900 M jährlich.

Die Schulcommission, für welche Herr Reiche berichtet, giebt anheim, dem Ersuchen zu entsprechen.

Herr Halle will gegen den Antrag nichts einwenden, kann aber nicht umhin, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß ein so hoher Miethpreis gefordert sei,

wozu Herr Oberbürgermeister Bockels bemerkt, daß man sich in einer Nothlage befinde, und an dem Preise nicht mäkeln könne, selbst wenn derselbe zu hoch erscheine, was aber bei ihm persönlich und bei dem Magistrate nicht der Fall sei.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

Endlich

X. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Berichts, die vom Stadtmagistrate unterm 23. v. Mts. zur Belegung der verlängerten Hujarenstraße mit Wasserröhren angeforderten, anslagsmäßigen Kosten im Betrage von 3673,50 M aus dem Reservefonds des Wasserwerks zu bewilligen.

Schluß der Sitzung.

In vertraulicher Sitzung findet die Wahl eines Oberheizers statt, welchem die Controle und Beaufsichtigung der Heizungs- und Ventilationsanlagen in den städtischen Gebäuden übertragen werden soll. Gewählt wird der Viceseldwebel Steckhan vom 4. Magdeburgischen Infanterie-Regimente N. 67 hieselbst.

Darauf findet noch eine längere

gemeinschaftliche Sitzung

statt, in welcher Steuerreclamationen in der Recursinstanz aus den Jahren 1885 und 1886 erledigt werden.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. October 1886.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Anlegung eines Ueberganges über das Petriithorwehr und auf Herrichtung eines Weges von der Maschstraße nach der Straße hinter der Masch.
Vorlagen des Stadtmagistrats:
- II. Anstellung einer Klage gegen den Schachtmeister Sagebiel.
- III. Anstellung einer Klage gegen den Maurermeister Wipper.
- IV. Ankauf von Terrain am Schlachthause.
- V. Einführung des einheitlichen Schulgeldsatzes in der städtischen Realschule.
- VI. Beschaffung von Schultenfüllen für die Räume des alten Museums.
- VII. Canalisirung eines Theiles der Campestraße.
- VIII. Aenderungen im Schulgebäude an der Leopoldstraße.
- IX. Uebertragung des Friedhofsareals an die Stadtkirchen.
- X. Ankauf der Schlagwiese vor dem Augustthore.
- XI. Expropriation von Straßenterrain in der Campestraße.
- XII. Straßenanlage zwischen Mittelweg, Gehso- und Spargelstraße.
- XIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff, die Herrichtung von Holz- oder Asphalt-
pflaster auf dem am Neustadtrathhause belegenen Theile der Rückenstraße betreffend.
- XIV. desgl. des Herrn v. Seckendorff, die Verbesserung der Eisenbahn-Verbindungen
für die Stadt Braunschweig betreffend.
- XV. desgl. des Herrn Reiche, die Erwirkung einer directen Verbindung des Nordostens
der Stadt Braunschweig mit der projectirten Bahn Braunschweig-Giffhorn.
- XVI. Anfrage des Herrn Halle, die Ueberbrückung der Oker an der Ferdinandstraße und
hinter dem Herzoglichen Hoftheater betreffend.

Vertraulich:

- Wahl eines Lehrers der Gewerbeschule und eines Armenpflegers.
Anstellung eines Schreibers.

Entschuldigt Herr Meyer. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Nachdem die Protokolle *N* 4 vom 16. September und *N* 10 vom 30. September c. genehmigt sind, und nachdem der Herr Vorsitzende drei eingegangene, nach Erledigung der Tagesordnung zur Begründung kommende, selbstständige Anträge der Herren Wolff, v. Seckendorff und Reiche verlesen hat,

I. nimmt Herr Natalis das Wort, um im Auftrage der vereinigten Finanz- und Baucommission über den von Herrn Reiche in der Sitzung am 16. v. Mts. eingebrachten selbstständigen Antrag:

„die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die erforderlichen Schritte zu thun zur Erreichung des Zweckes

- 1) über das Petriwehre eine Fußgängerbrücke und durch den jetzigen Schleusenwärtergarten einen Weg nach der Maschstraße, und
- 2) von der Maschstraße durch den Garten des Particulier Pape einen Weg nach der Straße hinter der Masch zu legen,

und ihr demnächst hierüber eine Vorlage zu bringen,“

Bericht zu erstatten.

Referent verliest zunächst eine Eingabe des Lotterie-Haupt-Collecteurs Bornemann, Maschstraße 37, in welcher die Versammlung gebeten wird, sich bei Genehmigung einer Wegeanlage vom Petriwehre ab für eine Fahrstraße zu entscheiden, weil der zu erwartende starke Verkehr seitens des Arbeiterpersonals der Zutespinnerei auf einem dicht an seinem Grundstücke vorbeiführenden schmalen Fußwege höchst störend und lästig für ihn sein und eine Beeinträchtigung seines Geschäfts und Entwerthung seines Grundstücks zur Folge haben würde.

Referent führt sodann aus, daß das unter 1 gedachte, etwa 11 a große Gartengrundstück dem Fiskus, insbesondere der Herzoglichen Baudirection gehöre, und daß der Magistrat bereits im vorigen Jahre, als eine Privatperson diesen Garten anzukaufen beabsichtigte, ein ähnliches Project entworfen habe.

Der Stadtmagistrat habe die Angelegenheit unter Anfügung eines Planes, in welchem eine Fahrbrücke vorgesehen sei, bei Herzoglicher Baudirection zur Sprache gebracht. Diese Behörde habe aber die Anlegung einer Fahrbrücke, weil dadurch die Abtragung des Rosenberges erforderlich werden würde, nicht genehmigt, dagegen zugesagt, daß der gedachte Garten nicht an eine Privatperson verkauft werden solle, und anheimgegeben, ihr ein Project vorzulegen, welches die Herstellung einer Fußgängerbrücke ins Auge fasse.

Bei der Berathung des Gegenstandes in der Commission habe sich zuvörderst ergeben, daß eine Fahrbrücke aus dem Grunde wenig zweckdienlich sein würde, weil in deren Verlängerung nach der Promenade zu keine Fahrstraße angelegt werden könne. Die Commission sei aber der festen Meinung, daß auch schon durch Anlegung einer Fußgängerbrücke, unter Erweiterung des Straßennetzes bei der Masch, dem Verkehre ein wesentlicher Dienst geleistet werden würde; es würde dadurch eine ziemlich directe Verbindung zwischen der Maschgegend und dem Wollmarkte, auf welchen verschiedene kleine, von vielen Arbeitern der Futespinnerei bewohnte Straßen auslaufen, geschaffen werden.

Die Kosten der Wegeanlage, welche vorläufig allein in Frage kommen, da über die Brücke eine specielle Vorlage erwartet werden müsse, stellten sich durchaus nicht hoch, denn es sei anzunehmen, daß der Schleusenwärtergarten der Stadt zu einem civilen Preise überlassen werde. Wenn nun auch der Antrag zunächst nur dahin gehe, einen weniger kostspieligen, 3 bis 4 m breiten Fußgängerweg anzulegen, so würde es doch sehr zu empfehlen sein, denselben gleich von vornherein in solcher Breite zu projectiren, daß er vielleicht in späteren Zeiten einmal zu einer Fahrstraße ausgebaut werden könne.

Die Commission habe sich aus diesen Gründen dahin entschieden, Punkt 1 des Antrags zur Annahme zu empfehlen.

Dagegen habe die Commission den zweiten Theil des Antrags, durch dessen Verwirklichung nur eine höchst unbedeutende, mit unverhältnißmäßig hohen Ausgaben verbundene Abkürzung des Weges erzielt werden würde, abgelehnt; sie habe denselben nur dann befürworten zu können geglaubt, wenn der Weg mit nur geringfügigen Kosten hergerichtet werden könnte, was nur dadurch zu erreichen stehe, daß das Pape'sche Haus mit einer Krümmung umgangen, und so der immerhin bedeutende Kostenaufwand für den Abbruch desselben vermieden würde.

Die Commission empfehle indeß die Anlegung des im Ortsbauplane vorgesehenen Straßenzuges, welcher eine directe Verlängerung des vom Petriwehre durch den Schleusenwärtergarten etwa vorzurichtenden Weges bis zur Fuchstweide bilde, weil die betreffenden Anwohner, deren augenblicklich geringwerthigen Grundstücke durch den Aufschluß jenes Terrains und Anlegung von Bauplätzen sehr gewinnen würden, vermuthlich veranlaßt werden könnten, auf das Project einzugehen, und das zur Straße nöthige Terrain der Stadt gratis zu Gebote zu stellen.

Herr Halle: Schon zu wiederholten Malen habe sich die Versammlung für die Herstellung von Verkehrswegen von der Innen- nach der Außenstadt ausgesprochen, und so sei denn auch vor etwa 1½ Jahren die Ueberbrückung der Oker hinter der Ferdinandstraße und hinter dem Hoftheater für wünschenswerth erachtet worden. Zur Ausführung derartiger Projecte sei es keines Erachtens grade jetzt der günstigste Zeitpunkt, da das Geld augenblicklich zu einem billigen Zinsfuß zu

haben sei; es wäre schade wenn man einen solchen Zeitpunkt unbenuzt vorübergehen ließe. Was das heute zur Berathung stehende Project anlange, so könne er sich mit der Anlegung nur eines Fußweges durch den Schleusenwärtergarten nicht einverstanden erklären. Zweiten seien schon hinreichend in jener Gegend vorhanden; wenn man etwas schaffen wolle, dann empfehle es sich, gleich etwas Ordentliches, einen gehörig ausgebauten Straßenzug bis zur Fuchstwete, zu schaffen. Die hierbei zu bringenden Opfer seien im Vergleich zu dem, was im öffentlichen Interesse gewonnen werde, verschwindend klein. Sämmtlichen Grundbesitzern in jener Gegend müsse sehr daran gelegen sein, die dortigen schmalen Straßen durch Anlage neuer Verkehrswege entlastet zu sehen.

Herr Reiche erklärt sich mit dem Commissionsantrage einverstanden, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß späterhin auch der zweite Theil seines Antrags ohne bedeutende Opfer entsprechend verwirklicht werden werde. Redner äußert sich schließlich noch mißbilligend über die scharfen Ausdrücke in der Bornemann'schen Petition und giebt anheim, über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Günther bedauert lebhaft, daß sich Jemand über Leute, die, vielleicht mit wenigen Ausnahmen, ruhig ihres Weges zu gehen pflegten, in einer Weise aussprechen könne, wie es Petent gethan habe. Was die Herstellung einer graden Verlängerung des Weges durch den Schleusenwärtergarten anlange, so halte er dieselbe für sehr wünschenswerth und würde sie selbst dann empfehlen, wenn die Kosten etwas mehr betragen sollten, als die Commission annehme.

Es wird darauf dem Commissionsvorschlage gemäß beschlossen, ein dem ersten Theile des Antrags entsprechendes Ersuchen an den Magistrat zu richten, für die unter 2 des Antrags gedachte Wegeanlage sich aber nur unter der Bedingung auszusprechen, daß nur geringe Kosten der Stadt daraus erwachsen würden.

Wie

II. Herr Heymann namens der Statutencommission vorträgt, hat der Magistrat die Versammlung unterm 18. d. Mts. ersucht, ihn zur Anstellung einer Klage gegen den Schachtmeister Sagebiel zu ermächtigen.

Ein bei dem gedachten Schachtmeister beschäftigt gewesener Arbeiter ist krank geworden und hat einige Wochen im städtischen Krankenhause verpflegt werden müssen, wodurch der Armen-direction neben Unterstützung der Familie desselben ein Kostenaufwand von insgesammt 57 M verursacht ist. Der Arbeiter ist bei keiner Krankencasse versichert gewesen und Sagebiel, welcher die Anmeldung bei der hiesigen Ortskrankencasse unterlassen hat, danach verpflichtet, die aufgewandten Kosten zu ersetzen, was derselbe indeß verweigert.

Die Commission giebt anheim, dem Ersuchen des Magistrats zu entsprechen/

Herr Nieß stellt den Antrag, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzugeben und durch ein näher zu bestimmendes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Nach einer ihm gewordenen Zuschrift Sagebiel's liege die Sache nicht so einfach, daß sie mit Leichtigkeit abgewickelt werden könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, es handle sich hierbei um so wichtige Principienfragen, daß er sich mit dem Antrage des Herrn Vorredners nicht einverstanden erklären könne. Der Magistrat richte sich bei diesen Sachen lediglich nach dem betreffenden Gesetze. Dasselbe sei allerdings neu und enthalte manche Härten, die aber vom Gesetzgeber absichtlich hineingebracht seien, damit die Arbeitgeber zur genauen Beachtung der gegebenen Vorschriften veranlaßt würden. Er wüßte auch nicht, wie das Schiedsgericht zusammengesetzt werden sollte.

Herr Günther hält es für nöthig, daß der Rechtsweg beschritten werde, und bemerkt, der Arbeitgeber könne sich nur dadurch vor Schädigungen schützen, daß er sich von den Arbeitern allemal das Mitgliedsbuch der Krankencasse vorzeigen lasse.

Referent: Wenn die Versammlung von der gesetzlichen Verpflichtung des zu Verklagenden, den aus öffentlichen Mitteln verausgabten Betrag zurückzuerstatten, überzeugt sei, dann müsse sie auch die vom Magistrate beantragte Genehmigung zur Anstellung der Klage aussprechen. Zur Einsetzung eines Schiedsgerichts könne der Magistrat nicht gezwungen werden.

Herr Nieß: Daß der Gesetzgeber gewisse Härten absichtlich ins Gesetz hineingebracht habe, sei richtig, ob es aber billig sei, das sei eine andere Frage. Außerdem sei es zu schwierig, das Gesetz in allen seinen Einzelheiten völlig zu verstehen. Der Herr Magistratsdecernent habe ja selbst erklärt, je mehr man das Gesetz lese, desto weniger begreife man es. So genüge es auch nicht, daß der Arbeitgeber sich einfach das Mitgliedsbuch vorlegen lasse, wenn er sich vor Schaden hüten wolle. Derselbe müsse auch Kenntniß von dem betreffenden Statute haben, und wissen, ob dasselbe eine 14 tägige Einzahlung des Beitrags verlange, und wenn dann der Arbeitgeber sich nicht alle 14 Tage durch Anforderung der Quittungen von der Einzahlung der Beiträge überzeuge, dann müsse er allemal für etwaige Krankengelder aufkommen. Wie das Schiedsgericht zusammengesetzt werde, könne wohl dem Magistrate überlassen bleiben.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Wenn man auf den Antrag des Herrn Vorredners einging, dann müßten schon ein paar ganz genau unterrichtete Sachverständige darüber gehört werden, wie das Gesetz im vorliegenden Falle zu interpretiren sei. Er halte den Arbeitgeber hier entschieden für verpflichtet, den Ersatz zu leisten. Auch sei man nicht in der Lage, in diesem Falle die von Herrn Vorredner gewünschte Billigkeit walten zu lassen, denn es handele sich um Vertretung

einer Institution, unter deren Verwaltung die Gelder von den Arbeitern zu deren Unterstützung aufgebracht würden.

Herr Natalis stimmt dem Magistratsantrage bei. Das Gesetz enthalte allerdings für die Arbeitgeber sehr unangenehme Bestimmungen und bereite demselben viel Arbeit; es müsse aber so, wie es sei, verbraucht werden. Der Arbeitgeber müsse sich nur stets davon überzeugen, daß der Arbeiter, den er annehme, irgendwo versichert sei, und sich außerdem regelmäßig die Quittungen über die eingezahlten Beiträge vorzeigen lassen, dann werde er sich auch keinen Schädigungen aussetzen.

Referent: Es handle sich um einen rechtlich begründeten Anspruch, auf welchen die Stadtgemeinde nicht verzichten könne, weil das Gesetz etwa Unbilligkeiten mit sich führe, und die Versammlung sei verpflichtet, die Hand dazu zu bieten, daß das Gesetz richtig durchgeführt werde und die Stadt zu ihrem Rechte komme.

Herr Rieß giebt zu, daß der Magistrat seine Ansprüche im Wege rechtens geltend machen könne, und beabsichtigt auch nicht, darauf hinzuwirken, daß etwas geschenkt werden solle, was nicht geschenkt werden könne. Aber wenn Sagebiel auch unter Hinweis auf die betreffende Gesetzesstelle aufgegeben werde, jene 57 M. zu zahlen, überzeugen könne man denselben nicht, daß er dazu verpflichtet sei. Würde dieser Ausspruch aber von einem Schiedsgerichte unter Assistentz des Magistrats gefällt, dann würde eine gerichtliche Klage vermieden werden, und das eben wünsche er.

Der Antrag des Herrn Rieß wird darauf abgelehnt, der Magistratsantrag dagegen genehmigt.

III. Der nun folgende Gegenstand, über welchen gleichfalls Herr Heymann berichtet, liegt ähnlich wie der soeben behandelte.

Der Maurermeister Wipper hat einen Arbeiter beschäftigt, welcher der Kranken- und Sterbecasse der Baugewerkeninnung angehört hat, von derselben aber ausgeschlossen ist, weil er mit seinen Beiträgen rückständig geblieben ist. Der Arbeiter ist krank geworden und hat der Armendirection durch seine Verpflegung 100 M. 10 S. Kosten verursacht, welche nach Vorschrift des Gesetzes von Wipper zu erstatten sind. Letzterer weigert sich zu zahlen, weil, wie er angiebt, die Ausschließung des betreffenden Arbeiters aus der Kranken- u. Cassa der Baugewerkeninnung ohne triftige Gründe erfolgt sei. Mittels Handschreibens vom 4. d. Mts. ersucht nun der Magistrat die Versammlung, ihn zur Einflagung des gedachten Betrages zu ermächtigen.

Die Commission schließt sich diesem Ersuchen an.

Herr Rieß stellt auch hier wieder den Antrag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzuheben und die Entscheidung durch ein zu berufendes Schiedsgericht herbeiführen zu lassen.

Nachdem Herr Stadtrath Ketemeyer mit dem Bemerken, daß bei einer etwaigen abweisenden Entscheidung des Schiedsgerichts der Magistrat sich doch nicht würde beruhigen können und er (Redner) alsdann seinerseits beantragen würde, die Sache durch ein ordentliches Gericht entscheiden zu lassen, sich gegen den Antrag erklärt hat,

wird derselbe abgelehnt, der Magistratsantrag dagegen genehmigt.

IV berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 30. v. Mts., den Ankauf von Terrain am Schlachthause betreffend.

Der fortwährend zunehmende Schlachtverkehr im städtischen Schlachthause läßt es für zweckmäßig erachten, bei Zeiten auf den Ankauf von Ländereien zu Erweiterungsbauten und zur Anlage eines größeren Viehhofes Bedacht zu nehmen. Da das Schlachthausgrundstück im Westen von der Hamburgerstraße und im Osten vom Mittelweg begrenzt, das nördlich gelegene Terrain aber von der Landeseisenbahn durchschnitten wird, so bleibt zu diesem Zwecke nur die südlich gelegene Länderei übrig. Der Magistrat hat deshalb im Einverständnisse mit der Schlachthausdeputation und unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten und des Herzoglichen Staatsministeriums mit den betreffenden Anliegern, der Ehefrau des Försters Hüneryäger, dem Gärtner Bode und dem Ingenieur Königsdorf, über den Ankauf der benötigten Ländereien die der Versammlung vorliegenden Contracte vom 14. und 15. September d. Js. abgeschlossen. Der Kaufpreis ist darin für die Hüneryäger'sche und Bode'sche Länderei von 1 Morgen 82 Ruthen bezw. 5 Morgen auf 12000 M pro Morgen, für die Königsdorf'sche zu rund 1 Morgen 67 Ruthen auf 10800 M pro Morgen festgesetzt. Die Preise erscheinen dem Magistrate für Ländereien in dortiger Gegend nicht unangemessen, zumal das zur Erweiterung des Schlachthaus-etablissements nicht erforderliche Terrain vortheilhaft als Bauplätze verwerthet werden kann. Die von Frau Hüneryäger und Königsdorf erworbenen Ländereien sind noch bis Michaelis 1887 bez. 1. October 1895 verpachtet und ist der Magistrat in die betreffenden Pachtcontracte eingetreten. Die von Bode gekaufte Länderei wünscht dieser bis auf Weiteres in Pacht zu nehmen und hat der Magistrat hierüber einen Pachtcontract auf unbestimmte Zeit und halbjährige Kündigung vereinbart. Die Kaufgelder für Bode und Königsdorf zu 60000 M und 16800 M beabsichtigt der Magistrat aus dem Reservefonds des Schlachthauswesens zu bestreiten, wogegen der Kaufpreis für Frau Hüneryäger einstweilen und gegen halbjährige Kündigung und 4 % jährlicher aus der Schlachthauscasse zu zahlender Zinsen der hiesigen Stadt gegen Hypothekbestellung an der gekauften Länderei creditirt werden soll. Der Magistrat richtet das Ersuchen an die Versammlung, die gedachten Kauf- und Pachtverträge zu genehmigen,

welchem Ersuchen sich die Commission anschließt.

Herr Kiefe fragt an, ob das Project der Abhaltung eines Viehmarkts beim Schlachthause aufgegeben sei, und das angekaufte Terrain nur zu Erweiterungsbauten verwandt werden solle,

was der Herr Referent unter dem Bemerken verneint, daß man sich grade durch den Ankauf der Ländereien die demnächstige Ausführung des erwähnten Planes mit habe sichern wollen.

Herr Reuter spricht den Wunsch aus, daß der Frage wegen Anlegung eines Viehmarktes nunmehr näher getreten werden möchte. Schon bei Erbauung des Schlachthauses sei Bedacht darauf genommen worden, indem ein bestimmtes Terrain dazu ausersehen sei. Der Plan sei indeß damals wieder aufgegeben und der Zukunft vorbehalten, weil es an einer Eisenbahnverbindung fehlte. Nachdem diese aber hergestellt, besteshe kein Grund mehr, die Einrichtung regelmäßiger Viehmärkte in der Nähe des Schlachthauses noch länger hinauszuschieben. In Hannover, wo das Schlachthaus mehrere Jahre später erbaut sei als in hiesiger Stadt, habe man sofort nach dessen Eröffnung auch einen Viehmarkt neben demselben eingerichtet, der, obgleich man ihm kein günstiges Prognostikon stellte, überraschende Resultate geliefert habe, indem er nicht nur einen bedeutenden Viehverkehr, sondern damit auch eine wesentliche Ermäßigung der Viehpreise herbeigeführt habe. Dies sei auch ganz erklärlich, denn wenn die Schlachter Gelegenheit hätten, das Vieh in unmittelbarer Nähe des Schlachthauses zu kaufen, dann gestalteten sich auch die Unkosten nicht so groß, als wenn sie zur Erlangung eines Stückes Vieh tagelange Reisen unternehmen müßten.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Die Schlachthausdeputation habe diese Frage niemals aus den Augen gelassen und sich kürzlich dahin ausgesprochen, daß in nicht ferner Zeit ein Viehmarkt eingerichtet werden solle. Er wolle aber bemerken, daß ein dringendes Bedürfnis in dieser Beziehung bis jetzt nicht vorgelegen habe, da noch viele, namentlich große, Schlachter die Gewohnheit hätten, ihren Bedarf auswärts einzukaufen.

Referent: Was den Schweinehandel anlange, so werde dieser schon jetzt zum größten Theil auf dem Schlachthause besorgt; die Preise seien in Folge dessen auch schon gesunken, leider sei aber den Consumenten bislang noch nichts davon bemerkbar geworden. Soviel er von Sachverständigen darüber gehört habe, sei es richtig, nur allmählig in der von Herrn Reuter angeregten Frage vorzugehen.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

V. Das Schulgeld bei der städtischen Realschule betrug früher in der 1. und 2. Klasse 84 M., in der 3. und 4. Klasse 72 M. und in der 5., 6. und 7. Klasse 60 M. Auf Ersuchen des Magistrats erklärte sich die Versammlung in der Sitzung vom 13. November 1884 damit einverstanden, daß für sämtliche Klassen ein ein-

heitlicher Schulgeldsatz von 80 M festgestellt und daß zu dessen Ausführung von Ostern 1885 an das Schulgeld für die 3. und 4. Klasse auf 80 M, für die 5., 6. und 7. Klasse auf 70 M erhöht, daß dagegen für die 1. und 2. Klasse bis zur Durchführung des gedachten einheitlichen Satzes der Satz von 84 M beibehalten werde. Nach Ablauf einer zweijährigen Uebergangsperiode trägt nun der Magistrat im Einverständnisse mit dem Schulvorstande unterm 7. d. Mts. darauf an, die Durchführung des einheitlichen Schulgeldsatzes von 80 M für die sämtlichen Klassen der städtischen Realschule zu Ostern 1887 zu beschließen.

Der Referent der Schulcommission, Herr Schwarzenberg, empfiehlt die Genehmigung des Magistratsantrags mit dem Bemerken, daß dadurch gegen früher eine Mehreinnahme von 1500 bis 1800 M jährlich aufkommen werde, worauf die Genehmigung ausgesprochen wird.

Wie sodann

VI. Herr Reiche namens der Schulcommission vorträgt, sind zur Einrichtung der für die städtische Mädchenschule im Herzoglichen alten Museum ermietheten Schulräume 1600 M erforderlich, und hat der Magistrat mittels Schreibens vom 11. d. Mts. die Versammlung ersucht, ihn zur Beschaffung der benötigten (in dem vorliegenden Kostenanschlage näher bezeichneten) Einrichtungsgegenstände zu ermächtigen, auch zu genehmigen, daß 1250 M für solche Gegenstände, welche später der städtischen Mädchenschule zu überweisen sein werden, auf den demnächstigen Neubau- und Einrichtungsfonds dieser Schule, 350 M dagegen auf die Cassé der städtischen höheren Mädchenschule übernommen werden.

Auch dieser Antrag gelangt auf Befürwortung der Commission ohne Debatte zur Annahme.

Hierauf

VII. berichtet Herr Sievers für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 7. d. Mts., die Canalisirung eines Theils der Campestraße betreffend.

Vor den Grundstücken der Sichorienfabrikanten Graß & Markworth und des Kunstgärtners Hillegeist befindet sich ein Graben, welcher keinen Abfluß hat und demzufolge einen widerlichen Anblick gewährt und gesundheitsnachtheilige Gerüche verbreitet. Ein Antrag der Herzoglichen Polizei-Direction, diesen Graben zu beseitigen, hat den Magistrat veranlaßt, mit den vorbenannten Grundbesitzern eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß dieselben auf ihre Eigenthumsansprüche an dem vor ihren Grundstücken befindlichen Wege und den Bäumen zu Gunsten der Stadt verzichten, daß dagegen stadtsseitig die Kosten für Herrichtung der erforderlichen Zweigcanäle übernommen, der fragliche Graben aber beseitigt werde. Der Stadtmagistrat ersucht die Versammlung, die gedachte Vereinbarung zu genehmigen und

die dadurch entstehenden, von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke zu 279 M 62 S veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Nach einigen, die Canalisirung der Kleinen Bertramstraße betreffenden Bemerkungen seitens der Herren Günther und Reuter, sowie des Herrn Referenten wird der Magistratsantrag genehmigt.

VIII. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Schwarzenberg für die Schulcommission erstatteten Berichts, sich mit der vom Magistrate unterm 11. d. Mts. beantragten Umwandlung der Inspectorwohnung in der Schule an der Leopoldstraße in Schulräume bez. in eine Bedellenwohnung einverstanden zu erklären, auch die Einstellung der daraus erwachsenden Bau- und Einrichtungskosten im anschlagsmäßigen Betrage von 1600 M in den nächstjährigen Schulcassenetat zu genehmigen.

IX. Mittels Schreibens vom 11. d. Mts., über welches gleichfalls Herr Schwarzenberg im Namen der Statutencommission referirt, beantragt der Magistrat 1) die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das Eigenthum an dem gesammten Complexe des Centrafriedhofs auf die verbundenen Stadtkirchen übertragen werde, 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß die Centrafriedhofs-Länderei, welche gegenwärtig zum Gemeindebezirke Riddagshausen gehört, zum Feldmarktsbezirke der hiesigen Stadt gezogen werde.

Mit dem Bemerken, daß der Magistrat den erstgedachten Antrag, gegen welchen in der Commission verschiedene Bedenken laut geworden seien, inzwischen zurückgezogen habe, empfiehlt Referent den Antrag unter 2 zur Genehmigung, welche ohne Debatte ausgesprochen wird.

X. Der hiesige Eisbahnverein wünscht die Benutzung der südlich vom Sechgrabener See belegenen Schlagwiese dadurch ermöglicht und sicher gestellt zu sehen, daß die Stadtgemeinde diese dem großen Waisenhause gehörige, 1 ha 88 a 20 qm große Wiese ankauft und an ihn verpachtet. Die städtische Bauverwaltung hat den Erwerb der Wiese mit Rücksicht auf eine etwaige Erweiterung der Civil-Badeanstalt empfohlen, auch ist das Directorium des großen Waisenhauses bereit, dieselbe vorbehaltlich der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums an die Stadt zum Preise von 11 292 M zu verkaufen. Der Kaufpreis soll nach erfolgter Abtretung, welche frühestens am 22. Februar 1887 erfolgen kann, gezahlt, die öffentlichen und Gemeindeabgaben vom 1. Januar desjenigen Jahres an, in welchem die Abtretung erfolgt, von der Stadt übernommen und von letzterer die Kosten des Kaufcontracts getragen werden. Da der Eisbahnverein sich bereit erklärt hat, für die pachtweise Ueberlassung der Wiese eine Pachtsumme von jährlich 350 M zu zahlen, so hält

der Magistrat den Erwerb derselben für zweckmäßig und giebt anheim, die Summe von 11292 M zu verwilligen und ihn zur Abschließung eines bezüglichlichen Kauf-contracts zu ermächtigen.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, tritt dem Magistratsantrage bei, worauf derselbe genehmigt wird.

Danach

XI. berichtet Herr Krahe im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 7. d. Mts., die Expropriation von Straßenterrain in der Campestraße betreffend.

Der Fabrikant v. Voigtländer beabsichtigt, sein an der Ecke der Campe- und Adolfsstraße belegenes Grundstück mit einer Einfriedigung zu versehen, welche zum Theil mit dem auf dem Grundstück stehenden Gebäude nicht parallel laufen und somit einen unschönen Anblick gewähren würde. Es ist deshalb nöthig, daß etwa 12 qm Fläche vom gedachten Grundstück zur Straße gezogen werden, wofür v. Voigtländer einen Kaufpreis von 16 M pro qm verlangt. Da dem Stadtmagistrate diese Forderung zu hoch erscheint, so ersucht er die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Expropriation der fraglichen Fläche beantragt werde. Vor Einleitung des Verfahrens ist es indeß erforderlich, für die Nordseite der Campestraße auf der Strecke von der Wolfenbüttlerstraße bis zur Adolfsstraße eine neue Baulinie festzustellen. Zu dem Ende giebt der Magistrat anheim, die auf dem vorliegenden (vom Referenten in Umlauf gesetzten) Situationspläne mit b c e bezeichnete Baulinie zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Commission wird den Magistratsanträgen gemäß beschloffen.

XII folgt, von Herrn Reuter erstattet, der Bericht der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 21. d. Mts., eine Straßenanlage nördlich der Nebenstraße betreffend.

Der Ingenieur Königsdorf hat darauf angetragen, ihm die Erlaubniß zum Ausbau der auf dem Ortsbauplane vorgesehenen, nördlich von der Nebenstraße projectirten, den Mittelweg mit der Geh- und Spargelstraße verbindenden Straße zu ertheilen. Die Straße wird auf Terrain zu liegen kommen, welches Eigenthum Königsdorfs ist. Der Magistrat hat auf Grund des §. 13 der Landesbauordnung und des §. 17 des Ortsbaustatuts einen die Rechte und Interessen der Stadt wahren den Vertrag abgeschlossen, und ersucht um dessen Genehmigung.

Referent verliest die Contractbestimmungen und empfiehlt sodann dem Antrage des Magistrats gemäß zu beschließen. Dabei bemerkt derselbe, daß bei

der neulich beschlossenen Verlegung der in Rede stehenden, von Königsdorf auszubauenden Straße keine Rücksicht genommen sei auf eine Mitverlegung des im Ortsbauplane an der Ostseite dieser Straße vorgesehenen freien Platzes, welcher nunmehr etwa 80 Meter nördlicher zu liegen kommen würde. Um nun an der jetzigen Ausmündung der Straße auf die Spargelstraße den gedachten freien Platz anlegen zu können, sei der Erwerb des an jener Stelle belegenen Kehlhopf'schen Grundstücks erforderlich und habe der Herr Magistratsdecernent auch eine baldige Vorlage über diese Angelegenheit in Aussicht gestellt. Die Commission habe aus diesem Grunde keinen weiteren Antrag zu stellen.

Die Versammlung acceptirt darauf den Magistratsantrag.

Die Tagesordnung ist damit erledigt und es kann zur Motivirung der Eingangs erwähnten selbstständigen Anträge geschritten werden.

XIII. Zu dem von Herrn Wolff eingebrachten Antrage:

„die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, den am Neustadtrathhause belegenen Theil der Küchenstraße mit einem Holz- oder Asphaltpflaster zu versehen, um auf diese Weise das die Verhandlungen der Stadtverordneten störende Geräusch abzuschwächen“

wird vom Antragsteller motivirend bemerkt, daß es gegen Abend, wenn der Wagenverkehr auf den Straßen lebhafter werde, des dadurch entstehenden Geräusches wegen fast unmöglich sei, sich den Verhandlungen mit der nöthigen Sorgfalt und Ruhe hinzugeben, und daß man auch in Berlin fast vor sämtlichen Häusern, in denen Bureau- und Verhandlungsräume vorhanden, Holz- oder Asphaltpflaster angebracht habe.

Der Antrag wird unterstützt und der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Es folgt

XIV. die Begründung des Antrags des Herrn v. Seckendorff:

„die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den geeigneten Behörden bessere Eisenbahnverbindungen für die Stadt Braunschweig in Anregung zu bringen.“

Es sei schon geraume Zeit verflossen, daß die Braunschweigischen Eisenbahnen in die Königlich Preussische Verwaltung übergegangen seien, ohne daß irgend etwas zur Verbesserung der mangelhaften Eisenbahnverbindungen, welche Braunschweig nach fast allen Richtungen hin habe, gethan sei. Antragsteller hat dabei namentlich die Verbindungen zwischen Braunschweig und Berlin im Auge. Daß man im vergangenen Jahre während der Sommermonate einen 6 Uhr morgens nach Berlin abgehenden Zug eingestellt habe, sei seines Erachtens ein verfehlter Versuch zur

Verbesserung der Verbindungen gewesen, denn im Sommer dränge sich der Verkehr überhaupt nicht nach den großen Städten, und dann seien auch dem gedachten Zuge die Anschlüsse anderer Bahnen nicht angepasst gewesen. Wer jetzt auf kurze Zeit in Berlin zu thun habe, sei gezwungen, mindestens zwei Tage darauf zu verwenden, und die Ostseebäder würden sicher auch von Braunschweig aus mehr besucht werden, wenn man nicht eine Nacht in Berlin zubringen müßte. Das seien keine erfreulichen Zustände für eine Stadt mit 85 000 Einwohnern. Es müsse den Braunschweigern ermöglicht werden, in einem Tage nach Berlin hin und zurück zu kommen. Redner hebt auch noch hervor, daß den Passagieren, welche gezwungen wären, nachts einige Zeit auf dem Bahnhofe in Magdeburg zu verweilen, dort keine angemessene Behandlung zu theil werde, indem sie in einem halbdunkeln Zimmer zubringen müßten. — Redner glaubt, daß noch vieles zu schaffen sei, um den Verkehr Braunschweigs auf einen andern Stand zu bringen, es werde dies aber erst dann vollständig gelingen, wenn für Braunschweig die Anlage eines neuen Bahnhofes beschlossen sei.

Es wäre zu wünschen, daß man an maßgebender Stelle erführe, wie sehr die Stadt Braunschweig bezüglich der Eisenbahnverbindungen anderen Städten gegenüber zurückgesetzt sei, und daß Braunschweig wohl ein besseres Entgegenkommen in dieser Beziehung verdiene. Bei den mit den betreffenden Behörden anzuknüpfenden Verhandlungen werde dann auch wohl die neue Bahnhofsanlage zur Sprache kommen, und es könne den städtischen Behörden nur höchst erwünscht sein, wenn sie von den Ideen der Eisenbahnverwaltung bezüglich dieser Anlage frühzeitig Kenntniß bekämen, damit sie etwaige Wünsche und Ansprüche zur Geltung bringen könnten.

Auch dieser Antrag wird nach erledigter Unterstützungsfrage der Statutencommission übergeben.

XV. liegt ein selbständiger Antrag des Herrn Reiche vor, welcher lautet:

„die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, an maßgebender Stelle, sowie überhaupt die geeigneten Schritte zur Erwirkung einer directen Verbindung des Nordostens der Stadt Braunschweig mit der projectirten Bahn Braunschweig-Giffhorn zu thun.

Antragsteller führt zur Begründung Folgendes dazu aus: Dem Vornehmen nach solle die neuprojectirte Giffhorner Bahn in die Braunschweig-Helmstedter Bahn einmünden und nicht mit dem Nordosten der Stadt in Verbindung gebracht werden. Es werde sich diese Einrichtung als höchst unzumuthig, unpractisch und nachtheilig für den gedachten Stadttheil herausstellen. In das Wenden- und Petritzhof werde bekanntlich das meiste Schlachtvieh eingeführt, da nur noch der Norden sich vorzugsweise mit der Viehzucht befaße. Durch beide Thore passirten jährlich etwa 30 000 Stück Schlachtvieh. Diese ungeheuren Massen

von Vieh würden selbstverständlich später größtentheils durch die Eisenbahn nach Braunschweig, mithin vom Staatsbahnhofe auf Wagen durch die Stadt nach dem Schlachthause gefahren werden. Ebenso verhalte es sich mit dem Transport der großen Mengen von Zuckerrüben und Eichorien, die im Nordosten von der Stadt gebaut würden. Auch das Belpfer Steinmaterial, welches man jetzt viel zu Neubauten im nördlichen Stadttheile verwende, würde vom Staatsbahnhofe ab auf Wagen durch die Stadt gefahren werden müssen und so unser Straßenpflaster schädigen. Schließlich komme auch noch der Personenverkehr in Betracht. Wenn ein Anwohner des Bültenweges ein zwischen Braunschweig und Giffhorn belegenes Dorf besuchen wolle, dann müsse er erst den weiten Weg zum Staatsbahnhofe machen; er stehe sich also unter Umständen besser, wenn er gleich zu Fuß nach dem betreffenden Dorfe gehe. Diese Gründe seien stichhaltig genug, um mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß für den Nordosten der Stadt ein Anschluß an die Giffhorner Bahn errichtet werde, was sich mit Leichtigkeit werde bewerkstelligen lassen.

Der Antrag wird, nachdem er genügende Unterstützung gefunden hat, gleichfalls der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Schließlich

XVI. wird eine von Herrn Halle gestellte Anfrage:

„welche Schritte hat der Magistrat bislang gethan, um

- 1) eine Ueberbrückung der Oker hinter der Ferdinandstraße,
- 2) eine Verbindung des Steinwegs mit der Casernenstraße, resp. eine Ueberbrückung der Oker hinter dem Theater herzustellen“

von Herrn Bürgermeister Rittmeyer bezüglich des ersten Punktes dahin beantwortet, daß die städtische Bauverwaltung dem Magistrate vor einigen Wochen ein Project nebst Kostenanschlag über Herstellung einer Okerbrücke hinter der Ferdinandstraße überreicht und letzterer dadurch in den Stand gesetzt sei, der Versammlung baldigst eine Vorlage in dieser Angelegenheit unterbreiten zu können.

Nachdem auch noch Herr Oberbürgermeister Pockels in Betreff des zweiten Punktes bemerkt hat, daß Herzogliches Staatsministerium sich gegen die, seiner Zeit auch in den Stadterweiterungsplan aufgenommene, Ueberbrückung der Oker hinter dem Herzoglichen Hoftheater erklärt habe, und daß er bereits vor etwa einem halben Jahre in vertraulicher Sitzung über dieses schon öfters als wünschenswerth hingestellte Project Mittheilungen gemacht habe, auf welche er aber selbstverständlich in öffentlicher Sitzung nicht zurückkommen könne,

werden die Verhandlungen geschlossen.

In der noch folgenden vertraulichen Sitzung wird

- 1) der Baumeister Boß zum Lehrer an der Gewerbeschule gewählt,
 - 2) die definitive Anstellung des im Gemeindesteuer-Büreau beschäftigten Hilfsarbeiters Alpers beschlossen, und
 - 3) der Finanzassessor v. Kauschenplat zum Armenpfleger gewählt.
-